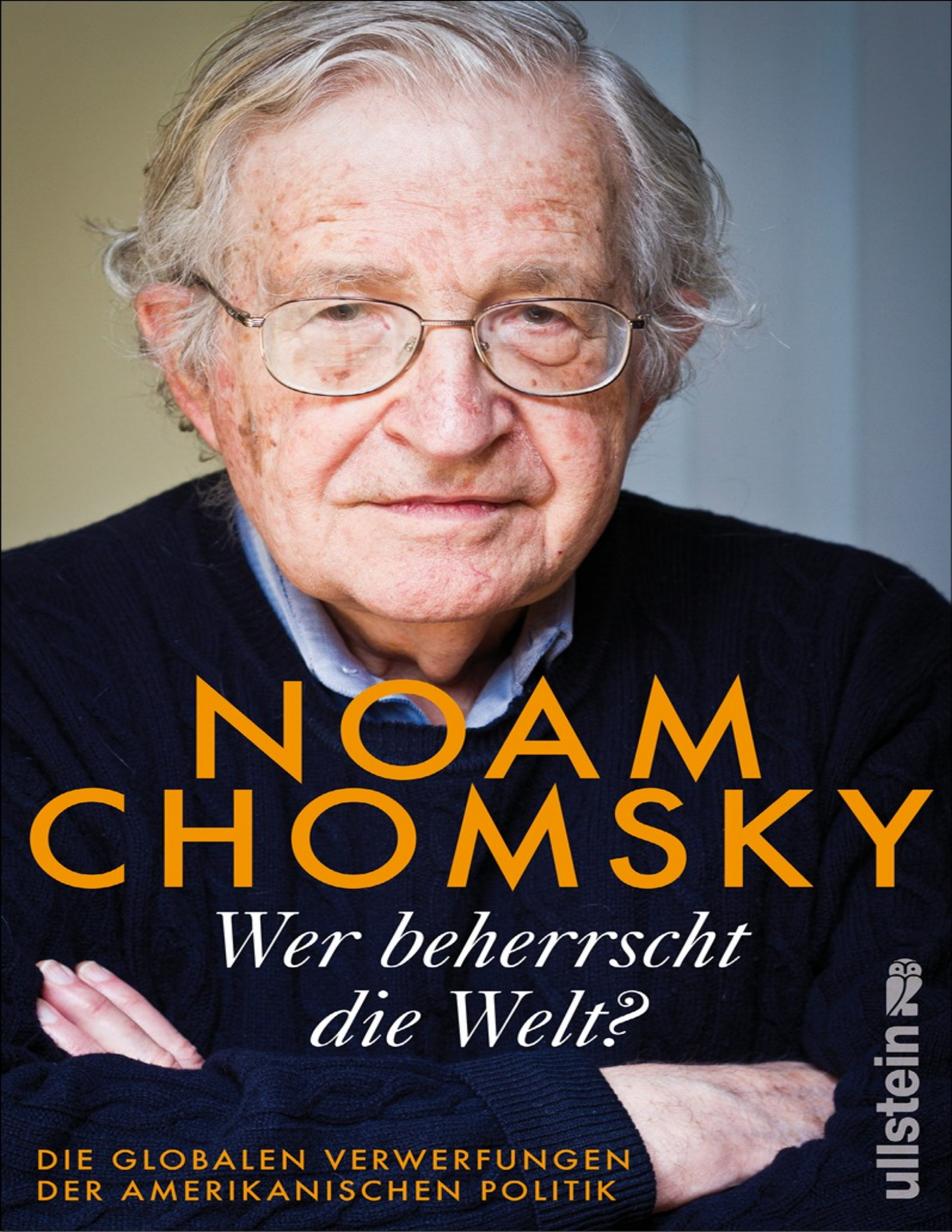
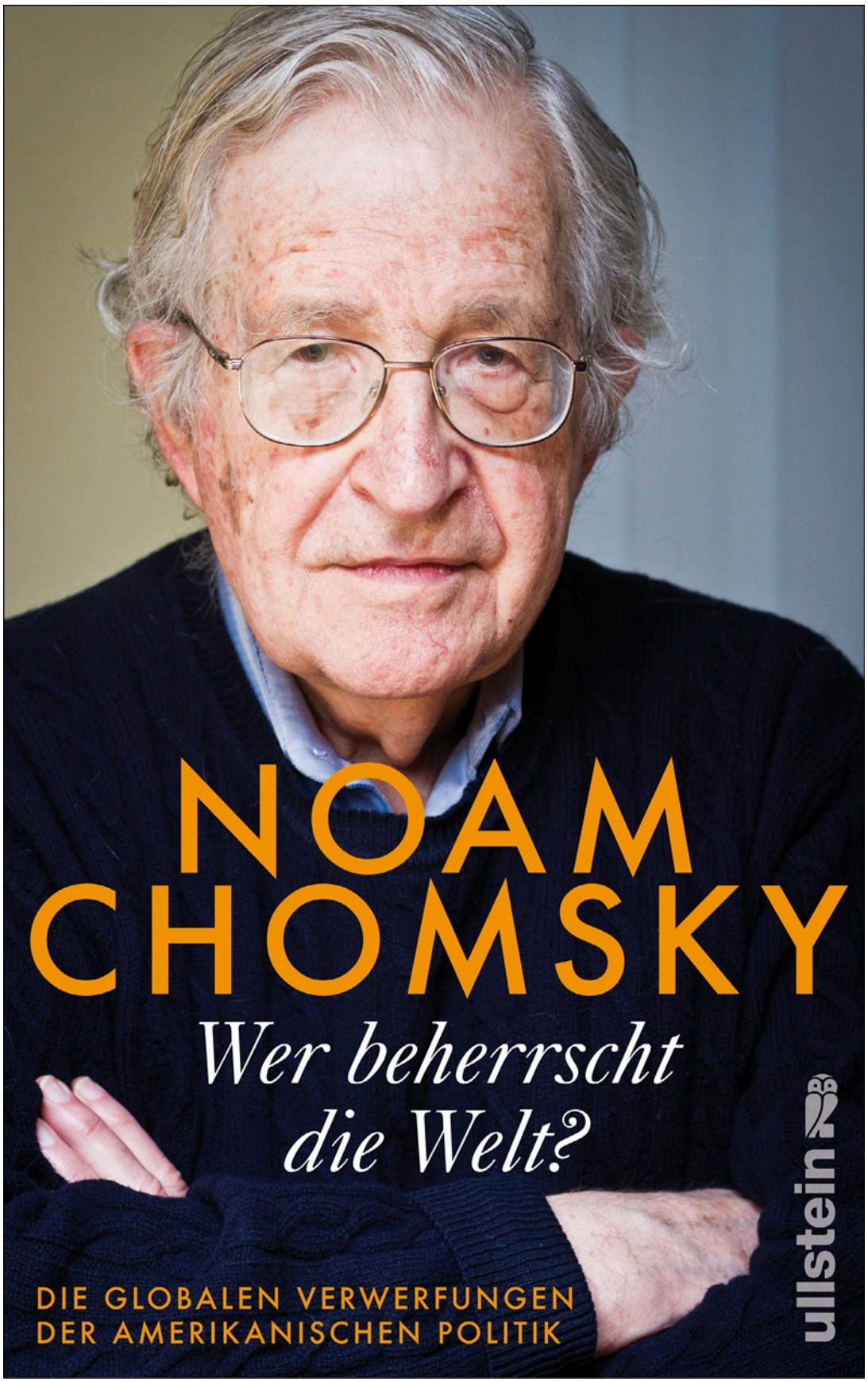


NOAM CHOMSKY

Wer beherrscht die Welt?

DIE GLOBALEN VERWERFUNGEN DER AMERIKANISCHEN POLITIK

ullstein


NOAM
CHOMSKY
Wer beherrscht
die Welt?
DIE GLOBALEN VERWERFUNGEN
DER AMERIKANISCHEN POLITIK
ullstein

Das Buch

Das Primat der militärischen Intervention und der unerbittliche Drang, alleinige Weltmacht zu bleiben, bilden die Konstanten der amerikanischen Politik – auch wenn dadurch Staaten ins Chaos und Menschen ins Verderben getrieben werden. Im Land selbst dagegen haben bis heute die Reichen und Mächtigen fast freie Hand, jenseits demokratischer Kontrollen. Es geht ihnen nur um Gewinn- und Einflussmaximierung – die weltweite Bedrohung durch Klimawandel und Atomarsenale nehmen sie ungerührt in Kauf. Wohin führt uns das? Welche Folgen hat das für den Rest der Welt? In seiner so brillanten wie präzisen Analyse beschreibt Noam Chomsky die fatalen Folgen der imperialen Politik der USA für das ohnehin immer chaotischere Zusammenleben auf unserem Planeten.

Der Autor

Noam Chomsky, geboren 1928, ist Professor emeritus für Sprachwissenschaft und Philosophie am M.I.T.. Er hat die moderne Linguistik revolutioniert und zahlreiche Bestseller über Politik verfasst. Chomsky ist einer der weltweit bekanntesten linken Intellektuellen und seit jeher ein prominenter Kritiker der amerikanischen Politik wie auch des globalen Kapitalismus.

NOAM CHOMSKY

WER BEHERRSCHT DIE WELT?

DIE GLOBALEN VERWERFUNGEN DER AMERIKANISCHEN POLITIK

Aus dem Amerikanischen von
Karlheinz Dürr, Norbert Juraschitz
und Hainer Kober



Ullstein

Die Originalausgabe erschien 2016 unter dem Titel
Who Rules the World?
bei Metropolitan Books, Henry Holt and Company, LLC, New York.

Besuchen Sie uns im Internet:
www.ullstein-buchverlage.de



Wir wählen unsere Bücher sorgfältig aus, lektorieren sie gründlich mit Autoren und Übersetzern und produzieren sie in bester Qualität.

Hinweis zu Urheberrechten

Sämtliche Inhalte dieses E-Books sind urheberrechtlich geschützt. Der Käufer erwirbt lediglich eine Lizenz für den persönlichen Gebrauch auf eigenen Endgeräten.
Urheberrechtsverstöße schaden den Autoren und ihren Werken, deshalb ist die Weiterverbreitung, Vervielfältigung oder öffentliche Widergabe ausdrücklich untersagt und kann zivil- und/oder strafrechtliche Folgen haben.

In diesem Buch befinden sich Verlinkungen zu Webseiten Dritter. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass sich die Ullstein Buchverlage GmbH die Inhalte Dritter nicht zu eigen macht, für die Inhalte nicht verantwortlich ist und keine Haftung übernimmt.

ISBN 978-3-8437-1443-3

© 2016 by L. Valéria Galvão-Wassermann-Chomsky
© der deutschen Ausgabe Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2016
Übersetzung bis Kap. 11: Hainer Kober; Kap. 11–17: Karlheinz Dürr;
Kap. 18–23: Norbert Juraschitz.
Lektorat: Karin Schneider
Umschlaggestaltung: Sabine Wimmer, Berlin
Umschlagfoto: Van der Hasselt Geoffroy / Reporters / laif

E-Book: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

Über das Buch und den Autor

Titelseite

Impressum

Einleitung
Anmerkungen zum Kapitel

1. Kapitel
Intellektuelle – zwei Kategorien
Umwertung der Werte
Die Bedeutung des 11. September
Intellektuelle und ihre Entscheidungen
Anmerkungen zum Kapitel

2. Kapitel
Auf den Spuren des Terrors
Autobomben und »terroristische Dorfbewohner«
Töten ohne Absicht
Anmerkungen zum Kapitel

3. Kapitel
»Komm herüber und hilf uns«
Das Folter-Paradigma
Übernahme der Positionen von Bush
Terroristen produzieren

Ganz gewöhnliche Amerikaner
Anmerkungen zum Kapitel

4. Kapitel
Die Muasher-Doktrin
Die iranische und die chinesische »Bedrohung«
Anmerkungen zum Kapitel

5. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

6. Kapitel
Einschätzung des amerikanischen Niedergangs
Der »Verlust« von China und Vietnam
Die Konzentration des Reichtums und der Niedergang Amerikas
Auflehnung im Ausland
Israel und die republikanische Partei
Die iranische »Bedrohung« und die nukleare Frage
Anmerkungen zum Kapitel

7. Kapitel
Die zweite Charta und die Allmenden
Kontrolle des Demokratiebegehrens
Drei-Fünftel-Menschen
Sakrosankte Personen und annullierte Prozesse
Staatliche Terroristenlisten
Wer lacht zuletzt?
Anmerkungen zum Kapitel

8. Kapitel
»Der gefährlichste Augenblick«
Die unbeschränkte Macht der Vereinigten Staaten bewahren
Eine schändliche Missachtung der Meinung der Menschheit
Rettung der Welt vor der Gefahr einer nuklearen Vernichtung

»Schrecken der Erde«
Die Welt besitzen, damals und heute
Anmerkungen zum Kapitel

9. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

10. Kapitel
Was von der iranischen und der nordkoreanischen Atomkrise zu halten ist
Anmerkungen zum Kapitel

11. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

12. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

13. Kapitel
Von El Salvador zur russischen Grenze
Aufruf zur Plünderung der Armen
Das Beispiel Kuba
Das Virus des Nationalismus
Der Wert der Geheimhaltung
Das letzte Jahrhundert menschlicher Zivilisation?
Anmerkungen zum Kapitel

14. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

15. Kapitel
Überleben in der Frühzeit des Kalten Krieges
Die Kuba-Krise und was danach kam
Überleben nach dem Kalten Krieg

Anmerkungen zum Kapitel

16. Kapitel
Die Operationen »Cast Lead« und »Pillar of Defense«
Operation »Protective Edge«
Die jüngste (und noch namenlose) Operation
Anmerkungen zum Kapitel

17. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

18. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

19. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

20. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

21. Kapitel
»Die größte Gefahr«
»Der führende Unterstützer des Terrorismus«
Schüren der Instabilität
»Der Schurkenstaat schlechthin«
Anmerkungen zum Kapitel

22. Kapitel
Anmerkungen zum Kapitel

23. Kapitel
Die zweite Supermacht
Westliche Macht unter Druck
Die heutigen Herausforderungen: Ostasien

Die heutigen Herausforderungen: Osteuropa
Die heutigen Herausforderungen: Die islamische Welt
Die Kosten der Gewalt
Ein Blick in die Zukunft
Anmerkungen zum Kapitel

Feedback an den Verlag

Empfehlungen

Einleitung

Auf die Frage, die der Titel dieses Buchs aufwirft, kann es keine einfache und eindeutige Antwort geben. Dafür ist die Welt zu vielfältig und zu komplex. Aber es lässt sich unschwer erkennen, wie unterschiedlich die Fähigkeiten sind, Weltpolitik zu gestalten, und wer in dieser Hinsicht zu den prominenteren und einflussreicheren Akteuren gehört.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren und sind die USA mit Abstand die Ersten unter Ungleichen. Sie bestimmen weitgehend die Bedingungen des globalen Diskurses über ein breites Spektrum von Themen: Israel-Palästina, Iran, Lateinamerika, »Krieg gegen den Terror«, Organisation der Weltwirtschaft, Recht und Justiz bis hin zu fundamentalen Problemen, die das Überleben der Zivilisation betreffen (Atomkrieg und Umweltzerstörung). Allerdings nimmt die Macht der Vereinigten Staaten stetig ab, nachdem sie 1945 einen historisch nie dagewesenen Höhepunkt erreicht hatte. Infolge ihres unvermeidlichen Niedergangs teilen sich die USA ihre Macht bis zu einem gewissen Grad mit der »De-facto-Weltregierung« der »Master of the Universe« – so bezeichneten die Wirtschaftsmedien die führenden staatskapitalistischen Länder, die G-7-Staaten, und die Institutionen, die sie im »neuen imperialen Zeitalter« kontrollieren, etwa den Internationalen Währungsfonds und die Welthandelsorganisationen.[1]

Natürlich sind die »Master of the Universe« keineswegs repräsentativ für die Bevölkerungen der führenden Staaten. Selbst in demokratischeren Ländern haben die Bürger nur begrenzte Einwirkungsmöglichkeiten auf politische Entscheidungen. Für die Vereinigten Staaten wiesen namhafte Forscher schlüssig nach, dass »Wirtschaftseliten und organisierte Gruppen, die

Unternehmensinteressen vertreten, beträchtlichen unabhängigen Einfluss auf die US-amerikanische Regierungspolitik ausüben, während Durchschnittsbürger und massenbasierte Interessengruppen nur geringen oder gar keinen Einfluss besitzen«. Das Fazit der Autoren lautet, dass ihre Untersuchungen »die Theorien von der Vorherrschaft der Wirtschaftseliten und des Parteiischen Pluralismus nachdrücklich untermauern und keine Belege für die Theorie der Mehrheitsdemokratie oder des majoritären Pluralismus liefern«. Aus anderen Studien geht hervor, dass die große Mehrheit der Bevölkerung am unteren Ende der Einkommens- oder Wohlstandsskala praktisch vom politischen System ausgeschlossen ist. Ihre Meinungen und Einstellungen werden von den offiziellen Repräsentanten nicht berücksichtigt, während ein winziger Sektor am oberen Ende überwältigenden Einfluss hat. Über einen langen Zeitraum erweist sich die Wahlkampffinanzierung als bemerkenswert guter Vorhersagefaktor für politische Entscheidungen.[2]

Eine Folge ist die sogenannte Wahlmüdigkeit: Man sieht keinen Sinn darin, zur Wahl zu gehen. Hier gibt es eine signifikante schichtspezifische Korrelation. Die Gründe, die dafür verantwortlich sein dürften, hat der renommierte Wahlforscher Walter Dean Burnham schon vor fünfunddreißig Jahren erörtert. Er bezog die Wahlenthaltung auf eine »entscheidende Besonderheit des politischen Systems der USA: das vollkommene Fehlen einer sozialistischen oder arbeiterfreundlichen Massenpartei als organisierte Konkurrenz auf dem Wahlmarkt«. Das erkläre weitgehend die »schichtspezifischen Wahlenthaltungen« und den Umstand, dass politische Optionen, die von der allgemeinen Bevölkerung befürwortet werden könnten, aber den Interessen der Eliten zuwiderliefen, keine Berücksichtigung fänden. Diese Beobachtungen treffen auch auf die Gegenwart zu. In einer eingehenden Analyse der US-Kongresswahlen von 2014 zeigen Burnham und Thomas Ferguson, dass die Wahlbeteiligung »an die frühesten Tage des 19. Jahrhunderts erinnert«, als im Prinzip nur wählen durfte, wer über Besitz verfügte, frei und männlich war. »Wahldaten und gesunder Menschenverstand bestätigen, dass eine

ungeheure Zahl von Amerikanern den großen politischen Parteien mit Misstrauen begegnet und die langfristigen Aussichten mit wachsender Sorge betrachtet. Viele sind davon überzeugt, dass einflussreiche Interessengruppen die Politik bestimmen. Sie sehnen sich nach konkreten Handlungsmöglichkeiten, um den langfristigen wirtschaftlichen Niedergang und die rasant zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit umzukehren, aber die großen, geldgesteuerten Parteien Amerikas haben nichts zu bieten, was den Menschen in dieser Hinsicht Hoffnung machen könnte. Das wird wahrscheinlich zum weiteren Verfall des politischen Systems beitragen – eine Entwicklung, die sich schon bei den Kongresswahlen von 2014 abzeichnete.«[3]

In Europa ist der Niedergang der Demokratie nicht weniger dramatisch, denn dort wird die Entscheidung über wichtige Fragen an die Brüsseler Bürokratie und an die von ihr weitgehend repräsentierten finanziellen Kräfte abgegeben. Wie tief deren Verachtung für die Demokratie reicht, zeigte im Juli 2015 ihre wütende Reaktion auf das Ansinnen, das griechische Volk über das Schicksal seiner Gesellschaft mitbestimmen zu lassen, die von der brutalen Austeritätspolitik der Troika zugrunde gerichtet worden war – von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (insbesondere von dessen politischen Akteuren, nicht seinen Ökonomen – die standen der destruktiven Politik eher kritisch gegenüber). Die Sparpolitik wurde mit dem erklärten Ziel verhängt, Griechenlands Schulden abzubauen. Tatsächlich hat sie jedoch die Schulden relativ zum Bruttoinlandsprodukt erhöht, während Griechenlands gesellschaftliches Gefüge zerschlagen wurde. Das Land diente lediglich als Trichter, über den französischen und deutschen Banken, die auf riskanten Anleihen saßen, Bail-outs zugeleitet wurden.

All das ist wenig überraschend. Der – meist einseitige – Klassenkampf hat eine lange und bittere Geschichte. Zu Beginn der modernen staatskapitalistischen Ära verdammte Adam Smith die »Master of Mankind«[4] seiner Zeit, die englischen »Kaufleute und Manufakturbesitzer«, jene »Herrschenden«, die sich in der Politik

»besonders hervorgetan« hatten und auf ihren Vorteil sorgfältig »bedacht gewesen« waren, egal, wie »schlimm« die Folgen für andere waren – in erster Linie für die Opfer der »barbarischen Ungerechtigkeit« im Ausland, aber auch für die Bevölkerung in Großbritannien. Die neoliberale Ära der vergangenen Generation hat dieses klassische Bild durch eigene Tupfer ergänzt, denn die »Herrschenden« kamen jetzt aus den Topetagen der zunehmend monopolisierten Wirtschaft, aus den gigantischen, häufig räuberischen Finanzinstitutionen, den von der Staatsmacht geschützten multinationalen Unternehmen und aus den Reihen jener Politiker, die die Interessen dieser Organisationen und Institutionen vertraten.

Inzwischen vergeht kaum ein Tag, ohne dass Wissenschaftler neue Daten über das Tempo der Umweltzerstörung vorlegen. Es ist nicht gerade beruhigend zu lesen, dass »in den mittleren Breiten der nördlichen Hemisphäre die Durchschnittstemperaturen steigen, als bewege man sich täglich zehn Meter südwärts« – eine Anstiegsrate, die »rund hundertmal höher ist als die meisten Klimaveränderungen, die wir in geologischen Untersuchungen beobachten« (nach anderen wissenschaftlichen Studien sogar tausendmal höher).[5]

Nicht weniger beunruhigend ist die wachsende Gefahr eines Atomkriegs. Der gut informierte William Perry, Exverteidigungsminister der USA und nicht gerade ein Unheilsprophet, hält »die Wahrscheinlichkeit einer Kernwaffenkatastrophe heute für höher« als während des Kalten Kriegs, obwohl damals die Vermeidung der unvorstellbaren Katastrophe fast wie ein Wunder erschien. Inzwischen verfolgen die Großmächte verbissen ihre »nationalen Unsicherheitsprogramme«, wie der langjährige CIA-Analytiker Melvin Goodman es treffend formulierte. Perry gehört auch zu den Spezialisten, die Präsident Obama dazu aufriefen, »die neuen Marschflugkörper abzuschaffen«, eine Kernwaffe mit verbesserter Zielgenauigkeit und verminderter Explosionsenergie, die die Verantwortlichen möglicherweise zu einem »begrenzten Atomkrieg« ermutigen würde. Der könnte nach der bekannten Dynamik rasch in der

absoluten Katastrophe enden. Schlimmer noch: Das neue Cruise-Missile kann sowohl nuklear wie nichtnuklear bestückt werden, so dass »ein Feind, der angegriffen wird, von der schlimmsten Möglichkeit ausgehend, überreagieren und damit einen Atomkrieg auslösen könnte«. Aber es ist kaum zu erwarten, dass dieser Ratschlag befolgt wird, denn die geplante Billionen-Dollar-Erweiterung der Kernwaffensysteme wird rasch vorangetrieben, während kleinere Mächte eigene Schritte in Richtung Armageddon unternehmen.[6]

Mir scheint, die vorstehenden Bemerkungen vermitteln einen ausreichenden Eindruck der Hauptakteure. In den folgenden Kapiteln versuche ich der Frage nachzugehen, wer die Welt regiert, wie die Protagonisten dabei verfahren, wohin das führt – und welche Möglichkeiten den »Basisbevölkerungen« (*underlying populations*, so der treffende Ausdruck von Thorstein Veblen) zur Verfügung stehen, um die Macht der Wirtschaft und der nationalistischen Doktrin zu überwinden. Nur so können sie, um es wieder mit Veblens Worten zu sagen, »lebendig und lebenstüchtig« werden.

Es bleibt dafür nicht mehr viel Zeit.

Anmerkungen zum Kapitel

1. James Morgan, Wirtschaftskorrespondent der BBC, *Financial Times*, London, 25./26. April 1992
2. Martin Gilens, Benjamin Page: »Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens«, *Perspectives on Politics* 12, Nr. 3, September 2014, www.princeton.edu/~mgilens/Gilens%20homepage%20materials/Gilens%20and%20Page/Gilens%20and%20Page%202014-Testing%20Theories%203-7-14.pdf (nicht verfügbar, 10. August 2016); Martin Gilens: *Affluence and Influence: Economic Inequality and Political Power in America*, Princeton 2010; Larry Bartels: *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*, Princeton 2008; Thomas Ferguson: *Golden Rule: The Investment Theory of Party Competition and the Logic of Money-Driven Political Systems*, Chicago 1995
3. Walter Dean Burnham, in: Thomas Ferguson, Joel Rogers (Hg.): *Hidden Election*, New York 1981; Burnham/Ferguson: »Americans Are Sick to Death of Both Parties: Why Our

Politics Is in Worse Shape Than We Thought«, 17. Dezember 2014, www.alternet.org/americans-are-sick-death-both-parties-why-our-politics-worse-shape-we-thought?paging=off&current_page=1#bookmark (nicht verfügbar, 10. August 2016)

4. Dieses und die folgenden Zitate sind entnommen: Adam Smith: *Wohlstand der Nationen*, München 2013
5. Ken Caldeira: »Stop Emissions«, *MIT Technology Review* 119, Nr. 1 (Januar/Februar 2016); »Current Pace of Environmental Change Is Unprecedented in Earth's History«, Pressemitteilung University of Bristol, 4. Januar 2016, am selben Tag online veröffentlicht in: *Nature Geoscience*, www.bristol.ac.uk/news/2016/january/pace-environment-change.html (aufgerufen am 10. August 2016)
6. Julian Borger: »Nuclear Weapons Risk Greater Than in Cold War, Says Ex-Pentagon Chief«, *The Guardian*, London, 7. Januar 2016, www.theguardian.com/world/2016/jan/07/nuclear-weapons-risk-greater-than-in-cold-war-says-ex-pentagon-chief (aufgerufen am 10. August 2016); William Broad, David Sanger: »As U.S. Modernizes Nuclear Weapons, ›Smaller‹ Leaves Some Uneasy«, *The New York Times*, 12. Januar 2016, www.nytimes.com/2016/01/12/science/as-us-modernizes-nuclear-weapons-smaller-leaves-some-uneasy.html?_r=0 (nicht verfügbar, 10. August 2016)

1

Die Verantwortung der Intellektuellen – Redux

Bevor wir über die Verantwortung der Intellektuellen nachdenken, sollten wir uns klarmachen, wovon wir reden.

Der Begriff der »Intellektuellen« im modernen Wortsinn wurde 1898 durch das *Manifest der Intellektuellen* bekannt, das die Dreyfusards verfasst hatten, als sie, angeregt von Émile Zolas offenem Protestbrief an den französischen Präsidenten, dem Militär vorwarfen, die Anklage gegen Dreyfus wegen Hochverrats fingiert und die Affäre anschließend vertuscht zu haben. Die Haltung der Dreyfusards vermittelt den Eindruck, Intellektuelle seien entschlossene Anwälte der Gerechtigkeit, die den Mächtigen mit Mut und moralischer Integrität entgegentreten. Aber das entspricht keineswegs dem Bild, das man sich damals von ihnen machte. Die Dreyfusards waren eine Minderheit der gebildeten Schichten – eine Minderheit, die heftig angegriffen wurde, vor allem von namhaften Vertretern der »Unsterblichen in der den Dreyfusards feindlich gesonnenen Académie Française«, wie der Soziologe Steven Lukes schreibt. Für den Romancier, Politiker und führenden Dreyfusards-Gegner Maurice Barrès waren sie »Katheder-Anarchisten«. Laut Ferdinand Brunetière, auch einer dieser Unsterblichen, bezeichnete das Wort »Intellektueller« »eine der lächerlichen Absurditäten unserer Zeit – soll heißen, die Anmaßung, die darin liegt, Schriftsteller, Professoren und Philologen in den Rang von Übermenschen zu erheben«, die es wagen, »unsere Generäle als Idioten, unsere gesellschaftlichen Institutionen als lächerlich und unsere Traditionen als krank zu diffamieren«[1].

Aber wer waren dann die Intellektuellen? Die Minderheit, die Zola unterstützte – er wurde wegen Beleidigung des Militärs zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und floh außer Landes –, oder die

Unsterblichen der Akademie? In der einen oder anderen Form stellt sich die Frage immer wieder.

Intellektuelle – zwei Kategorien

Eine Antwort lieferte der Erste Weltkrieg, als namhafte Intellektuelle beider Seiten fanatisch für ihre Länder Partei ergriffen. In ihrem *Manifest der 93* wandten sich führende Vertreter eines der aufgeklärtesten Staaten der Erde mit den Worten an den Westen: »Glaubt uns! Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle.«[2] Ihre Gegenspieler auf der anderen Seite der intellektuellen Front standen ihnen nicht nach an Begeisterung für die edle Sache, übertrafen sie aber noch in der Selbstbeweihräucherung. In der *New Republic* verkündeten sie: »Die wirksamen und entscheidenden Anstrengungen im Interesse des Kriegs (…) hat eine Klasse auf sich genommen, deren Mitglieder zusammenfassend, wenn auch etwas vage, als ›Intellektuelle‹ zu bezeichnen sind.« Diese progressiven Kräfte glaubten, sie handelten »im Geiste eines moralischen Urteils, zu dem die verantwortungsbewussten Mitglieder der Gesellschaft nach gründlicher Überlegung gelangten«, als sie die Vereinigten Staaten zum Kriegseintritt bewogen. Tatsächlich waren sie auf ein Propagandamanöver des britischen Informationsministeriums hereingefallen, das sich insgeheim bemühte, »die Gedanken des überwiegenden Teils der Weltbevölkerung zu beeinflussen«, vor allem aber die der progressiven amerikanischen Intellektuellen, damit diese ihnen halfen, in einem pazifistischen Land das Kriegsfieber zu entfachen.[3]

John Dewey war beeindruckt von der großen »psychologischen und erzieherischen Lektion« des Kriegs, die bewiese, dass Menschen – genauer, die »intelligenten Männer der Gesellschaft« – »sich der menschlichen Angelegenheiten annehmen und sie

umsichtig und intelligent meistern können«, um die gewünschten Ziele zu erreichen.[4] (Dewey brauchte nur wenige Jahre, um sich vom verantwortlichen Intellektuellen des Ersten Weltkriegs zum »Katheder-Anarchisten« zu entwickeln, der die »unfreie Presse« anprangerte und fragte, »wie weit geistige Freiheit und soziale Verantwortung unter der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung noch in nennenswertem Ausmaß möglich sind«.)[5]

Natürlich reihte sich nicht jeder so gehorsam ein. Namhafte Persönlichkeiten wie Bertrand Russell, Eugene Debs, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden wie Zola zu Gefängnisstrafen verurteilt. Besonders hart traf es Debs, weil er gewagt hatte, Präsident Wilsons »Krieg für Demokratie und Menschenrechte« zu hinterfragen. Nach Kriegsende weigerte sich Wilson, ihn zu begnadigen, erst Präsident Harding lenkte schließlich ein. Einige Dissidenten wie Thorstein Veblen wurden zwar nicht ganz so unbarmherzig behandelt, sahen sich aber doch erheblichen Schikanen ausgesetzt. Veblen verlor seinen Posten bei der amerikanischen Lebensmittelbehörde, nachdem er in einem Bericht nachgewiesen hatte, dass sich der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft beheben lasse, wenn Wilsons brutale Verfolgung der Gewerkschaften, vor allem der Industrial Workers of the World, eingestellt würde. Randolph Bourne wurde von den progressiven Zeitungen fallen gelassen, nachdem er den »Bund der wohlmeinend imperialistischen Nationen« und ihre überschwänglichen Bestrebungen kritisiert hatte.[6] Das Muster von Lob und Strafe kennt man aus der Geschichte: Wer sich in den Dienst des Staates stellt, wird in der Regel von den Mainstream-Intellektuellen gelobt; wer diesen Dienst verweigert, muss mit Strafe rechnen.

Später wurden die beiden Kategorien Intellektueller von renommierten Wissenschaftlern deutlicher unterschieden. Die lächerlichen Exzentriker wurden als »wertorientierte Intellektuelle« bezeichnet, die »für eine demokratische Regierung, zumindest potentiell, eine nicht geringere Herausforderung darstellen als in der Vergangenheit aristokratische Cliquen, faschistische Bewegungen und kommunistische Parteien«. Neben anderen Missetaten

widmeten sich diese gefährlichen Kreaturen »der Verunglimpfung von Führung und Autorität« und attackierten sogar die Institutionen, die für »die Belehrung der Jugend« sorgten. Einige seien dermaßen tief gesunken, dass sie sogar wie Bourne die Lauterkeit der Kriegsziele anzweifelten. Diese bitterböse Verurteilung der Schurken, die die Autorität und etablierte Ordnung in Frage stellen, ist in der Studie *The Crisis of Democracy* aus dem Jahr 1975 nachzulesen. Die Autoren gehören der liberal-internationalistischen Trilateralen Kommission an – die das Gros der Carter-Administration stellte. Wie die progressiven Herausgeber der *New Republic* während des Ersten Weltkriegs fassten sie den Begriff des »Intellektuellen« weiter als Brunetière, so dass er die »technokratischen und politisch orientierten Intellektuellen« einschloss, verantwortungsbewusste und seriöse Denker, die sich zur Aufgabe gemacht haben, konstruktive Politik innerhalb etablierter Institutionen zu gestalten und dafür zu sorgen, dass die »Belehrung der Jugend« in den richtigen Bahnen verlief.[7]

Besonders besorgt waren die trilateralen Wortführer über das »Übermaß an Demokratie« während der Zeit der Unruhen, also in den sechziger Jahren, als die normalerweise passiven und apathischen Teile der Bevölkerung die politische Arena betraten und ihre Anliegen voranbrachten: Minderheiten, Frauen, die Jungen, die Alten, die arbeitenden Menschen (…) kurzum, die Bevölkerung, manchmal auch als »Partikularinteressen« bezeichnet. Sie sind zu unterscheiden von den »Herrschenden«, wie Adam Smith schreibt, die sich in der Regierungspolitik »besonders hervorgetan« haben und gemäß ihrer »elenden Devise« handeln: »Alles für uns selbst und nichts für andere.«[8] Die Rolle der Herrschenden in der Politik wird in dem Werk der Trilateralisten weder beklagt noch diskutiert, vermutlich, weil die Herrschenden für die »nationalen Interessen« stehen, wie etwa jene, die sich selbst beglückwünschten, weil sie das Land »im Geiste eines moralischen Urteils« als »verantwortungsbewusste Mitglieder der Gesellschaft nach gründlicher Überlegung« in den Krieg geführt hatten.

Um die übermäßige Belastung zu mindern, die dem Staat durch die Partikularinteressen auferlegt werde, verlangten die

Trilateralisten nach einer »Mäßigung der Demokratie«, nach der Rückkehr zur Passivität auf Seiten der weniger verdienstvollen Mitglieder der Gesellschaft, wenn nicht gar nach einer Rückkehr in die glücklichen Tagen, als »Truman in der Lage war, das Land mit Hilfe einer relativ kleinen Zahl von Wall-Street-Juristen und -Bankern zu regieren«, mit dem Erfolg, dass die Demokratie eine Blütezeit erlebte.

Die Trilateralisten hätten durchaus für sich in Anspruch nehmen können, dem Geist der amerikanischen Verfassung zu entsprechen, ein (wie der Historiker Gordon Wood schreibt) »im Kern aristokratisches Dokument, dazu bestimmt, die demokratischen Tendenzen der Zeit in Schach zu halten«, indem es den »besseren Leuten« die Macht überträgt, während es »die Menschen, die nicht reich, wohlgeboren oder prominent sind, von der Ausübung politischer Macht ausschließt«.[9] In Madisons Verteidigung ist gleichwohl zu erkennen, dass seine Geisteshaltung präkapitalistisch war. Wenn er erklärt, die Macht müsse in den Händen der »wohlhabenden Mitglieder der Nation« liegen, dachte er wohl an »die Klasse der fähigeren Männer« nach dem Vorbild des »aufgeklärten Staatsmannes« und »wohlwollenden Philosophen« einer imaginierten römischen Welt, an Männer »von untadeliger und vornehmer Gesinnung«, »ausgestattet mit Intelligenz, Patriotismus und unabhängigen Lebensumständen«, »Männer, die klug genug sind, um die wahren Interessen ihres Landes zu erkennen, und nicht geneigt, die Liebe zum Vaterland und der Gerechtigkeit vorübergehenden oder parteiischen Erwägungen zu opfern.« So gerüstet, würden diese Männer »zum Wohle und der Entwicklung der öffentlichen Ansichten beitragen«, indem sie das öffentliche Interesse gegen den »Unfug« der demokratischen Mehrheit verteidigten.[10] Ganz ähnlich dürften die fortschrittlichen Wilson'schen Intellektuellen Gefallen an jenen Resultaten der Verhaltenswissenschaften gefunden haben, die der Psychologe und Erziehungswissenschaftler Edward Thorndike 1939 beschrieb:

> Die hochsignifikante Korrelation zwischen Intelligenz einerseits und Moral sowie Wohlwollen für Mitmenschen andererseits gehört zu den großen Glücksfällen unserer Art (…). So kommt es, dass uns diejenigen, die höher gestellt sind als wir, auch in der Regel mit größerem Wohlwollen begegnen, weshalb unsere Interessen bei ihnen oft besser aufgehoben sind als bei uns selbst.[11]

Eine tröstliche Lehre – obwohl manch einer den Eindruck haben dürfte, dass Adam Smith hier den schärferen Blick hatte.

Umwertung der Werte

Die Unterscheidung zwischen den beiden Kategorien von Intellektuellen liefert das Bezugssystem, das uns gestattet, die »Verantwortung der Intellektuellen« zu bestimmen. Ist damit ihre moralische Verantwortung gemeint, die sie als anständige Menschen wahrnehmen, indem sie ihre Privilegien und ihren Status dazu nutzen, um sich für Freiheit, Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit, Frieden und ähnliche sentimentale Anliegen einzusetzen? Oder bezieht es sich auf die Rolle, die man von ihnen als »technokratischen und politisch orientierten Intellektuellen« erwartet – soll heißen, dass sie die gesellschaftlichen Eliten und etablierten Institutionen nicht in den Schmutz ziehen, sondern ihnen dienen? Da sich die Macht meist durchsetzt, gilt in der Regel die letztere Kategorie als die der »verantwortlichen Intellektuellen«, während erstere abgelehnt und verleumdet wird – im eigenen Land, versteht sich.

Auch im Blick auf feindliche Länder wird die Unterscheidung zwischen den beiden Kategorien aufrechterhalten, allerdings mit einer Umkehrung der Werte. In den wertorientierten Intellektuellen der ehemaligen Sowjetunion sahen die Amerikaner ehrenhafte Dissidenten, während sie für die Apparatschiks und Kommissare –

die technokratischen und politikorientierten Intellektuellen – nichts als Verachtung übrig hatten. Entsprechend empfinden wir heute Hochachtung für iranische Dissidenten und verurteilen die Iraner, die das religiöse Establishment unterstützen. So verhält es sich überall.

Auf diese Weise wird der Ehrentitel »Dissident« selektiv verwendet. Denn er gilt mit seinen positiven Konnotationen natürlich nicht für wertorientierte Intellektuelle im eigenen Land oder für solche, die US-gestützte Diktaturen im Ausland bekämpfen. Betrachten wir den interessanten Fall Nelson Mandela, der erst 2008 von der offiziellen Terroristenliste des Außenministeriums gestrichen wurde, so dass er ohne Sondergenehmigung in die Vereinigten Staaten reisen durfte. Zwanzig Jahre zuvor war er laut einem Pentagon-Bericht der kriminelle Anführer einer der weltweit »berüchtigtsten Terrorgruppen« gewesen.[12] Deshalb musste Präsident Reagan das Apartheid-Regime unterstützen, indem er in offenem Widerspruch zu den Sanktionen des Kongresses die Handelsbeziehungen zu Südafrika intensivierte und Südafrikas Überfälle in Nachbarländern unterstützte, die nach einer Studie der Vereinten Nationen anderthalb Millionen Menschenleben kosteten.[13] Das war nur eine Episode im Kampf gegen den Terrorismus, der nach Reagans Worten der »Pest des modernen Zeitalters« galt oder, wie es Außenminister George Shultz formulierte, »die Rückkehr der Barbarei in das moderne Zeitalter« bedeutete.[14] Dieser Erfolgsbilanz könnten wir noch Hunderttausende von Getöteten in Zentralamerika und Zehntausende im Nahen Osten hinzufügen. Kein Wunder, dass der Große Kommunikator von den Wissenschaftlern der Hoover Institution als Gigant verehrt wird, »dessen Geist im Land umherzuwandern scheint und wie ein gütiger Genius seinen Blick auf uns ruhen lässt«.[15]

Aufschlussreich ist das Beispiel Lateinamerikas. Wer in Lateinamerika Freiheit und Gerechtigkeit verlangt, erhält keinen Zutritt zum Pantheon der ehrenhaften Dissidenten. So wurden eine Woche nach dem Fall der Berliner Mauer sechs führende lateinamerikanische Intellektuelle, allesamt Jesuitenpater, auf

direkten Befehl des salvadorianischen Oberkommandos durch Kopfschuss getötet. Die Täter gehörten einem Elitebataillon an, das in Washington bewaffnet und ausgebildet worden war und bereits eine grausige Spur von Blut und Terror hinter sich herzog.

Der ermordeten Priester wurde nicht als ehrenhafter Dissidenten gedacht – ebenso wenig ihrer Leidensgefährten überall in der Hemisphäre. Ehrenhafte Dissidenten waren jene, die in den Feindesländern Osteuropas und in der Sowjetunion nach Freiheit verlangten. Diese Menschen haben sicherlich gelitten, aber nicht im Entferntesten so wie ihre Schicksalsgenossen in Lateinamerika. Diese Feststellung ist weitgehend unstrittig; in der *Cambridge History of the Cold War* schreibt John Coatsworth, von 1960 bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1990 habe »die Zahl der politischen Gefangenen, Folteropfer und hingerichteten gewaltfreien politischen Dissidenten in Lateinamerika diejenige in der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satellitenstaaten weit übertroffen«. Unter den Hingerichteten befanden sich viele religiöse Märtyrer, außerdem kam es zu Massakern, die durchgehend von Washington unterstützt oder eingefädelt wurden.[16]

Warum dann die Unterscheidung? Man könnte die Auffassung vertreten, die Geschehnisse in Osteuropa seien weit wichtiger als der globale Süden in unserer Reichweite. Auf die Begründung dieses Arguments wäre ich genauso gespannt wie auf die Erklärung, warum wir bei der Beurteilung US-amerikanischer Außenpolitik grundlegende moralische Prinzipien außer Acht lassen sollen, wie etwa die Pflicht, nach Möglichkeit zum Wohle anderer zu handeln, vor allem dort, wo wir eine Mitverantwortung tragen. Von unseren Feinden verlangen wir wie selbstverständlich, dass sie sich an diese Prinzipien halten.

In der Regel werden (oder sollen) wir uns nicht um das kümmern, was Andrej Sacharow oder Shirin Ebadi über die Verbrechen der USA oder Israels zu sagen haben; wir bewundern sie für das, was sie über ihre eigenen Staaten sagen oder gegen deren Untaten unternehmen. Das gilt in weit höherem Maße noch für die Menschen, die in freiheitlicheren und demokratischeren Gesellschaften leben und daher weit mehr Gelegenheit zu

wirkungsvollem Tun haben. Es ist von einigem Interesse, dass das Handeln angesehenster Kreise sich nachgerade im Gegensatz zu den Geboten fundamentaler Moral befindet.

Die Kriege, die die USA von 1960 bis 1990 in Lateinamerika führten, sind, von ihren Schrecken abgesehen, auch von langfristiger historischer Bedeutung. Um nur einen wichtigen Aspekt herauszugreifen: Sie waren in nicht geringem Maße gegen die katholische Kirche gerichtet, um eine schreckliche Häresie zu zerschlagen, die 1962 auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil verkündet wurde. Damals habe Papst Johannes XXIII., so der renommierte Theologe Hans Küng, »eine neue Ära in der Geschichte der katholischen Kirche eingeleitet«, indem er den Lehren der Evangelien zu ihrer einstigen Bedeutung verhalf. Kaiser Konstantin hatte sie im 4. Jahrhundert ad acta gelegt, als er das Christentum zur offiziellen Religion des Römischen Reiches erhob und damit einen Umbruch einleitete, der aus der »verfolgten Kirche« eine »verfolgende Kirche« machte. Die Häresie des Zweiten Vatikanischen Konzils wurde von den lateinamerikanischen Bischöfen aufgegriffen, die sich zur »vorrangigen Option für die Armen« bekannten.[17] Priester, Nonnen und Laien brachten fortan die radikalpazifistische Botschaft des Evangeliums zu den Armen und halfen ihnen, sich zu organisieren, um ihr bitteres Los in den Einflusssphären der US-Macht zu verbessern.

Im selben Jahr, 1962, traf Präsident John F. Kennedy einige wichtige Entscheidungen. Unter anderem veränderte er den Auftrag lateinamerikanischer Streitkräfte – von der »Hemisphärenverteidigung«, ein Anachronismus aus dem Zweiten Weltkrieg, zur »inneren Sicherheit«, das heißt zum Krieg gegen die eigene Bevölkerung, wenn sie aufzumucken wagte.[18] Charles Maechling Jr., der von 1961 bis 1966 den Planungsstab für Aufstandsbekämpfung und innere Sicherheit leitete, beschrieb die voraussehbaren Folgen der Entscheidung von 1962 als einen Wechsel von der Duldung »der Habgier und Grausamkeit der lateinamerikanischen Militärs« zur »offenen Mittäterschaft« an ihren Verbrechen, das heißt zur Unterstützung von Methoden, »die an die Vorgehensweise der Himmler'schen Vernichtungseinheiten

erinnerten«.[19] Eine wichtige Aktion war kurz nach dem Kennedy-Attentat der von Washington unterstützte und durchgeführte Militärputsch in Brasilien, der dort einen mörderischen und brutalen nationalen Sicherheitsstaat etablierte. Dann breitete sich die Repression seuchenartig aus: vom Putsch, der 1973 die Pinochet-Diktatur in Chile installierte, bis zur argentinischen Militärdiktatur (der schlimmsten von allen und Ronald Reagans Lieblingsregime in Lateinamerika). Die Wende in Mittelamerika – nicht die erste – erfolgte während der achtziger Jahre unter der Führung des »gütigen Genius« (so die Formulierung der Hoover-Wissenschaftler), der heute für diese Leistungen verehrt wird.

Die Ermordung der jesuitischen Intellektuellen zur Zeit des Mauerfalls brachte das endgültige Aus für die Ketzerei der Befreiungstheologie und den Höhepunkt eines Jahrzehnts des Schreckens in El Salvador, das begonnen hatte, als Erzbischof Óscar Romero, die »Stimme der Stimmlosen«, ermordet worden war, was denselben Urhebern zuzuschreiben ist. Voller Stolz bekannten sich die Sieger im Krieg gegen die Kirche zu ihrer Verantwortung. Die (inzwischen umbenannte) School of the Americas, berüchtigt für die Ausbildung lateinamerikanischer Killer, bezeichnete die Tatsache, dass die auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil ausgerufene Theologie der Befreiung »mit Hilfe der US-amerikanischen Streitkräfte« besiegt wurde, als eine ihrer »größten Leistungen«.[20]

Tatsächlich bedeuteten die Morde vom November 1989 nur fast das endgültige Aus; dazu waren noch weitere Anstrengungen erforderlich. Ein Jahr später wurden in Haiti die ersten freien Wahlen abgehalten, und zur Überraschung und Bestürzung Washingtons – das mit einem leichten Sieg für seinen eigenen Kandidaten, ein handverlesenes Mitglied der privilegierten Elite, gerechnet hatte – entschieden sich die organisierten Bewohner der Slums und Hügel für Jean-Bertrand Aristide, einen beliebten Priester, der sich zur Theologie der Befreiung bekannte. Unverzüglich machten sich die USA daran, die gewählte Regierung zu untergraben, und als diese nach einigen Monaten von einem Militärputsch gestürzt wurde, unterstützte die amerikanische Regierung die brutale Militärjunta

und die Angehörigen der Eliten, die die Macht übernahmen. Unter Missachtung internationaler Sanktionen wurde der Handel mit Haiti verstärkt. Präsident Clinton vertiefte diese Wirtschaftsbeziehungen noch und ermächtigte im Widerspruch zu seinen eigenen Richtlinien die Ölgesellschaft Texaco, das mörderische Regime mit Öl zu versorgen.[21] Ich werde die an anderer Stelle ausführlich erörterten skandalösen Folgen dieser Ereignisse übergehen, bis zu jenem Zeitpunkt im Jahr 2004, als Frankreich und die Vereinigten Staaten, die beiden ewigen Quälgeister Haitis, unter Mithilfe Kanadas noch einmal militärisch intervenierten, um den (wiedergewählten) Präsidenten Aristide zu entführen und nach Zentralafrika zu verfrachten. Aristide und seine Partei wurden danach praktisch von den zur Posse verkommenen Wahlen 2010/11 ausgeschlossen – die jüngste Episode einer schrecklichen Geschichte, die Hunderte von Jahren zurückreicht und kaum bekannt ist bei denen, die für all die Verbrechen verantwortlich sind. Diese erzählen sich lieber Geschichten von ihrem engagierten Bemühen, die leidenden Menschen von ihrem schlimmen Schicksal zu befreien.

Eine weitere verhängnisvolle Entscheidung Kennedys war der 1962 gefällte Entschluss, ein Team der Special Forces unter dem Kommando von General William Yarborough nach Kolumbien zu entsenden. Yarborough riet den kolumbianischen Sicherheitskräften, »paramilitärische Aktivitäten, Sabotageakte und/oder Terrorangriffe gegen bekannte kommunistische Unterstützer durchzuführen« – Maßnahmen, die »von den Vereinigten Staaten mitgetragen würden«[22]. Was unter dem Ausdruck »kommunistische Unterstützer« zu verstehen ist, hat Alfredo Vázquez Carrizosa, hochgeachteter Präsident des Ständigen Komitees zum Schutz der Menschenrechte in Kolumbien und ehemaliger Außenminister, deutlich gemacht, als er schrieb, die Kennedy-Regierung habe »sich sehr bemüht, unsere regulären Streitkräfte in Brigaden zur Bekämpfung von Aufständischen umzuwandeln, die auch die neue Strategie der Todesschwadrone übernehmen«, wobei sie ein Konzept zugrunde legte,

> das man in Lateinamerika als Nationale Sicherheitsdoktrin kennt (…) [nicht] Verteidigung gegen einen äußeren Feind, sondern ein Manöver, mit dessen Hilfe man dem militärischen Establishment die Entscheidungsgewalt zuspielt (…) [nebst] dem Recht, den inneren Feind zu bekämpfen, wie es festgelegt ist in der brasilianischen Doktrin, der argentinischen Doktrin, der uruguayischen Doktrin und der kolumbianischen Doktrin: Es handelt sich um das Recht auf Bekämpfung und Vernichtung von Sozialarbeitern, Gewerkschaftern, Männern und Frauen, die das Establishment nicht unterstützen und von denen man annimmt, sie seien kommunistische Extremisten. Damit könnte jeder gemeint sein, unter anderem auch Menschenrechtsaktivisten wie ich selbst.[23]

Vázquez Carrizosa lebte auf seinem schwer bewachten Wohnsitz in Bogotá, als ich ihn 2002 im Rahmen eines Projekts von Amnesty International besuchte. Wir eröffneten gerade unsere einjährige Kampagne zum Schutz der Menschenrechtler in Kolumbien, nachdem es dort zu einer erschreckenden Zahl von Angriffen gegen Aktivisten, Gewerkschafter und die üblichen Opfer von Staatsterror – die Armen und Schutzlosen – gekommen war.[24] Unter dem Vorwand, es handle sich um den Krieg gegen Drogen, wurden in Kolumbien Terror und Folter durch chemische Kriegführung in landwirtschaftlichen Gebieten ergänzt. Die »Fumigation«, das heißt das flächendeckende Besprühen mit Herbiziden, führte bei den Überlebenden zu Not und massenhafter Flucht in die städtischen Elendsviertel. Heute schätzt die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft, dass die Paramilitärs – häufig in Zusammenarbeit mit dem US-finanzierten Militär – mehr als 140 000 Menschen umgebracht haben.[25]

Spuren der Massaker findet man überall. Auf einem fast unpassierbaren Feldweg, der zu einem entlegenen Dorf in Südkolumbien führte, kamen meine Begleiter und ich 2010 an einer kleinen Lichtung mit vielen einfachen Kreuzen vorbei – den Gräbern von Opfern eines paramilitärischen Angriffs auf einen örtlichen Bus.

Die Berichte über die Morde sind entsetzlich genug; wer jedoch ein wenig Zeit mit den Überlebenden verbringt, die zu den freundlichsten und mitfühlendsten Menschen gehören, die ich jemals kennenlernen durfte, gewinnt einen noch lebhafteren und entsprechend schmerzlicheren Eindruck.

Das ist nur eine höchst lückenhafte Aufzählung jener Verbrechen, an denen die USA eine erhebliche Mitschuld tragen und die wir ohne Mühe zumindest hätten mindern können. Aber es ist dankbarer, mutig gegen die Menschenrechtsverletzungen offizieller Feinde zu protestieren – eine angenehme Beschäftigung, jedoch nicht unbedingt ganz oben auf der Dringlichkeitsliste dessen, was man von einem wertorientierten Intellektuellen erwartet, der seine Rolle ernst nimmt.

Die Opfer innerhalb unserer Machtsphäre werden, im Gegensatz zu denen in Feindstaaten, nicht nur ignoriert und rasch vergessen, sondern auch zynisch beleidigt. Ein typisches Beispiel ließ sich wenige Wochen nach dem Mord an den Intellektuellen in El Salvador beobachten, als Václav Havel Washington besuchte und im Kongress eine Rede hielt. Vor seinen begeisterten Zuhörern lobte Havel die »Verteidiger der Freiheit« in Washington, »die verstanden haben, welche Verantwortung« sich daraus ergebe, »die mächtigste Nation der Erde« zu sein. Verantwortung ist ein treffliches Wort, denkt man an die brutale Ermordung seiner salvadorianischen Gesinnungsgenossen. Die Klasse der liberalen Intellektuellen war hingerissen von seinem Vortrag. Havel habe seine Zuhörer daran erinnert, »dass wir in einem romantischen Zeitalter leben«, schwärmte Anthony Lewis von der *New York Times*.[26] Andere prominente Liberale priesen Havels »Idealismus, Ironie und Menschlichkeit«, mit einem Wort, den Geist, »in dem er seine schwierige Doktrin von der individuellen Verantwortung verkündete«, während sich der Kongress – »offenbar voller Hochachtung« ob des Genies und der Integrität des Besuchers – die Frage stellte, warum in den USA ein solcher Mangel an Intellektuellen herrsche, die in dieser Weise bereit seien, »Moral über Eigeninteresse zu stellen«.[27] Unschwer lässt sich vorstellen, wie die Reaktionen ausgesehen hätten, wenn Pater Ignacio

Ellacuría, der prominenteste der ermordeten jesuitischen Intellektuellen, eine solche Rede in der Duma gehalten hätte, nachdem sowjetisch bewaffnete und ausgebildete Eliteeinheiten Havel und ein halbes Dutzend seiner Mitstreiter ermordet hätten – etwas, was natürlich unvorstellbar gewesen wäre.

Da wir selbst das, was vor unseren Augen geschieht, kaum sehen können, ist es nicht überraschend, dass Ereignisse ab einer gewissen Entfernung vollkommen unsichtbar werden. Ein aufschlussreiches Beispiel: Im Mai 2011 entsandte Präsident Obama neunundsiebzig Kommandos nach Pakistan, allem Anschein nach, um einen geplanten Mord an Osama bin Laden durchzuführen, dem Hauptverdächtigen für den schrecklichen terroristischen Anschlag vom 11. September.[28] Obwohl das unbewaffnete und schutzlose Ziel der Operation leicht hätte gefangen genommen werden können, wurde bin Laden einfach ermordet und sein Leichnam ohne Autopsie über See abgeworfen – eine Handlungsweise, die in der liberalen Presse als »gerechtfertigt und notwendig« bezeichnet wurde.[29] Es gab keine Gerichtsverhandlung wie bei den nationalsozialistischen Kriegsverbrechern – eine Tatsache, die den Vertretern ausländischer Rechtsinstanzen nicht verborgen blieb: Zwar billigten sie die Operation, kritisierten aber die Vorgehensweise. Die Harvard-Professorin Elaine Scarry erinnerte daran, dass das Mordverbot im Völkerrecht auf eine leidenschaftliche Ablehnung dieser Praxis durch Abraham Lincoln zurückgehe, der die Rechtfertigung eines solchen Mords als »internationale Gesetzlosigkeit« verurteilte, als »Gräueltat«, die alle »zivilisierten Nationen« mit »Abscheu« erfülle und »strengste Vergeltung« verlange.[30] Lang, lang ist's her.

Es ließe sich noch weit mehr über die Bin-Laden-Operation sagen, etwa über die Bereitschaft Washingtons, das Risiko eines größeren Krieges einzugehen und sogar die Weitergabe von kernwaffenfähigem Material an Dschihadisten in Kauf zu nehmen. Doch begnügen wir uns mit der Namensgebung: »Operation Geronimo«. Die Bezeichnung rief Empörung in Mexiko hervor und löste Proteste indianischer Gruppen in den USA aus, doch davon

abgesehen, scheint niemand zur Kenntnis genommen zu haben, dass hier bin Laden mit dem Apachenhäuptling gleichgesetzt wurde, der den mutigen Widerstand seines Volkes gegen die unrechtmäßigen Invasoren anführte. Die saloppe Namensgebung erinnert an die Leichtfertigkeit, mit der unsere mörderischen Waffen nach den Opfern von Verbrechen benannt sind: Apache, Blackhawk, Cheyenne. Wie hätten wir wohl reagiert, wenn die deutsche Luftwaffe ihre Kampfflugzeuge »Jude« oder »Zigeuner« genannt hätte?

Gelegentlich werden diese »schändlichen Sünden« explizit geleugnet. Begnügen wir uns mit einigen jüngeren Beispielen: Vor zwei Jahren beschrieb Russell Baker in der *New York Review of Books*, einem der führenden linksliberalen Intellektuellenblätter, was ihn das Werk des »heroischen Historikers« Edmund Morgan gelehrt habe: dass nämlich Kolumbus und die frühen Entdeckungsreisenden bei ihrer Ankunft »die ungeheure Weite eines Kontinents vorfanden, die nur spärlich von Ackerbauern und Jägern bevölkert war (…). In dieser grenzenlosen und jungfräulichen Welt, die sich vom tropischen Dschungel bis in den eisigen Norden erstreckte, dürfte es kaum mehr als eine Million Bewohner gegeben haben.«[31] Diese Berechnung liegt um mehrere Zehnmillionen daneben, und über die »ungeheure Weite« war eine ganze Reihe von Hochkulturen verstreut. Die Behauptung blieb unwidersprochen, obwohl die Redaktion vier Monate später eine Berichtigung veröffentlichte, in der sie feststellte, dass Nordamerika vermutlich bis zu achtzehn Millionen Einwohner hatte – wobei immer noch einige Zehnmillionen »vom tropischen Dschungel bis in den eisigen Norden« unerwähnt blieben. Das alles war schon seit Jahrzehnten bekannt – einschließlich der Hochkulturen und der Verbrechen, die folgen sollten –, aber nicht wichtig genug selbst für einen beiläufigen Satz.

Ein Jahr später sprach der renommierte Historiker Mark Mazower in der *London Review of Books* von der »Misshandlung der Indianer«, was wiederum widerspruchslos hingenommen wurde.[32] Würden wir für vergleichbare Verbrechen, die auf das Konto unserer Feinde gingen, das Wort »Misshandlung« akzeptieren?

Die Bedeutung des 11. September

Wenn wir unter der Verantwortung der Intellektuellen die moralische Verantwortung verstehen, als rechtschaffene Menschen ihre Position zu nutzen, um sich für Freiheit, Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und Frieden einzusetzen und nicht nur über die Verfehlungen unserer Feinde zu sprechen, sondern, was weit wichtiger ist, auch über die Verbrechen, in die wir selbst verstrickt sind und die wir einschränken oder beenden können, wenn wir das wollen – wenn all dies der Fall ist, was sollen wir dann vom 11. September halten?

Die Ansicht, der 11. September habe »die Welt verändert«, ist weit verbreitet und durchaus nachvollziehbar. Zweifellos hatten die Ereignisse für die USA innen- und außenpolitisch tiefgreifende Konsequenzen. Eine war, dass Präsident George W. Bush sich dadurch veranlasst sah, eine Neuauflage des Reagan'schen Kriegs gegen den Terrorismus zu verkünden – nachdem der erste praktisch »verschwunden« war (um eine Formulierung unserer Lieblingskiller und -folterer aus Lateinamerika aufzugreifen), vermutlich weil sich seine Ergebnisse nicht so recht mit unserem Selbstbild vertrugen. Weitere Folgen waren die Invasionen Afghanistans und des Irak, in jüngerer Zeit die militärischen Interventionen in mehreren anderen Ländern der Region sowie die regelmäßige Drohung, den Iran anzugreifen (»alle Optionen sind offen«, lautet die Standardformel). Der Preis war in jeder Hinsicht außerordentlich hoch. Daraus ergibt sich eine naheliegende Frage, die hier nicht zum ersten Mal gestellt wird: Gab es eine Alternative?

Zahlreiche Analytiker sind zu dem Ergebnis gekommen, bin Laden habe in seinem Krieg gegen die Vereinigten Staaten erhebliche Erfolge erzielt. »Er hat wiederholt behauptet, die einzige Möglichkeit, die USA aus der muslimischen Welt zu vertreiben und ihre Satrapen zu besiegen, bestehe darin, die Amerikaner in eine Reihe kleiner, aber kostspieliger Kriege zu verwickeln, die sie letztlich ruinieren würden«, schreibt der Journalist Eric Margolis. »Die Vereinigten Staaten sind – zunächst unter George W. Bush

und dann unter Barack Obama – direkt in bin Ladens Falle getappt (…). Grotesk übertriebener militärischer Aufwand und eine zwanghafte Verschuldungspolitik (…) sind möglicherweise das verhängnisvolle Vermächtnis des Mannes, der dachte, er könne die Vereinigten Staaten besiegen.«[33] Nach einem Bericht des Costs of War Project des Watson Institute for International and Public Affairs an der Brown University dürften sich die Gesamtkosten auf 3,2 bis 4 Billionen Dollar belaufen[34] – eine stattliche Bilanz, die bin Laden da vorzuweisen hat.

Dass Washington gewillt war, bin Laden in die Falle zu gehen, war von Anfang an ersichtlich. Der leitende CIA-Analytiker Michael Scheuer, der von 1996 bis 1999 bin Ladens Spuren verfolgte, schreibt: »Bin Laden hat Amerika eingehend dargelegt, warum er Krieg gegen uns führt.« Der Al-Qaida-Führer habe »die Absicht gehabt, die US-amerikanische und westliche Politik gegenüber der islamischen Welt von Grund auf zu verändern«. Nach Scheuers Darlegung hatte bin Laden damit weitgehend Erfolg: »Die Streitkräfte und die Politik der USA haben die Radikalisierung der islamischen Welt vollendet – etwas, was Osama bin Laden seit Anfang der neunziger Jahre in Ansätzen, aber beileibe nicht vollständig gelungen ist. Ich denke, insofern ist der Schluss erlaubt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika bin Ladens einziger unentbehrlicher Verbündeter bleiben.«[35] Man könnte sagen, sie sind es über seinen Tod hinaus.

Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass man nach dem Attentat vom 11. September die dschihadistische Bewegung hätte spalten und schwächen können, was auch innerhalb der Bewegung heftig kritisiert wurde. Außerdem hätte man die Möglichkeit gehabt, dieses »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, wie es zu Recht genannt wurde, als Straftat zu behandeln, das heißt, eine internationale Operation zur Verhaftung der Verdächtigen zu veranlassen. Das war unmittelbar nach dem Angriff auch im Gespräch, wurde aber von den Entscheidungsträgern in Washington nicht einmal in Betracht gezogen. Offenbar verschwendete man keinen Gedanken an das Angebot der Taliban

– wie ernst auch immer es gemeint sein mochte –, die Al-Qaida-Führer auszuliefern, um sie vor Gericht zu stellen.

Damals zitierte ich Robert Fisks Einschätzung, das schreckliche Verbrechen vom 11. September sei »niederträchtig und extrem grausam« gewesen – ein zutreffendes Urteil. Es hätte aber noch schlimmer sein können. Nehmen wir an, Flug 93, der von mutigen Passagieren in Pennsylvania zum Absturz gebracht wurde, hätte das Weiße Haus getroffen und den Präsidenten getötet. Nehmen wir an, die Täter hätten den Plan gehabt (und durchgeführt), eine Militärdiktatur zu errichten, die Tausende umgebracht und weitere Zehntausende gefoltert hätte. Nehmen wir an, das neue Regime hätte mit Hilfe der Verbrecher ein internationales Terrorzentrum eingerichtet und von dort aus andernorts ähnliche Folter-und-Terror-Staaten geschaffen. Als i-Tüpfelchen hätte man dann ein Team von Wirtschaftswissenschaftlern – nennen wir sie die »Kandahar Boys« – eingeflogen, um die amerikanische Volkswirtschaft in eine der schlimmsten Krisen ihrer Geschichte zu stürzen. Kein Zweifel, das wäre erheblich schlimmer gewesen als der 11. September.

Wie wir alle wissen sollten, handelt es sich hierbei nicht um ein Gedankenexperiment, sondern um reale Ereignisse. Ich beziehe mich natürlich auf die Geschehnisse, die in Lateinamerika häufig als »der erste 11. September« bezeichnet werden, das heißt, auf den 11. September 1973, als es den USA nach langen, intensiven Bemühungen endlich gelang, die demokratische Regierung Salvador Allendes durch einen Militärputsch zu stürzen und stattdessen das grauenhafte Regime von General Augusto Pinochet einzusetzen. Anschließend gab die Diktatur den Chicago Boys – Wirtschaftswissenschaftlern, die an der Universität Chicago studiert hatten – den Auftrag, die chilenische Wirtschaft umzustrukturieren. Wenn man die Zerschlagung der Wirtschaft sowie die Opfer von Folter und Entführungen zugrunde legt und deren Zahl mit fünfundzwanzig multipliziert, um entsprechende Vergleichswerte zu erhalten, kann man erkennen, dass jener erste 11. September weitaus gravierender war als der zweite.

Das Ziel des Umsturzes bestand nach den Worten der Nixon-Administration darin, den »Virus« zu vernichten, der all diese

»Ausländer« ermutigen könnte, »uns zu linken« – uns zu linken, indem sie versuchten, ihre eigenen Ressourcen zu kontrollieren oder, allgemeiner, einen Washington nicht genehmen unabhängigen politischen Weg einzuschlagen. Dahinter verbarg sich die Schlussfolgerung, zu der Nixons Nationaler Sicherheitsrat gekommen war: Wenn es den Vereinigten Staaten nicht gelinge, Lateinamerika zu kontrollieren, könnten sie nicht erwarten, »eine erfolgreiche Ordnung in anderen Teilen der Welt herzustellen«. Washingtons »Glaubwürdigkeit« wäre dann in Frage gestellt, wie Henry Kissinger meinte.

Der erste 11. September hat im Gegensatz zum zweiten die Welt nicht verändert. Er blieb »ohne besondere Folgen«, wie Kissinger seinem Chef ein paar Tage später versicherte. Anhand seiner Darstellung in der konventionellen Geschichtsschreibung kann man Kissinger kaum widersprechen – mögen die Überlebenden das auch anders sehen.

Diese Ereignisse ohne besondere Folgen waren nicht auf den Militärputsch beschränkt, der die chilenische Demokratie zerstörte und für all die Schrecken verantwortlich war, die danach kamen. Wie erwähnt, war der erste 11. September nur ein Akt in dem Drama, das 1962 begann, als Kennedy den lateinamerikanischen Streitkräften den Auftrag erteilt hatte, sich fortan vorrangig um die »innere Sicherheit« zu kümmern. Auch die tragischen Ereignisse, die sich anschlossen, blieben ohne besondere Folgen – wie üblich, wenn die Geschichtsschreibung in den Händen verantwortungsbewusster Intellektueller liegt.

Intellektuelle und ihre Entscheidungen

Wenden wir uns wieder den beiden Kategorien der Intellektuellen zu. Es scheint fast eine historische Konstante zu sein, dass konformistische Intellektuelle – diejenigen, die offizielle Zielsetzungen unterstützen und offizielle Verbrechen ignorieren oder rationalisieren – in ihren Gesellschaften geehrt und privilegiert

werden, während man die wertorientierten auf die eine oder andere Weise bestraft. Dieses Muster reicht zurück bis zu den frühesten geschichtlichen Aufzeichnungen. Der Mann, dem man vorwarf, die Jugend Athens zu verderben, bekam den Schierlingsbecher verabreicht; die Dreyfusards wurden beschuldigt, »die Seelen und in der Folge die ganze Gesellschaft zu verderben«; und die wertorientierten Intellektuellen der sechziger Jahre mussten sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sie würden »die Jugend indoktrinieren«.[36] Im Tanach, der hebräischen Bibel, treten Protagonisten auf, die nach modernen Maßstäben dissidente Intellektuelle wären – die Rede ist von den »Propheten«. Sie erzürnten das Establishment aufs Heftigste mit ihren kritischen geopolitischen Analysen, mit der Verurteilung der Verbrechen, die auf das Konto der Mächtigen gingen, ihrem Ruf nach Gerechtigkeit und ihrer Anteilnahme für das Schicksal der Armen und Leidenden. Ahab, der schlimmste aller Könige, verurteilte den Propheten Elias als Hasser des Volkes Israel oder, um die modernen Versionen dieses Vorwurfs zu zitieren, als den ersten »von Selbsthass zerfressenen Juden« beziehungsweise »Anti-Amerikaner«. Die Propheten wurden unfreundlich behandelt, im Gegensatz zu den Hofschranzen, die man später als falsche Propheten entlarvte. Das Verhaltensmuster ist verständlich. Alles andere wäre überraschend.

Über die Verantwortung der Intellektuellen kann man kaum mehr als ein paar einfache Wahrheiten feststellen: Intellektuelle sind in der Regel privilegiert, Privilegien bieten Chancen, und wer Chancen hat, trägt Verantwortung. Folglich hat der Einzelne die Wahl.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Steven Lukes: *Emile Durkheim: His Life and Work*, Palo Alto 1973, S. 335
2. »An die Kulturwelt! Ein Aufruf« (Manifest der 93 Intellektuellen), 1914, Wikipedia, de.wikipedia.org/wiki/Manifest_der_93 (aufgerufen am 10. August 2016)
3. »Who Willed American Participation«, *New Republic*, 14. April 1917, S. 308 ff.
4. John Dewey: *The Middle Works of John Dewey, Volume 11, 1899 – 1924: Journal Articles, Essays, and Miscellany Published in the 1918 – 1919 Period*, Jo Ann Boydston

(Hg.), Carbondale 1982, S. 81 f.

5. John Dewey: »Our Un-Free Press«, in: *The Later Works of John Dewey, Volume 11, 1925 – 1953: Essays, Reviews, Trotsky Inquiry, Miscellany, and Liberalism and Social Action*, Jo Ann Boydston (Hg.), Carbondale, Southern Illinois University Press, 1987, S. 270
6. Randolph Bourne: »Twilight of Idols«, *Seven Arts*, October 1917, S. 688 – 702
7. Michael Crozier, Samuel P. Huntington, Joji Watanuke: *The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York 1975), www.trilateral.org/download/doc/crisis_of_democracy.pdf (aufgerufen am 10. August 2016)
8. Adam Smith: *Der Wohlstand der Nationen*, München 2013, S. 338
9. Gordon S. Wood: *The Creation of the American Republic, 1776 – 1787*, New York: W. W. Norton, 1969, S. 513 f. Lance Banning: *The Sacred Fire of Liberty: James Madison and the Founding of the Federal Republic*, Ithaca, Cornell University Press, 1995; Banning vertritt zwar entschieden die Auffassung, Madison habe sich um eine bürgernahe Demokratie bemüht, beurteilt aber die Tendenz der Verfassung genauso wie Wood (S. 245).
10. James Madison, Thomas Jefferson, 9. Dezember 1787, founders.archives.gov/documents/Madison/01-10-02-0197 (nicht verfügbar, 10. August 2016). Vgl. auch Ralph Louis Ketcham: *James Madison: A Biography*, Charlottesville 1990, S. 236, 247, 298.
11. Edward Thorndike: »How May We Improve the Selection, Training, and Life Work of Leaders?«, *Teachers College Record*, April 1939, S. 593 – 605
12. »Terrorist Group Profiles«, Außenministerium, Januar 1989. Vgl. auch Robert Pear: »US Report Stirs Furor in South Africa«, *The New York Times*, 14. Januar 1989.
13. United Nations Inter-Agency Task Force, Africa Recovery Programme/Economic Commission for Africa: *South African Destabilization: The Economic Cost of Frontline Resistance to Apartheid*, 1989, S. 13
14. Noam Chomsky: »The Evil Scourge of Terrorism«, Rede vor der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft, Stuttgart, 23. März 2010
15. Äußerungen über Reagan von Martin Anderson und Annelise Anderson von der Hoover Institution der Stanford University, zitiert von Paul Boyer in: »Burnishing Reagan's Disarmament Credentials«, *Army Control Today*, September 2009.
16. John Coatsworth: »The Cold War in Central America, 1975 – 1991«, in: *The Cambridge History of the Cold War: Volume 3: Endings*, Melvyn P. Leffler, Odd Arne Westad (Hg.), Cambridge 2010
17. Noam Chomsky: *Hopes and Prospects*, Chicago 2010, S. 272
18. Papers of John F. Kennedy, Presidential Papers, National Security Files, Meetings and Memoranda, National Security Action Memoranda [NSAM]: NSAM 134, Report on Internal Security Situation in South America, JFKNSF-335-013, John F. Kennedy Presidential Library and Museum, Boston, Massachusetts
19. Lars Schoultz: *Human Rights and United States Policy Toward Latin America*, Princeton, NJ, Princeton University Press, 1981; Charles Maechling Jr.: »The Murderous

Mind of the Latin American Military«, *Los Angeles Times*, 18. März 1982
20. Nachzulesen in: Adam Isacson, Joy Olson, *Just the Facts*, Washington 1999, S. IX.
21. Noam Chomsky: »Humanitarian Imperialism: The New Doctrine of Imperial Right«, *Monthly Review*, 1. September 2008
22. Noam Chomsky: *Rogue States*, Chicago 2015, S. 88
23. Noam Chomsky: *Deterring Democracy*, New York 1991, S. 131
24. Chomsky, *Hopes and Prospects*, S. 261
25. Daniel Wilkinson: »Death and Drugs in Colombia«, *The New York Review of Books*, 23. Juni 2011
26. Anthony Lewis: »Abroad at Home«, *The New York Times*, 2. März 1990
27. Mary McGrory: »Havel's Gentle Rebuke«, *The Washington Post*, 25. Februar 1990
28. Mark Mazzetti, Helene Cooper, Peter Baker: »Behind the Hunt for Bin Laden«, *The New York Times*, 2. Mai 2011
29. Eric Alterman: »Bin Gotten«, *The Nation*, 4. Mai 2011
30. Elaine Scarry: »Rules of Engagement«, *Boston Review*, 8. November 2006
31. Russell Baker: »A Heroic Historian on Heroes«, *The New York Review of Books*, 11. Juni 2009
32. Mark Mazower: »Short Cuts«, *London Review of Books*, 8. April 2010
33. Eric S. Margolis: »Osama's Ghost«, *American Conservative*, 20. Mai 2011
34. Daniel Trotta: »Cost of War at Least $3.7 Trillion and Counting«, *Reuters*, 29. Juni 2011
35. Michael Scheuer: *Imperial Hubris: Why the West Is Losing the War on Terror*, Washington 2004
36. Anschuldigungen gegen die Dreyfusards, zitiert in: Geoffrey Hawthorn: *Enlightenment and Despair: A History of Social Theory*, Cambridge 1976, S. 117

2

Weltweit gesuchte Terroristen

Am 13. Februar 2008 wurde Imad Mughniyeh, ein führendes Mitglied der Hisbollah, in Damaskus getötet. »Ohne diesen Mann ist die Welt erträglicher geworden«, erklärte Sean McCormack, der Sprecher des US-Außenministeriums. »Auf die eine oder andere Weise hat er seine gerechte Strafe bekommen.«[1] Mike McConnell, der Direktor des Inlandsgeheimdienstes, fügte hinzu, Mughniyeh »war verantwortlich für mehr Tötungen von Amerikanern und Israelis als irgendein anderer Terrorist außer Osama bin Laden«.[2]

Auch in Israel war die Freude grenzenlos, da »einer der meistgesuchten Terroristen in den USA und Israel« zur Rechenschaft gezogen worden sei, wie es in der Londoner *Financial Times* hieß.[3] Unter der Überschrift »Ein weltweit gesuchter Terrorist« wurde in dem Artikel berichtet, Mughniyeh sei nach dem 11. September »auf der Liste der meistgesuchten Personen« von Osama bin Laden verdrängt worden und habe fortan nur noch den zweiten Platz eingenommen.[4]

Die Terminologie ist korrekt, zumindest nach den Regeln des angloamerikanischen Diskurses, der die Welt als die politischen Klassen in Washington und London definiert (zuzüglich all derer, die in bestimmten Fragen momentan mit ihnen übereinstimmen). Beispielsweise ist üblicherweise zu lesen, »die Welt« habe geschlossen hinter George Bush gestanden, als er die Bombardierung Afghanistans befohlen habe. Das mag auf »die Welt« zutreffen, aber kaum auf die Welt, wie eine internationale Gallup-Umfrage zeigte, die nach Ankündigung der Bombardierung durchgeführt wurde. Die globale Zustimmung war eher spärlich. In Lateinamerika, wo man einige Erfahrung mit dem Gebaren der USA hat, reichte die Zustimmung von zwei Prozent in Mexiko bis

sechzehn Prozent in Panama, und diese Unterstützung beruhte auf der Voraussetzung, dass man die Schuldigen identifizierte (was laut FBI acht Monate später noch immer nicht der Fall war) und dass zivile Ziele verschont blieben (sie wurden sofort angegriffen).[5] Weltweit gab es hingegen eine überwältigende Mehrheit für diplomatische und rechtliche Maßnahmen, die von »der Welt« allerdings kurzerhand abgelehnt wurden.

Auf den Spuren des Terrors

Wenn wir »die Welt« zur Welt erweitern, finden wir möglicherweise ein paar andere Anwärter auf den Titel des meistgehassten Erzverbrechers. Aufschlussreich ist hierbei die Frage nach den Gründen.

Die *Financial Times* berichtete, die meisten Anschuldigungen gegen Mughniyeh seien unbegründet, aber »einer der wenigen Fälle, in denen seine Beteiligung mit Sicherheit nachgewiesen werden kann, [ist] die Entführung des TWA-Flugs im Jahr 1985, bei der ein US-Marinetaucher getötet wurde«.[6] Das war eine der beiden terroristischen Gräueltaten, die Zeitungsredakteure in einer Umfrage veranlasste, den Terrorismus im Nahen Osten zum wichtigsten Thema des Jahres 1985 zu erklären; das andere war die Entführung des Kreuzfahrtschiffs *Achille Lauro*, bei der Leon Klinghoffer, ein körperbehinderter Amerikaner, brutal ermordet wurde.[7] So weit das Urteil »der Welt«. Vielleicht sah die Welt die Sache etwas anders.

Die Entführung der *Achille Lauro* war eine Vergeltung für die Bombardierung von Tunis, die eine Woche zuvor vom damaligen israelischen Ministerpräsidenten Schimon Peres angeordnet worden war. Zu den Schreckenstaten, die seine Luftwaffe dabei beging, zählte die Tötung von fünfundsiebzig Tunesiern und Palästinensern mit intelligenten Bomben, die sie in Stücke rissen, wie aus der lebhaften Schilderung des israelischen Journalisten Amnon Kapeliouk hervorging, der vom Ort des Geschehens

berichtete.[8] Washington kooperierte, indem es darauf verzichtete, seinen Verbündeten Tunesien davon zu unterrichten, dass die Bomber unterwegs waren, obwohl der Sechsten Flotte und dem US-amerikanischen Geheimdienst der bevorstehende Angriff wohl kaum entgangen sein dürfte. Außenminister George Shultz teilte dem israelischen Außenminister Jitzchak Schamir mit, Washington habe »beträchtliche Sympathie für die israelische Handlungsweise«, die er mit allgemeiner Billigung eine »legitime Reaktion«[9] auf die terroristischen Angriffe nannte.

Einige Tage später verurteilte der UN-Sicherheitsrat den Bombenangriff einstimmig als einen »Akt bewaffneter Aggressionen« – die USA enthielten sich der Stimme.[10] »Aggression« ist natürlich ein weit schwerer wiegendes Verbrechen als internationaler Terrorismus. Doch um das Prinzip »in dubio pro reo« auch für die Vereinigten Staaten und Israel gelten zu lassen, wollen wir uns an die nicht ganz so gewichtigen Anklagepunkte halten.

Ein paar Tage danach besuchte Peres Washington, um sich mit Ronald Reagan abzustimmen, dem führenden internationalen Terroristen jener Zeit, der sich wieder einmal unter dem Beifall »der Welt« anschickte, »die böse Geißel des Terrorismus« anzuprangern.[11] Die »terroristischen Großangriffe«, die Shultz und Peres einen Vorwand für die Bombardierung von Tunis geliefert hatten, waren die Morde an drei Israelis in Larnaca auf Zypern. Wie Israel einräumte, hatten die Mörder nichts mit Tunis zu tun, möglicherweise unterhielten sie aber Verbindungen zu Syrien.[12] Doch Tunis war ein sehr geeignetes Ziel; im Gegensatz zu Damaskus war es schutzlos und bot darüber hinaus noch einen besonderen Vorteil: Dort konnte man eine größere Zahl im Exil lebender Palästinenser töten.

Die Larnaca-Morde wurden von den Tätern ihrerseits als Vergeltungsakte betrachtet. Sie stellten eine Reaktion auf die regelmäßigen israelischen Entführungen in internationalen Gewässern dar, bei denen viele Opfer getötet und noch weit mehr gekidnappt wurden, um in der Regel ohne Gerichtsverhandlung für lange Zeit in israelischen Gefängnissen zu verschwinden.

Besonders berüchtigt war das geheime Foltergefängnis »Anlage 1391«. Man kann einiges darüber in der israelischen und der ausländischen Presse erfahren.[13] Diese regelmäßigen israelischen Verbrechen blieben den Redakteuren der nationalen Presse in den USA natürlich nicht verborgen und wurden von Zeit zu Zeit beiläufig erwähnt.

Zu Recht wurde der Mord an Klinghoffer als abscheulich verurteilt und in den Medien ausführlich behandelt, außerdem wurde er zum Thema einer gefeierten Oper und eines Fernsehfilms sowie vieler betroffener Kommentare, in denen die Brutalität der Palästinenser beklagt wurde. Man fand eindrucksvolle Namen für sie: »zweiköpfige Ungeheuer« (Israels früherer Ministerpräsident Menachem Begin), »Kakerlaken, die unter Drogen in einer Flasche herumwimmeln« (so der Generalstabschef der israelischen Verteidigungsstreitkräfte Raful Eitan), »wie Grashüpfer im Vergleich zu uns«, denen man »die Köpfe an Steinen und Mauern einschlagen« sollte (Ministerpräsident Jitzchak Schamir) – oder einfach »Araboushim«, ein Slangausdruck, der unseren »Itzig« oder »Nigger« entspricht.[14]

Nachdem es im Dezember 1982 zu einer besonders abscheulichen Demonstration von Siedlermentalität und militärischem Terror in der Stadt Halhul im Westjordanland gekommen war, die selbst israelische Falken empörte, schrieb der renommierte militärpolitische Analytiker Yoram Peri entsetzt: »Eine Aufgabe der Armee besteht heute darin, die Rechte unschuldiger Menschen mit Füßen zu treten, nur weil sie Araboushim sind und auf Gebieten leben, die Gott uns versprochen hat« – eine Aufgabe, die noch dringender und mit noch größerer Brutalität durchgeführt wurde, als die Araboushim einige Jahre später »aufzumucken« begannen.[15]

Wie ernst die Gefühle waren, die anlässlich des Mordes an Klinghoffer geäußert wurden, lässt sich leicht überprüfen. Dazu müssen wir nur vergleichen, wie die Reaktionen auf ähnliche, von den USA gebilligte israelische Verbrechen ausfielen. Nehmen wir beispielsweise die Morde, die im April 2002 an Kemal Zughayer und Jamal Rashid Take, zwei körperbehinderten Palästinensern,

begangen wurden, als israelische Streitkräfte das Flüchtlingslager Jenin im Westjordanland verwüsteten. Britische Reporter entdeckten Zughayers zerquetschten Leichnam und die Überreste seines Rollstuhls nebst der zerfetzten weißen Fahne, die er gehalten hatte, als er bei dem Versuch zu fliehen erschossen und anschließend von israelischen Panzern überrollt wurde. Dabei zerrissen sie sein Gesicht in zwei Teile und trennten ihm Arme und Beine ab.[16] Jamal Rashid wurde in seinem Rollstuhl zermalmt, als ein riesiger, aus amerikanischen Lieferungen stammender Caterpillar-Bulldozer sein Haus in Jenin abriss, während sich seine Familie noch darin befand.[17] Die unterschiedlichen Reaktionen – oder vielmehr Nichtreaktionen – sind so sehr zur Routine geworden und so leicht zu erklären, dass kein weiterer Kommentar erforderlich ist.

Autobomben und »terroristische Dorfbewohner«

Ohne Frage war die Bombardierung von Tunis ein weit gravierenderes terroristisches Verbrechen als die Entführung der *Achille Lauro* oder die Terrorakte, bei denen Mughniyehs »Beteiligung mit Sicherheit nachgewiesen« werden kann – alles Ereignisse, die 1985 stattfanden.[18] Doch selbst die Bombardierung von Tunis hatte Mitbewerber um den Ehrentitel »schlimmste terroristische Gräueltat« des Nahen Ostens im Spitzenjahr 1985.

Eine ernsthafte Kandidatin dafür war eine Autobombe direkt vor einer Moschee in Beirut, die zur Explosion gebracht wurde, als die Gläubigen das Gebäude nach dem Freitagsgebet verließen. Sie riss achtzig Menschen in den Tod und verwundete 256.[19] Die meisten Toten waren Frauen und Mädchen, die die Moschee verließen, obwohl die Wucht der Explosion »Babys in ihren Betten verbrannte«, »eine Braut tötete, die ihre Aussteuer kaufte« und »drei Kinder zerriss, die sich auf dem Heimweg von der Moschee befanden«. Außerdem habe sie »die Hauptstraße der dicht bevölkerten« Vorstadt Westbeiruts verwüstet, berichtete Nora

Boustany drei Jahre später in der *Washington Post*.[20] Das beabsichtigte Ziel war der schiitische Geistliche Scheich Mohammad Hussein Fadlallah, der dem Anschlag entging. Durchgeführt wurde das Attentat mit britischer Hilfe von Reagans CIA und seinen saudischen Verbündeten, wobei eine ausdrückliche Genehmigung des CIA-Direktors William Casey vorlag; dies berichtet Bob Woodward, ein Journalist der *Washington Post*, in seinem Buch *GeheimcodeVeil: Reagan und die geheimen Kriege der CIA*. Von den bloßen Fakten abgesehen, ist wenig bekannt, weil man strikt an der Doktrin festhält, die eigenen Verbrechen nicht zu untersuchen (es sei denn, sie erregen so viel Aufsehen, dass sie sich nicht unter den Teppich kehren lassen und man die Untersuchung kaum mehr auf ein paar »schwarze Schafe« der unteren Ebenen beschränken kann, die natürlich »außer Kontrolle« waren).

Weitere Kandidaten für den Terrorismuspreis Naher Osten 1985 waren die Operationen »Eiserne Faust« von Ministerpräsident Peres in dem südlibanesischen Gebiet, das Israel damals unter Missachtung der Anordnung des Sicherheitsrats besetzt hielt. Laut Sprachregelung des israelischen Oberkommandos waren die Ziele »terroristische Dorfbewohner«.[21] Damit erreichten Peres' Verbrechen nach den Worten eines westlichen Diplomaten, der sich in der Region auskennt, einen neuen Tiefpunkt »kalkulierter Brutalität und vorsätzlichen Mordes« – eine Einschätzung, die durch die unmittelbare Berichterstattung weitgehend bestätigt wird.[22] Das alles war jedoch ohne Interesse für »die Welt« und wurde daher wie üblich nicht zum Gegenstand näherer Untersuchungen. Abermals könnten wir fragen, ob diese Verbrechen noch dem internationalen Terrorismus zuzurechnen sind oder schon der weit schwereren Kategorie der Aggression angehören, aber lassen wir für Israel und seine Unterstützer in Washington wiederum den Zweifelssatz gelten und bleiben wir bei dem weniger schwerwiegenden Anklagepunkt.

Dies sind nur einige der Ereignisse, die den Menschen in anderen Weltregionen in den Sinn kommen mögen, wenn sie an »einen der sehr seltenen Fälle« denken, in die Imad Mughniyeh zweifelsfrei verwickelt war.

Darüber hinaus werfen die Vereinigten Staaten Mughniyeh vor, für das verheerende Doppelselbstmordattentat verantwortlich zu sein, das im Libanon 1983 mit Autobomben auf die Kasernen von US-Marines und französischen Fallschirmspringern verübt wurde und 241 Marines sowie achtundfünfzig Fallschirmspringer in den Tod riss. Ebenso wird ihm ein früherer Anschlag auf die US-Botschaft in Beirut zur Last gelegt, dem dreiundsechzig Menschen zum Opfer fielen, eine Tat von besonderer Schwere, weil dort damals ein Treffen offizieller CIA-Vertreter stattfand.[23] Die *Financial Times* hat den Angriff auf die Kaserne der Marines jedoch dem Islamischen Dschihad und nicht der Hisbollah zugerechnet.[24] Fawaz Gerges, einer der führenden Experten auf dem Gebiet der Dschihad-Bewegungen und für den Libanon, schrieb, eine »unbekannte Gruppe namens Islamischer Dschihad« habe die Verantwortung dafür übernommen.[25] Eine Stimme habe alle Amerikaner im klassischen Arabisch aufgefordert, den Libanon zu verlassen, wenn ihnen ihr Leben lieb sei. Man hat behauptet, Mughniyeh sei damals der Kopf des Islamischen Dschihad gewesen, aber meines Wissens gibt es dafür kaum Belege.

Zwar fand keine Umfrage statt, um die Meinung der Welt zu ermitteln, aber es ist gut möglich, dass man nicht überall bereit war, einen Angriff auf einen militärischen Stützpunkt in einem fremden Land als »terroristischen Angriff« zu bezeichnen, zumal die amerikanischen und französischen Streitkräfte den Libanon damals von See und aus der Luft heftig bombardierten. Kurz zuvor, 1982, hatten die USA Israel überdies massiv bei der Invasion des Libanon unterstützt – eine Aktion, die rund zwanzigtausend Menschen das Leben kostete, den südlichen Landesteil verwüstete und Beirut in eine Ruinenlandschaft verwandelte. Erst als die internationalen Proteste, besonders nach den Massakern in Sabra und Shatila, so heftig wurden, dass man sie nicht länger übergehen konnte, beendete Präsident Reagan die Operation.[26] In den Vereinigten Staaten wird die amerikanische Beteiligung an diesen schwerwiegenden Verbrechen stets damit gerechtfertigt, Israel habe lediglich auf die terroristischen Angriffe der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) reagiert, die diese von ihren

Stützpunkten im Libanon aus durchgeführt habe. In der wirklichen Welt hatte im libanesischen Grenzgebiet ein Jahr lang Ruhe geherrscht, abgesehen von teils mörderischen israelischen Angriffen, mit denen die PLO zu Reaktionen verleitet werden sollte, die als Vorwand für die geplante Invasion dienen konnten. Aus deren tatsächlichem Zweck machten die israelischen Kommentatoren und Politiker damals kein Hehl: Man wollte die Einverleibung des besetzten Westjordanlands absichern. Interessanterweise ist der einzige Fehler, den man Jimmy Carter in seinem Buch *Palästina – Frieden, nicht Apartheid* vorwerfen kann, der Umstand, dass er die Propagandalüge wiederholt, nach der die vom Libanon ausgehenden PLO-Angriffe der Grund für die israelische Invasion gewesen seien.[27] Man griff sein Buch wütend an und unternahm verzweifelte Versuche, irgendwelche Formulierungen darin zu finden, die man missverstehen konnte, aber dieser eklatante Fehler – der einzige, der ihm nachzuweisen wäre – blieb unbeachtet. Verständlicherweise, erfüllt er doch das Kriterium des Festhaltens an den doktrinären Lügengeschichten.

Töten ohne Absicht

Eine weitere Behauptung besagt, Mughniyeh sei am 17. März 1992 der »Drahtzieher« des Bombenangriffs auf die israelische Botschaft in Buenos Aires gewesen, bei dem neunundzwanzig Menschen getötet wurden – laut der *Financial Times* eine Reaktion auf die »Ermordung des einstigen Hisbollah-Führers Abbas al-Musawi« durch »einen israelischen Luftangriff im Südlibanon«.[28] Für den Mord brauchte es keine Belege: Israel bekannte sich voller Stolz zu der Tat. Die Welt dürfte einiges Interesse am Rest der Geschichte gehabt haben. Al-Musawi wurde mit einem von den USA bereitgestellten Hubschrauber weit nördlich der illegalen israelischen »Sicherheitszone« im Südlibanon ermordet. Er befand sich auf dem Weg nach Sidon und kam aus dem Dorf Jibchit, wo er auf der Gedenkfeier für einen von israelischen Streitkräften

ermordeten Imam gesprochen hatte; bei dem Hubschrauberangriff kamen auch seine Frau und sein fünfjähriges Kind ums Leben. Anschließend griff Israel mit ebenfalls von den USA bereitgestellten Hubschraubern das Fahrzeug an, mit dem Überlebende des ersten Angriffs in ein Krankenhaus gebracht werden sollten.[29]

Nach der Ermordung der Familie habe »die Hisbollah die Spielregeln geändert«, teilte Jitzchak Rabin der israelischen Knesset mit.[30] Vor diesem Ereignis waren keine Raketen auf Israel abgeschossen worden. Bis dahin hatten die Regeln vorgesehen, dass Israel mörderische Angriffe im Libanon vornehmen konnte, wann und wo es wollte, während die Hisbollah sich bei ihren Reaktionen auf das von Israel besetzte libanesische Gebiet beschränkt hatte. Auf den Mord an ihrem Führer und seiner Familie reagierte die Hisbollah auf die israelischen Verbrechen im Libanon mit dem Raketenbeschuss Nordisraels. Dabei handelte es sich natürlich um nicht hinnehmbaren Terror. Daher veranlasste Rabin eine Invasion, die etwa 500 000 Menschen aus ihren Häusern vertrieb und Hunderte das Leben kostete. Die unbarmherzigen israelischen Angriffe reichten bis in den Norden des Libanon.[31] Im Süden flohen achtzig Prozent der Einwohner von Tyros, und Nabatäa wurde zur »Geisterstadt«.[32] Das Dorf Jebchit wurde zu rund siebzig Prozent zerstört. Ein israelischer Armeesprecher erklärte, man habe beabsichtigt, es »wegen seiner Bedeutung für die schiitische Bevölkerung im Südlibanon vollständig zu zerstören«. Ein hochrangiger Offizier des israelischen Nordkommandos fügte hinzu, die Operation habe insgesamt das Ziel gehabt, »die Dörfer vom Antlitz der Erde zu löschen und eine Zone der Verwüstung zu schaffen«.[33]

Möglicherweise war Jebchit ein Ziel von besonderer Bedeutung, weil es der Heimatort von Scheich Abdul Karim Obeid war, der einige Jahre zuvor entführt und nach Israel gebracht worden war. Obeids Haus »war von einem Marschflugkörper getroffen worden«, berichtete der britische Journalist Robert Fisk, »wobei die Israelis es vermutlich auf seine Frau und seine drei Kinder abgesehen hatten«. Wer nicht geflohen war, versteckte sich in höchster Angst, schrieb Mark Nicholson in der *Financial Times*, »weil jede sichtbare

Bewegung die Aufmerksamkeit israelischer Artillerieschützen auf sich zog, die (…) einzelne Häuser zu wiederholten Malen mit Granaten beschossen«. In einigen Dörfern waren mehr als zehn Artillerieeinschläge pro Minute zu verzeichnen.[34]

All dies geschah mit der unerschütterlichen Billigung von Präsident Bill Clinton, der einsah, dass man den Araboushim unmissverständlich klarmachen musste, »nach welchen Regeln hier gespielt wurde«. Und Rabin war wieder einmal der große Held und Mann des Friedens, so unendlich verschieden von den zweiköpfigen Ungeheuern, Heuschrecken und vollgedröhnten Kakerlaken.

Für die Welt dürften diese Fakten im Zusammenhang mit der angeblichen Verantwortung Mughniyehs für den terroristischen Vergeltungsakt in Buenos Aires nicht ohne Interesse sein.

Weiterhin wurde Mughniyeh vorgeworfen, er habe 2006 geholfen, die Verteidigungsmaßnahmen der Hisbollah gegen die israelische Invasion des Libanon zu organisieren – selbstverständlich ein nicht hinnehmbares terroristisches Verbrechen nach den Maßstäben »der Welt«. Die schamloseren Apologeten der US-amerikanischen und israelischen Verbrechen erklären im Brustton der Überzeugung, im Gegensatz zu den Arabern, die vorsätzlich Zivilisten ermorden würden, sei eine solche Handlungsweise für die USA und Israel als demokratische Staaten völlig undenkbar. Wenn bei ihren Militäraktionen Zivilisten getötet würden, sei das rein zufällig und nicht auf derselben Ebene moralischer Verwerflichkeit zu verorten wie bei ihren Feinden. Diese Auffassung vertrat beispielsweise auch das oberste Gericht Israels, als es unlängst genehmigte, die Bewohner des Gazastreifens kollektiv zu bestrafen, indem man ihnen den Strom kappte (und damit auch Trinkwasser, Abwasserbeseitigung und andere Grundversorgungen des zivilisierten Lebens).[35]

Die gleiche Argumentation wurde auch in der Vergangenheit bemüht, um einige der lässlichen Sünden Washingtons zu entschuldigen, so etwa den Raketenangriff, der 1998 die asch-Schifa-Arzneimittelfabrik im Sudan zerstörte.[36] Augenscheinlich kostete der Angriff Zehntausende Menschenleben, allerdings

unabsichtlich, und gehörte folglich einer anderen moralischen Ordnung an als das vorsätzliche oder absichtliche Töten.

Mit anderen Worten, wir können drei Verbrechenskategorien unterscheiden: Mord mit Absicht, zufälliges Töten und Mord mit Voraussicht, aber ohne konkrete Absicht. Die Gräueltaten Israels und der USA fallen in die dritte Kategorie. Wenn also Israel die Energiezufuhr des Gaza-Streifens zerstört oder Fahrten ins Westjordanland erschwert, liegt keine konkrete Absicht vor, die Menschen zu ermorden, die sterben, weil sie verseuchtes Wasser trinken oder in Rettungswagen liegen, die an der Weiterfahrt in Krankenhäuser gehindert werden. Als Bill Clinton die Bombardierung der asch-Schifa-Arzneimittelfabrik anordnete, war klar, dass es zu einer humanitären Katastrophe kommen würde. Human Rights Watch informierte ihn in allen Einzelheiten darüber; trotzdem hatten er und seine Ratgeber nicht die Absicht, bestimmte Menschen zu töten – obwohl deren Tod unvermeidlich war, nachdem man in einem armen afrikanischen Land die Hälfte der unersetzlichen Arzneimittelversorgung zerstört hatte.

Doch für die USA und ihre Apologeten sind Afrikaner kaum mehr als die Ameisen, die wir zertreten, wenn wir die Straße entlanggehen. Wir sind uns dessen bewusst – wenn wir uns die Mühe machen, darüber nachzudenken –, dass sie wahrscheinlich getötet werden; gleichwohl haben wir nicht die Absicht, sie zu töten, weil sie uns derartiger Erwägungen gar nicht wert erscheinen. Überflüssig zu erwähnen, dass vergleichbare Angriffe von Araboushim auf Gebiete, in denen Menschen wohnen, ganz anders beurteilt werden.

Wenn wir nur einen Augenblick bereit sind, uns die Sichtweise der Welt zu eigen zu machen, könnten wir fragen, welche Verbrecher eigentlich »weltweit gesucht« werden sollten.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Nada Bakri, Graham Bowley: »Top Hezbollah Commander Killed in Syria«, *The New York Times*, 13. Februar 2008
2. Associated Press: »Intelligence Chief: Hezbollah Leader May Have Been Killed by Insiders or Syria«, 17. Februar 2008
3. Cynthia O'Murchu, Farrid Shamsuddin: »Seven Days«, *Financial Times*, London, 16. Februar 2008
4. Ferry Biedermann: »A Militant Wanted the World Over«, *Financial Times*, London, 18. Februar 2008
5. In einer Medienanalyse fand Jeff Nygaard nur einen einzigen Hinweis auf die Gallup-Erhebung, eine kurze Notiz im *Omaha World-Herald*, in der es hieß, »die Ergebnisse wurden vollkommen falsch interpretiert«. (*Nygaard Notes Independent Weekly News and Analysis*, 16. November 2001, nachgedruckt in: *Counterpoise*, 5, Nr. 3/4, 2002)
6. Biedermann, »A Militant Wanted the World Over«
7. Noam Chomsky: *Middle East Illusions*, London 2004, S. 235
8. Amnon Kapeliouk: *Yediot Ahronot*, 15. November 1985
9. Bernard Gwertzman: »U.S. Defends Action in U.N. on Raid«, *The New York Times*, 7. Oktober 1985
10. *Yearbook of the United Nations*, Bd. 39, 1985, S. 291
11. Bernard Weinraub: »Israeli Extends ›Hand of Peace‹ to Jordanians«, *The New York Times*, 18. Oktober 1985
12. Vgl. Noam Chomsky: *Necessary Illusions*, Toronto 1995, Kapitel 5.
13. Vgl. beispielsweise Aviv Lavie: »Inside Israel's Secret Prison«, *Haaretz*, 23. August 2003
14. Yoav Biran, bevollmächtigter Gesandter, israelische Botschaft, Brief, *Manchester Guardian Weekly*, 25. Juli 1982; Gad Becker: *Yediot Ahronot*, 13. April 1983; Reuters: »Shamir Promises to Crush Rioters«, *The New York Times*, 1. April 1988
15. Yoram Peri: *Davar*, 10. Dezember 1982
16. Justin Huggler, Phil Reeves: »Once Upon a Time in Jenin«, *Independent*, London, 25. April 2002
17. Amira Hass: *Haaretz*, 19. April 2002, abgedruckt in: Hass, *Reporting from Ramallah: An Israeli Journalist in an Occupied Land*, Los Angeles, Semiotext(e), MIT Press, 2003
18. Biedermann, »A Militant Wanted the World Over«
19. Bob Woodward, Charles Babcock: »Anti-Terrorist Unit Blamed in Beirut Bombing«, *The Washington Post*, 12. Mai 1985
20. Nora Boustany: »Beirut Bomb's Legacy Suspicion and Tears«, *The Washington Post*, 6. März 1988
21. Ethan Bronner: »Israel Lets Reporters See Devastated Gaza Site and Image of a Confident Military«, *The New York Times*, 16. Januar 2009
22. Julie Flint: »Israeli Soldiers in New Terror Raid on Shi'ite Village«, *The Guardian*, London, 6. März 1985
23. Adam Goldman, Ellen Nakashima: »CIA and Mossad Killed Senior Hezbollah Figure in Car Bomb«, *The Washington Post*, 30. Januar 2008
24. »Three Decades of Terror«, *Financial Times*, 2. Juli 2007
25. Fawaz A. Gerges: *Journey of the Jihadist: Inside Muslim Militancy*, New York 2007

26. »Text of Reagan's Letter to Congress on Marines in Lebanon«, *The New York Times*, 30. September 1982. Vgl. auch Micah Zenko: »When Reagan Cut and Run«, *Foreign Policy*, 7. Februar 2014.
27. Jimmy Carter: *Palästina – Frieden, nicht Apartheid*, Neu-Isenburg 2010
28. Tobias Buck: »Israel Denies Killing Hezbollah Commander«, *Financial Times*, London, 13. Februar 2008
29. Noam Chomsky: *Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik*, Hamburg/Wien 2002, S. 284
30. Ebd.
31. Ebd., S. 283
32. Henry Kamm: »Ruins of War Litter Hills and Valleys of Lebanon«, *The New York Times*, 20. Juni 1982
33. Chomsky, *Offene Wunde Nahost*, S. 283 f.
34. Ebd.
35. Isabel Kershner: »Israel Reduces Electricity Flow to Gaza«, *The New York Times*, 9. Februar 2008
36. James Astill: »Strike One«, *The Guardian*, London, 2. Oktober 2001

3

Folter-Memos und historische Amnesie

Die Folter-Memos, die das Weiße Haus 2008/09 veröffentlichte, riefen Schock, Empörung und Überraschung hervor. Schock und Empörung waren verständlich – besonders angesichts der Zeugenaussagen im Bericht des Senatsausschusses Committee on Armed Services, in denen Dick Cheneys und Donald Rumsfelds verzweifelte Bemühungen geschildert wurden, Verbindungen zwischen dem Irak und al-Qaida zu entdecken – Verbindungen, die später erfunden wurden, um eine Rechtfertigung für die Invasion des Irak zu liefern. Der ehemalige Armeepsychiater Major Charles Burney sagte aus: »(…) einen Großteil der Zeit waren wir bemüht, eine Verbindung zwischen al-Qaida und dem Irak zu beweisen. Je frustrierter die Leute wurden, weil sie keinen Beleg für diese Verbindung entdecken konnten (…), desto mehr Druck machte man uns, Maßnahmen zu ergreifen, die raschere Ergebnisse erzielten« – das heißt: Folter. McClatchy berichtete, ein ehemaliger hochrangiger Nachrichtendienst-Mitarbeiter, der mit der Verhörproblematik vertraut gewesen sei, habe hinzugefügt: »Die Bush-Administration drängte ihre Verhörspezialisten pausenlos, die Häftlinge härter zu befragen, um Beweise für die Zusammenarbeit zwischen al-Qaida und dem Regime des verstorbenen Diktators Saddam Hussein zu finden (…). [Cheney und Rumsfeld] verlangten, dass die Verhörspezialisten Belege für die Zusammenarbeit von al-Qaida und Irak entdeckten. (…) Ständig wurde Druck auf die Nachrichtendienste und Verhörspezialisten ausgeübt, damit sie jedes Mittel anwendeten, das erforderlich war, um von den Häftlingen Informationen zu erhalten, vor allem von den wenigen hochrangigen, die wir hatten. Und wenn die Burschen dann wieder mit leeren Händen kamen, wurde ihnen von Cheneys und

Rumsfelds Leuten gesagt, sie sollten die Häftlinge noch härter rannehmen.«[1]

Das waren die aufschlussreichsten Enthüllungen der Zeugenbefragung durch den Senatsausschuss. Aber es wurde kaum über sie berichtet.

Obwohl es durchaus angebracht erscheint, solche Zeugenaussagen über die skrupellosen Methoden und Täuschungsmanöver der Regierung schockierend zu finden, war angesichts des allgemeinen Bilds die Überraschung dennoch überraschend. So gab es selbst ohne diese Befragung Grund genug zur Annahme, Guantánamo sei ein Foltergefängnis. Warum sonst wurden die Gefangenen an einen Ort verbracht, wo ihnen alle Rechte verweigert werden? Einen Ort im Übrigen, den Washington unter Verletzung eines Vertrags nutzt, der Kuba unter Androhung von Gewalt aufgezwungen worden ist. Natürlich wurden Sicherheitsgründe vorgeschoben, aber die sind kaum ernst zu nehmen. Die gleiche Vermutung galt für die *black sites* der Bush-Regierung – die Geheimgefängnisse – und die *extraordinary rendition*, die Überstellung von Terrorverdächtigen ohne Rechtsgrundlage. Die Vermutung bewahrheitete sich.

Wichtiger noch, Folter wurde seit den Anfängen der Eroberung amerikanischen Territoriums gewohnheitsmäßig angewandt und blieb ein fester Bestandteil der Politik, als sich die imperialen Bestrebungen des *infant empire* – des »Imperiums im Kindesalter«, wie George Washington die neue Republik nannte – auf die Philippinen, Haiti und andere Gebiete ausdehnten. Dabei sollten wir uns klarmachen, dass die Folter noch das Geringste der vielen Verbrechen ist, die (wie Aggression, Terror, Subversion und wirtschaftliche Strangulation) ihre Schatten auf die Geschichte der USA und anderer Großmächte werfen.

Insofern ist es überraschend, wie selbst einige der wortgewaltigsten und entschiedensten Gegner der Bush-Regierung auf die Veröffentlichungen der Memos des Justizministeriums reagierten. Beispielsweise schrieb Paul Krugman, wir seien einst »eine Nation voller moralischer Ideale« gewesen, und vor Bush hätten unsere Politiker niemals »all die Werte, für die unsere Nation

steht, so gründlich verraten«.[2] Diese verbreitete Ansicht vermittelt, um es sehr vorsichtig auszudrücken, ein ziemlich verzerrtes Bild der amerikanischen Geschichte.

Gelegentlich ist der Konflikt zwischen »dem, wofür wir stehen«, und »dem, was wir tun«, direkt angesprochen worden. Hans Morgenthau, ein renommierter Politikwissenschaftler, der als Begründer des realistischen Erklärungsansatzes internationaler Beziehungen gilt, hat diesen Versuch unternommen. In einer klassischen Studie, die 1964 im Nachglanz des Kennedy'schen Camelot erschien, entwickelte Morgenthau die These, die USA hätten eine »transzendente Bestimmung«: für Frieden und Freiheit im Inland und – eigentlich – überall zu sorgen, da »der Schauplatz, auf dem die Vereinigten Staaten ihre Bestimmung verteidigen und fördern müssen, global geworden ist«. Doch als sorgfältigem Wissenschaftler war ihm auch klar, dass die historischen Fakten im krassen Widerspruch zu dieser »transzendenten Bestimmung« standen.[3] Deshalb riet Morgenthau dazu, sich von dieser Diskrepanz nicht täuschen zu lassen, es gelte, nicht »den Missbrauch der Wirklichkeit mit der Wirklichkeit selbst zu verwechseln«. Die Wirklichkeit sei die unvollendete »nationale Bestimmung«, die sich offenbare »in der Evidenz der Geschichte, wie unsere Geschichte sie widerspiegelt«. Was tatsächlich geschehe, sei lediglich der »Missbrauch der Wirklichkeit«. Die Verwechslung des Missbrauchs der Wirklichkeit mit der Wirklichkeit selbst gleiche »dem Irrtum des Atheismus, der die Gültigkeit der Religion aus ähnlichen Gründen verleugnet« – ein passender Vergleich.[4]

Die Veröffentlichung der Folter-Memos öffnete auch anderen die Augen für das Problem. In der *New York Times* besprach der Kolumnist Roger Cohen das Buch *The Myth of American Exceptionalism* des britischen Journalisten Godfrey Hodgson, der die Auffassung vertritt, die USA seien »nur ein großes, aber so unvollkommenes Land wie andere«. Cohen gab zwar zu, dass die Befunde für Hodgsons Auffassung sprachen, warf diesem jedoch einen fundamentalen Irrtum vor: Hodgson habe nicht verstanden, dass »Amerika aus einer Idee geboren wurde und deshalb den

Auftrag habe, diese Idee zu verbreiten«. Die amerikanische Idee zeige sich in der Geburt des Landes als »Stadt auf einem Hügel«, jener »inspirierenden Vorstellung«, die »tief in der amerikanischen Seele verwurzelt« sei und sich in »dem unverwechselbaren Geist des amerikanischen Individualismus und Unternehmungsgeistes« äußere, der in der Expansion nach Westen zum Ausdruck gekommen sei. Nach dieser Auffassung liegt Hodgsons Irrtum offenbar darin, dass er sich an den »Verzerrungen der amerikanischen Idee in den letzten Jahrzehnten« und »dem Missbrauch der Wirklichkeit« orientiert.[5]

Wenden wir uns nun der »Wirklichkeit selbst« zu: der bis in die Anfänge zurückreichenden »Idee« Amerikas.

»Komm herüber und hilf uns«

Die inspirierende Formulierung »Stadt auf einem Hügel« geht auf John Winthrop zurück, der sie 1630 den Evangelien entlehnte, als er die glorreiche Zukunft einer neuen, »von Gott bestimmten« Nation entwarf. Ein Jahr zuvor hatte seine Massachusetts Bay Colony ihr Staatssiegel entworfen: Aus dem Mund eines Indianers kommt ein Spruchband mit den Worten: »Komm herüber und hilf uns.« Mit anderen Worten, die englischen Kolonisten waren mildtätige Humanisten, die lediglich der Bitte der bemitleidenswerten Eingeborenen nachkamen, sie von ihrem bitteren heidnischen Schicksal zu erlösen.

Tatsächlich ist das Siegel eine bildliche Darstellung der »Idee Amerikas« bei der Geburt des Landes. Sie sollte aus den Tiefen der amerikanischen Seele exhumiert und in jedem Klassenzimmer abgebildet werden. Natürlich hätte es auch im Hintergrund all der Bildnisse im Stil des Kim-Il-Sung-Personenkults zu sehen sein müssen, die den brutalen Mörder und Folterer Ronald Reagan zeigen. In heiterer Unbekümmertheit bezeichnete er sich als Führer einer »leuchtenden Stadt auf dem Hügel«, während er einige der

grausigen Verbrechen seiner Amtszeit plante, vor allem in Mittelamerika, aber auch in anderen Regionen der Welt.

Dieses Staatssiegel war eine frühe Proklamation der »humanitären Intervention«, um diese in Mode gekommene Vokabel zu verwenden. Wie seither häufiger zu sehen war, kann sich die »humanitäre Intervention« als Katastrophe für die angeblichen Nutznießer erweisen. General Henry Knox, der erste US-Kriegsminister, beschrieb »die restlose Ausmerzung aller Indianer in besonders bevölkerten Gebieten der Union« mit Mitteln, »die für die Eingeborenen vernichtender sind als das Handeln der Eroberer von Mexiko und Peru«.[6] Und nachdem sein eigener, nicht unbeträchtlicher Beitrag zu diesem Prozess schon lange der Vergangenheit angehörte, beklagte John Quincy Adams das Los »dieser unglückseligen Indianer«, »die wir mit einer so gnadenlosen und perfiden Grausamkeit vernichten, dass sie zu den abscheulichen Sünden dieser Nation zählt, für die uns Gott sicherlich noch eines Tages zur Rechenschaft ziehen wird«[7]. Die »gnadenlose und perfide Grausamkeit« hielt an, bis »der Westen erobert war«. Und statt des göttlichen Verdammungsurteils gibt es heute Lob für die Vollendung der »amerikanischen Idee«.[8] Natürlich existiert auch noch eine bequemere, konventionellere Version dieser Geschichte, etwa von Joseph Story, Richter am Obersten Gerichtshof der USA, der meinte, »die Weisheit der Vorsehung« habe dafür gesorgt, dass die Eingeborenen verschwunden seien »wie die verwelkten Blätter im Herbst«, obwohl die Kolonisten sie »stets respektvoll« behandelt hätten.[9]

Die Eroberung und Besiedlung des Westens ließ in der Tat »Individualismus und Unternehmungsgeist« erkennen – den Unternehmungsgeist von Siedlern und Kolonisten, der sich in der Regel als die brutalste Form des Imperialismus äußert. Die Ergebnisse wurden 1898 von dem angesehenen und einflussreichen Senator Henry Cabot Lodge gepriesen. In einem Aufruf zur Intervention in Kuba lobte Lodge die amerikanische Bilanz »von Eroberung, Kolonisierung und territorialer Expansion, die kein anderes Volk im 19. Jahrhundert vorzuweisen hat«, und forderte seine Nation emphatisch dazu auf, »darin nicht

nachzulassen, jetzt«, da die Kubaner Amerika mit den Worten des Großen Siegels bäten: »Komm herüber und hilf uns.«[10]

Die Bitte wurde erhört. Die Vereinigten Staaten schickten Truppen hinüber, verhinderten dadurch Kubas Befreiung von Spanien und verwandelten die Insel praktisch in eine US-Kolonie – woran sich bis 1959 nichts änderte.

Was es mit der »amerikanischen Idee« auf sich hat, zeigte der Feldzug, der gleich darauf von der Eisenhower-Regierung eingeleitet wurde, um Kuba klarzumachen, wo sein Platz war: Wirtschaftskrieg (mit dem unmissverständlich erklärten Ziel, Kubas Bevölkerung zu bestrafen, damit sie die aufsässige Castro-Regierung verjagte), Invasion, die Entschlossenheit der Kennedy-Brüder, »den Schrecken der Erde« nach Kuba zu tragen (die Formulierung verwendet der Historiker Arthur M. Schlesinger jr. in seiner Biographie von Robert Kennedy, der dies für seine vordringlichste Aufgabe hielt), und andere Verbrechen, die praktisch die gesamte Weltmeinung gegen die USA aufbrachten.[11]

Der Beginn des amerikanischen Imperialismus wird häufig mit der Übernahme von Kuba, Puerto Rico und Hawaii im Jahr 1898 gleichgesetzt. Doch damit erliegt man nach Auffassung von Bernard Porter, dem Historiker des Imperialismus, dem sogenannten Salzwasser-Trugschluss, der Vorstellung, dass Eroberungen nur dann zu Imperialismus werden, wenn sie Salzwasser überqueren. Hätte der Mississippi der Irischen See geglichen, wäre die Expansion nach Westen Imperialismus gewesen. Von George Washington bis zu Henry Cabot Lodge hatten diejenigen, die an diesem Projekt beteiligt waren, eine klarere Vorstellung von der Wahrheit.

1898, nach dem Erfolg der humanitären Intervention in Kuba, bestand der nächste Schritt des Auftrags, den die Vereinigten Staaten von der Vorsehung erhalten hatten, darin, »die Segnungen der Freiheit und der Zivilisation all den erretteten Völkern« der Philippinen zu bringen (so das Parteiprogramm der republikanischen Partei von Lodge) – zumindest denjenigen, die den erbarmungslosen Angriff nebst den damit verbundenen Foltern und anderen Gräueltaten überlebt hatten.[12] Wer dieses Glücks

teilhaftig wurde, sah sich der Willkür einer von den USA organisierten philippinischen Polizeitruppe ausgeliefert, die im Rahmen eines neu entwickelten kolonialen Herrschaftsmodells agierte – Sicherheitskräfte, die für hochentwickelte Methoden der Überwachung, Einschüchterung und Gewaltanwendung ausgebildet und ausgerüstet waren.[13] Ähnliche Modelle fanden in vielen anderen Regionen Anwendung, wo die USA gewaltsam einheimische Wachmannschaften und andere Streitkräfte einsetzten – mit Folgen, die nur allzu bekannt sein dürften.

Das Folter-Paradigma

Während der letzten sechzig Jahre haben Opfer weltweit das »Folter-Paradigma« der CIA erlitten, das Entwicklungskosten von einer Milliarde Dollar jährlich verschlang – so die Schätzung des Historikers Alfred McCoy in seinem Buch *A Question of Torture*. Darin zeigt er, dass Foltermethoden, die die CIA in den fünfziger Jahren entwickelt hatte, kaum verändert auf den berüchtigten Fotos aus dem irakischen Gefängnis Abu Ghraib erkennbar waren. Der Titel von Jennifer Harburys eingehender Untersuchung der US-Folterbilanz ist kaum übertrieben: *Truth, Torture, and the American Way*.[14] Es ist äußerst irreführend, um es vorsichtig auszudrücken, wenn die Untersuchungsbeamten angesichts des Abstiegs der Bush-Gang auf unterirdisches moralisches Niveau beklagen: »Im Krieg gegen den Terrorismus hat Amerika seinen Weg verloren.«[15]

Damit soll keineswegs gesagt sein, dass Bush/Cheney/Rumsfeld u. a. nicht wichtige Neuerungen eingeführt hätten. Normalerweise haben die USA die Folter weitgehend an Hilfskräfte übertragen, das heißt, sie wurde nicht von US-Amerikanern unmittelbar in den regierungseigenen Folterkammern durchgeführt. Allan Nairn, dem wir einige der aufschlussreichsten und mutigsten Untersuchungen der Folterpraxis verdanken, berichtet: »Obamas [Folterverbot] stoppt anscheinend nur den kleinen Prozentsatz von Folterungen, die heute von Amerikanern ausgeführt werden, während die weitaus

zahlreicheren Fälle in den Händen von Ausländern liegen, die unter der Schirmherrschaft der USA handeln. Obama könnte die Unterstützung ausländischer Streitkräfte, die foltern, einstellen, aber er hat sich entschieden, das nicht zu tun.«[16] Obama habe die Praxis der Folter nicht beendet, meint Nairn, sondern »nur verlagert«, indem er sie wieder der amerikanischen Norm angeglichen habe – was den Opfern wohl egal sein dürfte. Seit Vietnam »haben die USA ihre Folterungen hauptsächlich von Stellvertretern durchführen lassen, indem sie Ausländer bezahlten, bewaffneten, ausbildeten und beaufsichtigten, aber gewöhnlich sorgfältig darauf achteten, einen Schritt Alibiabstand einzuhalten«. Obamas Verbot »hat Amerikaner außerhalb von Zonen ›bewaffneter Konflikte‹ nicht einmal daran gehindert, selbst zu foltern, weil in diesen Ländern ohnehin viel gefoltert wird – repressive Regime sind nämlich nicht in bewaffnete Konflikte verwickelt (…). Er kehrte also zum Status quo ante zurück, zu den Folterregimen von Ford bis Clinton, die ihren festgeschnallten Opfern Jahr für Jahr häufig mehr Qualen zufügten, als es in den Jahren von Bush und Cheney der Fall war.«[17]

Manchmal war die amerikanische Beteiligung an Folterungen noch indirekter. 1980 stellte der Lateinamerikaexperte Lars Schoultz in einer Studie fest, dass US-Hilfsleistungen »in der Regel weit reichlicher an lateinamerikanische Regierungen flossen, die ihre Bürger folterten (…), an die Regierungen, die die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen der Hemisphäre begingen«.[18] Diese Leistungen schlossen Militärhilfe ein, waren nicht an Bedürftigkeit gebunden und wurden auch schon während der Carter-Jahre erbracht. Edward Herman stieß in umfangreicheren Studien auf die gleiche Beziehung und schlug ebenfalls eine Erklärung vor: Ein günstiges Wirtschaftsklima, das gewöhnlich durch den Mord an Gewerkschaftsvertretern, Bauernführern und Menschenrechtlern sowie ähnliche Aktionen verbessert wurde, bedingte erwartungsgemäß in der Regel die US-Hilfe, so dass sich daraus eine Korrelation zwischen US-Hilfe und gravierenden Menschenrechtsverletzungen ableitete.[19]

Diese Studien wurden vor den Reagan-Jahren durchgeführt, als das Thema Forscher nicht lockte, weil die Zusammenhänge so

eindeutig waren. Kein Wunder, dass Präsident Obama die Amerikaner aufforderte, nach vorne zu schauen, nicht zurück – eine bequeme Doktrin für diejenigen, die die Knüppel schwingen. Die anderen, die geprügelt werden, sehen die Welt anders. Sehr zum Ärger der Amerikaner.

Übernahme der Positionen von Bush

Es lässt sich vorbringen, dass die Implementierung des »Folter-Paradigmas« nie die UN-Antifolterkonvention von 1984 verletzte, zumindest nicht nach der Interpretation Washingtons. McCoy weist darauf hin, dass das hochkomplizierte CIA-Paradigma, das unter enormen Kosten in den fünfziger und sechziger Jahren entwickelt wurde und sich auf die »schlimmsten Foltertechniken des KGB« stützte, in erster Linie die geistige Folter betraf und nicht die plumpe körperliche Folterung, die man für weniger geeignet hielt, Menschen in willenlose Zombies zu verwandeln.

Nach McCoy hat die Reagan-Administration die internationale Folterkonvention »durch vier detaillierte diplomatische ›Vorbehalte‹, die auf ein einziges Wort in den sechsundzwanzig Druckseiten der Konvention fokussiert waren, sorgfältig abgeändert«; es handelte sich um das Wort »geistig«. McCoy fährt fort: »Diese kompliziert konstruierten diplomatischen Vorbehalte definierten die Folter im Sinne der Vereinigten Staaten dergestalt, dass sensorische Deprivation und selbstzugefügter Schmerz ausgeschlossen wurden – also genau die Techniken, die die CIA unter so hohen Kosten vervollkommnet hatten.« Als Clinton dem Kongress die UN-Konvention 1994 zur Ratifizierung vorlegte, enthielt sie die Reagan-Vorbehalte. Präsident und Kongress strichen somit den Kern des CIA-Folter-Paradigmas aus der US-Interpretation der Folterkonvention; diese Vorbehalte, so McCoy, seien »wörtlich in der nationalen Vorlage wiederholt worden, um der UN-Konvention Gesetzeskraft zu verleihen«.[20] Das ist die »politische Landmine«, die »mit so phänomenaler Kraft« im Abu-Ghraib-Skandal detonierte

und auch im beschämenden Military Commissions Act, der mit überparteilicher Unterstützung 2006 verabschiedet wurde, erhebliche Brisanz entwickelte.

Bush ging natürlich über seine Vorgänger hinaus, indem er auch eklatante Völkerrechtsverletzungen bewilligte; allerdings wurden einige seiner extremen Neuerungen von den Gerichten abgeschmettert. Während Obama, genau wie Bush, beredt das unerschütterliche Bekenntnis Amerikas zum Völkerrecht verkündete, schien er durchaus gewillt zu sein, Bushs extreme Maßnahmen im Wesentlichen wieder einzuführen.

In dem wichtigen Präzedenzfall »Boumediene vs. Bush« vom Juni 2008 verwarf der Oberste Gerichtshof die Behauptung der Bush-Regierung, die Gefangenen in Guantánamo hätten keinen Anspruch auf Habeas-Corpus-Rechte, als verfassungswidrig.[21] Glenn Greenwald hat die Nachwirkungen des Falls im *Salon* analysiert: Die Bush-Regierung versuchte, »sich die Macht zu bewahren, Menschen überall auf der Erde zu entführen« und sie ohne Anklageerhebung und Prozess zu inhaftieren, indem sie die Gefangenen in das Militärgefängnis auf der Bagram Air Base in Afghanistan verlegte. So machte sie »die Boumediene-Entscheidung, die sich auf unsere fundamentalen Verfassungsgarantien stützt, zu einem albernen Spiel: Flieg deine entführten Gefangenen nach Guantánamo, und sie haben Verfassungsrechte; flieg sie nach Bagram, und du kannst sie ohne Prozess auf ewig verschwinden lassen«. Obama übernahm die Position von Bush und »reichte beim Bundesgericht einen aus zwei Sätzen bestehenden Schriftsatz ein, in dem er die extremste Bush-Theorie in dieser Frage vertrat«. Danach sollten Gefangene, die von irgendeinem Punkt auf der Erde nach Bagram geflogen wurden – im fraglichen Fall Jemeniten und Tunesier, die in Thailand und in den Vereinigten Arabischen Emiraten festgenommen worden waren –, »unbegrenzt und ohne irgendwelche Rechte in Haft bleiben können – solange das in Bagram und nicht in Guantánamo geschah«.[22]

Kurz darauf verwarf ein von Bush berufener Bundesrichter »die Bush/Obama-Auffassung und vertrat die Ansicht, die Boumediene-Begründung gelte in jedem Punkt genauso für Bagram wie für

Guantánamo«. Die Obama-Administration erklärte, sie werde gegen die Entscheidung Berufung einlegen. Damit siedelte sie, wie Greenwald erläutert, ihr eigenes Justizministerium »in Fragen, in denen es um die Macht der Exekutive und Inhaftierungen ohne Anklageerhebung und Prozess ging, deutlich rechts von einem extrem konservativen Richter an, der eigentlich die Position der Exekutive vertrat und von Bush 43 ernannt worden war«. Es war ein offensichtlicher Bruch Obamas mit seinen Wahlversprechen und früheren Auffassungen.[23]

Der Fall »Rasul vs. Rumsfeld« scheint einem ähnlichen Muster zu folgen. Die Kläger beschuldigten Rumsfeld und andere hochrangige Regierungsvertreter, für ihre Folterung in Guantánamo verantwortlich zu sein. Dorthin waren sie gekommen, nachdem sie vom usbekischen Warlord Abdul Rashid Dostum gefangen genommen worden waren. Die Kläger brachten vor, sie seien nach Afghanistan gereist, um humanitäre Hilfe zu leisten. Dostum, ein berüchtigter Gewalttäter, war damals Führer der Nordallianz. Diese afghanische Fraktion hatte die Unterstützung von Russland, dem Iran, Indien, der Türkei und den zentralasiatischen Staaten sowie den USA, als diese im Oktober 2001 Afghanistan angriffen. Dostum übergab die Kläger den Amerikanern, angeblich gegen ein Kopfgeld. Die Bush-Garde verlangte die Abweisung der Klage. Obamas Justizministerium reichte einen Schriftsatz ein, in dem es die Bush-Position unterstützte und erklärte, Regierungsvertreter könnten nicht für Folterungen und andere Verletzungen rechtsstaatlicher Normen in Guantánamo verantwortlich gemacht werden, weil die Gerichte noch nicht eindeutig festgelegt hätten, welche Rechte Gefangenen dort zuständen.[24]

Es heißt auch, die Obama-Administration habe erwogen, wieder auf Militärkommissionen zurückzugreifen, die zu den massiveren Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien während der Bush-Jahre gehörten. Dafür gibt es laut William Glaberson von der *New York Times* einen guten Grund: »Regierungsvertreter, die mit dem Guantánamo-Problem befasst sind, berichten, die hauseigenen Juristen würden befürchten, sie könnten bei Prozessen gegen Terrorismusverdächtige vor Bundesgerichten Schwierigkeiten

bekommen. Die Richter könnten sich sträuben, Anklagen gegen Häftlinge zuzulassen, die brutalen Behandlungen unterzogen wurden, oder nachrichtendienstliche Beweise anzuerkennen, die auf Hörensagen beruhten.«[25] Offenbar eine beklagenswerte Schwachstelle im Strafrechtssystem.

Terroristen produzieren

Es wird viel darüber diskutiert, ob die Folter ein wirksames Mittel der Informationsbeschaffung ist – wobei man offenbar von der Prämisse ausgeht, sie sei gerechtfertigt, wenn sie zu einem Ergebnis führe. Nach dieser Argumentation hätten die Nicaraguaner falsch gehandelt, als sie 1986 den US-Piloten Eugene Hasenfus vor Gericht stellten. Er war in Gefangenschaft geraten, weil sein Flugzeug mit Hilfsgütern für die von den USA unterstützten Contra-Rebellen abgeschossen wurde. Statt ihn zu verurteilen und in die Vereinigten Staaten zurückzuschicken, hätten sie das CIA-Folter-Paradigma anwenden müssen, um ihm Informationen über terroristische Gräueltaten abzupressen, die in Washington geplant und durchgeführt wurden – keine leichte Aufgabe für ein winziges, verarmtes Land, das sich den terroristischen Angriffen einer globalen Supermacht ausgesetzt sah.

Wären die Nicaraguaner in der Lage gewesen, John Negroponte gefangen zu nehmen, den Chefkoordinator für terroristische Aktivitäten und Botschafter in Honduras, hätten sie, dieser Logik folgend, genauso mit ihm verfahren müssen. (Später wurde Negroponte zum ersten Direktor der nationalen Nachrichtendienste ernannt, ohne dass der geringste Widerspruch laut wurde.) Kuba hätte das gleiche Recht gehabt, wäre es der Castro-Regierung gelungen, der Kennedy-Brüder habhaft zu werden. Überflüssig zu erwähnen, was die Opfer mit Henry Kissinger, Ronald Reagan und anderen führenden Terroristen hätten anstellen müssen, deren Großtaten alle Anstrengungen al-Qaidas weit hinter sich ließen und

die zweifellos genügend Informationen hatten, anhand derer man weitere Angriffe »tickender Zeitbomben« hätte verhindern können.

Derartige Überlegungen scheinen nie in öffentlichen Diskussionen aufzutauchen. Ein Grund mehr, alle offiziellen Informationen mit Vorsicht zu behandeln.

Natürlich gibt es eine Antwort: Amerikanischer Terrorismus ist, obwohl zweifellos Terrorismus, gutartig. Denn er erwächst aus der Idee der »Stadt auf dem Hügel«. Die möglicherweise wortgewaltigste Darlegung dieser These stammt von Michael Kinsley, seines Zeichens Redakteur der *New Republic* und angesehener Sprecher »der Linken«. Americas Watch (eine Untergruppe von Human Rights Watch) meldete Protest an, nachdem das Außenministerium bestätigt hatte, Washington habe seine Terrorkräfte angewiesen, »weiche Ziele« anzugreifen – ungeschützte zivile Ziele – und die nicaraguanische Armee zu vermeiden, wozu sie dank der CIA-Kontrolle des nicaraguanischen Luftraums und der an die Contras gelieferten Kommunikationssysteme in der Lage waren. Daraufhin erklärte Kinsley, die terroristischen Angriffe der USA auf zivile Ziele seien gerechtfertigt, wenn sie bestimmte pragmatische Kriterien erfüllten: Eine »vernünftige Politik [sollte] der Überprüfung durch eine Kosten-Nutzen-Analyse standhalten« – eine Analyse, die feststelle, »wie viel Blut und Elend man auf der einen Seite eingibt und wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass auf der anderen Seite Demokratie herauskommt«[26] – »Demokratie«, wie sie sich die US-Eliten vorstellen.

Kinsleys Überlegungen wurden ohne öffentliche Reaktion hingenommen; offenbar hielt man sie für akzeptabel. Daraus folgt dann wohl, dass sich führende US-Politiker und ihre Agenten nicht schuldig machen können, wenn sie eine solch vernünftige Politik in gutem Glauben verfolgen, sollte ihr Urteil auch manchmal getrübt sein.

Vielleicht hätte man nach herrschenden moralischen Maßstäben die Strafwürdigkeit der Bush-Administration höher eingeschätzt, hätte man entdeckt, dass ihre Folterungen auch amerikanische Leben kosteten. Genau zu diesem Schluss kommt Major Matthew

Alexander (ein Pseudonym), einer der erfahrensten US-Verhörspezialisten im Irak, der die Information beschaffte, »die dem US-Militär ermöglichte, Abu Musab al-Zarqawi, den Al-Qaida-Chef im Irak, zu lokalisieren«, wie der Korrespondent Patrick Cockburn berichtet. Alexander hat nur Verachtung übrig für die harten Verhörmethoden der Bush-Administration: »Die Verwendung der Folter durch die USA« sei nicht nur untauglich für die Beschaffung brauchbarer Informationen, sondern »hat sich auch als so kontraproduktiv erwiesen, dass sie möglicherweise mehr Opfer unter US-Soldaten verursacht hat als der 11. September unter Zivilisten«. In Hunderten von Verhören fand Alexander heraus, dass ausländische Kämpfer aus Empörung über die Misshandlungen in Guantánamo und Abu Ghraib in den Irak gekommen waren und dass in ihren Heimatländern Selbstmordanschläge und andere terroristische Akte aus denselben Gründen verübt wurden.[27]

Immer mehr Anhaltspunkte sprechen dafür, dass die Foltermethoden, die auf Geheiß von Dick Cheney und Donald Rumsfeld angewendet wurden, Terroristen produzierten. Sehr sorgfältig hat man den Fall des Kuwaiters Abdallah al-Ajmi untersucht, der in Guantánamo festgehalten wurde, weil man ihm vorwarf, »sich an zwei oder drei Feuergefechten mit der Nordallianz beteiligt zu haben«. Er war in Afghanistan gestrandet, weil es ihm nicht gelungen war, Tschetschenien zu erreichen, wo er gegen die Russen kämpfen wollte. Nach vier Jahren brutaler Behandlung in Guantánamo brachte man ihn nach Kuwait zurück. Im März 2008 gelangte er in den Irak und fuhr einen Lastwagen voller Sprengstoff in einen Militärkomplex der Iraker, wobei er sich selbst und dreizehn irakische Soldaten tötete – »der entsetzlichste Gewaltakt, der von einem ehemaligen Guantánamo-Häftling begangen wurde«, so die *Washington Post*, und nach Meinung seines Anwalts das direkte Resultat seiner unrechtmäßigen Haft.[28]

Genau das, was nach menschlichem Ermessen zu erwarten war.

Ganz gewöhnliche Amerikaner

¨

Üblicherweise ist ein weiterer Vorwand für Folterungen der Kontext – soll heißen, der »Krieg gegen den Terror«, den Bush nach dem 11. September ausrief. Der Präsident ließ sich von seinem Rechtsberater Alberto Gonzales, dem späteren Justizminister, erklären, das Völkerrecht sei angesichts dieses Verbrechens »abwegig« und »obsolet«. In der einen oder anderen Form wurde diese Doktrin in zahlreichen Kommentaren und Analysen wiederholt.[29]

Der Angriff vom 11. September war sicherlich in vielerlei Hinsicht einzigartig. Eine Besonderheit war die Ausrichtung der Waffen: Normalerweise zeigen sie in die entgegengesetzte Richtung. Tatsächlich war es der erste wirksame Angriff auf das Staatsgebiet der Vereinigten Staaten, seit die Briten im Jahr 1814 Washington niederbrannten.

Gelegentlich bezeichnet man die vorherrschende amerikanische Doktrin als »amerikanischen Exzeptionalismus«. Allerdings hält sie nicht, was sie verspricht, denn sie dürfte unter imperialen Mächten fast universell verbreitet sein. Frankreich widmete sich mit Inbrunst der »zivilisatorischen Mission« in seinen Kolonien, während der französische Kriegsminister zur »Vernichtung der eingeborenen Bevölkerung« Algeriens aufrief. Großbritanniens Noblesse sei etwas »Neues in der Welt«, erklärte John Stuart Mill und mahnte, diese himmlische Macht dürfe nicht länger zögern, die Befreiung Indiens zu vollenden. Mill schrieb seinen Essay-Klassiker über humanitäre Interventionen, kurz nachdem bekannt geworden war, mit welch grausamen Mitteln Großbritannien 1857 den indischen Aufstand niedergeschlagen hatte. Die restliche Eroberung Indiens diente weitgehend dem Ziel, sich das Opiummonopol zu verschaffen, um jenes bei weitem größte Unternehmen der Geschichte des Rauschgifthandels voranzubringen, das in erster Linie dazu bestimmt war, Chinas Öffnung für britische Industriegüter zu erzwingen.[30]

Genauso gibt es keinen Grund, an der Aufrichtigkeit der japanischen Militaristen zu zweifeln, die in den dreißiger Jahren ein »irdisches Paradies« unter wohlwollender japanischer Vormundschaft nach China bringen wollten. Gleichzeitig

veranstalteten sie das Massaker von Nanking und ihre Kampagne »Alles niederbrennen, alles plündern, alles töten« in den ländlichen Gebieten Nordchinas. Die Geschichte ist voll solcher ruhmreicher Episoden.[31]

Solange sich jedoch solche »exzeptionalistischen« Thesen in den Köpfen halten, können gelegentliche Enthüllungen über den »Missbrauch der Geschichte« das Gegenteil bewirken, also dazu dienen, den Blick auf schlimmere Verbrechen zu verstellen. Beispielsweise war in Südvietnam das Massaker von Mỹ Lai nur eine Fußnote zu den nach der Tet-Offensive durchgeführten Pazifizierungsprogrammen, die in den USA weitgehend unbeachtet blieben, während sich die Empörung vor allem auf dieses eine Verbrechen richtete.

Watergate war zweifellos ein Verbrechen. Aber die Wut darüber überlagerte weit schlimmere Verbrechen im In- und Ausland, unter anderem die vom FBI organisierte Ermordung von Fred Hampton, einem Aktivisten der Black-Panther-Bewegung, im Rahmen des berüchtigten Repressionsprogramms COINTELPRO und die Bombardierung Kambodschas, um nur zwei besonders eklatante Beispiele zu nennen. Folter ist schrecklich genug, aber die Irak-Invasion war ein weit schlimmeres Verbrechen. Sehr häufig haben isolierte Gräueltaten genau diese Funktion.

Historische Amnesie ist ein gefährliches Phänomen, nicht nur, weil sie die moralische und geistige Integrität untergräbt, sondern auch, weil sie Voraussetzungen für Verbrechen schafft, die noch in der Zukunft liegen.

Anmerkungen zum Kapitel

1. »Inquiry into the Detainees in U.S. Custody«, Bericht des Committee on Armed Services, US-Senat, 20. November 2008, documents.nytimes.com/report-by-the-senate-armed-services-committee-on-detainee-treatment#p=72 (aufgerufen am 10. August 2016). Jonathan Landay: »Abusive Tactics Used to Seek Iraq–al Qaida Link«, McClatchy DC, 21. April 2009
2. Paul Krugman: »Reclaiming America's Soul«, *The New York Times*, 23. April 2009

3. Hans Morgenthau: *The Purpose of American Politics*, New York 1964
4. Ebd.
5. Roger Cohen: »America Unmasked«, *The New York Times*, 24. April 2009
6. Vgl. Richard Drinnon: *Facing West, The Metaphysics of Indian-Hating and Empire-Building*, Norman 1997. Knox wird zitiert von Reginald Horsman, in: *Expansion and American Indian Policy 1783 – 1812*, Norman 1992, S. 64.
7. Krugman, »Reclaiming America's Soul«
8. Vgl. die Erörterung in: Horsman, *Expansion and American Indian Policy 1783 – 1812*; William Earl Weeks: *John Quincy Adams and American Global Empire*, Lexington 1992
9. Zur Rolle der Vorsehung bei der Rechtfertigung schockierendster Verbrechen und bei der Entwicklung der »amerikanischen Idee« vgl. Nicholas Guyatt: *Providence and the Invention of the United States, 1607 – 1876*, Cambridge 2007.
10. Zitiert in: Lars Schoultz: *That Infernal Little Cuban Republic: The United States and the Cuban Revolution*, Chapel Hill 2009, S. 4
11. Arthur M. Schlesinger Jr.: *Robert Kennedy and His Times*, Boston 2002, S. 480
12. Republikanische Parteiprogramme: »Republican Party Platform of 1900«, 19. Juni 1900. Online von Gerhard Peters, John T. Woolley, *The American Presidency Project*, www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=29630 (aufgerufen am 10. August 2016)
13. Alfred McCoy: *Policing America's Empire: The United States, the Philippines, and the Rise of the Surveillance State*, Madison 2009
14. Jennifer Harbury: *Truth, Torture, and the American Way. The History and Consequences of U.S. Involvement in Torture*, Boston 2005
15. Alfred McCoy: *A Question of Torture. CIA Interrogation, from the Cold War to the War on Terror*, New York 2006. Vgl. auch McCoy: »The U.S. Has a History of Using Torture«, *History News Network*, 6. Dezember 2006.
16. Noam Chomsky: *Hopes and Prospects*, Chicago 2010, S. 261
17. Allan Nairn: »The Torture Ban That Doesn't Ban Torture: Obama's Rules Keep It Intact, and Could Even Accord with an Increase in US-Sponsored Torture Worldwide«, www.allannairn.org, 24. Januar 2009
18. Noam Chomsky: *Hopes and Prospects*, Chicago 2010, S. 261
19. Lars Schoultz: »U.S. Foreign Policy and Human Rights Violations in Latin America: A Comparative Analysis of Foreign Aid Distributions«, *Comparative Politics* 13, Nr. 2, January 1981, S. 149 – 70; Herman in: Noam Chomsky, Edward S. Herman: *The Washington Connection and Third World Fascism: The Political Economy of Human Rights: Volume I*, Boston 1999; Noam Chomsky, Edward S. Herman: *After the Cataclysm: Postwar Indo-china and the Reconstruction of Imperial Ideology: The Political Economy of Human Rights – Volume II*, Chicago 2014; Edward S. Herman: *The Real Terror Network: Terrorism in Fact and Propaganda*, Boston 1982
20. McCoy, »The U.S. Has a History of Using Torture«; Danford Levinson: »Torture in Iraq and the Rule of Law in America«, *Daedalus* 133, Nr. 3, Sommer 2004
21. Linda Greenhouse: »Justices, 5-4, Back Detainee Appeals for Guantánamo«, *The New York Times*, 13. Juni 2008

22. Glenn Greenwald: »Obama and Habeas Corpus – Then and Now«, *Salon*, 11. April 2009
23. Ebd. (Bush 43, weil Bush junior der 43. Präsident der Vereinigten Staaten ist. So unterscheidet man ihn von Bush senior. A. d. Ü.)
24. Daphne Eviatar: »Obama Justice Department Urges Dismissal of Another Torture Case«, *Washington Independent*, 12. März 2009
25. William Glaberson: »U.S. May Revive Guantánamo Military Courts«, *The New York Times*, 1. Mai 2009
26. Michael Kinsley: »Down the Memory Hole with the Contras«, *The Wall Street Journal*, 26. März 1987
27. Patrick Cockburn: »Torture? It Probably Killed More Americans than 9/11«, *Independent*, London, 6. April 2009
28. Rajiv Chandrasekaran: »From Captive to Suicide Bomber«, *The Washington Post*, 22. Februar 2009
29. Chomsky, *Hopes and Prospects*, S. 266
30. Ebd., S. 267
31. Ebd., S. 268

4

Die unsichtbare Hand der Macht

Der demokratische Aufstand in der arabischen Welt war eine spektakuläre Demonstration von Mut, Hingabe und Engagement auf Seiten der Volksbewegungen – ein Ereignis, das zeitlich zufällig mit den Demonstrationen Zehntausender zusammenfiel, die sich in Madison, Wisconsin, und anderen amerikanischen Großstädten für die arbeitenden Menschen und die Demokratie einsetzten. Trotz dieser zeitlichen Überschneidungen waren die Stoßrichtungen des Aufbegehrens in Kairo und Madison entgegengesetzt: In Kairo ging es den Menschen um Grundrechte, die ihnen von der ägyptischen Diktatur verweigert wurden, in Madison verteidigten die Menschen Rechte, die sie in langen und schwierigen Kämpfen erstritten hatten und die ihnen jetzt wieder genommen werden sollten.

In unserer globalen Gesellschaft sind beide Bewegungen Mikrouniversen, deren Tendenzen in ganz unterschiedliche Richtungen gehen. Sicherlich werden die Vorgänge in diesen zwei Regionen weitreichende Folgen haben: die Ereignisse im verfallenden industriellen Kernland der reichsten und mächtigsten Nation der menschlichen Geschichte und die Geschehnisse in der Region, die laut Präsident Dwight Eisenhower »das strategisch wichtigste Gebiet der Welt« war und nach einer Verlautbarung des amerikanischen Außenministeriums in den vierziger Jahren »eine enorme Quelle strategischer Macht« und »wahrscheinlich weltweit das lohnendste Ziel für Auslandsinvestitionen« darstellte. Natürlich hatten die Vereinigten Staaten die feste Absicht, dieses Ziel für sich und ihre Verbündeten in der entstehenden neuen Weltordnung jener Zeit zu sichern.[1]

Trotz aller Veränderungen, die seither eingetreten sind, gibt es gute Gründe zu der Annahme, dass die politischen

Entscheidungsträger auch heute noch die Meinung von Adolf A. Berle teilen, dem einflussreichen Berater von Präsident Franklin Delano Roosevelt. Er erklärte, wer die ungeheuren Energiereserven des Nahen Ostens kontrolliere, der »kontrolliere die Welt«.[2] Im Umkehrschluss glauben die Entscheidungsträger, der Verlust dieser Kontrolle würde das Projekt der globalen Vormachtstellung Amerikas gefährden, das während des Zweiten Weltkriegs unmissverständlich formuliert und an dem, ungeachtet aller tiefgreifenden Veränderungen der Weltordnung, beharrlich festgehalten wird.

Schon 1939, zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, ging Washington davon aus, dass sich die Vereinigten Staaten am Ende in einer Position überlegener Stärke befinden würden. Hochrangige Beamte des Außenministeriums und Politikwissenschaftler kamen während der Kriegsjahre regelmäßig zusammen, um Pläne für die Nachkriegswelt auszuarbeiten. Sie umrissen eine »Grand Area«, einen Großraum, in dem die USA eine Vormachtstellung einnehmen sollten. Dazu gehörten die westliche Hemisphäre, der Ferne Osten und das ehemalige britische Empire mit dem Nahen Osten und dessen Energievorkommen. Als die Sowjetunion nach Stalingrad die Armeen Hitlerdeutschlands allmählich in die Knie zwang, wurde der Grand-Area-Plan um möglichst viele Teile Eurasiens erweitert – zumindest um dessen wirtschaftliches Kerngebiet im westlichen Europa. Innerhalb der Grand Area sollten die Vereinigten Staaten »dank ihrer militärischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft« die »unangezweifelte Machtstellung« innehaben, während man gleichzeitig alle Souveränitätsbestrebungen von Staaten eingrenzen wollte, die die globalen Pläne der USA durchkreuzen konnten.[3]

Diese exakt ausgearbeiteten Pläne aus der Kriegszeit wurden schon bald in die Tat umgesetzt. Dabei war den USA immer klar, dass Europa sich für einen unabhängigen Weg entscheiden könnte. Der Nordatlantikpakt (NATO) war teilweise dazu bestimmt, dieser Gefahr entgegenzuwirken. Sobald sich 1989 der offizielle Vorwand für die Existenz der NATO aufgelöst hatte, wurde sie unter Missachtung mündlicher Zusicherungen gegenüber Michail

Gorbatschow, dem damaligen Staatschef der Sowjetunion, nach Osten ausgeweitet. Seither ist sie zu einer Eingreiftruppe unter amerikanischer Führung geworden, deren umfassenden Auftrag der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer auf einer NATO-Konferenz kurz und bündig definierte: »NATO-Truppen müssen die Pipelines der für den Westen bestimmten Öl- und Gaslieferungen bewachen« und – allgemeiner – die von Tankern genutzten Seewege sowie andere »wichtige Infrastrukturen« des Energiesystems schützen.[4]

Die Grand-Area-Doktrinen berechtigen zu beliebigen Militärinterventionen. Diese Auffassung hat die Clinton-Administration unmissverständlich vertreten, als sie erklärte, die Vereinigten Staaten hätten das Recht, militärische Gewalt einzusetzen, um sich »ungehinderten Zugang zu Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen zu verschaffen«, daher müssten sie »vorgeschobene« Truppen in Europa und Asien stationieren, »um Einfluss auf die Meinungen zu nehmen, die die Menschen von uns haben« und »um Einfluss auf die Ereignisse zu nehmen, die unsere Lebensgrundlage und Sicherheit betreffen«.[5]

Die gleichen Prinzipien bestimmten die Invasion im Irak. Als unübersehbar wurde, dass es den USA nicht gelang, dem Irak ihren Willen aufzuzwingen, ließen sich die tatsächlichen Ziele der Invasion nicht mehr hinter einer geschönten Rhetorik verbergen. Im November 2007 gab das Weiße Haus eine »Grundsatzerklärung« heraus, in der es verlangte, dass die US-Streitkräfte unbefristet im Land bleiben durften, und den Irak verpflichtete, amerikanische Investoren zu bevorzugen.[6] Zwei Monate später informierte Präsident Bush den Kongress darüber, dass er alle Gesetzesvorschläge ablehnen werde, die die dauerhafte Stationierung von US-Streitkräften im Irak einschränken oder »die US-amerikanische Kontrolle der irakischen Ölressourcen« erschweren könnten – Forderungen, die die Vereinigten Staaten angesichts des irakischen Widerstands kurz darauf fallen lassen mussten.[7]

In Tunesien und Ägypten haben die Volkserhebungen 2011 eindrucksvolle Siege erzielt. Doch wie die Carnegie-Stiftung für

internationalen Frieden zusammenfasste, hätten sich zwar die Namen geändert, die Regime aber seien geblieben: »Das Ziel, die herrschenden Eliten und Regierungssysteme abzulösen, liegt noch immer in weiter Ferne.«[8] Die Autoren erörtern, welche innenpolitischen Hindernisse eine demokratische Entwicklung erschweren, vernachlässigen aber die außenpolitischen Hürden, die wie immer genauso wichtig sind.

Die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten tragen dafür Sorge, dass alles Menschenmögliche getan wird, um eine echte demokratische Entwicklung in der arabischen Welt zu verhindern. Um das zu verstehen, braucht man sich nur die Ergebnisse von Befragungen anzusehen, die US-amerikanische Meinungsforschungsinstitute in arabischen Ländern durchgeführt haben. Obwohl kaum über sie berichtet wird, sind sie den Planern sicherlich bekannt. Danach betrachten Araber in ihrer überwältigenden Mehrheit die Vereinigten Staaten und Israel als die größten Bedrohungen, denen sie sich gegenübersehen. Dieses Bild von den USA haben neunzig Prozent der Ägypter und mehr als fünfundsiebzig Prozent der Menschen in der Region im Allgemeinen. Dagegen sehen nur zehn Prozent der Araber im Iran eine Bedrohung. Die Ablehnung der US-Politik ist so stark, dass eine Mehrheit der Befragten der Meinung ist, die Sicherheit würde sich verbessern, wenn der Iran Kernwaffen hätte – in Ägypten sehen das sogar achtzig Prozent so.[9] Andere Umfragen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Könnte die öffentliche Meinung Politik beeinflussen, würden die Vereinigten Staaten die Region nicht nur nicht kontrollieren, sondern samt ihren Verbündeten von dort vertrieben werden, so dass ihre Grundprinzipien der globalen Vormachtstellung erheblich ins Wanken gerieten.

Die Muasher-Doktrin

Für die Demokratie einzutreten ist eine Lieblingsbeschäftigung von Ideologen und Propagandisten. In der Realität ist es üblich, dass die

Eliten nichts von Demokratie halten. Alle Indizien sprechen dafür, dass die Demokratie nur insofern unterstützt wird, als sie zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielsetzungen beiträgt – eine Schlussfolgerung, zu der sich mittlerweile ernsthaftere Wissenschaftler (wenn auch widerwillig) bekennen.

Wie weit die Verachtung der Eliten für die Demokratie geht, zeigte sich dramatisch in den Reaktionen auf die Enthüllungen von WikiLeaks. Die meiste Aufmerksamkeit (und gelegentlich auch begeisterte Kommentare) erhielten Berichte, in denen es hieß, die Araber würden die amerikanische Haltung gegenüber dem Iran unterstützen. Die Rede war von den herrschenden Diktatoren der arabischen Länder. Die Einstellung der Öffentlichkeit blieb unerwähnt.

Das operative Prinzip wurde von Marwan Muasher beschrieben, dem ehemaligen jordanischen Außenminister und späteren Direktor der Forschungsabteilung Naher Osten der Carnegie-Stiftung: »Das traditionelle Argument innerhalb und außerhalb der arabischen Welt lautet, dass nichts schiefläuft und alles unter Kontrolle ist. Das Establishment behauptet, Gegner und Außenseiter, die nach Reformen verlangen, würden die Verhältnisse vor Ort übertreiben.«[10]

Wenn die Diktatoren uns unterstützen, was könnte dann wichtiger sein, als dieses Prinzip zu übernehmen?

Die Muasher-Doktrin ist rational und bewundernswert. Um nur einen Fall zu erwähnen, der heute noch hochaktuell ist: 1958 äußerte sich Präsident Eisenhower besorgt über die »Hasskampagne«, der sich die USA in der arabischen Welt ausgesetzt sahen, und zwar nicht seitens der Regierungen, sondern des Volks. Der Nationale Sicherheitsrat (NSC) erklärte Eisenhower, die arabische Welt habe den Eindruck, die Vereinigten Staaten unterstützten Diktatoren und behinderten Demokratie und Entwicklung, um sich die Kontrolle über die Ressourcen der Region zu sichern. Im Übrigen sei dieser Eindruck weitgehend zutreffend, denn genau das müssten die USA tun, wenn sie sich an die Muasher-Doktrin hielten. Pentagon-Studien, die nach dem 11.

September durchgeführt wurden, zeigten, dass die gleiche Auffassung heute noch in der arabischen Welt vorherrscht.[11]

Es ist normal, dass Sieger die Geschichte in den Mülleimer werfen und Opfer sie ernst nehmen. Vielleicht können uns ein paar kurze Beobachtungen zu dieser wichtigen Frage weiterhelfen. Wir erleben es heute nicht zum ersten Mal, dass Ägypten und die Vereinigten Staaten vor ähnlichen Problemen stehen und sich in entgegengesetzte Richtungen bewegen. Das war schon Anfang des 19. Jahrhunderts der Fall. Nach Auffassung von Wirtschaftshistorikern war Ägypten damals wie die Vereinigten Staaten in einer Situation, die auf eine rasche wirtschaftliche Entwicklung hoffen ließ.[12] Beide hatten eine florierende Landwirtschaft und bauten neben anderen Produkten auch Baumwolle an, das Treibmittel der frühen industriellen Revolution. Allerdings waren die USA für ihre Baumwollproduktion und Arbeitskräftebeschaffung auf Eroberung, Vernichtung und Sklaverei angewiesen – deren Folgen zeigen sich heute in den Reservaten für die Überlebenden und in den Gefängnissen, die seit den Reagan-Jahren zügig ausgebaut werden mussten, um die durch die Deindustrialisierung ausgemusterten Bevölkerungsgruppen aufzunehmen.

Ein grundlegender Unterschied zwischen den beiden Nationen war der Umstand, dass die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit errungen hatten und daher die Möglichkeit besaßen, sich über die Vorschriften der Wirtschaftstheorie hinwegzusetzen, die damals von Adam Smith in der gleichen Form verkündet wurden, wie man sie heute Entwicklungsländern predigt. Smith forderte die befreiten Kolonien auf, Primärprodukte für den Export zu produzieren, die überlegenen britischen Industriegüter einzuführen und auf keinen Fall zu versuchen, besonders wichtige Güter, wie zum Beispiel die Baumwolle, zu monopolisieren. Jeder andere Weg hätte zur Folge, »daß ihr jährlicher Ertrag, statt zu wachsen, zurückgehen würde und die Entwicklung zum wirklichen Wohlstand eher gehindert als gefördert würde«.[13]

Nachdem die Kolonien ihre Unabhängigkeit erstritten hatten, schlugen sie seinen Rat einfach in den Wind und hielten sich an das

englische Beispiel einer unabhängigen, staatlich geleiteten Entwicklung: hohe Zölle, die die eigene Industrie vor britischen Exporten schützten (zunächst galt das für Textilien, später auch für Stahl und andere Güter). Außerdem waren sie bemüht, ihre industrielle Entwicklung durch andere Maßnahmen zu beschleunigen. So versuchte die unabhängige Republik, sich ein Baumwollmonopol zu sichern »und damit alle Nationen zu unseren Füßen zu sehen (vor allem den britischen Feind)«, wie die Jackson'schen Präsidenten verkündeten, als sie Texas und halb Mexiko eroberten.[14]

Ägypten sah sich durch die britische Herrschaft daran gehindert, einen vergleichbaren Weg einzuschlagen. Lord Palmerston erklärte, man dürfe sich »nicht durch den Gedanken an Fairness [gegenüber Ägypten] von der Verfolgung so großer und überragender Interessen« wie der Bewahrung der wirtschaftlichen und politischen Hegemonie Großbritanniens abbringen lassen. Seinen »Hass« auf den »unwissenden Barbaren« Muhammad Ali bekundend, der es wage, nach einem unabhängigen Weg zu suchen, bot er die Flotte und die finanzielle Macht Großbritanniens auf, um Ägyptens Streben nach Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung ein Ende zu setzen.[15]

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Vereinigten Staaten die Rolle des globalen Hegemon von Großbritannien übernommen hatten, verfuhr Washington genauso und machte deutlich, es werde Ägypten keine Hilfe gewähren, wenn es sich nicht an die Standardregeln für die Schwachen halte – gegen die die USA selbst fortwährend verstießen, indem sie gemäß der gängigen Interpretation der Marktgesetze hohe Einfuhrzölle auf ägyptische Baumwolle erhoben und eine lähmende Dollarknappheit erzeugten.

Die »Hasskampagne« gegen die Vereinigten Staaten, die Eisenhower Sorgen bereitete, erwuchs also kaum überraschend der Erkenntnis, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten Diktatoren unterstützen, während sie gleichzeitig Demokratie und Entwicklung verhindern.

Zu Adam Smith' Ehrenrettung sollte hinzugefügt werden, dass er durchaus sah, was geschehen würde, wenn Großbritannien den

Regeln einer vernünftigen Wirtschaftspolitik folgte – heute sprechen wir von »Neoliberalismus«. Warnend wies er darauf hin, dass britische Fabrikanten, Kaufleute und Investoren, die sich im Ausland engagierten, möglicherweise Gewinne erzielen würden, dass aber Großbritannien darunter litte. Sie würden jedoch durch ein »Home Bias«, eine »Heimatmarktneigung«, geleitet, so dass das Königreich wie durch eine »unsichtbare Hand« vor den verheerenden Auswirkungen wirtschaftlicher Rationalität geschützt werde.

Dieser Abschnitt ist die einzige Stelle im *Wohlstand der Nationen*, an der die berühmte Formulierung von der »unsichtbaren Hand« vorkommt. David Ricardo, der andere wichtige Begründer der klassischen Wirtschaftstheorie, gelangte zu ähnlichen Schlussfolgerungen, als er der Hoffnung Ausdruck verlieh, vermögende Männer würden durch die »Heimatmarktneigung« veranlasst, »sich mit den niedrigen Gewinnraten im eigenen Land zufriedenzugeben, statt nach vorteilhafteren Anlagemöglichkeiten für ihr Vermögen in fremden Nationen zu suchen« – Empfindungen, die er »nur mit Bedauern geschwächt sehen würde«[16]. Anders als mit ihren Vorhersagen lagen die klassischen Ökonomen mit ihren Instinkten vollkommen richtig.

Die iranische und die chinesische »Bedrohung«

Der demokratische Aufstand in der arabischen Welt wird manchmal mit den Ereignissen des Jahres 1989 in Osteuropa gleichgesetzt, obwohl der Vergleich hinkt. 1989 wurde die demokratische Erhebung von der Sowjetunion toleriert und von den Westmächten aufgrund der Übereinstimmung mit ihrer Standarddoktrin unterstützt: Der Aufstand deckte sich vollkommen mit ihren wirtschaftlichen und strategischen Zielen und war daher ein nobles Begehren, das mit Hochachtung begrüßt wurde, im Gegensatz zu den Kämpfen, die gleichzeitig in Zentralamerika geführt wurden, »um die fundamentalen Menschenrechte des Volkes zu verteidigen«, so die Worte des ermordeten Erzbischofs von El

Salvador, eines der Hunderttausende von Opfern, die auf das Konto der in Washington bewaffneten und ausgebildeten Streitkräfte gingen.[17] In jenen schrecklichen Jahren gab es im Westen keinen Michail Gorbatschow, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Der Westen hat gute Gründe, demokratischen Bestrebungen in der arabischen Welt mit Feindseligkeit zu begegnen.

Auch heute noch liefern die Grand-Area-Doktrinen das Drehbuch für die Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Krisen und Konfrontationen. Bei westlichen Politikern und politischen Kommentatoren gilt die vom Iran ausgehende Bedrohung als die größte Gefahr für die Weltordnung, daher ist die amerikanische Außenpolitik vorwiegend auf dieses Ziel ausgerichtet, während Europa brav hinterhertrottet. Vor Jahren schrieb der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld: »Die Welt hat miterlebt, wie die USA den Irak ohne jeden Grund – so stellte sich heraus – angegriffen haben. Hätten die Iraner nicht versucht, Kernwaffen zu entwickeln, wären sie verrückt« – zumal ihnen unter Verletzung der UN-Charta ständig mit einem Angriff gedroht wird.[18]

Die Vereinigten Staaten und Europa sind sich einig in der festen Absicht, den Iran zu bestrafen, weil er die »Stabilität« bedrohe – ein Begriff, der, recht verstanden, die Unterwerfung unter die Forderungen der USA bedeutet. Aber vergessen wir nicht, wie isoliert die Amerikaner hier sind; die allianzfreien Länder haben sich entschieden für das Recht des Iran auf Urananreicherung ausgesprochen. Die Türkei, die wichtigste Regionalmacht, stimmte im Sicherheitsrat zusammen mit Brasilien, dem meistbewunderten Land des globalen Südens, gegen den von den USA eingebrachten Sanktionsantrag. Ihr Ungehorsam führte zu massiver Kritik, und das nicht zum ersten Mal. 2003 war die Türkei scharf verurteilt worden, als die Regierung dem Willen von fünfundneunzig Prozent ihrer Bevölkerung folgte und sich weigerte, an der Invasion im Irak teilzunehmen, womit das Land unter Beweis stellte, wie schwach sein Demokratieverständnis – nach westlichem Maßstab – war.

Während die Vereinigten Staaten den türkischen Ungehorsam hinnehmen können – wenn auch mit Abscheu –, können sie bei China nicht so leicht zur Tagesordnung übergehen. Die Presse

weist besorgt darauf hin, das »Chinas Investoren und Börsenhändler jetzt die Lücke im Iran schließen, die durch den Fortgang der Geschäftsleute vieler anderer Nationen, vor allem aus Europa, entstanden ist«, wobei insbesondere darauf hingewiesen wird, dass China seine Vormachtstellung auf dem iranischen Energiesektor ausbaue.[19] Washington reagiert mit einem Anflug von Verzweiflung. Das Außenministerium warnte China: Wenn es in die »internationale Gemeinschaft« – ein Terminus technicus, der die USA bezeichnet und alle, die sich ihrer Meinung anschließen – aufgenommen werden wolle, dürfe es seine »selbstverständlichen internationalen Pflichten nicht umgehen oder vernachlässigen«, das heißt die Pflicht, den amerikanischen Anweisungen zu gehorchen.[20] China dürfte davon nicht sonderlich beeindruckt sein.

Besorgt äußern sich die Beteiligten auch über die wachsende militärische Bedrohung durch China. Kürzlich wurde in einer Pentagon-Studie warnend darauf hingewiesen, dass Chinas Militärhaushalt fast »ein Fünftel der Ausgaben beträgt, die das Pentagon für die Vorbereitung und Durchführung der Kriege im Irak und in Afghanistan ausgegeben habe« – ein Bruchteil des amerikanischen Militärhaushalts also. Chinas Aufstockung seiner Streitkräfte könnte »amerikanischen Kriegsschiffen die Möglichkeit nehmen, in internationalen Gewässern vor seiner Küste zu operieren«, fügte die *New York Times* hinzu.[21]

Vor der Küste Chinas, versteht sich; fehlt nur noch, dass jemand vorschlägt, die USA sollen die Streitkräfte abziehen, die den chinesischen Kriegsschiffen den Zugang zum Karibischen Meer verwehren. Chinas mangelndes Verständnis für internationale Anstandsregeln zeigt sich ferner in seinem Protest gegen die Beteiligung des atombetriebenen Flugzeugträgers *George Washington* an einem Seemanöver wenige Meilen vor der chinesischen Küste, von wo seine Kampfflugzeuge vermutlich Peking erreichen könnten.

Der Westen dagegen begreift, dass die USA all diese Operationen nur durchführen, um die »Stabilität« und die eigene Sicherheit zu verteidigen. Die liberale *New Republic* äußerte sich besorgt darüber, dass »China vor der japanischen Insel Okinawa zehn

Kriegsschiffe durch internationale Gewässer geschickt hat«.[22] Das ist tatsächlich eine Provokation – ganz im Gegensatz zum unerwähnten Umstand, dass Washington die Insel ungeachtet heftiger Proteste der Bewohner von Okinawa in einen riesigen militärischen Stützpunkt umgewandelt hat. Das ist keine Provokation – nach dem Grundprinzip, dass uns Amerikanern die Welt gehört.

Unabhängig von tiefverwurzelten imperialen Doktrinen haben Chinas Nachbarn gute Gründe, angesichts dessen wachsender militärischer und wirtschaftlicher Macht besorgt zu sein.

Zwar gilt die Grand-Area-Doktrin noch immer, doch die Fähigkeit, sie durchzusetzen, hat abgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA auf dem Höhepunkt ihrer Macht, als sie buchstäblich die Hälfte des weltweiten Reichtums besaßen. Doch dieses Verhältnis verschob sich natürlich, als sich andere industrielle Volkswirtschaften von den Verwüstungen des Krieges erholten und die Dekolonisation unaufhaltsam fortschritt. Anfang der siebziger Jahre war der Anteil der USA am weltweiten Reichtum um rund fünfundzwanzig Prozent geschrumpft und die Industriewelt mit Nordamerika, Europa und Ostasien (damals maßgeblich von Japan bestimmt) tripolar geworden.

In den siebziger Jahren kam es auch zu einer einschneidenden Veränderung der US-Volkswirtschaft: Finanzialisierung und Export rückten stärker in den Mittelpunkt. Vielerlei Faktoren verbanden sich zum Teufelskreis einer extremen Vermögenskonzentration, vor allem bei dem obersten einen Prozent der Bevölkerung – vorwiegend Vorstandsvorsitzenden großer Unternehmen, Hedgefonds-Managern und ähnlichen Berufsgruppen. Das führte zur Konzentration von politischer Macht und damit zu staatlichen Maßnahmen zur weiteren Wirtschaftskonzentration hinsichtlich Steuerpolitik, Grundsätzen der Unternehmensführung, Deregulierung und vielem mehr. Währenddessen schossen die Kosten für Wahlkampagnen in die Höhe und trieben die Parteien in die Arme des konzentrierten Kapitals, vorwiegend des Finanzkapitals – die Republikaner ganz selbstverständlich, die

Demokraten, die inzwischen dort angekommen waren, wo früher die gemäßigten Republikaner standen, kaum weniger bereitwillig.

Wahlen sind in den USA zu einem Affentheater verkommen, das von der Werbeindustrie inszeniert wird. Nach seinem Sieg im Jahr 2008 erhielt Obama einen Preis der Werbebranche für die beste Marketingkampagne des Jahres. Die Manager waren euphorisch. In Fachblättern erklärten sie, zwar würden sie schon seit Ronald Reagan Kandidaten vermarkten wie andere Waren, aber 2008 sei doch ihre größte Leistung, die sich nachhaltig auf die Strategien in den Führungsetagen auswirken werde. Die Wahl von 2012 kostete mehr als zwei Milliarden Dollar; bei der im Jahr 2016 rechnet man mit einem Betrag in doppelter Höhe.[23] Da kann es nicht wundernehmen, dass Obama Wirtschaftsbosse für Spitzenpositionen in seiner Regierungsmannschaft auswählte. Die Öffentlichkeit ist wütend und enttäuscht, aber solange Muashers Doktrin ihre Gültigkeit behält, spielt das keine Rolle.

Während Wohlstand und Macht stark konzentriert wurden, stagnierten die Realeinkommen für den größten Teil der Bevölkerung. Die Menschen mussten mit Mehrarbeit, Schulden und der Inflation ihrer Vermögenswerte zurechtkommen, die regelmäßig durch Finanzkrisen vernichtet wurden, weil das Regulierungssystem seit den achtziger Jahren demontiert wurde. Für die Superreichen ist das alles nicht problematisch, denn sie profitieren vom Prinzip der »Systemrelevanz«, das der staatlichen Versicherungspolitik zugrunde liegt. Diese staatliche Versicherung ist kein nebensächlicher Aspekt. Allein ausgehend von der Möglichkeit der Banken, Kredite dank der impliziten Subventionen vom Steuerzahler zu niedrigeren Raten aufzunehmen, schätzten die *Bloomberg News* unter Berufung auf ein Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds, dass »Steuerzahler die Großbanken mit 83 Milliarden Dollar pro Jahr unterstützen« – was praktisch ihrem gesamten Gewinn entspricht. Dieser Umstand »ist entscheidend, um zu verstehen, warum die Großbanken eine solche Gefahr für die Weltwirtschaft sind«.[24] Hinzu kommt, dass Banken und Investmentfirmen riskante Geschäfte machen können, die ihnen hohe Gewinne bringen. Wenn das System dann

unvermeidlich zusammenbricht, laufen sie, ihre Exemplare von F. A. Hayek und Milton Friedman unter den Arm geklemmt, zu Mama Staat, die ihnen mit einem Notprogramm auf Kosten der Steuerzahler wieder auf die Beine hilft.

Das ist seit den Reagan-Jahren der übliche Prozess, wobei jede Krise extremer war als die vorhergehende – für die allermeisten Bürger, versteht sich. In weiten Teilen der Bevölkerung befindet sich die reale Arbeitslosigkeit auf Depressionsniveau, während Goldman Sachs, einer der Hauptverursacher der großen Krise, reicher ist denn je. Seelenruhig meldete das Unternehmen für 2010 Jahresboni in Höhe von 17,5 Milliarden Dollar an, darüber hinaus erhielt CEO Lloyd Blankfein ein Zusatzeinkommen von 12,6 Millionen, womit sich sein Grundgehalt mehr als verdreifachte.[25]

Es wäre nicht gerade vorteilhaft, wenn solche Fakten ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten. Daher muss die Propaganda zusehen, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben, etwa den Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst mit ihren fetten Löhnen und unverschämten Pensionen und all den schwarzen Müttern, die sich mit ihren Limousinen zum Sozialamt fahren lassen, um ihre dicken Schecks abzuholen, und was es sonst noch an Reagan-Märchen und gezielten Lügen dieser Art gibt. Wir müssen eben alle den Gürtel enger schnallen – das heißt: fast alle.

Eine besonders beliebte Zielscheibe sind Lehrer, lassen sie sich doch für den Versuch instrumentalisieren, das öffentliche Erziehungssystem in den Vereinigten Staaten von der Vorschule bis zu den Universitäten durch Privatisierung zu demontieren – abermals eine Politik, die gut ist für die Reichen, aber eine Katastrophe für den gesamten Rest der Bevölkerung und den langfristigen Zustand der Wirtschaft; aber das ist einer der externen Effekte, die man getrost außer Acht lassen kann, solange die Marktprinzipien nicht angetastet werden.

Stets willkommene Zielscheiben sind auch Einwanderer. Das gilt für die gesamte US-Geschichte, besonders für Zeiten von Wirtschaftskrisen, wobei verstärkend das Gefühl hinzukommt, dass uns Amerikanern das Land fortgenommen und die weiße Bevölkerung bald nur noch eine Minderheit darstellen wird. Die Wut

der Benachteiligten ist verständlich, aber die Grausamkeit der Politik schockierend. Wer sind die Einwanderer, um die es geht? Im Osten von Massachusetts, wo ich wohne, leben viele Maya, die nach dem Fast-Genozid geflohen sind, der im Hochland von Guatemala von Reagans Lieblingskillern verübt wurde. Andere sind mexikanische Opfer von Clintons Nordamerikanischem Freihandelsabkommen (NAFTA), einem jener seltenen staatlichen Abkommen, in denen man es fertiggebracht hat, den arbeitenden Menschen in allen drei beteiligten Ländern zu schaden. Als das NAFTA 1994 gegen alle Einwände aus der Bevölkerung durch den Kongress gepeitscht wurde, begann Clinton auch mit der Militarisierung der Grenze zwischen den USA und Mexiko, die zuvor weitgehend offen gewesen war. Vermutlich ging man davon aus, dass mexikanische Campesinos nicht mit der hochsubventionierten US-Agrarwirtschaft würden konkurrieren können und dass mexikanische Unternehmen nicht in der Lage sein würden, den Wettbewerb mit amerikanischen Multis zu überleben. Deshalb gestand ihnen das »Freihandelsabkommen« – ein Etikettenschwindel – die sogenannte Inländerbehandlung zu, ein Privileg, auf das nur juristische Personen Anspruch haben und keine aus Fleisch und Blut. Wie nicht anders zu erwarten, führten diese Maßnahmen zu einer Flut verzweifelter Flüchtlinge und zu einer steigenden einwandererfeindlichen Hysterie unter den Opfern des engen Zusammenspiels von Staat und Unternehmenssektor im Inland.

Ganz ähnliche Entwicklungen scheinen sich in Europa abzuzeichnen, wo der Rassismus wahrscheinlich virulenter ist als in den USA. Man kann nur staunend zur Kenntnis nehmen, wie Italien sich über die Flut von Flüchtlingen aus Libyen beklagt, dessen gerade befreiter Osten nach dem Ersten Weltkrieg Schauplatz eines Völkermords war, begangen von der faschistischen Regierung Italiens. Oder wie es Frankreich, noch immer die wichtigste Schutzmacht der brutalen Diktaturen in seinen ehemaligen Kolonien, fertigbringt, seine blutigen Untaten in Afrika zu verdrängen, während Frankreichs früherer Präsident Nicolas Sarkozy grimmig vor der »Flut von Einwanderern« warnte und

Marine Le Pen ihm vorwarf, er tue nicht genug, um die Flut einzudämmen. Von Belgien ganz zu schweigen, das vermutlich den ersten Preis verdient in dem, was Adam Smith »das bittere Unrecht der Europäer« nennt.[26]

Der Aufstieg der neofaschistischen Parteien in großen Teilen Europas wäre auch dann ein beängstigendes Phänomen, wenn uns nicht noch allen im Gedächtnis wäre, was der Kontinent in der jüngeren Geschichte erlebt hat. Man stelle sich vor, wie die Reaktion ausfiele, wenn man Juden aus Frankreich auswiese und sie Not und Unterdrückung überließe, und beobachte dann, wie widerspruchslos hingenommen wird, wenn das Gleiche mit Roma geschieht, die ebenfalls Opfer des Holocausts sind und jene Volksgruppe, die in ganz Europa den meisten Übergriffen ausgesetzt war und ist.

In Ungarn erreichte die neofaschistische Partei Jobbik bei den Parlamentswahlen einundzwanzig Prozent der Stimmen – vielleicht keine große Überraschung, da drei Viertel der Bevölkerung der Meinung sind, es gehe ihnen schlechter als unter kommunistischer Herrschaft.[27] Man könnte erleichtert sein, dass in Österreich der ultrarechte Jörg Haider 2008 nur zehn Prozent erreicht hat, hätte nicht die noch weiter rechts stehende FPÖ mehr als siebzehn Prozent bekommen.[28] (In diesem Zusammenhang ist der Gedanke erschreckend, dass die Nationalsozialisten 1928 weniger als drei Prozent der Stimmen in Deutschland gewannen.[29]) In Großbritannien sind die British National Party und die English Defence League auf Seiten der ultrarassistischen Rechten ernstzunehmende politische Kräfte. In Deutschland wurde Thilo Sarrazins buchlanges Gejammer über Einwanderer, die das Land kaputtmachen, ein fulminanter Bestseller, während Bundeskanzlerin Angela Merkel das Buch zwar verurteilte, aber den Multikulturalismus für »absolut gescheitert« erklärte: Die Türken, die man ins Land geholt hatte, damit sie in Deutschland die Schmutzarbeit erledigten, weigerten sich, blonde und blauäugige Arier zu werden.[30]

Wer Sinn für Ironie hat, erinnert sich vielleicht, dass Benjamin Franklin, einer der führenden Vertreter der Aufklärung, die gerade

befreiten Kolonien aufforderte, die Deutschen nicht einwandern zu lassen, weil sie zu dunkelhäutig seien – was er auch von den Schweden behauptete. Bis ins 20. Jahrhundert war der lächerliche Mythos von der angelsächsischen Reinheit weit verbreitet, selbst bei Präsidenten und anderen namhaften Repräsentanten des Landes. In unserer literarischen Kultur spielte der Rassismus eine widerliche Rolle. Es war leichter, die Kinderlähmung auszurotten als diese schreckliche Plage, die sich in Zeiten wirtschaftlicher Not regelmäßig wieder zu Wort meldet.

Ich möchte nicht versäumen, noch eine weitere Externalität zu erwähnen, die im Marktsystem vernachlässigt wird: das Schicksal der Menschheit. Systemrelevante Risiken für den Finanzsektor kann der Steuerzahler auffangen, aber niemand wird zu Hilfe kommen, wenn die Umwelt zerstört ist. Dass sie zerstört werden muss, ist fast ein institutioneller Imperativ. Wenn Wirtschaftsbosse Werbekampagnen veranlassen, die die Bevölkerung davon überzeugen sollen, dass die anthropogene Erderwärmung ein liberaler Schwindel sei, so wissen diese Leute selbst sehr gut, wie ernst die Lage ist, aber sie stehen unter dem Zwang, ihre kurzfristigen Gewinne und Marktanteile zu maximieren. Wenn sie es nämlich nicht tun, wird es ein anderer machen.

Dieser Teufelskreis könnte sich durchaus als tödlich erweisen. Um zu erkennen, wie groß die Gefahr ist, braucht man sich nur den Kongress in den USA anzuschauen, dessen Mitglieder ihr Amt den Spenden und der Werbung aus der Wirtschaft verdanken. Fast alle Republikaner sind Klimaleugner. Sie haben bereits damit begonnen, Mittel zu kürzen, die die Umweltkatastrophe verringern könnten. Schlimmer noch, sie sind strenggläubig. Nehmen wir beispielsweise den neuen Vorsitzenden eines Unterausschusses für Umweltfragen, der erklärt, die Erderwärmung könne kein Problem sein, weil Gott Noah versprochen habe, dass es keine weitere Sintflut geben werde.[31]

Wenn solche Dinge in irgendeinem kleinen fernen Land geschähen, könnte man darüber lachen, aber nicht, wenn sie sich im reichsten und mächtigsten Staat der Welt ereignen. Und bevor wir lachen, sollten wir uns vor Augen halten, dass die gegenwärtige

Wirtschaftskrise in nicht geringem Maße darauf zurückzuführen ist, dass die Beteiligten geradezu fanatisch an Dogmen wie die Markteffizienzhypothese glauben und an der vor fünfzehn Jahren von dem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz als religiöse Überzeugung bezeichneten Auffassung festhalten, die Märkte wüssten es besser (»The market knows best«). Das hat die Zentralbank und die Leute vom Fach – von ein paar rühmlichen Ausnahmen abgesehen – daran gehindert, eine 8-Billionen-Dollar-Immobilienblase zur Kenntnis zu nehmen, die keinerlei Grundlage in den ökonomischen Fundamentaldaten hatte und eine wirtschaftliche Katastrophe auslöste, als sie zerplatzte.[32]

All das und vieles mehr kann so lange weitergehen, wie die Muasher-Doktrin gilt. Wenn die breite Bevölkerung weiterhin passiv, apathisch, konsumsüchtig und voller Hass gegen die Schwachen bleibt, können die Mächtigen tun, was ihnen beliebt – und die Überlebenden werden die Trümmer betrachten.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Tareq Y. Ismael, Glenn E. Perry: *The International Relations of the Contemporary Middle East. Subordination and Beyond*, London 2014, S. 73; Noam Chomsky: *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Hamburg 2003, S. 185; Daniel Yergin: *The Prize. The Epic Quest for Oil, Money and Power*, New York 1991
2. Noam Chomsky: *Hopes and Prospects*, Chicago 2010, S. 55
3. Laurence H. Shoup, William Minter: *Kulissenschieber e. V. Der Council on Foreign Relations und die Außenpolitik der USA*, Bremen/Berlin 1981, S. 96
4. Chomsky, *Hopes and Prospects*, S. 238
5. Gerard Van Bilzen: *The Development of Aid*, Newcastle upon Tyne 2015, S. 497
6. Weißes Haus: »Declaration of Principles for a Long-Term Relationship of Cooperation and Friendship Between the Republic of Iraq and the United States of America«, Pressemitteilung, 26. November 2007, georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/11/20071126-11.html (nicht verfügbar, 10. August 2016)
7. Charlie Savage: »Bush Declares Exceptions to Sections of Two Bills He Signed into Law«, *The New York Times*, 15. Oktober 2008
8. Marina Ottoway, David Ottoway: »Of Revolutions, Regime Change, and State Collapse in the Arab World«, Carnegie Endowment for International Peace, 28. Februar 2011,

carnegieendowment.org/2011/02/28/of-revolutions-regime-change-and-state-collapse-in-arab-world (aufgerufen am 10. August 2016)
9. Pew Research Center: »Egyptians Embrace Revolt Leaders, Religious Party and Military, As Well«, 25. April 2011, pewglobal.org/files/2011/04/Pew-Global-Attitudes-Egypt-Report-FINAL-April-25-2011.pdf (aufgerufen am 10. August 2016)
10. Marwan Muasher: »Tunisia's Crisis and the Arab World«, Carnegie Endowment for International Peace, 24. Januar 2011, carnegieendowment.org/2011./01/24/tunisia-s-crisis-and-arab-world (nicht verfügbar, 10. August 2016)
11. Thom Shanker: »U.S. Fails to Explain Policies to Muslim World, Panel Says«, *The New York Times*, 24. November 2004
12. Afaf Lutfi Al-Sayyid Marsot: *Egypt in the Reign of Muhammad Ali*, Cambridge 1984. Zu einer ausführlicheren Diskussion über Ägypten nach dem Zweiten Weltkrieg vgl.: Noam Chomsky: *Neue Weltordnungen. Vom Kolonialismus zum Big Mac*, Hamburg 2004, Kapitel 2.
13. Adam Smith: *Wohlstand der Nationen*, München 2013, S. 302
14. Noam Chomsky: *Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur Neuen Weltordnung*, Lüneburg 1993, S. 356
15. Chomsky, *Hopes and Prospects*, S. 80
16. David Ricardo: *The Works of David Ricardo: With a Notice of the Life and Writings of the Author by J. R. McCulloch*, London 1846, S. 77
17. Tony Magliano: »The Courageous Witness of Blessed Oscar Romero«, *National Catholic Reporter*, 11. Mai 2015
18. Martin van Creveld: »Sharon on the Warpath: Is Israel Planning to Attack Iran?«, *The New York Times*, 21. August 2004
19. Clayton Jones: »China Is a Barometer on Whether Israel Will Attack Nuclear Plants in Iran«, *Christian Science Monitor*, 6. August 2010
20. Kim Ghattas: »US Gets Serious on Iran Sanctions«, BBC News, 3. August 2010
21. Thom Shanker: »Pentagon Cites Concerns in China Military Growth«, *The New York Times*, 16. August 2010
22. Joshua Kurlantzick: »The Belligerents«, *New Republic*, 17. Februar 2011
23. Stephen Braun, Jack Gillum: »2012 Presidential Election Cost Hits $2 Billion Mark«, Associated Press, 6. Dezember 2012; Amie Parnes, Kevin Cirilli: »The $5 Billion Presidential Campaign?«, *The Hill*, 21. Januar 2015
24. »The Secret Behind Big Bank Profits«, *Bloomberg News*, 21. Februar 2013
25. Christine Harper, Michael J. Moore: »Goldman Sachs CEO Blankfein Is Awarded $12.6 Million in Stock«, Bloomberg Business, 29. Januar 2011
26. *Wohlstand der Nationen*, München 2013, S. 364
27. Eszter Zalan: »Hungary's Orban Wins Another Term, Jobbik Support Jumps«, *EU Observer*, 7. April 2014
28. Siehe Wikipedia: »Austrian Legislative Election, 2008«, en.wikipedia.org/wiki/Austrian_legislative_election,_2008#Results (aufgerufen am 10. August 2016)

29. Donny Gluckstein: *Nazis, Capitalism, and the Working Class*, Chicago 1999, S. 37
30. Matthew Weaver: »Angela Merkel: German Multiculturalism Has ›Utterly Failed‹«, *The Guardian*, London, 17. Oktober 2010
31. Darren Samuelsohn: »John Shimkus Cites Genesis on Climate Change«, *Politico*, 10. Dezember 2010
32. Joseph Stiglitz: »Some Lessons from the East Asian Miracle«, *World Bank Research Observer*, August 1996, feb.kuleuven.be/public/ndaag37/1996_Some_Lessons_from_the_East_Asian_Miracle.pdf (nicht verfügbar, 5. August 2016)

5

Der Niedergang Amerikas: Ursachen und Folgen

»Die Erkenntnis ist nicht neu«, dass die Vereinigten Staaten, die »noch vor wenigen Jahren, von allen bewundert, die Welt als ein Gigant mit unvergleichlicher Macht und Ausstrahlung durchschritten (…), im Niedergang begriffen sind und düster ihrem endgültigen Verfall entgegensehen.«[1] Diese Erkenntnis, im Sonderheft 2011 der Zeitschrift der Academy of Political Science formuliert, wird in der Tat weithin und nicht ohne eine gewisse Berechtigung geteilt, wenn auch eine Reihe von Einschränkungen angebracht erscheinen. Erstens: Dieser Niedergang hat begonnen, kaum dass die Macht der USA unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht hatte. Zweitens: Die aufgeblasene Rhetorik im Jahrzehnt des Triumphalismus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion beruhte überwiegend auf Selbsttäuschung. Drittens: Die häufig zu hörende Schlussfolgerung – dass sich die Macht nach China und Indien verlagern werde – ist höchst zweifelhaft. Es handelt sich um arme Länder mit erheblichen inneren Problemen. Die Welt ist sicherlich vielfältiger geworden, aber trotz des Niedergangs wird es für die USA in absehbarer Zukunft keinen Konkurrenten in Hinblick auf ihre globale Vormachtstellung geben.

Lassen wir einige der wichtigen historischen Ereignisse Revue passieren. Während des Zweiten Weltkriegs erkannten die Planer, dass das Land in einer Position überwältigender Stärke aus dem Krieg hervorgehen werde. Die Dokumente beweisen eindeutig, dass es »Präsident Roosevelt um die Hegemonie der Vereinigten Staaten in der Nachkriegswelt ging«, so die Einschätzung des Diplomatiehistorikers Geoffrey Warner, eines der führenden Spezialisten zu diesem Thema.[2] Wie oben dargelegt, entwickelte man Pläne, die den USA erlauben sollten, eine den ganzen Globus

umspannende »Grand Area« (Großraum) zu kontrollieren. Diese Doktrinen sind noch immer gültig, wenn auch ihre Reichweite inzwischen schrumpft.

Die Pläne aus der Kriegszeit, die bald sorgfältig implementiert werden sollten, waren nicht unrealistisch. Seit langem waren die Vereinigten Staaten damals schon das weitaus reichste Land der Welt. Der Krieg hatte die Große Depression, die Weltwirtschaftskrise, beendet und die amerikanische Produktionskapazität fast vervierfacht, während die Konkurrenten gleichzeitig stark beeinträchtigt waren. Bei Kriegsende verfügten die Vereinigten Staaten über die Hälfte des weltweiten Vermögens und ein beispielloses Maß an Sicherheit.[3] Jeder Region der Grand Area wurde eine eigene »Funktion« innerhalb des globalen Systems zugewiesen. Der nachfolgende »Kalte Krieg« bestand vorwiegend aus den Versuchen der beiden Supermächte, die Ordnung in ihren eigenen Einflussbereichen durchzusetzen. Für die Sowjetunion war das Osteuropa, für die USA der größte Teil der Welt.

Bereits 1949 erlitt die Grand Area, die die Vereinigten Staaten zu kontrollieren beabsichtigten, eine erhebliche Einbuße mit dem »Verlust Chinas«, wie das Ereignis üblicherweise genannt wird.[4] Die Wendung ist interessant: Man kann nur »verlieren«, was man besitzt, und es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass die Vereinigten Staaten den größten Teil der Welt rechtmäßig besitzen. Kurz darauf begann Südostasien, sich Washingtons Kontrolle zu entziehen, ein Vorgang, der 1965, als die US-Vorherrschaft wiederhergestellt wurde, zu schrecklichen Kriegen in Indochina und grausamen Massakern in Indonesien führte. Währenddessen kam es andernorts im Bestreben, die sogenannte Stabilität aufrechtzuerhalten, zu Umstürzen und massiver Gewaltanwendung.

Aber der Niedergang war unvermeidlich, da die industrielle Welt sich neu strukturierte und die Dekolonisation unaufhaltsam voranschritt. In den siebziger Jahren war der US-amerikanische Anteil am Weltvermögen auf rund fünfundzwanzig Prozent gefallen.[5] Die industrielle Welt wurde »tripolar«; die entscheidenden Zentren waren die Vereinigten Staaten, Europa und Asien, das damals von

Japan bestimmt wurde und im Begriff war, die dynamischste Region der Erde zu werden.

Zwanzig Jahre später brach die UdSSR zusammen. Washingtons Reaktion lehrt uns einiges über die Wirklichkeit des Kalten Krieges. Die erste Bush-Regierung, die damals im Amt war, erklärte augenblicklich, ihre Politik werde im Wesentlichen unverändert bleiben. Allerdings änderten sich die Vorwände: Das riesige militärische Establishment wurde beibehalten, allerdings nicht zur Verteidigung gegen die Russen, sondern um gegen die »technologische Fortentwicklung« von Dritte-Welt-Mächten gewappnet zu sein. Entsprechend erwies es sich als notwendig, die »industrielle Verteidigungsbasis« beizubehalten – ein Euphemismus für die hochentwickelte Industrie, die weitgehend von staatlichen Zuschüssen und Aufträgen abhängig war. Nach wie vor waren Eingreiftruppen für den Nahen Osten erforderlich, wo die ernsten Probleme, die es gab, »nicht mehr dem Kreml in die Schuhe geschoben werden konnten«, wie es während eines halben Jahrhunderts der Täuschung gängige Praxis gewesen war. Stillschweigend wurde eingeräumt, das Problem sei schon immer »radikaler Nationalismus« gewesen, das heißt Versuche bestimmter Länder, unter Missachtung der Grand-Area-Grundsätze einen eigenen Kurs zu verfolgen.[6] Diese Grundsätze wurden nicht wesentlich verändert, wie die Clinton-Doktrin – die den Vereinigten Staaten einseitige Anwendung militärischer Gewalt erlaubte, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen – und die globale Expansion der NATO rasch deutlich machten.

Nach dem Zusammenbruch der feindlichen Supermacht gab es eine Phase der Euphorie, voll überhitzter Theorien über »das Ende der Geschichte« und mit ehrfurchtsvollem Beifall für Präsident Bill Clintons Außenpolitik, die in eine »noble Phase« eingetreten sei, ja geradezu in einem »heiligen Glanz« erstrahle, weil sich zum ersten Mal in der Geschichte eine Nation von »Altruismus« leiten lasse und an »Grundsätzen und Werten« orientiere. Nichts stehe der Entwicklung einer »idealistischen Neuen Welt« im Weg, die »es sich zur Aufgabe macht, die Unmenschlichkeit zu beenden«, einer Welt, die endlich ungehindert nach der neu entwickelten internationalen

Norm der humanitären Intervention handeln könne. Das sind nur einige der emphatischen Lobgesänge, die damals von prominenten Intellektuellen zu hören waren.[7]

Nicht alle waren so begeistert. Die traditionellen Opfer, die Bewohner des globalen Südens, beklagten sich bitterlich über »das sogenannte Recht auf humanitäre Interventionen«, weil sie sehr wohl erkannten, dass es nichts anderes war als das alte »Recht« auf imperiale Herrschaft in neuem Gewand.[8] Inzwischen begriffen auch die nüchterneren heimischen Beobachter, dass die USA für einen Großteil der Welt »zur Schurkensupermacht« wurden, »zur größten äußeren Gefahr für ihre Gesellschaften«, und dass »der schlimmste Schurkenstaat heute die Vereinigten Staaten sind«, um Samuel P. Huntington zu zitieren, einen Harvard-Professor für Staatswissenschaft, sowie Robert Jervis, den Präsidenten der American Political Science Association.[9]

Nach dem Amtsantritt von George W. Bush ließ sich die zunehmend feindselige Weltmeinung kaum noch ignorieren. Besonders in der arabischen Welt fielen Bushs Zustimmungswerte in den Keller. Obama vollbrachte die beeindruckende Leistung, noch tiefere Werte zu erreichen: fünf Prozent Zustimmung in Ägypten und nicht viel mehr in anderen Ländern der Region.[10]

Währenddessen setzte sich der Niedergang fort. Im vergangenen Jahrzehnt ging auch Südamerika »verloren«. Das war ernst genug; als die Nixon-Administration die Zerstörung der chilenischen Demokratie plante – durch den von den USA unterstützten Militärputsch am »ersten 11. September«, der den Diktator General Augusto Pinochet an die Macht brachte –, erklärte der Nationale Sicherheitsrat unheildrohend: Wenn es den Vereinigten Staaten nicht gelinge, Lateinamerika zu kontrollieren, könnten sie nicht erwarten, »eine erfolgreiche Ordnung in anderen Teilen der Welt zu etablieren«.[11] Weit ernster jedoch wären im Nahen Osten Schritte in Richtung Unabhängigkeit, und zwar aus Gründen, die zweifellos in den frühen Planspielen nach dem Zweiten Weltkrieg liegen.

Eine weitere Gefahr: Es könnte echte Ansätze zu einer demokratischen Entwicklung geben. Bill Keller, Chefredakteur der *New York Times*, fand rührende Worte für Washingtons »Verlangen,

die aufstrebenden Demokraten überall in Nordafrika und im Nahen Osten in die Arme zu schließen«,[12] doch die Meinungsumfragen in der arabischen Welt haben sehr deutlich gezeigt, dass alle Versuche Washingtons, dort, wo die öffentliche Meinung Einfluss auf die Politik hat, funktionierende Demokratien zu etablieren, desaströs enden würden: Wie gesehen, hält die arabische Bevölkerung die Vereinigten Staaten für eine Bedrohung ersten Ranges und würde sie und ihre Verbündeten aus der Region vertreiben, wenn sie die Wahl hätte.

Zwar ist die langfristige US-Politik, von taktischen Anpassungen abgesehen, weitgehend unverändert geblieben; dennoch hat es unter Obama einige bedeutsame Modifikationen gegeben. Der Militäranalytiker Yochi Dreazen und seine Koautoren erläutern in der Zeitschrift *Atlantic*, dass Bushs Politik darin bestand, Verdächtige zu fangen (und zu foltern), während Obama sie einfach ermordet, wobei er den Einsatz von Terrorwaffen (Drohnen) und Spezialeinheiten (vielfach Tötungskommandos) drastisch verstärkte.[13] Solche Sonderkommandos sind schon in 147 Ländern eingesetzt worden.[14] Bei dieser Truppe, die inzwischen so groß ist wie Kanadas gesamte Armee, handelt es sich im Prinzip um eine Privatarmee des Präsidenten – eine Frage, die der amerikanische Investigationsjournalist Nick Turse eingehend auf seiner Website *TomDispatch* erörtert.[15] Das Kommando, das Obama schickte, um Osama bin Laden zu töten, hatte schon rund ein Dutzend ähnliche Aufträge in Pakistan erfüllt. Wie diese und andere Entwicklungen zeigen, mag Amerikas Vormachtstellung schwinden, sein Ehrgeiz jedoch nicht.

All die Menschen, die die Augen davor nicht absichtlich verschließen, beschäftigt auch das Thema, dass Amerikas Niedergang weitgehend selbstverschuldet ist. Die komische Oper in Washington, in der es um die Frage geht, ob die Regierung »geschlossen« werden soll oder nicht, widert das Land an und erstaunt die Welt. In der Geschichte der parlamentarischen Demokratie sucht sie ihresgleichen vergebens. Das Schauspiel erschreckt sogar die Sponsoren dieser Farce. Die korporativen Kräfte sind jetzt besorgt, die Extremisten, denen sie zu ihren Ämtern

verholfen haben, könnten sich entschließen, das Gebäude einzureißen, auf dem ihr Wohlstand und ihre Privilegien beruhen, mit anderen Worten, den mächtigen »Gouvernantenstaat«, der sich so angelegentlich um ihre Interessen kümmert.

Der bedeutende amerikanische Philosoph und Pädagoge John Dewey beschrieb die Politik einmal als »den Schatten, den die Großunternehmen auf die Gesellschaft werfen«, und wies warnend darauf hin, dass »die Aufhellung des Schattens nichts an der Sache selbst« ändere.[16] Seit den siebziger Jahren ist der Schatten zu einer dunklen Wolke geworden, die die Gesellschaft und das politische System einhüllt. Die korporative Macht, mittlerweile größtenteils vom Finanzkapital repräsentiert, hat einen Punkt erreicht, an dem beide politische Organisationen – die heute kaum noch traditionellen Parteien ähneln – in den großen Fragen der Zeit weit rechts von der Bevölkerung stehen.

Für die Öffentlichkeit ist die vorrangige innenpolitische Sorge die tiefgreifende Beschäftigungskrise. Unter den herrschenden Bedingungen ließe sich dieses schwierige Problem nur durch erhebliche staatliche Anreize überwinden, die weit über das von Obama 2009 aufgelegte Programm hinausgehen müssten. Damals wurden gerade einmal die Einsparungen an den staatlichen und kommunalen Ausgaben ausgeglichen, obwohl selbst diese Maßnahmen wahrscheinlich Millionen von Arbeitsplätzen retteten. Das Interesse von Finanzinstitutionen gilt in erster Linie dem Defizit. Daher wird nur über das Defizit diskutiert. Eine große Mehrheit der Bevölkerung (72 Prozent) befürwortet den Ausgleich des Defizits durch Besteuerung der besonders Reichen.[17] Gegen die Kürzung der Gesundheitsprogramme spricht sich eine überwältigende Mehrheit aus (69 Prozent im Fall von Medicaid, 78 Prozent bei Medicare).[18] Herauskommen wird wahrscheinlich das Gegenteil.

In dem Bericht über eine Studie, in der die Teilnehmenden befragt wurden, wie sie das Defizit beseitigen würden, schrieb Steven Kull, Direktor des Program for Public Consultation und verantwortlich für diese Studie: »Offenbar haben sowohl die Regierung wie die Mitglieder des Repräsentantenhauses in der Frage des Staatshaushalts den Kontakt zu den Werten und Prioritäten der

Offentlichkeit verloren (…). Der größte Unterschied bei den Ausgaben zeigt sich darin, dass die Befragten tiefe Einschnitte in den Verteidigungsausgaben befürworten, während Regierung und Repräsentantenhaus leichte Erhöhungen empfehlen (…). Die Öffentlichkeit würde auch höhere Ausgaben für Berufsausbildung, Erziehung und Umweltschutz begrüßen, was weder für Regierung noch Repräsentantenhaus gilt.«[19]

Heute schätzt man die Kosten für die Bush-Obama-Kriege im Irak und in Afghanistan auf 4,4 Billionen Dollar – ein eindrucksvoller Sieg für Osama bin Laden, dessen erklärtes Ziel es war, Amerika in den Bankrott zu treiben, indem er das Land in eine Falle lockte.[20] Der US-Militärhaushalt von 2011 – fast so hoch wie der aller anderen Länder der Erde zusammengenommen – war real (inflationsbereinigt) höher als jeder andere seit dem Zweiten Weltkrieg und soll noch weiter steigen. Zwar ist vage die Rede von beabsichtigten Kürzungen, aber in diesen Berichten wird unterschlagen, dass solche Kürzungen, wenn sie denn überhaupt vorgenommen werden, das absehbare Wachstum im Verteidigungshaushalt betreffen.

Die Defizitkrise wurde in erster Linie als Waffe kreiert, um die verhassten Sozialprogramme zu torpedieren, von denen ein Großteil der Bevölkerung abhängig ist. Martin Wolf, ein renommierter Wirtschaftskorrespondent der *Financial Times,* schreibt: »Die Schwierigkeiten der US-Haushaltsposition sind nicht dringlich (…). Die USA können mühelos Geld aufnehmen, etwa mit zehnjährigen Staatsanleihen bei Renditen von fast drei Prozent, wie es die wenigen Nichthysteriker vorhergesagt haben. Das Haushaltsproblem ist lang- und nicht kurzfristig.« Signifikant ist, was dann kommt: »Erstaunlich an der Haushaltsposition ist der Umstand, dass die Einnahmen für 2011 auf bloße 14,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geschätzt werden, weit unterhalb ihres Nachkriegsdurchschnitts von fast 18 Prozent. Die Vorhersage für die individuelle Einkommensteuer beträgt für 2011 lediglich 6,3 Prozent des BIP. Kein Nichtamerikaner wird verstehen können, was die ganze Aufregung soll: 1988, am Ende der Amtszeit von Ronald Reagan, betrugen die Einnahmen 18,2 Prozent des BIP. Die

Steuereinnahmen müssen beträchtlich steigen, wenn das Defizit geschlossen werden soll.« In der Tat erstaunlich, aber Defizitabbau ist eine Forderung, die von Finanzinstituten und Superreichen erhoben wird, und in einer rasch verfallenden Demokratie zählt das und nichts anderes.[21]

Obwohl die Defizitkrise als Instrument in einem erbitterten Klassenkampf konstruiert wurde, ist die langfristige Schuldenkrise durchaus ernst zu nehmen. Seit Ronald Reagans fiskalischer Unverantwortlichkeit sind die USA vom größten Gläubiger der Welt zum größten Schuldner geworden, haben die Staatsverschuldung verdreifacht und dadurch Gefahren für die Wirtschaft heraufbeschworen, die sich unter George W. Bush rasch verstärkten. Im Augenblick ist jedoch die Arbeitslosigkeit die dringlichste Sorge.

Der »Kompromiss« zur Beendigung der Krise – oder genauer, die Kapitulation vor der extremen Rechten – war das Gegenteil dessen, was die Öffentlichkeit sich gewünscht hatte. Nur wenige ernst zu nehmende Wirtschaftswissenschaftler würden dem Harvard-Ökonomen Lawrence Summers widersprechen, wenn er erklärt, dass »Amerikas gegenwärtiges Problem weit mehr ein Beschäftigungs- und Wachstumsdefizit als ein übermäßiges Haushaltsdefizit ist« und dass die Vereinbarung, die man in Washington getroffen habe, um die Verschuldungsgrenze anzuheben, zwar allemal einer (höchst unwahrscheinlichen) Zahlungsunfähigkeit vorzuziehen sei, aber doch eher dazu beitragen werde, die Talfahrt der Wirtschaft zu beschleunigen.[22]

Noch nicht einmal erwähnt wird die Möglichkeit, die der Wirtschaftswissenschaftler Dean Baker ins Gespräch gebracht hat: dass man das Defizit beseitigen könnte, wenn man das nicht funktionierende privatisierte Gesundheitssystem der USA durch eine Regelung ersetzen würde, wie sie in anderen Industriegesellschaften in Kraft ist – ein System, das nur halb so hohe Kosten verursacht und vergleichbare Gesundheitsergebnisse erzielt.[23] Die Finanzinstitutionen und die Pharmaindustrie sind jedoch so mächtig, dass diese Optionen noch nicht einmal in Erwägung gezogen werden, obwohl der Gedanke durchaus nicht

utopisch erscheint. Aus ähnlichen Gründen werden auch andere wirtschaftlich vernünftige Möglichkeiten ausgeschlossen, zum Beispiel eine geringe Finanztransaktionssteuer.

Währenddessen wird die Wall Street regelmäßig mit Geschenken überschüttet. Der Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses kürzte die Mittel für die Börsenaufsichtsbehörde der USA, die wichtigste Institution im Kampf gegen Finanzbetrug, während der Kongress neue Waffen für seinen Kampf gegen künftige Generationen schmiedet. So heißt es in einem Bericht der *New York Times*, angesichts des republikanischen Widerstands gegen Umweltschutz habe »ein großer amerikanischer Energieversorger eines der wichtigsten nationalen Projekte zur Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes in Kohlekraftwerken auf Eis gelegt und damit den Bestrebungen zur Eindämmung der für die Erderwärmung verantwortlichen Emissionen einen empfindlichen Schlag versetzt«.[24]

Diese selbstverschuldeten Rückschläge werden zwar mit der Zeit immer heftiger, sind aber kein ganz neues Phänomen; sie reichen zurück in die siebziger Jahre, als die Volkswirtschaft größeren Veränderungen unterworfen war, die das sogenannte Goldene Zeitalter des (Staats-)Kapitalismus beendeten. Die beiden wichtigsten Elemente dieses Wandels waren Finanzialisierung und Produktionsverlagerung in Billiglohnländer, und beide hatten mit dem Rückgang der Profitrate in der industriellen Produktion und mit der Demontage des Bretton-Woods-Systems zu tun, das in der Nachkriegszeit zur Kapitalkontrolle und zur Regulierung von Währungsfragen geschaffen worden war. Der ideologische Triumph der »Doktrin der freien Märkte« – wie immer äußerst selektiv angewendet – brachte weitere Rückschläge wie Deregulierung, neue Grundsätze der Unternehmensführung (die beispielsweise gewaltige Vorstandsvergütungen für kurzfristige Gewinne vorsahen) und ähnliche politische Entscheidungen. Die daraus resultierende Konzentration des Reichtums schuf größere politische Macht und verschärfte einen Teufelskreis, der einer winzigen Minderheit ungeheuren Reichtum ermöglichte, während die Einkommen für die riesige Mehrheit praktisch stagnierten.

Gleichzeitig schossen die Wahlkampfkosten in die Höhe und trieben die zwei amerikanischen Parteien noch tiefer in die Abhängigkeit von den Unternehmen. Was von der politischen Demokratie übrig blieb, wurde weiter untergraben, als beide Parteien begannen, Führungspositionen im Kongress meistbietend zu verschachern. Dazu meint der Politökonom Thomas Ferguson: »Der US-Kongress ist das einzige Parlament der entwickelten Welt, in dem die Parteien Preise für Schlüsselstellen im Gesetzgebungsprozess festlegen.« Die Parlamentarier, die ihrer Partei den gewünschten Betrag zahlen, bekommen die Posten, was sie praktisch dazu zwingt, sich in noch höherem Maße als üblich zu Knechten des Privatkapitals zu machen. Dadurch werden die Debatten laut Ferguson zur »endlosen Wiederholung einer Handvoll von Slogans, die schon ihre Wirkung auf jene Investoren und Interessengruppen unter Beweis gestellt haben, auf deren finanzielle Unterstützung die Parteien angewiesen sind«.[25]

Die Wirtschaft nach dem Goldenen Zeitalter entwickelt sich zu einem Alptraum, wie ihn die klassischen Ökonomen Adam Smith und David Ricardo vorhergesehen haben. In den letzten dreißig Jahren haben die »Herrschenden«, wie Smith sie nennt, jede Empathie und Rücksichtnahme auf das Wohlergehen der Menschen in ihrer Gesellschaft aufgegeben. Stattdessen konzentrieren sie sich auf kurzfristige Gewinne und möglichst große Boni – soll das Land doch zum Teufel gehen.

Ein anschauliches Beispiel ist die Titelseite der *New York Times* zur Zeit dieser Niederschrift. Dort stehen zwei große Artikel nebeneinander. Der eine berichtet, dass die Republikaner sich entschieden jeder Abmachung widersetzen, »die von erhöhten Steuereinnahmen ausgeht« – ein Euphemismus für eine Reichensteuer.[26] Beim anderen lautet die Schlagzeile: »Sogar hochpreisige Luxusgüter finden noch reißenden Absatz.«[27]

Diese Entwicklung ist treffend in einer Broschüre für Investoren der Citigroup beschrieben, der riesigen Bank, die sich wieder einmal an öffentlichen Geldern mästet. Das geschieht seit dreißig Jahren regelmäßig in einem Zyklus von riskanten Krediten, hohen Profiten, Zusammenbrüchen und Rettungspaketen. Die Analysten der Bank

beschreiben eine Welt, die in zwei Blöcke unterteilt ist: die Plutonomie und den Rest. Dadurch entsteht eine globale Gesellschaft, in der das Wachstum von den wenigen Reichen vorangetrieben und weitgehend auch konsumiert wird. Ausgeschlossen von den Gewinnen der Plutonomie sind die »Nichtreichen«, die große Mehrheit, die heute gelegentlich als »globales Prekariat« bezeichnet wird – jene Arbeitskräfte, die unter unsicheren und zunehmend unzureichenden Bedingungen leben. In den USA sind sie einer »wachsenden Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse« ausgesetzt, der Basis für eine gesunde Wirtschaft, wie Notenbankchef Alan Greenspan dem Kongress erklärte, während er seine Maßnahmen zur Konjunktursteuerung pries.[28] Das ist die wahre Machtverlagerung in der globalen Gesellschaft.

Die Citigroup-Analysten raten den Investoren, sich an die sehr Reichen zu halten, denn dort spiele die Musik. Seit 1985, seit also die Wirtschaftsprogramme von Reagan und Thatcher zur Bereicherung der Superreichen richtig griffen, lasse der sogenannte Plutonomie-Aktienkorb von Citigroup den Weltindex für entwickelte Märkte weit hinter sich.[29]

Die nach dem Goldenen Zeitalter entstandenen Finanzinstitute hatten vor dem Crash von 2008, für den sie weitgehend verantwortlich waren, eine erstaunliche wirtschaftliche Macht erworben und ihren Anteil an den Konzerngewinnen mehr als verdreifacht. Nach dem Zusammenbruch begannen einige Ökonomen ihre Rolle aus rein wirtschaftlicher Sicht zu hinterfragen. Nobelpreisträger Robert Solow gelangte zu dem Schluss, dass ihre allgemeine Wirkung eher negativ sei, weil »die Erfolge wahrscheinlich wenig oder nichts zur Effizienz der Realwirtschaft beitragen, während durch die Katastrophe enorme Mengen von Steuergeldern in die Hände von Finanzleuten gelangen«.[30] Indem diese Finanzinstitutionen die letzten Reste der politischen Demokratie schreddern, beschleunigen sie deren Untergang – solange ihre Opfer weiterhin bereit sind, stumm zu leiden.

Kehren wir zu der Erkenntnis zurück, dass die USA »im Niedergang begriffen sind und düster ihrem endgültigen Verfall

entgegensehen«. Die Klagen mögen zwar stark übertrieben sein, aber sie enthalten einen wahren Kern: Unaufhaltsam setzt die amerikanische Macht ihren Abstieg vom einsamen Gipfel der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Zwar bleiben die Vereinigten Staaten das mächtigste Land der Welt, trotzdem teilt sich die Macht auf dem Globus immer weiter auf, so dass die USA zunehmend Schwierigkeiten haben, ihren Willen durchzusetzen.

Doch der Niedergang hat viele Dimensionen und Aspekte. Auch die US-amerikanische Gesellschaft selbst befindet sich in vielerlei Hinsicht in einer Phase des Abstiegs. Aber was für die einen Abstieg bedeutet, kann den anderen ein unvorstellbares Maß an Reichtum und Privilegien bescheren. Für die Plutonomie – genauer: für einen winzigen Bruchteil ihres obersten Sektors – gibt es Wohlstand und Macht in Hülle und Fülle, während die Aussichten für die große Mehrheit häufig düster sind, so dass viele in einem Land, das nie dagewesene Vorzüge zu bieten hat, um ihr Überleben kämpfen müssen.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Giacomo Chiozza: Besprechung von *America's Global Advantage: US Hegemony and International Cooperation* von Carla Norrlof, *Political Science Quarterly*, Sommer 2011, S. 336 f.
2. Geoffrey Warner: »The Cold War in Retrospect«, *International Affairs* 87, Nr. 1, Januar 2011, S. 173 – 184
3. Noam Chomsky: *Die 5. Freiheit. Über Macht und Ideologie*, Hamburg/Berlin 1988, S. 21
4. »The Chinese Revolution of 1949«, U.S. Department of State, Office of the Historian, history.state.gov/milestones/1945-1952/chinese-rev (aufgerufen am 5. August 2016)
5. Robert Kagan: »Not Fade Away«, *New Republic*, 2. Februar 2012
6. Noam Chomsky: *Powers and Prospects. Reflections on Human Nature and the Social Order*, Chicago 2015, S. 185
7. Zu diesen und anderen Äußerungen vgl. Noam Chomsky: *People Without Rights. Kosovo, Ost-Timor und der Westen*, Hamburg/Wien 2002; und Noam Chomsky: *A New Generation Draws the Line. Kosovo, East Timor, and the Responsibility to Protect Today, Updated and Expanded Edition*, Boulder 2011.
8. Noam Chomsky: *Hopes and Prospects*, Chicago 2010, S. 277

9. Samuel P. Huntington: »The Lonely Superpower«, *Foreign Affairs* 78, Nr. 2, März/April 1999; Robert Jervis: »Weapons Without Purpose? Nuclear Strategy in the Post-Cold War Era«; Besprechung von *The Price of Dominance: The New Weapons of Mass Destruction and Their Challenge to American Leadership* von Jan Lodal, *Foreign Affairs* 80, Nr. 4, Juli/August 2001
10. Jeremy White: »Obama Approval Rating in Arab World Now Worse Than Bush«, *International Business Times*, 13. Juli 2011
11. Department of State Bulletin, 8. Dezember 1969, S. 506 f., zitiert in: David F. Schmitz: *The United States and Right-Wing Dictatorships, 1965 – 1989*, Cambridge 2006, S. 89
12. Bill Keller: »The Return of America's Missionary Impulse«, *The New York Times Magazine*, 17. April 2011
13. Yochi Dreazen, Aamer Madhani, Marc Ambinder: »The Goal Was Never to Capture bin Laden«, *The Atlantic*, 4. Mai 2011
14. Nick Turse: »Iraq, Afghanistan, and Other Special Ops ›Successes‹«, *TomDispatch*, 25. Oktober 2015, www.tomdispatch.com/blog/176060/ (aufgerufen am 5. August 2016)
15. Siehe auch Nick Turse: *The Changing Face of Empire. Special Ops, Drones, Spies, Proxy Fighters, Secret Bases, and Cyberwarfare*, Chicago 2012; Nick Turse: *Tomorrow's Battlefield. U.S. Proxy Wars and Secret Ops in Africa*, Chicago 2015.
16. Robert Westbrook: *John Dewey and American Democracy*, Ithaca 1991, S. 440
17. Jennifer Epstein: »Poll: Tax Hike Before Medicare Cuts«, *Politico,* 20. April 2011
18. Jon Cohen: »Poll Shows Americans Oppose Entitlement Cuts to Deal with Debt Problem«, *The Washington Post*, 20. April 2011
19. University of Maryland – College Park: »Public's Budget Priorities Differ Dramatically from House and Obama«, Pressemitteilung, Newswise.com, 2. März 2011, www.newswise.com/articles/publics-budget-priorities-differ-dramatically-from-house-and-obama (aufgerufen am 5. August 2016)
20. Catherine Lutz, Neta Crawford, Andrea Mazzarino: »Costs of War«, Brown University Watson Institute for International and Public Affairs, watson.brown.edu/costsofwar (aufgerufen am 5. August 2016)
21. Martin Wolf: »From Italy to the US, Utopia vs. Reality«, *Financial Times*, London, 12. Juli 2011
22. Lawrence Summers: »Relief at an Agreement Will Give Way to Alarm«, *Financial Times*, London, 2. August 2011
23. »Health Care Budget Deficit Calculator«, Center for Economic and Policy Research, www.cepr.net/calculators/hc/hc-calculator.html (aufgerufen am 5. August 2016)
24. Matthew L. Wald, John M. Broder: »Utility Shelves Ambitious Plan to Limit Carbon«, *The New York Times*, 13. Juli 2011
25. Thomas Ferguson: »Best Buy Targets are Stopping a Debt Deal«, *Financial Times*, London, 26. Juli 2011
26. Robert Pear: »New Jockeying in Congress for Next Phase in Budget Fight«, *The New York Times*, 3. August 2011
27. Stephanie Clifford: »Even Marked Up, Luxury Goods Fly Off Shelves«, *The New York Times*, 3. August 2011

28. Louis Uchitelle: »Job Insecurity of Workers Is a Big Factor in Fed Policy«, *The New York Times*, 27. Februar 1997
29. Ajay Kapur: »Plutonomy. Buying Luxury, Explaining Global Imbalances«, 16. Oktober 2005; gefunden auf: delong.typepad.com/plutonomy-1.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
30. Noam Chomsky: *Making the Future: Occupations, Interventions, Empire and Resistance*, San Francisco 2012, S. 289

6

Ist Amerika erledigt?

Einige wichtige Jahrestage werden feierlich begangen – Japans Angriff auf den US-Marinestützpunkt Pearl Harbor etwa. Andere werden außer Acht gelassen; sie zeigen uns häufig, auf was wir uns vermutlich gefasst machen müssen.

So gibt es keine Gedenkfeiern zu Ehren jener Entscheidung von Präsident John F. Kennedy, mit der er die zerstörerischste und mörderischste Aggression seit dem Zweiten Weltkrieg einleitete: die Invasion Südvietnams und später ganz Indochinas, die Millionen Menschen das Leben kostete und vier Länder völlig verwüstete. Selbst heute noch sterben die Menschen an den langfristigen Auswirkungen eines hochgiftigen, extrem karzinogenen Pflanzenschutzmittels, mit dem Südvietnam durchtränkt wurde, um Unterholz und Nahrungspflanzen zu vernichten.

Das Hauptziel war Südvietnam. Später wurde der Angriff auf Nordvietnam ausgedehnt, dann auf die weit entfernte bäuerliche Gesellschaft von Nordlaos und schließlich auf das ländliche Kambodscha, über dem ungeheure Bombenlasten abgeworfen wurden, etwa in der Größenordnung der alliierten Luftoperationen in der Pazifikregion während des Zweiten Weltkriegs, einschließlich der beiden Atombomben von Hiroshima und Nagasaki. In diesem Fall wurde eine Anordnung des Nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger ausgeführt, die lautete: »Alles, was fliegt, auf alles, was sich bewegt« – ein so unverhohlener Aufruf zum Völkermord ist selten in der Geschichte.[1] Wenig davon wird erinnert. Das meiste wurde außerhalb eines kleinen Kreises kaum bekannt.

Als die Invasion vor fünfzig Jahren eingeleitet wurde, rief sie so wenig Bedenken hervor, dass man sich kaum um Rechtfertigung bemühte. So begnügte sich der Präsident mit einem

nachdrücklichen Appell: »Überall in der Welt sehen wir uns einer monumentalen und skrupellosen Verschwörung gegenüber, die vor allem bestrebt ist, mit verdeckten Mitteln ihre Einflusssphäre auszuweiten«. Wenn diese Verschwörung in Laos und Vietnam ihre Ziele erreiche, »werden die Tore weit offen stehen«.[2] An anderer Stelle warnte er: »Die selbstzufriedenen, hedonistischen und nachgiebigen Gesellschaften werden mit den Trümmern der Geschichte fortgeschwemmt werden [und] nur die starken (…) können überleben« – eine Anspielung auf die Aggression und den Terror, mit denen man die kubanischen Unabhängigkeitsbestrebungen unterdrücken wollte.[3]

Als sich ein halbes Dutzend Jahre später die Proteste zu häufen begannen, prognostizierte der renommierte Vietnamspezialist und Militärhistoriker Bernard Fall: »Vietnam ist als kulturelles und historisches Gebilde (…) von Vernichtung bedroht, [da] die ländlichen Regionen buchstäblich unter den Schlägen der größten jemals gegen ein Gebiet von dieser Größe eingesetzten Militärmaschinerie sterben.«[4]

Als der Krieg acht entsetzliche Jahre später endete, waren die Meinungen geteilt. Das eine Lager bildeten diejenigen, die den Krieg als »ehrenhafte Aufgabe« bezeichneten, der bei mehr Engagement hätte gewonnen werden können, und das andere die Kritiker, die den Krieg für »einen Fehler« hielten, der sich als zu kostspielig erwiesen hatte. 1977 konnte Präsident Carter ohne großen Widerspruch verkünden, Amerika »schulde Vietnam nichts«, »weil die Zerstörung gegenseitig war«.[5]

Dem können wir nicht nur die hinreichend bekannte Tatsache entnehmen, dass nur die Schwachen und Besiegten für ihre Verbrechen verantwortlich gemacht werden, sondern noch andere wichtige Erkenntnisse. Da ist zum einen die Einsicht, dass wir das, was geschieht, nur verstehen können, wenn wir nicht nur die wichtigen Ereignisse der Wirklichkeit berücksichtigen, sondern auch das, was die Repräsentanten von Staat und Gesellschaft glauben, mag es durch subjektive Eindrücke und Vorstellungen auch noch so verzerrt sein. Eine andere Erkenntnis besagt, dass es neben all den Ausflügen ins Reich der Phantasie, die dazu dienen, die

Offentlichkeit zu erschrecken und zu mobilisieren (und die vielleicht sogar von einigen Beteiligten selbst geglaubt werden, weil sie ihrer eigenen Rhetorik auf den Leim gehen), auch eine geostrategische Planung gibt, die rational ist und über lange Zeiträume gleichbleibend beibehalten wird, da sie in stabilen Institutionen und deren Interessen verankert ist. Ich werde auf diesen Punkt noch zurückkommen und möchte hier nur unterstreichen, dass die überdauernden Faktoren staatlichen Handelns im Allgemeinen gut verborgen sind.

Der Irak ist ein aufschlussreicher Fall. Er wurde einer erschreckten Öffentlichkeit auf die übliche Weise verkauft: als Selbstverteidigung gegen eine schreckliche Gefahr, die unser aller Überleben bedrohe: Die »einzige Frage« sei, so erklärten George W. Bush und Tony Blair, ob Saddam Hussein bereit sei, sein Programm zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen einzustellen. Als es auf die einzige Frage die falsche Antwort gab, wechselte die Regierungsrhetorik mühelos über zu unserer »Sehnsucht nach Demokratie« – und die Meinungsmacher folgten ihr brav auf dem Fuße.

Später, als sich das Ausmaß der amerikanischen Niederlage im Irak nicht mehr ohne weiteres unter den Teppich kehren ließ, räumte die Regierung sang- und klanglos ein, was schon die ganze Zeit offenkundig gewesen war. 2007 gab sie offiziell bekannt, dass den USA in einem Schlussabkommen einige Dinge eingeräumt werden müssten: das Recht auf Militärstützpunkte und die Durchführung von Kampfeinsätzen sowie auf eine privilegierte Berücksichtigung von US-Investoren im reichen Energiesektor des Landes. Nur widerwillig verzichteten die Vereinigten Staaten angesichts des irakischen Widerstands auf ihre Forderungen. All das wurde der Öffentlichkeit wohlweislich vorenthalten.[6]

Einschätzung des amerikanischen Niedergangs

Angesichts dieser Tatsachen lohnt sich ein Blick in die großen politischen Meinungsblätter. Nehmen wir *Foreign Affairs*, die angesehenste dieser Zeitschriften. Die Schlagzeile auf dem Titelblatt der Ausgabe November/Dezember 2011 fragt in fetten Lettern: »Ist Amerika erledigt?«

In dem Artikel, der zu dieser Schlagzeile gehört, wird eine »Einsparung« bei den »humanitären Missionen« im Ausland gefordert, weil sie den Wohlstand des Landes aufzehrten. Damit solle der amerikanische Niedergang aufgehalten werden – ein wichtiges Thema des außenpolitischen Diskurses, meist gefolgt von der Befürchtung, dass sich die Macht nach Osten verlagere, auf China und (möglicherweise) Indien.[7]

In den beiden ersten Kommentaren geht es um die Beziehung zwischen Israel und Palästina. Der erste, geschrieben von zwei ranghohen Vertretern des israelischen Staats, trägt den Titel »The Problem Is Palestinian Rejectionism« (»Das Problem ist Palästinas Politik der Ablehnung«). Die Autoren versichern, dass sich der Konflikt nicht lösen lasse, weil die Palästinenser sich weigerten, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen – womit diese allerdings nur einer üblichen diplomatischen Praxis folgen: Staaten werden anerkannt, aber keine privilegierten Sektoren in ihnen.[8] Die Forderung nach der Anerkennung durch die Palästinenser ist kaum mehr als ein neues Manöver, um die Gefahr einer politischen Einigung abzuwenden, da eine solche Israels Expansionsstreben gefährden würde.

Die entgegengesetzte Position, von einem amerikanischen Professor vertreten, ist in der Überschrift umrissen: »The Problem Is the Occupation«[9] (»Das Problem ist die Besatzung«). Der Untertitel lautet: »Wie die Besatzung die Nation zerstört«. Die beiden einander gegenübergestellten Artikel werden auf der Titelseite mit den Worten angekündigt: »Israel im Belagerungszustand.«

Die Ausgabe Januar/Februar 2012 enthält Beiträge, die einmal mehr dazu aufrufen, den Iran zu bombardieren, bevor es zu spät ist. Nach einer Warnung vor »den Gefahren der Abschreckung« erläutert der Autor, dass die Leute, »die militärisches Handeln skeptisch beurteilen, verkennen, welche Gefahr von einem nuklear

bewaffneten Iran für die US-Interessen im Nahen Osten und darüber hinaus ausgehen würde. Ihre düsteren Prognosen gehen davon aus, dass die Therapie schlimmer als die Krankheit sein würde – das heißt, dass die Folgen eines US-Angriffs auf den Iran genauso schlimm oder schlimmer wären als ein Iran, dem es gelänge, seine nuklearen Ambitionen zu verwirklichen. Diese Annahme ist falsch. Tatsächlich könnte ein Militärschlag mit dem Ziel, das Nuklearprogramm des Iran zu zerstören, wenn er umsichtig ausgeführt würde, die Region und die Welt vor einer sehr realen Gefahr bewahren und die langfristige nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten außerordentlich erhöhen.«[10] Andere meinen, die Kosten würden zu hoch sein, oder erklären gar, ein solcher Angriff sei ein Verstoß gegen das Völkerrecht – wie übrigens auch die Position der Gemäßigten, die dem Iran regelmäßig unter Missachtung der UN-Charta Gewalt androhen.

Schauen wir uns diese Besorgnisse nacheinander an.

Der amerikanische Niedergang ist eine Realität, obwohl seine apokalyptische Version nur die übliche Wahrnehmung der herrschenden Klasse widerspiegelt, die meint, dass alles, was sich ihrer totalen Kontrolle entziehe, in die totale Katastrophe führen müsse. Trotz aller jammervollen Klagen bleiben die USA freilich mit großem Abstand die vorherrschende Macht in der Welt; kein ernsthafter Konkurrent ist in Sicht, was im Übrigen nicht nur für die militärische Ebene gilt, wo die Vereinigten Staaten natürlich eine unangefochtene Vormachtstellung besitzen. China und Indien haben ein rasches Wachstum erlebt – wenn auch bei großer Ungleichheit –, bleiben aber sehr arme Länder mit enormen innenpolitischen Problemen, mit denen der Westen nicht zu kämpfen hat. China ist der Welt größtes Industriezentrum, allerdings weitgehend in der Funktion als Montageanlage für die fortgeschrittenen Industriestaaten an seiner Peripherie und für die multinationalen Konzerne des Westens. Wahrscheinlich wird sich das im Laufe der Zeit ändern. Produktion liefert oft die Grundlagen für Innovationen, häufig sogar für entscheidende Fortschritte, wie sie heute in China mitunter zu beobachten sind. Ein Beispiel, das die westlichen Fachleute beeindruckt hat, ist die Art und Weise, wie

China den wachsenden Markt der Solaranlagen erobert hat, und das nicht durch billige Arbeitskräfte, sondern durch koordinierte Planung und – in zunehmendem Maße – durch Innovation.

Andererseits sieht sich China jedoch ernsten Problemen gegenüber. Laut *Science*, dem führenden wissenschaftlichen Wochenmagazin der Vereinigten Staaten, sind einige davon demographischer Natur. Die dort veröffentliche Studie zeigt, dass die Sterblichkeit in den Jahren unter Mao stark zurückging, »vorwiegend infolge der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, vor allem durch die ›patriotische Hygienebewegung‹, die zu einer starken Abnahme der Sterblichkeit durch Infektionskrankheiten führte«. Aber dieser Fortschritt endete mit dem Beginn der kapitalistischen Reformen vor dreißig Jahren; seither ist die Sterblichkeit wieder angestiegen.

Außerdem verdankte China sein jüngstes Wirtschaftswachstum in erheblichem Maß einem »demographischen Bonus«, das heißt einem sehr großen Bevölkerungssegment im arbeitsfähigen Alter. »Doch das Fenster für die Nutzung dieses Bonus könnte sich schon bald schließen«, mit »tiefgreifenden Auswirkungen auf die Entwicklung (…). Die überschüssigen billigen Arbeitskräfte, die ein entscheidender Faktor für Chinas Wirtschaftswunder sind, werden nicht mehr zur Verfügung stehen.«[11]

Demographie ist nur eines der vielen gravierenden Probleme, die sich abzeichnen. Und auf Indien warten sogar noch größere Schwierigkeiten.

Nicht alle prominenten Stimmen prophezeien Amerikas Niedergang. Unter den internationalen Medien gibt es keines, das ernsthafter und verantwortungsbewusster wäre als die *Financial Times*. Unlängst hat sie eine ganze Seite der optimistischen Erwartung gewidmet, dass eine neue Technologie zur Gewinnung der nordamerikanischen fossilen Brennstoffe dem Land ermöglichen könnte, energieunabhängig zu werden und damit seine globale Vormachtstellung noch ein weiteres Jahrhundert zu behalten.[12] Dabei erwähnt der Verfasser nicht, wie die Welt aussähe, über die die Vereinigten Staaten im Falle dieser

glücklichen Wendung herrschen würden – obwohl es ihm kaum an verlässlichen Anhaltspunkten fehlen dürfte.

Etwa zur selben Zeit berichtete die Internationale Energieagentur (IEA), dass bei dem raschen Anstieg der Kohlenstoffemissionen aus der Nutzung fossiler Brennstoffe die Sicherheitsgrenze des Klimawandels im Jahr 2017 erreicht sein würde, wenn die Welt auf ihrem gegenwärtigen Kurs bleibe. »Die Tür schließt sich«, sagte der Chefökonom der IEA, und sehr bald »wird sie sich für immer geschlossen haben.«[13] Kurz zuvor hatte das US-Energieministerium in seiner Jahresstatistik über die Kohlendioxidemissionen berichtet, sie ließen den »höchsten jemals gemessenen Anstieg« erkennen und hätten damit ein Niveau erreicht, das höher sei als das Worst-Case-Szenario des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).[14] Das war für viele Wissenschaftler keine Überraschung, auch nicht für die MIT-Forscher, die an einem Programm über den Klimawandel arbeiten und seit Jahren warnend darauf hinweisen, dass die Vorhersagen des IPCC zu vorsichtig sind. Kritiker der IPCC-Prognosen finden nahezu keine Öffentlichkeit, ganz im Unterschied zur Randgruppe der Klimaleugner, die von den Konzernen unterstützt werden, unter anderem mit massiven Werbekampagnen, welche dazu geführt haben, dass viele Amerikaner international nicht mehr ernst genommen werden, weil sie die Gefahren des Klimawandels schlichtweg bestreiten. Die Unterstützung der Wirtschaft drückt sich auch unmittelbar in politischer Macht aus. Klimaleugnung ist ein Teil des Katechismus, den republikanische Kandidaten in ihren lächerlichen Wahlkampagnen herunterbeten müssen. Im Kongress sind die Leugner so mächtig, dass sie jeden Versuch, die Auswirkungen der globalen Erwärmung untersuchen zu lassen, zum Scheitern bringen, von ernsthaften Maßnahmen gegen diesen Prozess ganz zu schweigen.

Kurzum, der amerikanische Niedergang lässt sich vielleicht eindämmen, wenn wir die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Überleben aufgeben – eine Gefahr, die nur allzu real ist, wenn man das Kräfteverhältnis in der Welt betrachtet.

Der »Verlust« von China und Vietnam

Ein genauer Blick auf den amerikanischen Niedergang zeigt, dass China seit sechzig Jahren tatsächlich nicht unwesentlich an ihm beteiligt ist. Der Niedergang, der heute so viel Besorgnis erregt, ist kein neues Phänomen. Er lässt sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zurückverfolgen, als die USA die Hälfte des Reichtums der Welt besaßen, sich einer nie dagewesenen Sicherheit erfreuten und über eine globale Reichweite verfügten. Natürlich waren sich die Planer über dieses Machtungleichgewicht sehr wohl im Klaren und gedachten, es aufrechtzuerhalten.

Die Grundhaltung wurde 1948 in einem wichtigen Regierungspapier mit beneidenswerter Offenheit kundgetan. Der Autor war damals einer der Architekten der neuen Weltordnung: George Kennan, Vorsitzender des politischen Planungsstabs im Außenministerium, ein geachteter Staatsmann und Wissenschaftler, der eher zu den gemäßigten Vertretern seiner Zunft gehörte. Er meinte, das zentrale politische Ziel der Vereinigten Staaten müsse darin bestehen, die »Position der Disparitäten« aufrechtzuerhalten, die den enormen Reichtum Amerikas von der Armut der anderen trenne. Um dieses Ziel zu erreichen, »sollten wir nicht mehr über vage und (…) unrealistische Ziele wie Menschenrechte, Anhebung des Lebensstandards und Demokratisierung reden«, sondern »uns an klare Machtbegriffe halten« – »unbeeinträchtigt von idealistischen Slogans« über »Altruismus und Wohltätigkeit in aller Welt«.[15]

Zwar bezog sich Kennan ausdrücklich auf die Situation in Asien, aber seine Ausführungen lassen sich – mit Ausnahmen – auch auf die Beteiligten an dem von Amerika gesteuerten globalen System übertragen. Dabei verstand sich von selbst, dass die »idealistischen Slogans« vor allem bemüht wurden, wenn man sich an andere wandte, etwa an intellektuelle Kreise, von denen derlei Botschaften erwartet wurden.

Bei den Plänen, an deren Formulierung und Implementierung Kennan mitwirkte, wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, dass

die USA riesige Gebiete der Erde kontrollieren würden: die westliche Hemisphäre, den Fernen Osten, das ehemalige britische Empire (einschließlich der unermesslichen Energieressourcen des Nahen Ostens) und möglichst große Teile von Eurasien, vor allem seine Handels- und Industriezentren. Angesichts der damaligen Machtverhältnisse waren das keine unrealistischen Ziele.

Doch der Abstieg setzte sogleich ein. 1949 erklärte China seine Unabhängigkeit – was in den USA zu erbitterten Schuldzuweisungen führte, in denen es um die Frage ging, wer für den »Verlust« verantwortlich sei. Die stillschweigende Voraussetzung, von der die Planer ausgegangen waren, lautete, dass die Vereinigten Staaten ein »Besitzrecht« auf China hätten – genauso wie auf den Rest der Welt.

Der »Verlust Chinas« war die erste große Etappe in »Amerikas Niedergang«. Das Ereignis hatte weitreichende politische Folgen. Eine war die augenblickliche Entscheidung, Frankreich bei den Bemühungen zu unterstützen, seine ehemalige Kolonie Indochina zurückzuerobern, damit die nicht auch noch »verloren« ging. Dabei spielte Indochina selbst keine vorrangige Rolle, obwohl Präsident Eisenhower und andere durchaus von seinem Reichtum an Ressourcen gesprochen hatten. Entscheidend war die »Dominotheorie«. Obwohl häufig bespöttelt, bleibt sie ein Grundprinzip der Politik, weil sie ziemlich rational ist. Nach Henry Kissingers Version kann der Umstand, dass eine Region der US-Kontrolle entgleitet, zu einem »Virus« werden, der »Ansteckung verbreitet«, das heißt, andere Regionen veranlasst, dem Beispiel zu folgen.

Im Fall von Vietnam machte man sich Sorgen, der Virus der unabhängigen Entwicklung könnte Indonesien befallen; und Indonesien ist ein Land, das tatsächlich reich an Ressourcen ist. Das hätte Japan – den »Superdominostein«, wie der namhafte Asienhistoriker John Dower schrieb – bewegen können, sich einem unabhängigen Asien anzuschließen und zum technologischen und industriellen Zentrum in einem System zu werden, das der Machtsphäre der USA entzogen war.[16] Damit hätten die Vereinigten Staaten im Grunde genommen nachträglich die pazifische Phase

des Zweiten Weltkriegs verloren, die geführt worden war, um Japan daran zu hindern, eine neue Ordnung in Asien zu etablieren.

Wie man mit einem solchen Problem umzugehen hatte, war klar: den Virus zerstören und allen, die sich angesteckt haben könnten, eine »Schutzimpfung« verpassen. Für Vietnam sah die rationale Lösung so aus, dass man jede Hoffnung auf eine unabhängige Entwicklung vernichtete und in den benachbarten Regionen brutale Diktaturen errichtete. Diese Agenda wurde erfolgreich umgesetzt. Indes kann Geschichte unberechenbar sein: Inzwischen hat sich in Ostasien, zum großen Entsetzen Washingtons, mehr oder weniger das entwickelt, was man damals verhindern wollte.

Der wichtigste Sieg in den Indochina-Kriegen wurde 1965 erzielt, als General Suharto im Rahmen eines US-gestützten Militärputsches Verbrechen beging, die die CIA mit den Gräueltaten Hitlers, Stalins und Maos verglich. Über die »beispiellosen Massaker«, wie die *New York Times* sie bezeichnete, berichteten die Mainstream-Medien eingehend und mit offenkundiger Genugtuung.[17] Dies sei »ein Lichtschimmer in Asien«, schrieb der renommierte liberale Kommentator James Reston in der *Times*.[18]

Die Putschisten beendeten die demokratische Gefahr, indem sie die Massenpartei der Armen zerschlugen, eine Diktatur errichteten, die in der Folge einige der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen der Geschichte beging, und die Reichtümer des Landes den westlichen Investoren in den Rachen warfen. Kein Wunder, dass Suharto nach vielen weiteren Schreckenstaten, darunter die fast genozidäre Invasion Osttimors, 1995 von der Clinton-Administration als »einer von uns« begrüßt wurde.[19]

Jahre später kam McGeorge Bundy, der Nationale Sicherheitsberater von Kennedy und Johnson, im Rückblick auf die großartigen Ereignisse von 1965 zu dem Ergebnis, dass es klug gewesen wäre, den Vietnamkrieg damals zu beenden, als der »Virus« praktisch vernichtet und der primäre Dominostein fest verankert war, gehalten und gefestigt von weiteren US-gestützten Diktaturen in der ganzen Region. Ähnliche Strategien kamen auch andernorts zum Einsatz. Kissinger wies auf die Gefahr einer

sozialistischen Demokratie in Chile hin – eine Gefahr, die der »erste 11. September« durch die brutale Diktatur General Pinochets beendete. Überall weckten die Viren tiefe Besorgnis, so auch im Nahen Osten, wo die Gefahr des säkularen Nationalismus die britischen und US-amerikanischen Planer häufig so beunruhigte, dass sie die radikalen islamischen Fundamentalisten unterstützten, weil diese derartige Bestrebungen bekämpften.

Die Konzentration des Reichtums und der Niedergang Amerikas

Trotz solcher Triumphe setzte sich der amerikanische Abstieg fort. In den siebziger Jahren trat er in eine neue Phase ein – die eines vorsätzlichen, selbstverschuldeten Niedergangs. Staatliche und privatwirtschaftliche Planer initiierten einen Kurswechsel der US-Wirtschaft in Richtung Finanzwirtschaft und Auslagerung der Fertigungsbetriebe in Billiglohnländer, zum Teil, weil die Profitrate der heimischen Produktion zurückging. Diese Entscheidung setzte einen Teufelskreis in Gang, der zu einer extremen Konzentration des Reichtums führte – besonders ausgeprägt in den obersten 0,1 Prozent der Bevölkerung –, gefolgt von einer Konzentration der politischen Macht und damit einer Gesetzgebung, die diesen unseligen Zyklus noch weiter beschleunigte: Steuerreformen und andere haushaltspolitische Maßnahmen, Deregulation, veränderte Grundsätze der Unternehmensführung, die maßlose Boni für Topmanager erlaubten, und so fort.

Für die Mehrheit der Leute dagegen stagnierten die Reallöhne, was die Betroffenen nur ausgleichen konnten durch erheblich längere Arbeitszeiten (weit über dem Durchschnitt in Europa), viel zu hohe Schulden und, seit der Amtszeit von Reagan, durch Spekulationsblasen, die einen Papierreichtum erzeugten, der unvermeidlich zerstob, wenn die Blasen platzten. Häufig wurde hinterher der Steuerzahler zur Kasse gebeten, um den Schuldigen aus der Patsche zu helfen. Parallel dazu wurde das politische

System allmählich zugrunde gerichtet, da beide Parteien infolge der steigenden Wahlkampfkosten immer tiefer in die Abhängigkeit der Konzerne getrieben wurden. So verkamen die Kampagnen der Republikaner rasch zu Schmierenkomödien, worin ihnen die Demokraten dann erfolgreich nacheiferten.

Ein kürzlich veröffentlichtes Buch des Economic Policy Institute, seit Jahren eine wichtige Quelle für seriöse Daten über diese Entwicklung, trägt den Titel *Failure by Design* (»Absichtliches Scheitern«). Das Wort »absichtlich« ist zutreffend, denn sicherlich standen andere Optionen zur Verfügung. Außerdem wird in der Studie darauf hingewiesen, dass das »Scheitern« schichtenspezifisch ist. Für die Träger der Absicht gibt es kein Scheitern – ganz und gar nicht. Das bleibt auf die große Mehrheit beschränkt – die 99 Prozent, die die Occupy-Bewegungen beschwören – und auf das Land, das sich im Niedergang befindet, woran sich angesichts dieser Maßnahmen auch nichts ändern wird.

Ein Faktor ist die Auslagerung der Produktion. Wie das beschriebene chinesische Beispiel der Solaranlagen zeigt, kann die Produktionskapazität Grundlage und Anreiz für Innovation sein und zu einem höheren Maß an Kreativität in Produktion, Konstruktion und Entwicklung führen. Auch diese Vorteile werden ausgelagert. Kein Problem für die »Geldgiganten«, die zunehmenden Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, aber schlimm für die arbeitenden Menschen sowie die Mittelschicht in den USA und eine echte Katastrophe für die Bevölkerungsgruppe, die am stärksten unterdrückt wird: die Afroamerikaner, die sich vom Erbe der Sklaverei und deren tragischen Nachwirkungen nie wirklich haben befreien können und deren spärlicher Besitz sich praktisch in Luft auflöste, als 2008 die Immobilienblase platzte und die bislang schlimmste Finanzkrise ins Rollen brachte.

Auflehnung im Ausland

Während der wissentliche, selbstverursachte Abstieg im eigenen Land seinen Fortgang nahm, häuften sich die »Verluste« draußen. Im vergangenen Jahrzehnt machte Südamerika zum ersten Mal seit fünfhundert Jahren erfolgreiche Anstalten, sich von der westlichen Vorherrschaft zu befreien. Die Region bemüht sich um Integration und hat begonnen, sich mit einigen schlimmen innenpolitischen Problemen ihrer Gesellschaften zu befassen – so dem Umstand, dass sie überwiegend von europäisierten Eliten regiert werden, winzigen Inseln extremen Reichtums in einem Meer von Not und Elend. Außerdem haben diese Nationen sich von allen US-Militärstützpunkten und den Kontrollen des Internationalen Währungsfonds befreit. Eine neuformierte Organisation, die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC), umfasst alle Länder der Hemisphäre, abgesehen von den USA und Kanada. Wenn es ihr tatsächlich gelingt, ihre Aufgaben wahrzunehmen, wird das eine weitere Etappe des US-amerikanischen Niedergangs sein – dieses Mal in der Region, die die Vereinigten Staaten immer als ihren »Hinterhof« betrachtet haben.

Noch gravierender wäre der Verlust der MENA-Staaten – Middle East/North Africa (Nahost und Nordafrika) –, für die Planer seit den vierziger Jahren »eine gewaltige Quelle strategischer Macht und einer der größten Hauptgewinne in der Weltgeschichte«[20]. Wenn die Prognosen stimmen und die USA dank ihrer Energieressourcen tatsächlich ein Jahrhundert Energieunabhängigkeit vor sich haben, würde die Kontrolle über die MENA-Staaten zwar an Bedeutung verlieren, aber wahrscheinlich nur unerheblich. In erster Linie ging es stets um Kontrolle, nicht um Zugang. Allerdings sind die wahrscheinlichen Folgen für das ökologische Gleichgewicht des Planeten so unheilvoll, dass alle Diskussionen eine rein theoretische Übung bleiben dürften.

Der arabische Frühling, eine weitere Entwicklung von historischer Bedeutung, scheint zumindest auf einen »Teilverlust« von MENA hinzuweisen. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben sich große Mühe gegeben, dieses Resultat zu vermeiden – bislang mit beträchtlichem Erfolg. Dabei folgte ihre Politik gegenüber den

Volksaufständen den üblichen Richtlinien: Unterstütze die Kräfte, die am empfänglichsten für den Einfluss und die Kontrolle der USA sind. Genehme Diktatoren müssen so lange unterstützt werden, wie sie die Kontrolle behalten (Beispiel: die großen Ölstaaten). Wenn das nicht mehr möglich ist, lass sie fallen und versuche, das alte Regime so vollständig wie möglich wiederherzustellen (etwa in Tunesien und Ägypten). Man kennt das allgemeine Muster aus vielen Ländern: Somoza, Marcos, Duvalier, Mobutu, Suharto und so fort. Im Fall Libyens setzten sich die drei traditionellen imperialen Mächte über die gerade von ihnen unterstützte Resolution des UN-Sicherheitsrates hinweg und wurden die Luftwaffe der Rebellen. Dadurch ließen sie die Zahl der zivilen Opfer steigen, außerdem waren sie verantwortlich für eine humanitäre Katastrophe und für politisches Chaos, während das Land im Bürgerkrieg versank und immer mehr Waffen in die Hände der Dschihadisten in Westafrika und andernorts gelangten.[21]

Israel und die republikanische Partei

Ähnliche Erwägungen führen direkt zum zweiten großen Thema, das in der oben erwähnten November/Dezember-Ausgabe von *Foreign Affairs* behandelt wurde: dem Konflikt zwischen Israel und Palästina. Auf diesem Schauplatz könnte die Furcht der USA vor Demokratie gar nicht deutlicher zum Ausdruck kommen. Im Januar 2006 fand in Palästina eine Wahl statt, die von internationalen Beobachtern als frei und fair bezeichnet wurde. Die unmittelbare Reaktion der Vereinigten Staaten und Israels – mit einem gefügigen Europa im Schlepptau – bestand darin, strenge Strafen gegen die Palästinenser zu verhängen, weil sie falsch gewählt hatten.

Das ist nichts Neues. Vielmehr entspricht es dem allgemeinen Prinzip, das die Schulmeinung zugrunde legt, wonach die Vereinigten Staaten demokratische Entwicklungen unterstützen, wenn (und nur wenn!) sich die Ergebnisse mit ihren strategischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen vertragen; so lautete die

kleinlaute Schlussfolgerung des Neo-Reaganianers Thomas Carothers, eines höchst angesehenen Analytikers der Initiativen zur »Demokratieförderung«.

Allgemeiner: Seit mehr als vierzig Jahren sind die USA federführend in der Verweigerungspolitik zum Israel-Palästina-Konflikt und blocken jeden internationalen Konsens ab, der eine politische Einigung nach den sattsam bekannten Bedingungen verlangt. Das westliche Mantra besagt, Israel wolle Verhandlungen ohne Vorbedingungen, während die Palästinenser dies ablehnten. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Die Vereinigten Staaten und Israel verlangen strikte Vorbedingungen, die darüber hinaus noch das Ziel haben, dass die Verhandlungen entweder zur Kapitulation der Palästinenser führen oder ergebnislos bleiben.

Die erste Vorbedingung ist, dass die Verhandlungen unter dem Vorsitz Washingtons stattfinden, was ungefähr so sinnvoll ist wie der Wunsch, dem Iran den Vorsitz über die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten im Irak zu übertragen. Seriöse Verhandlungen müssten vielmehr unter der Aufsicht einer neutralen Partei durchgeführt werden, nach Möglichkeit eines Landes, das international respektiert wird, zum Beispiel Brasilien. Diese Verhandlungen müssten darauf ausgerichtet sein, die Konflikte zwischen den beiden Parteien zu lösen – den Vereinigten Staaten und Israel auf der einen Seite, den meisten Ländern der Erde auf der anderen.

Die zweite Vorbedingung ist, dass Israel weiterhin erlaubt sein soll, seine illegalen Siedlungen im Westjordanland auszubauen. Theoretisch verurteilen die Vereinigten Staaten dieses Vorgehen, allerdings in höchst moderaten Tönen, während sie weiterhin wirtschaftliche, diplomatische und militärische Hilfestellung leisten. Wenn die USA doch mal begrenzte Einwände haben, gelingt es ihnen mühelos, Israel in die Schranken zu weisen, wie etwa im Fall des Projektes E1, bei dem Jerusalem mit der Stadt Maale Adumim verbunden werden sollte, was praktisch auf eine Zweiteilung des Westjordanlands hinausgelaufen wäre – ein Projekt, das bei israelischen Planern über alle Parteigrenzen hinweg höchste Priorität besaß. Doch angesichts der Einwände aus Washington

blieb Israel gar nichts anderes übrig, als das Projekt offiziell auf Eis zu legen – um es insgeheim fortzusetzen.[22]

Im Februar 2011 erreichte der vorgetäuschte Widerspruch komödiantisches Niveau, als Obama im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen den Beschluss einlegte, die offizielle US-Politik zu implementieren (und außerdem die unbestrittene Feststellung hinzufügte, die Siedlungen seien an sich schon illegal, ganz abgesehen von ihrer Erweiterung). Seither ist kaum noch die Rede von einer Beendigung der Siedlungsexpansion, die mit vorsätzlicher Provokation vorangetrieben wird.

Als sich im Januar 2011 die Vertreter Israels und Palästinas anschickten, in Jordanien zu einem Treffen zusammenzukommen, verkündete Israel dementsprechend neue Baumaßnahmen in Pisgat Ze'ev und Har Choma – Gebiete im Westjordanland, die man dem Großraum Jerusalem einverleibt hatte und die bereits unter eindeutiger Missachtung einer direkten Anordnung des Sicherheitsrates als Teile der israelischen Hauptstadt annektiert, besiedelt und bebaut wurden.[23] Andere Maßnahmen dienten dem größeren Vorhaben, alle Enklaven im Westjordanland, die noch palästinensischer Verwaltung unterstellt waren, vom kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zentrum palästinensischen Lebens im früheren Jerusalem zu trennen.

Im Grunde genommen muss man Verständnis dafür haben, dass palästinensische Rechte in Politik und Diskurs der USA kaum eine Rolle spielen. Schließlich sind die Palästinenser weder reich noch mächtig. Sie haben praktisch nichts zu bieten, was den US-Interessen dienen könnte. Im Gegenteil, sie besetzen eher den negativen Wert eines Ärgernisses, das Unruhe in die »arabischen Straßen« trägt.

Dagegen ist Israel eine reiche Gesellschaft mit einer hochentwickelten, weitgehend militarisierten Hightech-Industrie. Seit Jahrzehnten ist es ein geschätzter militärischer und strategischer Verbündeter der USA, besonders seit 1967, als es den Vereinigten Staaten und deren Verbündetem Saudi-Arabien einen großen Dienst erwies, indem es den Nasser'schen »Virus« vernichtete. Damals gingen Washington und Israel eine »besondere

Beziehung« ein, die bis heute unverändert andauert.[24] Außerdem gewinnt das kleine Land immer größere Bedeutung für Investitionen aus den USA. Tatsächlich stehen die Hightech-Industrien und insbesondere die militärischen Produktionsstätten der beiden Länder in enger Verbindung.[25]

Neben diesen grundlegenden Aspekten der Machtpolitik gibt es auch kulturelle Faktoren, die wir nicht vernachlässigen dürfen. Der christliche Zionismus in Großbritannien und den Vereinigten Staaten ging dem jüdischen Zionismus lange voraus und war ein bedeutsames Elite-Phänomen mit einer unmissverständlichen politischen Botschaft (einschließlich der Balfour-Deklaration, die sich auf diese Auffassung stützte). Als General Edmund Allenby Jerusalem während des Ersten Weltkriegs eroberte, wurde er in der amerikanischen Presse als Richard Löwenherz gefeiert, der die Kreuzzüge zu einem siegreichen Ende geführt und die Heiden aus dem Heiligen Land vertrieben hatte.

Der nächste Schritt bestand für das auserwählte Volk darin, in das Land zurückzukehren, das ihm von Gott versprochen war. Harold Ickes, Präsident Franklin Roosevelts Innenminister, brachte eine verbreitete Ansicht der gesellschaftlichen Eliten zum Ausdruck, als er die jüdische Kolonisation Palästinas eine Leistung nannte, »die beispiellos in der Geschichte der Menschheit ist«.[26] Derartige Auffassungen passen gut in das Bild der providentialistischen Lehren, die im Volk und in den Eliten der Vereinigten Staaten von Anfang an eine große Rolle gespielt haben: Immer wieder brachten bedeutende Vertreter der USA die Überzeugung zum Ausdruck, Gott habe einen Plan für die Welt, und die Vereinigten Staaten verwirklichten ihn unter göttlicher Führung.

Hinzu kommt, dass die evangelikalen Christen eine einflussreiche Bevölkerungsgruppe in den Vereinigten Staaten sind. Auch in ihrer extremen Form – als Endzeitchristen – fanden und finden sie in der Gesellschaft großen Anklang, besonders nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 und noch einmal nach der Eroberung des restlichen palästinensischen Gebietes 1967 – für die evangelikalen Extremisten lauter Anzeichen dafür, dass Zeitenende und Zweite Ankunft nahe waren.

Seit den Reagan-Jahren haben diese Kräfte stark an Bedeutung gewonnen, weil die Republikaner seither nicht mehr vorgeben, eine politische Partei im traditionellen Sinne zu sein, sondern sich gewissermaßen gleichgeschaltet in die Dienste eines winzigen Prozentsatzes von Superreichen und des Unternehmenssektors stellen. Doch die kleine Wählerschaft, um deren Wünsche und Belange sich die umfunktionierte Partei vorwiegend kümmert, kann keine Stimmen liefern – die muss sie von anderen holen. Die einzige Möglichkeit besteht darin, gesellschaftliche Tendenzen zu mobilisieren, die schon immer vorhanden waren, wenn auch selten in Gestalt einer organisierten politischen Kraft: in erster Linie fremdenfeindliche Nativisten, die von Furcht und Hass beseelt sind, und Vertreter religiöser Auffassungen, die nach internationalen Maßstäben – wenn auch nicht nach US-amerikanischen Kriterien – Extremisten sind. Daraus folgen ein bedingungsloser Glaube an Prophezeiungen, die angeblich in der Bibel zu finden sind, und damit nicht nur Unterstützung für Israel und seine Eroberungs- und Expansionspolitik, sondern auch eine leidenschaftliche Liebe zu Israel – ein weiteres Kernstück des Katechismus, den republikanische Kandidaten herbeten müssen (abermals dicht gefolgt von den Demokraten).

Von diesen Faktoren abgesehen, dürfen wir auch nicht vergessen, dass die Gesellschaften der »Anglosphäre« – Großbritanniens und seiner Ableger – ursprünglich aus Siedlern und Kolonisten bestanden, die das Land unterdrückter oder praktisch ausgerotteter einheimischer Völker in Besitz genommen hatten. Diese einstigen Handlungsweisen müssen grundsätzlich richtig gewesen sein und im Fall der Vereinigten Staaten sogar göttlichem Willen entsprochen haben. Infolgedessen empfindet man in diesen Ländern häufig eine intuitive Sympathie für die Kinder Israels, wenn sie sich ähnlich verhalten. Doch in erster Linie geht es um geostrategische und wirtschaftliche Interessen – und politische Entscheidungen sind nicht in Stein gemeißelt.

Die iranische »Bedrohung« und die nukleare Frage

Wenden wir uns zum Schluss der dritten Kernfrage zu, die in den oben zitierten Zeitschriften des Establishments angesprochen wurde: der »iranischen Bedrohung«. In den Eliten und der politischen Klasse – wenn auch nicht in der Bevölkerung – gilt sie im Allgemeinen als die größte Gefahr für die Weltordnung. In Europa zeigen Meinungsumfragen, dass Israel als die größte Bedrohung des Friedens angesehen wird.[27] In den MENA-Ländern teilt sich Israel diese Ehre mit den USA, wobei in Ägypten am Vorabend der Unruhen auf dem Tahrir-Platz sogar achtzig Prozent der Bevölkerung der Meinung waren, dass die Region sicherer wäre, wenn der Iran Kernwaffen hätte.[28] Dieselben Befragungen ergaben, dass nur zehn Prozent der Ägypter den Iran für eine Gefahr halten – im Gegensatz zu den herrschenden Diktatoren, die ihre eigenen Sorgen haben.[29]

Vor den massiven Propagandakampagnen der letzten Jahre war in den Vereinigten Staaten – wie in den meisten anderen Ländern der Welt – eine Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, der Iran habe als einer der Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags das Recht, Uran anzureichern. Sogar heute noch spricht sich eine statistisch signifikante Mehrheit für einen friedlichen Umgang mit dem Iran aus. Für den Fall eines kriegerischen Konflikts zwischen dem Iran und Israel gibt es einen entschiedenen Widerstand gegen eine militärische Beteiligung der USA. Nur ein Viertel der Amerikaner sind der Meinung, der Iran sei ein ernster Grund zur Sorge für die Vereinigten Staaten.[30] Doch eine solche Lücke – oder gar Abgrund – zwischen der öffentlichen Meinung und der Politik ist keine Seltenheit.

Warum gilt der Iran eigentlich als eine so kolossale Bedrohung? Die Frage wird selten erörtert, lässt sich aber leicht beantworten – wenn auch nicht, wie sonst üblich, im hysterischen Tonfall der politischen Elite. Die verlässlichsten Antworten liefern das Pentagon und die Nachrichtendienste in ihren regelmäßigen Berichten über die globale Sicherheit vor dem Kongress, wo es beispielsweise

heißt: »Das Nuklearprogramm des Iran und sein Wille, sich die Möglichkeit zur Entwicklung von Atomwaffen offenzuhalten, sind zentrale Elemente seiner Abschreckungsstrategie.«[31]

Es bedarf keiner Erwähnung, dass dieser Überblick alles andere als erschöpfend ist. Zu den wichtigen Themen, die hierbei ausgespart wurden, gehört die Verlagerung der US-Militärpolitik in die asiatische Pazifikregion mit dem Ausbau der riesigen Militärstützpunkte auf der Insel Jejudo vor der Küste Südkoreas und in Nordwestaustralien – all das im Rahmen einer Politik der »Eindämmung Chinas«. In engem Zusammenhang damit steht das Problem der US-Stützpunkte auf Okinawa, die die Bevölkerung viele Jahre lang zu heftigen Protesten veranlassten und eine permanente Krise zwischen den USA, Tokio und Okinawa zur Folge hatten.[32]

In einer Stellungnahme, die zeigt, wie wenig sich die grundlegenden Annahmen verändert haben, schildert der US-Strategieanalytiker Paul Godwin vom Foreign Policy Research Institute das Resultat der chinesischen Militärprogramme als ein »klassisches ›Sicherheitsdilemma‹ – das heißt, Militärprogramme und nationale Strategien, die ihre Planer für defensiv halten, werden von der anderen Seite als bedrohlich empfunden«.[33] Das Sicherheitsdilemma erwächst aus der Kontrolle über die Seegebiete vor Chinas Küsten. Die USA halten die Kontrolle dieser Gewässer für »defensiv«, während China darin eine Bedrohung sieht; entsprechend versteht China seine Operationen in küstennahen Gebieten als »defensiv«, während die Vereinigten Staaten sie als aggressiv empfinden. Eine solche Debatte ist noch nicht einmal vorstellbar für den Fall, dass es um US-amerikanische Küstengewässer ginge. Auch dieses »klassische Sicherheitsdilemma« ergibt nur einen Sinn, wenn wir von den Annahmen ausgehen, dass die Vereinigten Staaten ein Recht haben, den größten Teil der Erde zu kontrollieren, und dass die Sicherheit der USA eine nahezu absolute globale Einflussnahme erfordert.

Während die Grundsätze imperialer Herrschaft sich nur wenig verändert haben, hat die Fähigkeit der USA, sie zu implementieren,

deutlich abgenommen, da die Macht heute breiter auf die Staaten der Welt verteilt ist. Das hat viele Konsequenzen. Allerdings sollten wir dabei im Gedächtnis behalten, dass leider keine von ihnen die beiden dunklen Wolken vertreiben kann, die über allen Überlegungen zur Weltordnung schweben: Atomwaffenkrieg und Umweltkatastrophe, die beide buchstäblich jedes menschenwürdige Überleben unserer Art gefährden.

Mehr noch: Beide Bedrohungen sind unheilvoll und nehmen zu.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Elizabeth Becker: »Kissinger Tapes Describe Crises, War and Stark Photos of Abuse«, *The New York Times*, 27. Mai 2004
2. John F. Kennedy: »The President and the Press«, Rede vor der American Newspaper Publishers Society, Waldorf-Astoria Hotel, New York, 27. April 1961, www.jfklibrary.org/Research/Research-Aids/JFK-Speeches/American-Newspaper-Publishers-Association_19610427.aspx (aufgerufen am 5. August 2016)
3. John F. Kennedy zitiert in: Thomas G. Paterson: »Fixation with Cuba: The Bay of Pigs, Missile Crisis, and Covert War Against Castro«, in: Thomas G. Paterson (Hg.): *Kennedy's Quest for Victory: American Foreign Policy, 1961 – 1963*, Oxford 1989, S. 136
4. Edward S. Herman, Noam Chomsky: *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media*. New York 1988, S. 183; Jimmy Carter: »The President's News Conference«, 24. März 1977, online von Gerhard Peters, John T. Woolley, *The American Presidency Project*, www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=7229 (aufgerufen am 5. August 2016)
5. Jimmy Carter: »The President's News Conference«
6. Suzanne Goldenberg: »Bush Commits Troops to Iraq for the Long Term«, *The Guardian,* London, 26. November 2007. Vgl. auch Guy Raz: »Long-Term Pact with Iraq Raises Questions«, *Morning Edition*, National Public Radio, 24. Januar 2008. Zu einer eingehenden Analyse vgl. Noam Chomsky: *Making the Future: Occupations, Interventions, Empire and Resistance*, San Francisco 2012, S. 64 ff.; Charlie Savage: »Bush Asserts Authority to Bypass Defense Act«, *The Boston Globe*, 30. Januar 2008.
7. Joseph M. Parent, Paul K. MacDonald: »The Wisdom of Retrenchment«, *Foreign Affairs* 90, Nr. 6, November/Dezember 2011
8. Yosef Kuperwasser, Shalom Lipner: »The Problem Is Palestinian Rejectionism«, *Foreign Affairs* 90, Nr. 6, November/Dezember 2011
9. Ronald R. Krebs: »Israel's Bunker Mentality«, *Foreign Affairs* 90, Nr. 6, November/Dezember 2011

10. Matthew Kroenig: »Time to Attack Iran«, *Foreign Affairs* 90, Nr. 1, Januar/Februar 2012
11. Xizhe Peng: »China's Demographic History and Future Challenges«, *Science* 333, Nr. 6042, 29. Juli 2011, S. 581 – 587
12. Daniel Yergin: »US Energy Is Changing the World Again«, *Financial Times*, London, 16. November 2012
13. Fiona Harvey: »World Headed for Irreversible Climate Change in Five Years, IEA Warns«, *The Guardian*, London, 9. November 2011
14. »›Monster‹ Greenhouse Gas Levels Seen«, *Associated Press*, 3. November 2011
15. Noam Chomsky: *Powers and Prospects. Reflections on Human Nature and the Social Order*, Chicago 2015, S. 220
16. John W. Dower: »The Superdomino In and Out of the Pentagon Papers«, in: Noam Chomsky, Howard Zinn (Hg.): *The Pentagon Papers: The Senator Gravel Edition, Volume 5*, Boston 1972, S. 101 – 142
17. Seymour Topping: »Slaughter of Reds Gives Indonesia a Grim Legacy«, *The New York Times*, 24. August 1966
18. James Reston: »A Gleam of Light in Asia«, *The New York Times*, 19. Juni 1966
19. David Sanger: »Why Suharto Is In and Castro Is Out«, *The New York Times*, 31. Oktober 1995
20. Noam Chomsky: *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Hamburg/Wien 2003, S. 185
21. Alan J. Kuperman: »Obama's Libya Debacle«, *Foreign Affairs* 94, Nr. 2, März/April 2015
22. Barbara Ferguson: »Israel Defies US on Illegal Settlements«, *Arab News*, 6. September 2006
23. Herb Keinon: »EU Condemns Building in Har Homa, Neveh Ya'akov, Pisgat Ze'ev«, *The Jerusalem Post*, 6. Februar 2014
24. »U.S. Daily Warns of Threat of ›Nasserite Virus‹ to Moroccan, Algerian Jews«, Jewish Telegraphic Agency, 21. Februar 1961, www.jta.org/1961/02/21/archive/u-s-daily-warns-of-threat-of-nasserite-virus-to-moroccan-algerian-jews (aufgerufen am 5. August 2016)
25. Debbie Buchwald: »Israel's High-Tech Boom«, *Focus Quarterly* II, Nr. 2, Sommer 2008
26. Noam Chomsky: *Making the Future: Occupations, Interventions, Empire and Resistance*, S. 251
27. Peter Beaumont: »Israel Outraged as EU Poll Names It a Threat to Peace«, *The Guardian*, London, 19. November 2003. Die von Taylor Nelson Sofres/EOS Gallup Europe durchgeführte Umfrage fand vom 8. bis zum 16. Oktober 2003 statt.
28. 2010 Arab Public Opinion Survey, Zogby International/Brookings Institution, 2010, www.brookings.edu/~/media/research/files/reports/2010/8/05-arab-opinion-poll-telhami/0805_arabic_opinion_poll_telhami.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
29. Ebd. Als Antwort auf die Frage »Nennen Sie zwei Länder, von denen Sie denken, dass sie für Sie die größte Gefahr darstellen«, wurde Israel von 88 Prozent gewählt, 77 Prozent der Teilnehmer gaben die Vereinigten Staaten an. Neun Prozent der Befragten in der Altersgruppe von sechsunddreißig Jahren und älter und elf Prozent in der Altersgruppe jünger als sechsunddreißig Jahre entschieden sich für den Iran.

30. Scott Clement: »Iranian Threat: Public Prefers Sanctions over Bombs«, *The Washington Post*, 14. März 2012; Steven Kull u. a.: »Public Opinion in Iran and America on Key International Issues, January 24, 2007: A WorldPublicOpinion.org Poll«, www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/jan07/Iran_Jan07_rpt.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
31. Department of Defense: »Unclassified Report on Military Power of Iran, April 2010«, www.politico.com/static/PPM145_link_042010.html (aufgerufen am 5. August 2016)
32. Gavan McCormack: »›All Japan‹ versus ›All Okinawa‹ – Abe Shinzo's Military-Firstism«, *Asia-Pacific Journal* 13, Ausgabe 10, Nr. 4, 15. März 2015
33. Paul Godwin: »Asia's Dangerous Security Dilemma«, *Current History* 109, Nr. 728, September 2010, S. 264 ff.

7

Magna Charta – ihr Schicksal und unseres

Noch ein paar Generationen weiter, und die Magna Charta, eines der wichtigsten Dokumente in der Geschichte der Grund- und Menschenrechte, wird tausend Jahre alt. Ob sie gefeiert, betrauert oder ignoriert wird, ist noch nicht ganz klar.

Das sollte uns allerdings ein ernsthaftes und dringendes Anliegen sein. Denn was wir jetzt tun oder eben nicht tun, wird darüber entscheiden, wie die Welt aussehen wird, in der dieses Ereignis stattfindet. Viel Gutes ist nicht zu erwarten, wenn die gegenwärtigen Tendenzen fortbestehen – nicht zuletzt, weil die Magna Charta heute vor unseren Augen mit Füßen getreten wird.

Die erste gelehrte Ausgabe der Magna Charta wurde von dem bedeutenden Juristen William Blackstone veröffentlicht. Das war keine leichte Aufgabe; es standen keine guten Textfassungen zur Verfügung. Er schrieb: »Der Corpus der Charta ist unglückseligerweise von Ratten angenagt worden« – eine Feststellung, die heute eine traurige symbolische Bedeutung hat, da wir gerade das fortführen, was die Ratten nicht vollendet haben.[1]

Blackstones Ausgabe – *The Great Charter and the Charter of the Forest* (»Die große Charta und die Charta des Waldes«) – enthielt tatsächlich zwei Chartas. Die erste, die Charta der Freiheiten, wird weithin als Ursprung der Grundrechte aller englischsprachigen Völker angesehen – oder wie es Winston Churchill etwas vollmundiger ausdrückte, als die Charta »jedes sich selbst achtenden Menschen zu jeder Zeit in jedem Land«.[2] Churchill bezog sich vor allem auf die Petition of Rights, mit der das Parlament König Charles I. an die Charta erinnerte und ihn bat anzuerkennen, dass das Gesetz der Souverän sei und nicht der König. Charles willigte vorübergehend ein, brach aber sein Gelöbnis

schon bald und stellte damit die Weichen für den mörderischen englischen Bürgerkrieg.

Nach einem erbitterten Konflikt zwischen König und Parlament wurde die Macht des Königtums in der Person Charles II. wiederhergestellt. Doch selbst in der Niederlage wurde die Magna Charta nicht vergessen. Henry Vane der Jüngere, einer der Führer des Parlaments, wurde zum Tode verurteilt; auf dem Schafott versuchte er eine Rede zu halten, in der er das Urteil als eine Verletzung der Magna Charta anprangerte, aber man ließ ihn von Trompeten übertönen, um sicherzustellen, dass diese skandalösen Worte von der jubelnden Menge nicht gehört wurden. Sein Kapitalverbrechen war gewesen, dass er eine Petition aufgesetzt hatte, in der er das Volk als den »Ursprung aller gerechten Macht« in der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnete – nicht den König und noch nicht einmal Gott.[3] Das war die Position, die mit großer Entschiedenheit von Roger Williams vertreten worden war, dem Gründer der ersten freien Gesellschaft auf dem Gebiet, das heute dem Staat Rhode Island entspricht. Seine ketzerischen Ansichten beeinflussten Milton und Locke, obwohl Williams viel weiter ging, indem er die moderne Forderung nach der Trennung von Kirche und Staat stellte – die heute selbst in den liberalen Demokratien noch sehr umstritten ist.

Wie so häufig brachte die scheinbare Niederlage den Kampf um Freiheit und Menschenrechte trotzdem voran. Kurz nach Vanes Hinrichtung gewährte König Charles II. den Plantagen von Rhode Island eine königliche Charta, in der er erklärte: »Die Regierungsform ist demokratisch«, und der Regierung außerdem erlaubte, Menschen verschiedenster Glaubensrichtungen Gewissensfreiheit einzuräumen – Papisten, Atheisten, Juden, Osmanen und sogar Quäkern, die wohl meistgefürchtete und am unbarmherzigsten verfolgte Religionsgemeinschaft jener turbulenten Zeit.[4] All das war erstaunlich für das Klima der Epoche.

Einige Jahre später wurde die Charta der Freiheiten durch die Habeas-Corpus-Akte von 1679 ergänzt, deren offizieller Titel lautete: »Ein Gesetz zur besseren Sicherung der Freiheit der Untertanen und zum Schutze vor Einkerkerung in Übersee«. In der

amerikanischen Verfassung heißt es in Anlehnung an das englische Common Law: »Der Anspruch eines Verhafteten auf Ausstellung eines richterlichen Vorführungsbefehls darf nicht suspendiert werden, es sei denn, dass die öffentliche Sicherheit dies im Falle eines Aufstandes oder einer Invasion erforderlich macht.« In einer einstimmigen Entscheidung erklärte das Oberste Gericht der USA, dieses Gesetz sei »von den Gründern [der Amerikanischen Republik] als höchster Schutz der Freiheit« angesehen worden. All diese Worte müssten den Verantwortlichen heute in den Ohren klingen.

Die zweite Charta und die Allmenden

Die Bedeutung der Begleitcharta, der Charta des Waldes, ist nicht geringer und heute vielleicht sogar noch größer als damals – wie Peter Linebaugh eingehend in seiner reich dokumentierten und höchst anregenden Geschichte der Magna Charta und ihrer späteren Entwicklung darlegt.[5] Die Charta des Waldes verlangte den Schutz der Allmenden vor äußerer Macht. Die Allmenden lieferten die Lebensgrundlage für die breite Bevölkerung: Brennstoff, Nahrung, Baumaterial, einfach alles, was die Menschen zum Leben brauchten. Der Wald war keine Wildnis im Urzustand. Man hatte ihn über Generationen sorgfältig aufgeforstet, gemeinschaftlich gepflegt, seine Reichtümer allen zugänglich gemacht und ihn für künftige Generationen erhalten. Heute ist diese Praxis meist nur noch in traditionellen Gesellschaften anzutreffen, die überall in der Welt gefährdet sind.

Die Charta des Waldes setzte der Privatisierung Grenzen. Von ihrem Geist sind die Robin-Hood-Legenden inspiriert, daher ist es keine große Überraschung, dass die beliebte Fernsehserie der fünfziger Jahre *The Adventures of Robin Hood* [»Die Abenteuer von Robin Hood«] anonym von Hollywood-Drehbuchautoren geschrieben wurde, die als Linke auf der schwarzen Liste standen.[6] Im 17. Jahrhundert war diese Charta der Entwicklung der

Rohstoffwirtschaft sowie der kapitalistischen Praxis und Moral zum Opfer gefallen.

Nachdem die Allmenden nicht mehr Gemeingut waren und gemeinsam bewirtschaftet wurden, wurden die Rechte des gemeinen Volkes auf das beschränkt, was sich nicht privatisieren ließ, eine Kategorie, die heute praktisch bis zur Unsichtbarkeit schrumpft. In Bolivien wurde der Versuch, das Wasser zu privatisieren, immerhin am Ende durch einen Aufstand zum Scheitern gebracht, der die indianische Bevölkerungsmehrheit zum ersten Mal in der Geschichte an die Macht brachte.[7] Die Weltbank hat entschieden, dass der multinationale Bergbaukonzern Pacific Rim ein Verfahren gegen El Salvador anstrengen kann, weil der Staat versucht, das Land und die Gemeinden vor den gefährlichen Folgen der Goldförderung zu schützen. Die staatlichen Umweltauflagen drohen, den Konzern um künftige Profite zu bringen, ein Verbrechen, das nach den Regeln des von Investorenrechten beherrschten Systems mit dem irreführenden Namen »Freihandel« strafwürdig ist.[8] Das ist nur ein winziges Beispiel für die Kämpfe, die heute in großen Teilen der Welt geführt werden; einige sind von Gewaltexzessen begleitet, wie im Ostkongo, wo in den letzten Jahren Millionen Menschen ermordet wurden, um den Nachschub an Mineralien zu sichern, die für Handys und andere Zwecke gebraucht werden und natürlich auch, um die Profite zu garantieren.[9]

Der Siegeszug kapitalistischer Praxis und Moral führte zu einer radikalen Wende im Umgang mit Allmenden und ihrer Beurteilung. Die vorherrschende Auffassung folgt Garrett Hardins einflussreicher These, die besagt: »Freiheit in einer Allmende bringt den Ruin für uns alle« – die vielzitierte »Tragik der Allmende«: Alles, was kein Eigentum ist, wird von individueller Gier zerstört.[10]

Das internationale Gegenstück war der Begriff der Terra nullius, des Niemandslands, der bemüht wurde, um die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung in der von Siedler- und Kolonialistenmentalität bestimmten Anglosphäre zu rechtfertigen. Manchmal war sogar von »Vernichtung« die Rede – so jedenfalls beschrieben die Gründerväter der amerikanischen Republik

(manchmal voller Reue) hinterher, was sie getan hatten. Nach dieser höchst nützlichen Doktrin hatten die Indianer keine Eigentumsrechte, weil sie sich damit begnügten, in einer ungezähmten Wildnis umherzuwandern. Die schwer arbeitenden Kolonisten schufen also Wert dort, wo vorher keiner war, indem sie diese Wildnis wirtschaftlich nutzbar machten.

In Wirklichkeit wussten die Kolonisten es besser, denn es gab raffinierte Kauf- und Ratifizierungsverfahren, die von Krone und Parlament durchgeführt wurden. Später annullierte man sie allerdings gewaltsam, als die bösartigen Kreaturen sich ihrer Vernichtung widersetzten.

Die Terra-nullius-Doktrin wird häufig John Locke zugeschrieben, aber das ist zweifelhaft. Da er einen Regierungsposten in der Kolonialverwaltung innehatte, wusste er, was vor sich ging, und es gibt in seinen Schriften keinen Anhaltspunkt für diese Annahme, wie die moderne Forschung überzeugend gezeigt hat, vor allem die Arbeit des australischen Politikwissenschaftlers Paul Corcoran. (Tatsächlich wurde die Doktrin in Australien am brutalsten angewendet.)[11]

Die düsteren Prognosen, die in der These von der Tragik der Allmenden skizziert wurden, blieben nicht unwidersprochen. Die verstorbene Elinor Ostrom erhielt 2009 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, weil sie gezeigt hatte, wie viel günstiger es ist, wenn gemeinschaftliches Eigentum – Fischbestände, Weideland, Seen und Grundwasserbecken – von Nutzern verwaltet wird. Aber die Mainstream-Doktrin ist durchaus überzeugend, wenn wir ihre stillschweigende Prämisse akzeptieren: dass die Menschen blind jenem Trieb gehorchen, den die amerikanischen Arbeiter zu Beginn der industriellen Revolution bitter als den »neuen Geist des Zeitalters« beschrieben: »Erwirb Reichtum und kümmere dich um niemanden außer dir selbst.«[12]

Wie die Bauern und Arbeiter in England vor ihnen lehnten die amerikanischen Arbeiter diesen neuen Geist ab, der ihnen aufgezwungen wurde, denn sie hielten ihn für entwürdigend und destruktiv, für unvereinbar mit dem wahren Wesen freier Männer und Frauen. Dabei lege ich Wert auf die Erwähnung der »Frauen«:

Zu den Gruppen, die sich am aktivsten und lautstärksten gegen diese Angriffe auf die Rechte und die Würde freier Menschen durch das kapitalistische Industriesystem wehrten, gehörten die Factory Girls, junge Frauen, die aus der Landwirtschaft kamen. Auch sie wurden der Herrschaft der überwachten und kontrollierten Lohnarbeit unterworfen, die man damals – abgesehen davon, dass sie zeitlich begrenzt war – für gleichbedeutend mit der Besitzsklaverei hielt. Diese Auffassung galt als so selbstverständlich, dass sie zu einem Slogan der republikanischen Partei wurde und dass die Arbeiter aus dem Norden unter diesem Motto in den Amerikanischen Bürgerkrieg zogen.[13]

Kontrolle des Demokratiebegehrens

Das war vor 150 Jahren – in England noch früher. Seither wurden riesige Anstrengungen unternommen, den Menschen den Neuen Geist des Zeitalters einzuimpfen. Umfangreiche Industrien kümmern sich um dieses Problem: Werbung, Propaganda, Marketing – alles Branchen, die einen stattlichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten. Sie widmen sich der Aufgabe, die der namhafte politische Ökonom Thorstein Veblen die »Fabrikation von Wünschen« nannte.[14] In den Chefetagen der Konzerne ist die Rede davon, dass man den Menschen »die überflüssigen Dinge« des Lebens nahebringen müsse, etwa den »Modekonsum«. Auf diese Weise lassen sich die Menschen atomisieren, voneinander trennen, dazu bringen, nur noch ihren persönlichen Vorteil zu suchen, und von gefährlichen Experimenten abhalten, wie selbst zu denken und Autoritäten in Frage zu stellen.

Die Formung von Meinungen, Einstellungen und Wahrnehmungen hat Edward Bernays, einer der Gründer der modernen Werbeindustrie, als »Konstruktion von Konsens« bezeichnet. Er war ein fortschrittlich denkender Vertreter des Lagers Wilson-Roosevelt-Kennedy und sehr angesehen, ähnlich wie sein Zeitgenosse, der Journalist Walter Lippmann, der in Amerika zu den bekanntesten

öffentlichen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts zählte und die »Herstellung von Konsens« als eine »neue Kunst« in der Praxis der Demokratie pries. Beide erkannten, dass die Öffentlichkeit »in die Schranken gewiesen«, aus den wirklich wichtigen Entscheidungen herausgehalten und kontrolliert werden müsse – selbstverständlich in ihrem eigenen Interesse. Die Menschen seien eben »zu dumm und unwissend«, als dass man ihnen gestatten könne, sich selbst um ihre Angelegenheiten zu kümmern. Diese Aufgabe müsse der »intelligenten Minderheit« überlassen bleiben, die es zu schützen gelte vor »der stampfenden und brüllenden Herde«, den »ignoranten und aufdringlichen Außenseitern« – der »gemeinen Menge«, wie sie im 17. Jahrhundert von den Vorgängern dieser Elite genannt worden war. In einer ordnungsgemäß funktionierenden demokratischen Gesellschaft sei die Rolle der allgemeinen Bevölkerung auf die von »unbeteiligten Zuschauern« beschränkt.[15]

Dabei muss man natürlich dafür Sorge tragen, dass die Zuschauer nicht zu viel sehen. Präsident Obama hat in der Befolgung dieses Grundsatzes neue Maßstäbe gesetzt. Tatsächlich hat er mehr Whistleblower bestraft als alle Präsidenten vor ihm zusammen – eine stolze Leistung für eine Regierung, die ihr Amt mit dem Versprechen der Transparenz angetreten hat.

Zu den vielen Themen, die die konfuse Herde nichts angehen, gehört auch die Außenpolitik. Jeder, der sich einmal freigegebene Geheimdokumente näher angesehen hat, dürfte erkannt haben, dass ihre Einstufung als solche vor allem den Zweck hat, das Verhalten der öffentlichen Vertreter des Staates vor der genaueren Prüfung durch die Öffentlichkeit zu schützen. Innenpolitisch ging es darum, dass der Pöbel den Ratschlag nicht hören sollte, den die Gerichte den Großkonzernen gegeben hatten: Nach außen hin ein paar publikumswirksame »gute Werke« tun, damit die »aufgehetzte Öffentlichkeit« nicht mitbekommt, welch enorme Vergünstigungen der Gouvernantenstaat ihnen zuschustert.[16]

Allgemein gesagt: Die Öffentlichkeit in den USA sollte nicht erfahren, dass »staatliche Maßnahmen überwiegend regressiv sind, das heißt, die soziale Ungleichheit verstärken und erweitern«. Obwohl sie nach außen hin den Anschein erwecken, »die

Regierung helfe nur unverdient in Armut geratenen Mitbürgern, erhalten Politiker die Möglichkeit, sich in regierungskritischer Rhetorik zu ergehen, während sie gleichzeitig damit fortfahren, ihre bessergestellten Wähler massiv zu unterstützen«. Ich zitiere hier nicht aus irgendeinem radikalen Pamphlet, sondern aus *Foreign Affairs*, einer Zeitschrift, die wie keine andere die Mitte der Gesellschaft repräsentiert.[17]

Als die Gesellschaften im Laufe der Zeit freier wurden und staatliche Gewalt seltener zum Einsatz kam, wuchs natürlich die Notwendigkeit, raffinierte Methoden der Kontrolle von Einstellungen und Meinungen zu entwickeln. Selbstverständlich wurde die übermächtige PR-Industrie in den freiesten Gesellschaften, den Vereinigten Staaten und Großbritannien, geschaffen. Die erste moderne Propagandaeinrichtung war das britische Informationsministerium während des Ersten Weltkriegs. Sein US-amerikanisches Gegenstück, das Committee on Public Information, wurde von Woodrow Wilson gegründet, um einer pazifistischen Bevölkerung einen wilden Hass auf alles Deutsche einzuimpfen – mit bemerkenswertem Erfolg.

Die amerikanische Wirtschaftswerbung beeindruckte viele Beobachter; Joseph Goebbels bewunderte sie und übernahm sie für die Nazi-Propaganda – mit allzu großem Erfolg.[18] Die bolschewistischen Führer versuchten es ebenfalls, aber ihre Versuche waren plump und unwirksam.

Eine vorrangige innenpolitische Aufgabe war stets, »sich [die Öffentlichkeit] vom Hals zu halten«, wie der Essayist Ralph Waldo Emerson die Wünsche der politischen Führung Mitte des 19. Jahrhunderts beschrieb, als es immer schwieriger wurde, die Gefahr der Demokratie abzuwehren.[19] In den sechziger Jahren machte sich die Elite Sorgen wegen des »Übermaßes an Demokratie« und verlangte nach Maßnahmen, um diesen demokratischen Wildwuchs zu »beschneiden«.

Ein besonderes Anliegen war die Einführung besserer Kontrollen über die Institutionen, die »für die Belehrung der Jugend verantwortlich sind«, soll heißen Schulen, Universitäten und Kirchen, die diese zentrale Aufgabe nach Meinung der

Verantwortlichen nicht zufriedenstellend erledigten. Ich berichte hier über die Reaktionen am linksliberalen Ende des ideologischen Mainstream-Spektrums, also jener liberaler Internationalisten, die später die Mannschaften der Carter-Regierung und ihrer Pendants in anderen Industriegesellschaften stellten.[20] Der rechte Flügel war viel radikaler. Unter anderem zeigte sich diese Haltung im extremen Anstieg der Studiengebühren – der nicht aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte, wie sich leicht zeigen lässt. Vielmehr dient diese Maßnahme dazu, junge Leute (oft für den Rest ihres Lebens) in der Schuldenfalle gefangen zu halten, was ihre Indoktrination erheblich erleichtert.

Drei-Fünftel-Menschen

Je eingehender wir uns mit diesen wichtigen Themen beschäftigen, desto deutlicher erkennen wir, dass die Zerstörung der Charta des Waldes und ihre Löschung aus dem Gedächtnis der Menschen in engem Zusammenhang mit den fortgesetzten Versuchen stehen, die Verheißungen der Charta der Freiheiten zu unterdrücken. Der neue Geist des Zeitalters kann den präkapitalistischen Begriff des Waldes nicht dulden – des Waldes also als Gemeingut, das gemeinschaftlich unterhalten wird, zum eigenen Nutzen und dem künftiger Generationen, und das es zu schützen gilt vor Privatisierung und Ökonomisierung, welche den Gewinnen, nicht der Befriedigung von Grundbedürfnissen dienen. Diesen neuen Geist zu verankern ist eine wesentliche Voraussetzung, um dieses Ziel zu erreichen und um zu verhindern, dass die Charta der Freiheiten dazu missbraucht wird, freien Bürgern zu ermöglichen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Kämpfen großer Bevölkerungsgruppen, die das Ziel hatten, eine freiere und gerechtere Gesellschaft zu schaffen, begegnete man mit Gewalt, Repression und massiven Anstrengungen, Meinungen und Einstellungen zu kontrollieren. Doch im Laufe der Zeit erzielten

diese Kämpfe beträchtliche Erfolge, auch wenn es immer wieder Rückschritte gab und der Weg noch weit ist.

Der berühmteste Teil der Charta der Freiheiten ist Artikel 39, in dem es heißt: »Kein freier Mann« soll in irgendeiner Weise bestraft werden, »noch werden wir ihm anders etwas zufügen, oder ihn ins Gefängnis werfen lassen, als durch das gesetzliche Urtheil von Seinesgleichen, oder durch das Landesgesetz«. In vielen Jahren mühsamer Auseinandersetzungen gelang es, den Grundsatz allgemeiner zu fassen. Die US-Verfassung bestimmt, dass keine »Person« »des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz beraubt werden« könne. Das Grundprinzip ist die »Unschuldsvermutung« – ein Rechtshistoriker beschreibt es als »den Ursprung der zeitgenössischen angloamerikanischen Freiheit«, wobei er mit Blick auf die Nürnberger Prozesse an Artikel 39 erinnert, einen »besonderen Aspekt des amerikanischen Rechtssystems: Strafe nur für diejenigen, denen ihre Schuld in einem fairen Prozess mit einer Fülle prozeduraler Schutzmaßnahmen nachgewiesen wird« – selbst wenn ihre Schuld an einigen der schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte unzweifelhaft feststeht.[21]

Selbstverständlich hatten die Gründerväter nicht die Absicht, den Begriff »Person« für alle Menschen gelten zu lassen. Indianer waren keine Personen. Ihre Rechte waren praktisch gleich null. Frauen waren kaum Personen; Ehefrauen wurden unter dem Rechtsstatus ihrer Männer »subsumiert«, etwa so wie Kinder ihren Eltern ausgeliefert waren. In seinen Kommentaren schreibt Blackstone: »(…) das Wesen oder die legale Existenz der Frau ist durch die Heirat ausgelöscht oder wird zumindest in die des Ehemannes integriert und mit dem vereinigt, unter dessen Fittichen, Schutz und Schirm sie alles ausführt.«[22] Folglich sind Frauen das Eigentum ihrer Väter oder Ehemänner. Dieses Prinzip war bis in jüngste Zeit gültig; so hatten Frauen bis zu einer Entscheidung des Obersten Gerichts im Jahre 1975 noch nicht einmal den Rechtsanspruch auf Mitwirkung als Geschworene. Sie waren nicht gleichrangig.

Auch Sklaven waren natürlich keine Personen. Laut Verfassung waren sie zu drei Fünftel Menschen – ein Bruchteil, mit dem sie der Wählerstimme ihres Besitzers mehr Gewicht verliehen. Die Verteidigung der Sklaverei war ein wichtiges Anliegen der Gründerväter; sie war einer der Faktoren, der zur Amerikanischen Revolution führte. Im »Somerset-Fall« von 1772 entschied Lord Mansfield, die Sklaverei sei so »abscheulich«, dass sie in England nicht geduldet werden könne (obwohl sie in den britischen Besitzungen noch viele Jahre praktiziert wurde).[23] Aber die amerikanischen Sklavenhalter sahen schon an die Wand gemalt, was geschehen würde, wenn die Kolonien unter britischer Regierung blieben. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Sklavenstaaten einschließlich Virginias die größte Macht und den größten Einfluss in den Kolonien hatten. Dr. Johnsons Ironie erscheint nur zu berechtigt: »Wir hören das lauteste Kläffen nach Freiheit von den Sklaventreibern.«[24]

Die Zusatzartikel nach dem Bürgerkrieg dehnten den Begriff des Personenstatus auch auf Afroamerikaner aus und beendeten damit die Sklaverei – zumindest theoretisch. Nach etwa einem Jahrzehnt relativer Freiheit wurden durch ein Nord-Süd-Abkommen jedoch wieder Bedingungen eingeführt, die praktisch den Verhältnissen zur Zeit der Sklaverei entsprachen und eine weitgehende Kriminalisierung schwarzen Lebens ermöglichten. Ein männlicher Schwarzer, der an einer Straßenecke stand, konnte wegen Landstreicherei verhaftet werden – oder wegen versuchter Vergewaltigung, wenn man ihm vorwarf, eine weiße Frau auf die falsche Weise gemustert zu haben. War er erst einmal im Gefängnis, hatte er wenig Aussichten, jemals wieder dem System der »Sklaverei mit anderem Namen« zu entkommen – eine Bezeichnung, die Douglas Blackmon, der Büroleiter des *Wall Street Journal*, in einer bemerkenswerten Studie verwendet.[25]

Diese neue Erscheinungsform der »eigenartigen Einrichtung« war eine entscheidende Voraussetzung für die industrielle Revolution in den USA; sie lieferte perfekte Arbeitskräfte für Stahlindustrie, Bergbau und Landwirtschaft in Gestalt der *chain gangs*, Gruppen aneinandergeketteter Gefangener: gefügige, gehorsame Arbeiter,

die keinen Gedanken an Streik verschwendeten und keine Forderungen an ihre Arbeitgeber stellten, noch nicht einmal die, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen – eindeutig eine Verbesserung gegenüber dem alten System der Sklaverei. Das neue System blieb weitgehend bis zum Zweiten Weltkrieg bestehen, als man freie Arbeitskräfte für die Kriegsproduktion brauchte.

Der Nachkriegsboom bot genügend Beschäftigungsmöglichkeiten; ein Schwarzer konnte einen Job in einer gewerkschaftlich organisierten Autofabrik bekommen, ein anständiges Gehalt verdienen, ein Haus kaufen und seine Kinder vielleicht sogar aufs College schicken. Das dauerte ungefähr zwanzig Jahre, bis in die siebziger Jahre, als die Wirtschaft gemäß der neuerdings wieder tonangebenden neoliberalen Prinzipien radikal umgestaltet wurde: durch die Finanzialisierung und die Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer. Die schwarze Bevölkerung, nun weitgehend überflüssig geworden, wurde wieder kriminalisiert.

Bis zu Ronald Reagans Präsidentschaft entsprachen Zahl und Häufigkeit der Haftstrafen in den USA ungefähr den Verhältnissen in anderen Industriegesellschaften. Heute liegen sie viel höher. Die Betroffenen sind in erster Linie schwarze Männer, in zunehmendem Maße aber auch schwarze Frauen und Latinos, die vorwiegend wegen Verbrechen ohne Opfer in den verlogenen »Drogenkriegen« einsitzen. Die Vermögen der afroamerikanischen Familien wurden von der letzten Finanzkrise praktisch aufgefressen, in nicht geringem Maße hatte das kriminelle Verhalten der Finanzinstitutionen seinen Beitrag dazu geleistet. Die straffrei gebliebenen Täter sind heute reicher denn je.

Überblickt man die gesamte Geschichte der Afroamerikaner von ihrer Ankunft vor 400 Jahren bis zur Gegenwart, so ist offensichtlich, dass sie einen echten Personenstatus nur wenige Jahrzehnte lang besessen haben. Wir haben noch einen langen Weg vor uns, um das Versprechen der Magna Charta einzulösen.

Sakrosankte Personen und annullierte Prozesse

Der nach dem Bürgerkrieg eingeführte vierzehnte Verfassungszusatz gesteht ehemaligen Sklaven Personenrechte zu – wenn auch eher theoretisch. Gleichzeitig schuf er eine neue Kategorie von Personen mit Rechten: Unternehmen. Tatsächlich hatten fast alle Fälle, die nach dem vierzehnten Zusatzartikel vor Gericht gebracht wurden, mit Unternehmensrecht zu tun. Vor hundert Jahren haben die Gerichte beschlossen, dass diese kollektivistischen Rechtsfiktionen, von der Staatsmacht ins Leben gerufen und am Leben erhalten, die vollen Rechte von Personen aus Fleisch und Blut erhalten sollten – sogar weit höhere Rechte dank ihrer Größe, ihrer Unsterblichkeit und des Schutzes ihrer begrenzten Haftung. Heute stellen die Rechte der Unternehmen die bloßer Menschen weit in den Schatten. Unter Berufung auf die »Freihandelsabkommen« kann die Bergwerkgesellschaft Pacific Rim beispielsweise El Salvador verklagen, weil es versucht, seine Umwelt zu schützen; Einzelpersonen ist das nicht möglich. General Motors kann nationale Rechte in Mexiko in Anspruch nehmen. Die Frage, was mit einem Mexikaner geschehen würde, der nationale Rechte in den USA beanspruchen würde, können wir uns sparen. In den Vereinigten Staaten haben jüngste Entscheidungen des höchsten Gerichts die ohnehin schon gewaltige politische Macht der Unternehmen und Superreichen noch erheblich vergrößert und damit den kläglichen Resten einer funktionierenden Demokratie weitere Schläge versetzt.

Derweilen ist die Magna Charta auch direkten Angriffen ausgesetzt. Erinnern wir uns an die Habeas-Corpus-Akte von 1679, nach der die »Einkerkerung in Übersee« verboten ist – und weit mehr noch sicherlich die Einkerkerung im Ausland zum Zwecke der Folter, was heute unter der euphemistischen Bezeichnung *rendition* praktiziert wird (Verhaftung und Überstellung von Terrorverdächtigen ohne Anklageerhebung). Zum Beispiel, als Tony Blair den libyschen Dissidenten Abdel Hakim Belhaj der Willkür von Muammar al-Gaddafi auslieferte, oder als US-Behörden den

kanadischen Bürger Maher Arar in sein Geburtsland Syrien verbrachten, um ihn inhaftieren und foltern zu lassen. Später mussten sie zugeben, dass sie nie irgendeine rechtliche Handhabe gegen ihn gehabt hatten.[26] Gleiches ist vielen anderen zugestoßen; häufig wurden sie über den Flughafen Shannon transportiert, was in Irland zu Protesten führte.

Das Konzept des ordentlichen Gerichtsverfahrens ist während der internationalen Drohnenattentate unter der Obama-Administration so gedehnt worden, dass seine Kernelemente, die Charta der Freiheiten und damit die Verfassung, null und nichtig geworden sind. Das Justizministerium erläutert, dass der auf die Magna Charta zurückgehenden Verfassungsgarantie eines ordentlichen Gerichtsverfahrens allein durch interne Erwägungen der Exekutive Genüge getan werde.[27] Der Verfassungsjurist des Weißen Hauses stimmte zu. König John hätte vermutlich zufrieden genickt.

Akut wurde die Frage, nachdem Anwar al-Awlaki auf Anordnung des Präsidenten gezielt durch eine Drohne getötet worden war, denn Awlaki habe, so die Anklage, den Dschihad durch Wort, Schrift und nicht näher beschriebene Taten unterstützt. Eine Überschrift in der *New York Times* gab anschaulich wieder, wie die Elite auf seine Ermordung durch den Drohnenangriff und auf die üblichen »Kollateralschäden« reagierte. Dort hieß es: »Der Westen feiert den Tod eines Geistlichen.«[28] Gewisse Bedenken wurden allerdings geäußert, weil Awlaki amerikanischer Staatsbürger war, was die Frage nach einem ordentlichen Prozess aufwarf. Die als irrelevant betrachtet wird, wenn Ausländer willkürlich auf Geheiß des Regierungschefs ermordet werden – und nun, nach den Neuerungen, die die Obama-Administration in das Prozessrecht eingeführt hat, auch als irrelevant für amerikanische Staatsbürger angesehen wird.

Auch die Unschuldsvermutung hat eine neue, nützliche Interpretation erhalten. Dazu hat sich die *New York Times* ebenfalls geäußert: »Mr Obama hat sich eine umstrittene Methode zur Zählung der zivilen Opfer zu eigen gemacht, die ihm große Freiheiten gewährt. Nach Auskunft zahlreicher Regierungsvertreter werden alle Männer im kriegsfähigen Alter innerhalb eines

Zielgebiets als Kombattanten gezählt, wenn sich ihre Unschuld nicht durch eindeutige nachrichtendienstliche Erkenntnisse posthum beweisen lässt.«[29] So wird durch die nach dem Anschlag ermittelte Unschuld das hehre Prinzip des *in dubio pro reo* bewahrt.

In diesem Zusammenhang wäre es eine Taktlosigkeit (die sich die *Times* natürlich nicht zuschulden kommen lässt), an die Genfer Konvention zu erinnern, die Grundlage des Humanitären Völkerrechts, und ihr Verbot von »Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordentlich bestellten Gerichtes, das die von den zivilisierten Völkern als unerläßlich anerkannten Rechtsgarantien bietet«.[30]

In jüngerer Zeit war der bekannteste Fall eines solchen von der Exekutive befohlenen Mordes die Tötung von Osama bin Laden, der nach seiner Festnahme durch neunundsiebzig Navy SEALs, hilflos und nur in Begleitung seiner Frau, ermordet wurde. Wie immer man über ihn denken mag, er war ein Verdächtiger, nicht mehr. Sogar das FBI teilt diese Auffassung.

Die Feiern in den USA waren überwältigend, trotzdem wurden ein paar Fragen laut, die die stillschweigende Missachtung der Unschuldsvermutung betrafen, zumal ein Prozess durchaus möglich gewesen wäre. Solche Einwände wurden empört niedergebügelt. Am interessantesten war die Antwort von Matthew Yglesias, einem angesehenen linksliberalen politischen Kommentator, der erklärte, dass »eine der wichtigsten Funktionen der Völkerrechtsordnung gerade darin besteht, die Verwendung tödlicher militärischer Gewalt durch die Westmächte zu legitimieren«; daher sei es »erstaunlich naiv«, wenn man verlange, dass die USA dem Völkerrecht oder anderen Bedingungen gehorchten, deren Einhaltung wir mit Recht von den Schwachen forderten.[31]

Offenbar können nur taktische Einwände gegen die Taten erhoben werden, die der Heilige Staat im Dienst der Menschheit vollbringt – Aggression, Mord, Cyberkrieg und dergleichen mehr. Wenn die üblichen Opfer die Dinge etwas anders sehen, offenbart das lediglich ihre moralische und intellektuelle Rückständigkeit. Die gelegentliche westliche Kritik, die diese fundamentalen Wahrheiten

verkennt, lässt sich als »töricht« abtun, wie Yglesias erläutert – wobei er übrigens ausdrücklich von mir spricht, und ich bin gern bereit, diese Schuld auf mich zu nehmen.

Staatliche Terroristenlisten

Zu dem wohl bemerkenswertesten Angriff auf die Grundlagen der traditionellen Freiheiten kam es in dem wenig bekannten Rechtsstreit »Holder v. Humanitarian Law Project«, der von der Obama-Administration vor das oberste Gericht gebracht wurde. Das Projekt wurde verurteilt, weil es, wie es in der Urteilsbegründung hieß, der Guerillaorganisation Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) »materielle Hilfe« geleistet hatte. Die PKK kämpft seit vielen Jahren für die Rechte der Kurden in der Türkei und wird von den USA als terroristische Vereinigung eingestuft. Die »materielle Hilfe« bestand in juristischem Rat. Der Wortlaut der Entscheidung klingt sehr allgemein und könnte auch Diskussionen und Befragungen einschließen – sogar den Rat an die PKK, nur gewaltfreie Mittel anzuwenden. Wieder einmal wurde zwar hier und dort etwas Kritik laut, aber selbst diese Kritiker billigten im Allgemeinen die Legitimität der staatlichen Terroristenlisten – das heißt, die willkürlichen Entscheidungen der Exekutive, gegen die keine Rechtsmittel eingelegt werden können.[32]

Die Bilanz der Terroristenliste ist nicht uninteressant. Ein besonders unschönes Beispiel für die Verwendung dieser Liste betrifft das geschundene Volk von Somalia. Unmittelbar nach dem 11. September schlossen die Vereinigten Staaten das gemeinnützige somalische Finanznetzwerk al-Barakaat mit der Begründung, es finanziere den Terror.[33] Dies wurde als einer der großen Erfolge im »Krieg gegen den Terror« gefeiert. Als Washington die Klage ein Jahr darauf als unbegründet fallenlassen musste, nahm das kaum jemand zur Kenntnis.

Al-Barakaat war für Geldsendungen in Höhe von 500 Millionen Dollar verantwortlich, mehr als die Hälfte aller Überweisungen, die

Somalia jährlich erhielt – »mehr als [Somalia] aus irgendeinem anderen Wirtschaftssektor erhält und zehnmal so viel wie die Hilfe, die das Land insgesamt aus dem Ausland bezieht«, hieß es in einem UN-Bericht.[34] Die Hilfsorganisation unterhielt auch große Unternehmen in Somalia, die alle zugrunde gerichtet wurden. Ibrahim Warde, der Forscher, der sich wohl am intensivsten mit Bushs »finanziellem Krieg gegen den Terror« beschäftigt hat, gelangt zu dem Schluss, dass dieser ungerechtfertigte Angriff auf eine sehr verwundbare Gesellschaft nicht nur verheerende Folgen für die Wirtschaft gehabt habe, sondern »möglicherweise auch zum Aufstieg (…) der islamischen Fundamentalisten« beigetragen habe – eine weitere häufige Konsequenz des »Kriegs gegen den Terror«.[35]

Der bloße Gedanke, dass der Staat die Macht haben sollte, solche Entscheidungen eigenmächtig zu treffen, ist ein schwerer Verstoß gegen die Charta der Freiheiten – diese Einschätzung gilt als unstrittig. Wenn sich der Niedergang der Charta in der Art und Weise der letzten Jahre fortsetzt, sieht es düster aus für unsere Rechte und Freiheiten.

Wer lacht zuletzt?

Zum Schluss noch ein paar Worte über das Schicksal der Charta des Waldes. Ihr Ziel war es, die Allmenden, die Lebensgrundlage der Bevölkerung, vor äußerer Macht zu schützen – in früheren Zeiten vor dem Königtum, im Laufe der Jahre vor Einfriedung und anderen Formen der Privatisierung durch räuberische Konzerne und Behörden, die mit ihnen kooperieren. Diese Entwicklung hat sich in letzter Zeit beschleunigt und ist zu einem lukrativen Geschäft geworden. Die Schäden sind tiefgreifend und weitreichend.

Wenn wir auf Stimmen aus dem globalen Süden hören, erfahren wir, dass »die Umwandlung öffentlicher Güter in Privateigentum durch die Privatisierung unserer bisher gemeinschaftlich genutzten natürlichen Umwelt eine der Strategien ist, die neoliberale

Institutionen verwenden, um die ohnehin schon brüchigen Fäden zu zerreißen, die die afrikanischen Nationen zusammenhalten. Die Politik ist heute zu einer lukrativen Spekulation verkommen, bei der man sich in erster Linie für die Renditen von Investitionen interessiert, statt sich zu fragen, wie man zum Wiederaufbau der stark geschädigten Umwelten, Gemeinschaften und Nationen beitragen kann. Eine der großen Wohltaten, die die strukturellen Anpassungsprogramme dem Kontinent gebracht haben, ist die Inthronisierung der Korruption.« Ich zitiere hier den nigerianischen Dichter und Umweltschützer Nnimmo Bassey, den Vorsitzenden der »Freunde der Erde international«. In seinem schonungslosen Bericht über den Raubbau an Afrikas Reichtümern, *To Cook a Continent*, untersucht er die neueste Phase in der endlosen Folter, die der Westen Afrika angetan hat.[36] Eine Folter, die immer auf höchster Ebene geplant wurde, wie wir dabei nicht vergessen dürfen. Am Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich die USA in einer nie dagewesenen Position globaler Macht. Wie unter diesen Umständen nicht anders zu erwarten, wurden sorgfältige und detaillierte Pläne zur Organisation der Welt entwickelt. Jeder Region wiesen die Planer im Außenministerium unter Leitung des namhaften Diplomaten George Kennan eine bestimmte »Funktion« zu. Er entschied, dass die Vereinigten Staaten kein besonderes Interesse an Afrika hätten, daher solle es Europa überlassen werden, damit dieses den Erdteil für seinen Wiederaufbau »nutze« (Kennan verwendete das Wort »exploit«).[37] Im Licht der Geschichte hätte man sich wohl eine andere Beziehung zwischen Europa und Afrika gewünscht, aber es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, dass das jemals geplant war. In jüngerer Zeit erkannten die Vereinigten Staaten, dass auch sie sich an der »Nutzung« oder »Ausbeutung« Afrikas beteiligen mussten – neben anderen Neuankömmlingen wie China, das sich nach Kräften bemüht, einen neuen Rekord in Umweltzerstörung und Unterdrückung unglücklicher Opfer aufzustellen.

Es dürfte überflüssig sein, näher auf die extremen Gefahren einzugehen, die durch ein zentrales Element der räuberischen Obsessionen heraufbeschworen werden: die Abhängigkeit von

fossilen Brennstoffen, die, möglicherweise in nicht allzu ferner Zukunft, auf eine globale Katastrophe hinausläuft. Über die Einzelheiten kann man sicherlich streiten, aber es besteht kaum ein Zweifel daran, dass das Problem ernst ist, wenn nicht sogar furchterregend; je länger wir es vor uns herschieben, desto fataler wird das Erbe, das wir künftigen Generationen hinterlassen. Es gibt einige Bemühungen, sich dieser Wirklichkeit zu stellen, aber sie sind viel zu geringfügig.

Inzwischen geht die Entwicklung unter der Federführung des reichsten und mächtigsten Lands der Weltgeschichte in die entgegengesetzte Richtung. Die republikanischen Kongressabgeordneten demontieren die höchst bescheidenen Umweltschutzmaßnahmen, die von Richard Nixon eingeführt wurden, der in der heutigen politischen Szene wohl als gefährlicher Radikaler eingestuft würde.[38] Die wichtigsten Wirtschaftslobbys führen ganz offen ihre Propagandakampagnen durch, in denen sie versuchen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es keinen Grund zur Sorge gibt – nicht ohne Wirkung, wie die Umfragen zeigen.[39]

Allerdings spielen die Medien dabei kaum mit, denn sie berichten getreulich über die immer düstereren Klimaprognosen der internationalen Institute und sogar des US-Energieministeriums. In der Regel findet die Debatte zwischen Schwarzsehern und Skeptikern statt: auf der einen Seite praktisch alle qualifizierten Wissenschaftler, auf der anderen ein paar Klimaleugner. An der Debatte nicht beteiligt ist eine sehr große Zahl von Experten, unter anderem auch die Forscher vom Programm für Klimawandel am Massachusetts Institute of Technology (MIT), die den wissenschaftlichen Konsens kritisieren, weil er ihrer Ansicht nach zu konservativ und vorsichtig ist. Sie halten die Wahrheit über den Klimawandel noch für viel finsterer. Kein Wunder, dass die Öffentlichkeit verwirrt ist.

2012 pries Präsident Obama in seiner Rede zur Lage der Nation die verheißungsvolle Aussicht auf ein Jahrhundert der Energie-Autarkie dank neuer Technologien, die die Gewinnung von Kohlenwasserstoffen aus kanadischem Teersand, Schiefer und

anderen bisher unzugänglichen Quellen ermöglichen.[40] Er steht nicht allein mit seiner Auffassung; auch die *Financial Times* beschwören ein Jahrhundert der Energie-Unabhängigkeit für die USA.[41] In den optimistischen Prognosen wird allerdings die Frage unterschlagen, wie die Erde nach diesem räuberischen Angriff auf die Natur aussehen wird.

Überall in der Welt haben die indigenen Bevölkerungsgruppen eine führende Rolle im Kampf gegen die Krise übernommen – die Menschen also, die die Charta des Waldes immer als bindend betrachtet haben. Die gewichtigste Stimme hat dabei Bolivien, das Land, in dem sie die Regierung stellen. Bolivien ist der ärmste Staat in Südamerika und musste jahrhundertelang hilflos die Zerstörung seiner reichen Ressourcen durch den Westen hinnehmen, obwohl es in präkolumbischer Zeit eine der höchstentwickelten Gesellschaften war. Nach dem schändlichen Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels im Jahr 2009 richtete Bolivien eine »Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel« aus, an der 35 000 Menschen aus 140 Ländern teilnahmen – nicht nur Regierungsvertreter, sondern auch Mitglieder von Bürgerbewegungen und Umweltschutzorganisationen. Die Abschlusserklärung enthielt den Aufruf zu einer radikalen Verringerung der Emissionen und ein Bekenntnis zu den Rechten von Mutter Erde.[42] Die Forderung nach größerer Rücksichtnahme auf die Rechte des Planeten wird von indigenen Gemeinschaften auf der ganzen Welt erhoben. Die Vertreter des Westens machen sich darüber lustig. Aber wenn wir uns die Einsichten der indigenen Völker nicht wenigstens teilweise zu eigen machen, werden sie wohl zuletzt lachen – ein Lachen aus bitterer Verzweiflung.

Anmerkungen zum Kapitel

1. William Blackstone: *The Great Charter and the Charter of the Forest*, Oxford 1759, im Besitz der British Library

2. Winston S. Churchill: *A History of the English Speaking Peoples*, Bd. 2, *The New World*, London 2015
3. James Kendall Hosmer: *The Life of Young Sir Henry Vane, Governor of Massachusetts Bay, and Leader of the Long Parliament. With a Consideration of the English Commonwealth as a Forecast of America*, Boston 1888, im Besitz der Cornell University Library, S. 462
4. *The Famous Old Charter of Rhode Island, Granted by King Charles II, in 1663*, Providence 1842. Vgl. auch Wikipedia: »Rhode Island Royal Charter«, en.wikipedia.org/wiki/Rhode_Island_Royal_Charter
5. Peter Linebaugh: *The Magna Charta Manifesto: Liberties and Commons for All*, Berkeley 2009
6. Dudley Jones, Tony Watkins (Hg.): *A Necessary Fantasy? The Heroic Figure in Children's Popular Culture*, New York 2000
7. Emily Achtenberg: »From Water Wars to Water Scarcity: Bolivia's Cautionary Tale«, *NACLA Report on the Americas*, 6. Juni 2013, nacla.org/blog/2013/6/5/water-wars-water-scarcity-bolivia%E2%80%99s-cautionary-tale (nicht verfügbar, 5. August 2016)
8. Randal C. Archibold: »El Salvador: Canadian Lawsuit over Mine Allowed to Proceed«, *The New York Times*, 5. Juni 2012
9. Erin Banco: »Is Your Cell Phone Fueling Civil War in Congo?«, *The Atlantic*, 11. Juli 2011
10. Garrett Hardin: »The Tragedy of the Commons«, *Science* 162, Nr. 3859, 13. Dezember 1968, 1243 – 1248
11. Siehe Paul Corcoran: »John Locke on the Possession of Land: Native Title vs. the ›Principle‹ of *Vacuum domicilium*«, Vortrag auf der Australian Political Studies Association Annual Conference, September 2007, digital.library.adelaide.edu.au/dspace/bitstream/2440/44958/1/hdl_44958.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
12. Norman Ware: *The Industrial Worker 1840 – 1860: The Reaction of American Industrial Society to the Advance of the Industrial Revolution*, Chicago 1990. Das ist ein Nachdruck der ersten Ausgabe von 1924.
13. Michael J. Sandel: *Democracy's Discontent: America in Search of a Public Philosophy*, Cambridge, MA, 1996
14. Thorstein Veblen: *Die Theorie der feinen Leute*, Köln 1950
15. Clinton Rossiter, James Lare (Hg.): *The Essential Lippmann: A Political Philosophy for Liberal Democracy*, Cambridge, MA, 1982, S. 91 f.; Edward Bernays: *Propaganda*, Brooklyn 2005
16. Scott Bowman: *The Modern Corporation and American Political Thought. Law, Power, and Ideology*, University Park 1996, S. 133
17. Desmond King: »America's Hidden Government. The Costs of a Submerged State«, Rezension von *The Submerged State. How Invisible Government Policies Undermine American Democracy* von Suzanne Mettler, in: *Foreign Affairs* 91, Nr. 3, Mai/Juni 2012
18. Robert W. McChesney: »Public Scholarship and the Communications Policy Agenda«, in: Amit M. Schejter (Hg.): … *And Communications for All: A Policy Agenda for a New Administration*, New York 2009, S. 50

19. Ralph Waldo Emerson: *The Prose Works of Ralph Waldo Emerson: In Two Volumes*, Boston 1870
20. Michael Crozier, Samuel P. Huntington, Joji Watanuke: *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York 1975, www.trilateral.org/download/doc/crisis_of_democracy.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
21. Margaret E. McGuinness: »Peace v. Justice: The Universal Declaration of Human Rights and the Modern Origins of the Debate«, *Diplomatic History* 35, Nr. 5, November 2011, S. 749
22. Sarah und Angelina Grimké: *Gegen Sklaverei*, Aachen 2011, S. 93.
23. *Somerset v. Stewart*, 1772, English Court of King's Bench, www.commonlii.org/int/cases/EngR/1772/57.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
24. Samuel Johnson: *Taxation No Tyranny; An Answer to the Resolutions and Address of the American Congress*, London 1775
25. Douglas Blackmon: *Slavery by Another Name: The Re-Enslavement of Black Americans from the Civil War to World War II*, New York 2009
26. Ian Cobain: »Revealed: How Blair Colluded with Gaddafi Regime in Secret«, *The Guardian*, London, 23. Januar 2015; Benjamin Wieser: »Appeals Court Rejects Suit by Canadian Man over Detention and Torture Claim«, *The New York Times*, 3. November 2009
27. Justizministerium: »Lawfulness of a Lethal Operation Directed Against a US Citizen Who Is a Senior Operational Leader of Al-Qa'ida or an Associated Force«, undatierte Informationsschrift, von NBC am 4. Februar 2013 veröffentlicht.
28. Anthony Shadid, David D. Kirkpatrick: »As the West Celebrates a Cleric's Death, the Mideast Shrugs«, *The New York Times*, 1. Oktober 2011
29. Jo Becker, Scott Shane: »Secret ›Kill List‹ Proves a Test of Obama's Principles and Will«, *The New York Times*, 29. Mai 2012
30. Genfer Konvention, Art. 3, www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19490186/index.html (aufgerufen am 5. August 2016)
31. Matthew Yglesias: »International Law Is Made by Powerful States«, *Think-Progress*, 13. Mai 2011
32. Holder v. Humanitarian Law Project, 561 U.S. 1 (2010), www.supremecourt.gov/opinions/09pdf/08-1498.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
33. Paul Beckett: »Shutdown of Al-Barakaat Severs Lifeline for Many Somalia Residents«, *Wall Street Journal*, 4. Dezember 2001
34. Ibrahim Warde, *The Price of Fear. The Truth Behind the Financial War on Terror*, Berkeley 2007, S. 101 f.
35. Ebd., S. 102
36. Nnimmo Bassey: *To Cook a Continent. Destructive Extraction and Climate Crisis in Africa*, Oxford 2012, S. 25
37. Melvyn P. Leffler: *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Palo Alto 1993, S. 144

38. John M. Broder: »Bashing E.P.A. Is New Theme in G.O.P. Race«, *The New York Times*, 17. August 2011
39. »57% Favor Use of ›Fracking‹ to Find More US Oil and Gas«, *Rasmussen Reports*, 26. März 2012,#www.rasmussenreports.com/public_content/business/gas_oil/march_2012/57_favor_use_of_fracking_to_find_more_u_s_oil_and_gas (aufgerufen am 5. August 2016);#»Who's Holding Us Back. How Carbon-Intensive Industry Is Preventing Effective Climate Change Legislation«, Greenpeace-Bericht, November 2011,#www.greenpeace.org/international/Global/international/#publications/climate/2011/391%20-%20WhosHoldingUsBack.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
40. »Remarks by the President in State of the Union Address«, *White House Office of the Press Secretary*, 24. Januar 2012,#www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/01/24/remarks-president-state-union-address (aufgerufen am 5. August 2016)
41. Guy Chazan: »US on Path to Energy Self-Sufficiency«, *Financial Times*, London, 18. Januar 2012
42. Der vollständige Text dieser Abschlusserklärung ist nachzulesen bei: pwccc.wordpress.com/programa/ (aufgerufen am 5. August 2016)

8

Die Woche, in der die Welt stillstand

Vor etwa fünfzig Jahren stand die Welt in der letzten Oktoberwoche still – von dem Augenblick an, da sie erfuhr, dass die Sowjetunion auf Kuba nuklear bestückte Raketen stationiert hatte, bis zu dem Zeitpunkt, da die Krise offiziell beendet war – allerdings nur offiziell, was die Öffentlichkeit nicht wusste.

Das Bild vom Stillstand der Welt geht auf eine Formulierung von Sheldon Stern zurück, dem einstigen Historiker an der John F. Kennedy Presidential Library, der die amtliche Version der Bänder von den Sitzungen des Exekutivausschusses des Nationalen Sicherheitsrats (Executive Committee, kurz ExComm) veröffentlichte, auf denen Kennedy und ein enger Kreis von Beratern diskutierten, welche Reaktionen die Krise erfordere. Diese Sitzungen wurden heimlich vom Präsidenten aufgezeichnet, was möglicherweise der Grund dafür ist, dass seine Haltung in den Aufzeichnungen relativ gemäßigt ist im Vergleich zu den Positionen der anderen Teilnehmer, die nicht wussten, dass sie zur Geschichte sprachen.

Jetzt hat Stern einen gut lesbaren und exakten Bericht über diese wichtige Dokumentation geschrieben, die Ende der neunziger Jahre endlich freigegeben wurde. Im Folgenden werde ich mich auf diese Version stützen. »Nie zuvor oder seitdem«, schließt er, »hing das Überleben der menschlichen Zivilisation von einigen wenigen Wochen gefährlicher Überlegungen ab« – mit dem Höhepunkt »in der Woche, als die Welt stillstand«.[1]

Die weltweite Sorge war mehr als begründet. Die Menschheit stand unmittelbar vor einem Atomkrieg, einem Krieg, der möglicherweise »die nördliche Hemisphäre zerstören« würde, wie der frühere Präsident Dwight Eisenhower gewarnt hatte.[2] Kennedys

eigener Schätzung nach lag die Wahrscheinlichkeit eines Krieges immerhin bei fünfzig Prozent.[3] Der Wert erhöhte sich, als die Konfrontation ihren Gipfelpunkt erreichte »und der geheime Weltuntergangsplan, der das Überleben der Regierung sichern sollte«, in Washington in Kraft trat, wie es der Journalist Michael Dobbs in seinem gut recherchierten Bestseller über die Krise beschreibt (obwohl er nicht erklärt, welchen Sinn das angesichts der zu erwartenden Dimensionen eines Atomkriegs hatte).[4] Dobbs zitiert Dino Brugioni, »ein hochrangiges Mitglied des die Raketenstationierung überwachenden CIA-Teams«, der keinen anderen Ausweg sah als »Krieg und vollkommene Zerstörung«, während der Zeiger der Uhr auf »eine Minute vor Mitternacht« vorrückte, so der Titel von Dobbs' Buch.[5] Der Historiker Arthur M. Schlesinger Jr., ein enger Mitarbeiter von John F. Kennedy, bezeichnet die Ereignisse als »den gefährlichsten Augenblick in der Menschheitsgeschichte«.[6] Verteidigungsminister Robert McNamara fragte sich laut, ob er wohl »noch einen weiteren Samstagabend« erleben werde, und gab später zu, dass »wir mit einem blauen Auge davongekommen sind«. Mit zwei blauen Augen.[7]

»Der gefährlichste Augenblick«

Ein genauerer Blick auf die Geschehnisse von damals lässt sie in einem noch düstereren Licht erscheinen, und sie werfen bis heute ihre Schatten.

Es gibt mehrere Anwärter auf den Titel »Gefährlichster Augenblick«. Einer ist der 27. Oktober 1962, als Zerstörer der US-Marine, die eine Seeblockade Kubas errichteten, Wasserbomben auf sowjetische U-Boote abwarfen. Nach sowjetischen Berichten, die in den Archiven der Nationalen Sicherheit zu finden sind, waren einige U-Boot-Kommandanten »so außer sich, dass sie davon sprachen, mit Atomsprengköpfen bestückte Torpedos abzufeuern, deren Explosivkraft mit fünfzehn Kilotonnen fast so groß war wie die Bombe, die im August 1945 Hiroshima verwüstete.«[8] In einem Fall

soll ein Torpedo mit Nuklearsprengköpfen schon gefechtsbereit gewesen sein, als der Abschuss in letzter Minute von Kapitän Wassili Archipow gestoppt wurde, der die Welt damit möglicherweise vor einer atomaren Katastrophe gerettet hat.[9] Es gibt kaum einen Zweifel daran, wie die USA reagiert hätten, wäre der Torpedo tatsächlich abgefeuert worden, oder wie die Russen geantwortet hätten, wenn ihr Land in Rauch aufgegangen wäre. Kennedy hatte bereits DEFCON 2 ausgerufen, die höchste nukleare Alarmstufe vor dem Abschuss; sie autorisiert »NATO-Flugzeuge mit türkischen Piloten [oder anderen] zu starten, nach Moskau zu fliegen und eine Bombe abzuwerfen«, wie Graham Allison, ein gut informierter strategischer Analytiker der Harvard University, in *Foreign Affairs* schreibt.[10]

Ein anderer Anwärter ist der 26. Oktober. Diesen Tag hat der B-52-Pilot Major Don Clawson zum »gefährlichsten Augenblick« erkoren. Er flog einen dieser NATO-Bomber und liefert haarsträubende Detailbeschreibungen der »Chrome Dome«-Missionen (CD) während der Krise – »B-52-Bomber bei höchster Alarmstufe in der Luft« mit Kernwaffen »an Bord und bereit, sie einzusetzen«. Der 26. Oktober war der Tag, an dem »unser Land einem Atomkrieg so nah war wie noch nie«, schreibt er in seinen »respektlosen Erinnerungen eines Luftwaffenpiloten«. An diesem Tag hätte Clawson leicht eine vermutlich apokalyptische Katastrophe auslösen können. Seine Schlussfolgerung: »Wir hatten verdammtes Glück, dass wir die Erde nicht in die Luft gejagt haben – und das ist nicht das Verdienst der politischen oder militärischen Führung dieses Landes.«

Die Fehler, Konfusionen, Fastunfälle und Missverständnisse in der Führung, die Clawson schildert, sind bestürzend genug, aber nichts im Vergleich zu den operativen Führungsregeln – oder ihrem Fehlen. So berichtet Clawson, dass die offiziellen Kommandeure während der fünfzehn 24-Stunden-CD-Einsätze, die er geflogen habe – die maximal mögliche Zahl –, »keine Möglichkeit hatten, eine unzurechnungsfähige Besatzung oder ein einzelnes Besatzungsmitglied daran zu hindern, die thermonuklearen Waffen scharfzumachen und abzuwerfen«, oder ein Flugzeug, das

unterwegs war, auch nur anzufunken. »Es gab keine Möglichkeit, die Flugzeuge zurückzurufen, die sich bei höchster Alarmstufe in der Luft befanden.« Sobald ein Bomber mit thermonuklearen Waffen an Bord gestartet war, »hatte die Besatzung die Möglichkeit, sie alle ohne weiteren Input vom Boden scharfzumachen und abzuwerfen. Es gab keinen Mechanismus, um irgendeines der Systeme zu blockieren.«[11]

Laut General David Burchinal, damals Leiter des Planungsstabs im Hauptquartier der Luftwaffe, befand sich ungefähr ein Drittel der gesamten Luftflotte im Einsatz. Das Strategic Air Command (SAC), das offiziell zuständig war, scheint wenig Kontrolle gehabt zu haben. Clawson berichtet, die zivile National Command Authority (Nationale Kommandobehörde) sei vom SAC absichtlich im Dunkeln gelassen worden. Mit anderen Worten, die »Entscheidungsträger« des ExComm, die sich den Kopf über das Schicksal der Erde zerbrachen, wussten noch weniger. General Burchinals Beitrag zur Oral History dieser Ereignisse ist nicht weniger haarsträubend und lässt noch größere Verachtung für die zivile Kommandoebene erkennen. Nach seiner Darstellung wurde die sowjetische Kapitulation nie bezweifelt. Die CD-Operationen hatten das Ziel, den Russen unmissverständlich vor Augen zu führen, dass sie im Falle einer militärischen Konfrontation nicht im mindesten mithalten und im Handumdrehen vernichtet werden konnten.[12]

Aus den ExComm-Mitschnitten schließt Sheldon Stern, am 26. Oktober habe Präsident Kennedy in Übereinstimmung mit Pentagonplänen »dazu geneigt, die Raketen mit militärischen Mitteln zu beseitigen« und eine Invasion auf Kuba folgen zu lassen.[13] Fraglos hätte das zu einem apokalyptischen Krieg führen können, denn später stellte sich heraus, dass taktische Kernwaffen stationiert worden waren und dass die militärische Schlagkraft der Sowjetunion viel größer war, als der US-Nachrichtendienst berichtet hatte.

Gegen Ende des ExComm-Treffens traf am 26. Oktober um 18 : 00 Uhr ein Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow ein, der direkt an Präsident Kennedy gerichtet war.

Seine »Botschaft schien klar zu sein«, schreibt Stern. »Die Raketen würden entfernt werden, wenn die USA versprächen, auf eine Invasion Kubas zu verzichten.«[14]

Am folgenden Tag um $10:00$ Uhr stellte der Präsident das versteckte Tonbandgerät wieder an. Er las den Bericht einer Presseagentur laut vor, den man ihm gerade ausgehändigt hatte: »Ministerpräsident Chruschtschow teilte Präsident Kennedy heute in einer Botschaft mit, er werde die offensiven Waffen aus Kuba abziehen, wenn die Vereinigten Staaten ihre Raketen aus der Türkei entfernten« – Jupiter-Raketen mit nuklearen Sprengköpfen.[15] Bald darauf wurde der Bericht offiziell bestätigt.

Obwohl diese Nachricht für die meisten Ausschussmitglieder völlig überraschend kam, war sie in Wirklichkeit erwartet worden: »Wir rechnen seit einer Woche mit dieser Möglichkeit«, informierte Kennedy sie. Er wusste, dass es schwierig war, die offizielle Zustimmung zu verweigern: Die Raketen waren veraltet, sollten abgezogen und in Kürze durch die tödlicheren und wirksameren Polaris-Raketen ersetzt werden, die man unangreifbar auf U-Booten stationieren wollte. Kennedy erkannte, dass seine Position »*unhaltbar* wäre, wenn [Chruschtschow] einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete«, zum einen, weil die türkischen Raketen nutzlos waren und sowieso abgezogen werden sollten, zum anderen, »weil es für jede Person in den Vereinten Nationen oder für jeden anderen *vernünftigen* Menschen nach einem ausgesprochen fairen Handel aussehen« würde.[16]

Die unbeschränkte Macht der Vereinigten Staaten bewahren

Daher standen die Planer vor einem ernsten Dilemma. Chruschtschow hatte ihnen zwei etwas unterschiedliche Vorschläge vorgelegt, um die Gefahr eines katastrophalen Krieges abzuwenden, und beide mussten jedem »vernünftigen Menschen« als ein fairer Handel erscheinen. Wie sollten die USA reagieren?

Eine Möglichkeit wäre gewesen, erleichtert zur Kenntnis zu nehmen, dass die Zivilisation überleben konnte, eiligst beide Vorschläge anzunehmen, zu erklären, dass die USA sich an das Völkerrecht halten und auf jede Invasion Kubas verzichten würden, und sofort mit dem Abzug der veralteten Raketen in der Türkei zu beginnen. Anschließend wäre man, wie geplant, damit fortgefahren, die gegen die Sowjetunion gerichtete nukleare Bedrohung nicht nur wiederherzustellen, sondern auch erheblich aufzustocken – natürlich im Rahmen der globalen Einkreisung der Sowjetunion. Aber das war undenkbar.

Warum diese Möglichkeit nicht erwogen werden konnte, erklärte der Nationale Sicherheitsberater McGeorge Bundy, ein ehemaliger Harvard-Dekan und angeblich der hellste Stern am Himmel von Camelot. Die Welt müsse verstehen, dass die »gegenwärtige Gefahr für den Frieden nicht in der Türkei, sondern auf Kuba« liege, wo sich die Raketen auf die USA richteten.[17] Eine weit stärkere Raketenstellung, die auf den viel schwächeren und verwundbareren sowjetischen Feind zielte, durfte auf keinen Fall als eine mögliche Bedrohung des Friedens wahrgenommen werden, denn wir Amerikaner sind die Guten, wie eine große Zahl von Menschen in und außerhalb der westlichen Hemisphäre bezeugen kann – unter anderem die Opfer des fortdauernden terroristischen Kriegs, den die Vereinigten Staaten gegen Kuba führen, oder diejenigen, die in die »Hasskampagne« der arabischen Welt hineingezogen wurden, jene Kampagne, von der Eisenhower so verwirrt war, im Gegensatz zum Nationalen Sicherheitsrat, der ihre Gründe plausibel darlegte.

Im anschließenden Gespräch betonte der Präsident, er wäre »in einer schlechten Position«, wenn er einen internationalen Flächenbrand entfache, indem er Vorschläge zurückweise, die den Überlebenden (wenn es die denn interessierte) sehr vernünftig erscheinen würden. Diese »pragmatische« Haltung stellte die größtmögliche Annäherung an moralische Erwägungen dar, deren man fähig war.[18] In einer Besprechung kürzlich freigegebener Dokumente über den Terror der Kennedy-Ära meinte der Harvard-Lateinamerikanist Jorge Domínguez: »Nur ein einziges Mal auf den fast tausend Seiten dieser Dokumentation äußerte ein Vertreter der

Vereinigten Staaten einen Gedanken, der entfernte Ähnlichkeit mit einem moralischen Einwand gegen den von der US-Regierung geförderten Terrorismus hatte«: Ein Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats meinte, Angriffe, »die willkürlich sind und Unschuldige töten (…), könnten in einigen uns freundlich gesinnten Ländern zu einer schlechten Presse führen«.[19]

Diese Einstellung durchzog auch die internen Diskussionen während der Raketenkrise, etwa als Robert Kennedy warnend darauf hinwies, dass eine vollständige Invasion Kubas »mordsmäßig viele Menschenleben kosten und uns eine Menge Ärger bringen würde«.[20] Wie sich leicht zeigen ließe, bestimmt diese Haltung – von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen – noch immer das Bild.

Wir wären vielleicht »in einer noch schlechteren Position gewesen«, wenn die Welt gewusst hätte, was die Vereinigten Staaten damals taten. Erst kürzlich wurde bekannt, dass sie sechs Monate zuvor auf Okinawa heimlich Raketen stationiert hatten, die praktisch identisch waren mit denen, die die Sowjetunion nach Kuba schicken wollte.[21] Sie waren in einer Phase erhöhter regionaler Spannungen sicherlich auf China gerichtet. Bis auf den heutigen Tag bleibt Okinawa, ungeachtet aller Proteste seiner Bewohner, ein wichtiger offensiver Militärstützpunkt der USA.

Eine schändliche Missachtung der Meinung der Menschheit

Die Diskussionen, die folgten, waren sehr aufschlussreich, trotzdem möchte ich sie hier beiseitelassen. Jedenfalls führten sie zu einer Entscheidung: Die USA versprachen, die veralteten Raketen aus der Türkei abzuziehen, weigerten sich aber, das Angebot öffentlich zu verkünden oder schriftlich festzuhalten. Für sie war entscheidend, dass es so aussah, als kapituliere Chruschtschow. Dafür lieferten sie eine interessante Rechtfertigung, die Wissenschaftler und Kommentatoren gleichermaßen plausibel

fanden. Michael Dobbs schrieb: »Wenn es so aussähe, als würden die Vereinigten Staaten die Raketenstellungen unter dem Druck der Sowjetunion einseitig abbauen, könnte das zum Zerfall der [NATO-]Allianz führen« – oder, um es genauer zu formulieren, wenn die Vereinigten Staaten in einem Handel mit der Sowjetunion, den jeder »vernünftige Mensch« als ausgesprochen fair empfände, nutzlose Raketen wie geplant durch ein weit tödlicheres Drohpotential ersetzten, war zu befürchten, dass die NATO-Allianz auseinanderbrach.[22]

Als die Sowjetunion Kubas einziges Abschreckungsmittel gegen die ständigen Angriffe der Vereinigten Staaten abzog – wobei die konkrete Gefahr einer direkten Invasion immer gegeben war – und stillschweigend verschwand, war natürlich damit zu rechnen, dass die Kubaner wütend reagieren würden (was dann auch der Fall war). Doch aus den üblichen Gründen ist der Vergleich unfair: »Wir« sind Menschen, die zählen, »sie« dagegen sind lediglich »Unpersonen«, um George Orwells treffenden Ausdruck zu übernehmen.

Kennedy gab auch ein informelles Versprechen, nicht in Kuba einzufallen, knüpfte es allerdings an Bedingungen, die nicht nur den Abzug der Raketen betrafen, sondern auch die Beendigung oder zumindest »erhebliche Verminderung« der sowjetischen Militärpräsenz (ganz im Gegensatz zur Türkei, für die, obwohl sie an der Grenze zur Sowjetunion lag, keine derartigen Schritte in Hinblick auf die dort stationierten US-Truppen auch nur angedacht wurden). Wenn Kuba kein »Militärlager« mehr sei, »werden wir wahrscheinlich auf eine Invasion verzichten«, sagte der Präsident. Allerdings müsse Kuba, wenn es die Drohung einer US-Invasion ein für alle Mal abwenden wolle, seine »politische Subversion« (Sheldon Sterns Formulierung) in Lateinamerika beenden.[23] »Politische Subversion« war seit Jahren ein ständiges Thema in der US-Rhetorik, auf das sich beispielsweise Eisenhower berief, als er die demokratisch gewählte Regierung Guatemalas stürzte und das gequälte Land in einen Abgrund stürzte, aus dem es heute noch herauszufinden sucht. In den achtziger Jahren wurde das Thema gern und oft bemüht, um Ronald Reagans brutale Terrorkriege in

Mittelamerika zu rechtfertigen. Kubas »politische Subversion« bestand darin, dass es Gruppen unterstützte, die sich gegen die mörderischen Angriffe der Vereinigten Staaten und der ihnen treu ergebenen Regime wehrten, oder dass es den Opfern gar – welch Abgrund der Verwerflichkeit – Waffen lieferte.

Obwohl diese Annahmen so tief in die herrschende Doktrin eingebettet sind, dass sie praktisch nicht mehr wahrgenommen werden, sind sie gelegentlich noch intern zu hören. Im Fall Kubas erklärte der politische Planungsstab des Außenministeriums, dass »die primäre Gefahr, der wir uns in der Person Castros gegenübersehen (…), in der Wirkung liegt, die die bloße Existenz dieses Regimes auf die linken Bewegungen in vielen lateinamerikanischen Ländern ausübt (…). Es ist schlicht und einfach so, dass Castro eine erfolgreiche Herausforderung der USA darstellt, eine Negation unserer ganzen fast hundertfünfzigjährigen Hemisphärenpolitik« – seit also die Monroe-Doktrin den damals unrealisierbaren Anspruch auf eine Vormachtstellung in der westlichen Hemisphäre artikulierte.[24]

Das Recht auf Vorherrschaft ist ein Grundprinzip der US-Außenpolitik, das fast überall zum Ausdruck kommt, wenn auch meist in defensiven Formulierungen versteckt; in Zeiten des Kalten Kriegs vor allem, indem man die »russische Bedrohung« beschwor, selbst wenn weit und breit keine Russen in Sicht waren. Ein Beispiel von großer aktueller Bedeutung schildert der iranische Wissenschaftler Ervand Abrahamian in seinem Buch über den angloamerikanischen Putsch, der 1953 die demokratisch gewählte Regierung im Iran stürzte. Überzeugend legt er dar, dass sich die übliche Darstellung der Ereignisse nicht aufrechterhalten lässt. Die primären Ursachen hatten weder etwas mit dem Kalten Krieg zu tun noch mit der angeblichen iranischen Unvernunft, die Washingtons »gutgemeinte Absichten« durchkreuzte, noch nicht einmal mit dem Zugang zu Öl oder sonstigen Profiten, sondern mit dem Umstand, dass der US-amerikanische Anspruch auf »vollständige Kontrolle« – und dessen Bedeutung für die globale Vormachtstellung – durch unabhängigen Nationalismus bedroht wurde.[25]

Auf diesen Aspekt stoßen wir immer und immer wieder, wenn wir einzelne Fälle untersuchen, so natürlich auch bei den Ereignissen auf Kuba, wenn auch der Fanatismus in diesem besonderen Fall eine nähere Untersuchung verdient. Die US-Politik wird in Lateinamerika und den meisten anderen Ländern der Welt entschieden verurteilt, aber das Bekenntnis zur »geziemenden Rücksichtnahme auf die Meinung der Menschheit« ist eine sinnentleerte Rhetorik für die Fensterreden am 4. Juli. Seit Beginn der Umfragen zu diesem Thema spricht sich eine beträchtliche Mehrheit der US-Bevölkerung für eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba aus; doch auch das ist für die Leute, die zu entscheiden haben, ohne Bedeutung.[26]

Die Missachtung der öffentlichen Meinung ist natürlich völlig normal. Viel interessanter ist in diesem Fall die Missachtung bestimmter Sektoren der amerikanischen Wirtschaft, die gewöhnlich großen politischen Einfluss haben: Energie, Agrarwirtschaft, Pharmaindustrie und andere. Das lässt darauf schließen, dass an dem Verlangen, Kuba zu bestrafen, neben den kulturellen Faktoren, die sich in der Hysterie der Camelot-Intellektuellen offenbaren, auch gewichtige staatliche Interessen beteiligt sind.

Rettung der Welt vor der Gefahr einer nuklearen Vernichtung

Offiziell endete die Kuba-Krise am 28. Oktober 1962. Das Ergebnis war eindeutig. An jenem Abend berichtete Charles Collingwood in den Rundfunknachrichten von CBS, die Welt sei durch eine »demütigende Niederlage der Sowjetpolitik« der größten Gefahr »eines nuklearen Holocausts seit dem Zweiten Weltkrieg entronnen«.[27] Dobbs merkt dazu an, die sowjetische Propaganda habe behauptet, dass dieses Ergebnis »ein weiterer Triumph der Moskauer Friedenspolitik über kriegslüsterne Imperialisten« sei und dass die »allwissende und immer umsichtig handelnde sowjetische

Führung die Welt vor der Gefahr nuklearer Vernichtung« gerettet habe.[28]

Wenn wir die grundlegenden Fakten von den üblichen lächerlichen Übertreibungen trennen, zeigt sich, dass Chruschtschows Bereitschaft zu kapitulieren die Welt tatsächlich »vor der Gefahr nuklearer Vernichtung« gerettet hat.

Die Krise war jedoch noch nicht vorüber. Am 8. November gab das Pentagon bekannt, alle bekannten sowjetischen Raketenstellungen seien abgebaut worden.[29] Am selben Tag habe, so berichtet Stern, »ein Sabotageteam einen Angriff auf eine kubanische Fabrik ausgeführt«, obwohl Kennedys Terrorkampagne, die Operation Mongoose, auf dem Höhepunkt der Krise offiziell eingeschränkt worden war.[30] Der Terrorangriff vom 8. November belegt McGeorge Bundys These, dass die Gefahr für den Frieden Kuba sei und nicht die Türkei. Schließlich führten die Russen dort keinen mörderischen Angriff durch – obwohl Bundy seine Behauptung sicherlich etwas anders gemeint hatte.

Genaueres berichtet der namhafte Wissenschaftler Raymond Garthoff, der lange für die amerikanische Regierung gearbeitet hat, 1987 in seiner eingehenden Darstellung der Kuba-Krise. Am 8. November, so schreibt er, »gelang es einem aus den Vereinigten Staaten entsandten Sabotageteam, eine kubanische Industrieeinrichtung zu sprengen«. Dabei wurden laut einem Brief, den die kubanische Regierung an den UN-Generalsekretär schrieb, vierhundert Arbeiter getötet. Dazu Garthoff: »Die Sowjets konnten das [den Angriff] nur als Versuch verstehen, in dem Punkt zurückzurudern, der für sie entscheidend blieb: die amerikanische Versicherung, Kuba nicht anzugreifen« – zumal der Terrorakt von den Vereinigten Staaten organisiert worden sei. Diese und andere »Aktionen Dritter« würden zeigen, »dass die Risiken der beiden Seiten extrem waren und Katastrophen nicht ausgeschlossen werden konnten«. Garthoff untersucht auch die mörderischen und destruktiven Operationen der Kennedy'schen Terrorismuskampagne, die die USA sicherlich für eine mehr als hinreichende Rechtfertigung eines Krieges gehalten hätten, wenn

sie – die Vereinigten Staaten oder ihre Verbündeten – nicht die Täter, sondern die Opfer gewesen wären.[31]

Aus derselben Quelle erfahren wir ferner, dass der Präsident am 23. August 1962 das Nationale Sicherheitsmemorandum (National Security Action Memorandum, NSAM) Nr. 181 herausgab, »mit der Anweisung, eine innere Revolte zu initiieren, auf die eine militärische Intervention der USA erfolgen sollte«. Dazu gehörten »umfangreiche amerikanische Militärpläne, Manöver und Bewegung von Personal und Ausrüstung«, die den Kubanern und den Russen sicherlich nicht verborgen geblieben waren.[32] Ebenfalls im August wurden die Terrorangriffe intensiviert, darunter ein Überfall mit Schnellbooten auf ein kubanisches Strandhotel, »von dem bekannt war, dass dort viele sowjetische Militärtechniker abstiegen. Dabei wurde eine große Zahl von Russen und Kubanern getötet.« Weitere Operationen waren Angriffe auf britische und kubanische Frachtschiffe, die Kontamination von Zuckerladungen und andere Gräueltaten und Sabotageakte, überwiegend von exilkubanischen Organisationen verübt, die ungehindert in Florida operieren durften. Wenig später kam es dann zum »gefährlichsten Augenblick in der Geschichte der Menschheit« – und er erfolgte nicht wirklich aus heiterem Himmel.

Nach Abklingen der Krise erneuerte Kennedy offiziell die Terroraktionen. Zehn Tage vor seiner Ermordung genehmigte er einen CIA-Plan für die »Zerstörungsoperationen« durch militärische Stellvertreterkräfte der USA »gegen große Raffinerien und Öltanks, ein wichtiges Kraftwerk, Zuckerraffinerien, Eisenbahnbrücken, Hafeneinrichtungen und Unterwasserbeschädigungen von Docks und Schiffen«. Am Tag des Kennedy-Attentats hatte man offensichtlich mit einem Plan zur Ermordung Castros begonnen. 1965 wurde die Terrorkampagne abgebrochen, aber, wie Garthoff berichtete, »war 1969 eine der ersten Amtshandlungen von Nixon, dass er der CIA befahl, die verdeckten Operationen gegen Kuba zu verstärken«.[33]

In *Voices From the Other Side* lässt uns der kanadische Historiker Keith Bolender zumindest die Stimmen der Opfer hören. Es ist das erste Werk einer Oral History der Terrorkampagne – eines von

vielen Büchern, die im Westen, wenn überhaupt, wohl wenig mehr als flüchtige Aufmerksamkeit finden, weil ihr Inhalt allzu aufschlussreich ist.[34] Im *Political Science Quarterly*, dem offiziellen Organ der American Political Science Association, vertritt Montague Kern die Ansicht, die Kuba-Krise sei eine dieser »Superkrisen (…) in denen ein ideologischer Feind (die Sowjetunion) einhellig als der Angreifer angesehen wird und zu einem Solidarisierungseffekt führt, der dem Präsidenten erhebliche Unterstützung beschert und seine politischen Optionen vermehrt«.[35]

Recht hat Kern, wenn er sagt, dass die Situation »einhellig« so gesehen wird – abgesehen von denen, die sich von ihren ideologischen Fesseln hinreichend befreit haben, um den Fakten eine gewisse Aufmerksamkeit zu schenken; Kern gehört übrigens zu ihnen. Ein anderer ist Sheldon Stern, der erkennt, was bei diesen Dissidenten schon lange bekannt ist, wenn er schreibt, wir wüssten nun, dass »Chruschtschows ursprüngliche Erklärung für den Transport der Raketen nach Kuba vollkommen richtig war: Der Regierungschef der Sowjetunion hatte nie beabsichtigt, mit diesen Waffen die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu bedrohen, sondern ihre Stationierung als einen defensiven Akt betrachtet, um den Verbündeten Kuba vor amerikanischen Angriffen zu schützen und den verzweifelten Versuch zu unternehmen, im nuklearen Kräfteverhältnis als gleichwertig zu erscheinen.«[36] Auch Dobbs war klar, dass »Castro und seine sowjetischen Gönner durchaus Grund zu der Befürchtung hatten, die Amerikaner wollten einen Regimewechsel herbeiführen und dächten in letzter Konsequenz auch an eine Invasion Kubas (…) [Chruschtschow] hatte den ehrlichen Wunsch, die kubanische Revolution vor dem mächtigen Nachbarn aus dem Norden zu schützen.«[37]

»Schrecken der Erde«

In US-Kommentaren werden die amerikanischen Angriffe häufig als törichte Possen hingestellt, als CIA-Inszenierungen, die aus dem

Ruder gelaufen seien. Das ist weit von der Wahrheit entfernt. Die Besten und Klügsten haben fast hysterisch auf das Fiasko in der Schweinebucht reagiert, unter anderem auch der Präsident, der sich höchst feierlich an sein Land wandte: »Die zufriedenen, nachgiebigen, sanften Gesellschaften landen auf dem Abfallhaufen der Geschichte. Nur die starken (…) können überleben.«[38] Und das werde ihnen nur mittels massiven Terrors gelingen, glaubte er offenbar – allerdings wurde dieser Zusatz nicht ausgesprochen und ist den Getreuen nicht bekannt, die nach wie vor der Meinung sind, die Aggression sei vom ideologischen Feind ausgegangen (dies die fast universelle Wahrnehmung, wie Kern berichtet).

Der Historiker Piero Gleijeses schreibt, nach dem Fiasko in der Schweinebucht habe JFK ein vernichtendes Embargo verhängt, um die Kubaner dafür zu bestrafen, dass sie eine US-gestützte Invasion der Insel verhindert hatten, und »seinen Bruder, Justizminister Robert Kennedy, gebeten, den Vorsitz in dem hochrangigen und ressortübergreifenden Ausschuss zu übernehmen, der für die Operation Mongoose zuständig war, ein Programm, das aus paramilitärischen Aktionen, Wirtschaftskrieg und Sabotage bestand. Ende 1961 rief JFK dieses Unternehmen ins Leben, um Fidel Castro mit den ›Schrecken der Erde‹ heimzusuchen oder, schlichter, um ihn zu stürzen.«[39]

Der Ausdruck »Schrecken der Erde« stammt aus Arthur Schlesingers quasi offizieller Biographie Robert Kennedys, dem die Verantwortung für den terroristischen Krieg übertragen worden war und der der CIA mitgeteilt hatte, das kubanische Problem habe »allererste Priorität – alles andere ist zweitrangig – was an Zeit, Anstrengungen und Arbeitskräften eingesetzt werden kann, soll eingesetzt werden«.[40] Leiter der Mongoose-Operationen war Edward Lansdale, der viel Erfahrung in der »Aufstandsbekämpfung« hatte – ein Standardausdruck für Terrorismus amerikanischer Provenienz. Im Oktober 1962 entwarf Lansdale einen Zeitplan für das Vorgehen bis zur »offenen Revolte und dem Umsturz des kommunistischen Regimes«. In der »endgültigen Definition« des Programms ging er davon aus, dass für den »abschließenden Erfolg« eine »entscheidende militärische

Intervention der USA« erforderlich sein werde, nachdem Terrorismus und Subversion die Voraussetzung für sie geschaffen hätten. Aus diesem Entwurf ging hervor, die militärische US-Intervention solle im Oktober 1962 erfolgen – dem Zeitpunkt also, als die Kuba-Krise ausbrach. Die geschilderten Ereignisse können erklären, warum Kuba und die Sowjetunion allen Grund hatten, diese Drohungen ernst zu nehmen. Jahre später gab Robert McNamara zu, dass Kubas Furcht vor einem Angriff durchaus gerechtfertigt war. »Anstelle der Kubaner oder der Sowjets hätte ich das auch gedacht«, erklärte er auf einer großen Konferenz zum vierzigsten Jahrestag der Kuba-Krise.[41]

Wenn Stern schreibt, die Sowjetunion habe einen »verzweifelten Versuch« unternommen, »im nuklearen Kräfteverhältnis als gleichwertig zu erscheinen«, so ist daran zu erinnern, dass Kennedy seinen äußerst knappen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1960 einer »Raketenlücke« verdankte, die sein Team erfunden hatte, um das Land zu erschrecken und die Eisenhower-Administration als zu nachgiebig im Umgang mit der nationalen Sicherheit hinzustellen.[42] Dabei gab es tatsächlich eine »Raketenlücke« – allerdings eine, die massiv zugunsten der Vereinigten Staaten ausfiel.

In seiner maßgeblichen Studie über Kennedys Raketenprogramm meinte der strategische Analytiker Desmond Ball, zum ersten Mal habe sich die »Regierung öffentlich und unmissverständlich« zu den wahren Fakten im Oktober 1961 bekannt, als der Vizeverteidigungsminister Roswell Gilpatric den Business Council darüber informierte, dass »die USA nach einem nuklearen Überraschungsangriff der Sowjetunion noch mehr Kernwaffen übrig behalten würden, als die Sowjetunion bei ihrem Erstschlag einsetzen könnte«.[43] Natürlich waren sich die Russen ihrer relativen Schwäche und Verwundbarkeit nur allzu bewusst. Sie erinnerten sich auch an Kennedys Reaktion, als Chruschtschow vorgeschlagen hatte, die offensive Schlagkraft auf beiden Seiten drastisch zu reduzieren, und einseitig mit dem Abbau begonnen hatte: Der Präsident reagierte gar nicht, sondern leitete stattdessen ein riesiges Aufrüstungsprogramm ein.

Die Welt besitzen, damals und heute

Die beiden entscheidenden Fragen zur Kuba-Krise lauten: Wie begann sie? Und wie endete sie? Begonnen hat sie mit Kennedys Terrorangriffen gegen Kuba und mit einer drohenden Invasion im Oktober 1962. Sie endete damit, dass der amerikanische Präsident russische Angebote ablehnte, die einer »vernünftigen« Person fair erscheinen mussten, aber für die USA nicht in Frage kamen. Denn sie hätten das Grundprinzip untergraben, dass die Vereinigten Staaten das einseitige Recht haben, Atomraketen überall zu stationieren und sie auf China, Russland oder irgendein anderes Land zu richten, selbst wenn das direkt an deren Grenzen geschieht. Obendrein wäre auch das Prinzip verletzt worden, dass Kuba kein Recht hatte, Raketen zu stationieren, um sich gegen eine offensichtlich unmittelbar bevorstehende US-Invasion zu schützen. Um diese Grundsätze mit der gebührenden Deutlichkeit durchzusetzen, war es vollkommen angemessen, das extreme Risiko einer unvorstellbaren Zerstörung in Kauf zu nehmen und einfache, eingestandenermaßen faire Angebote, die Krise zu beenden, kompromisslos abzulehnen.

Garthoff weist darauf hin, dass »es in den Vereinigten Staaten eine fast einhellige Zustimmung für den Umgang Präsident Kennedys mit der Krise gab«,[44] und Dobbs erklärt: »Für diese euphorische Stimmung sorgte der Hofchronist Arthur M. Schlesinger Jr., der schrieb, Kennedy habe ›die Welt hingerissen‹ durch eine ›Mischung aus Unnachgiebigkeit und Zurückhaltung, aus Willenskraft, Nervenstärke und Klugheit, eine wunderbar kontrollierte und beispiellos ausgewogene Haltung‹.«[45] Etwas nüchterner ist Stern in seinem Urteil, stimmt Schlesinger aber teilweise zu, indem er anmerkt, dass Kennedy die militanten Vorschläge seiner Ratgeber und Mitarbeiter wiederholt abgelehnt habe, die auf den Einsatz militärischer Mittel drängten und friedliche Optionen ablehnten. Die Ereignisse vom Oktober 1962 wurden weithin als Kennedys Sternstunde gefeiert. Wie eine Vielzahl anderer Kommentatoren ist Graham Allison der Meinung, dies sei

ein »Musterbeispiel dafür, wie man Konflikte entschärft, Machtbeziehungen regelt und generell vernünftige außenpolitische Entscheidungen trifft«.[46]

In einem sehr begrenzten Sinn erscheint diese Einschätzung plausibel. Die ExComm-Bänder zeigen, dass der Präsident sich mit seiner Auffassung, wenn es um die Ablehnung unbesonnener Gewalt ging, häufig von anderen, gelegentlich sogar von allen anderen Anwesenden unterschied. Allerdings stellt sich eine weitere Frage: Wie ist JFKs relativ maßvoller Umgang mit der Krise vor dem Hintergrund der eben erörterten Umstände zu beurteilen? Aber diese Frage stellt sich in einer disziplinierten intellektuellen und moralischen Kultur natürlich nicht, da diese das alles bestimmende Grundprinzip bedingungslos anerkennt: Die USA besitzen die Welt – oder deren größten Teil – zu Recht und sind definitionsgemäß eine Kraft des Guten, trotz gelegentlicher Irrtümer und Missverständnisse. Nach diesem Prinzip steht es den Vereinigten Staaten selbstverständlich zu, massive Offensivkräfte überall in der Welt zu stationieren, während es bei anderen – Verbündete und Satellitenstaaten ausgenommen – eine Freveltat wäre, auch nur im Ansatz Gleiches mit Gleichem vergelten zu wollen oder allein daran zu denken, der Gewaltandrohung des wohlmeinenden globalen Hegemons mit Abschreckung zu begegnen.

Auf dieser Doktrin beruht heute in erster Linie der offizielle Vorwurf an die Adresse des Iran: Er könnte ein Abschreckungsmittel gegen die US-amerikanischen und israelischen Streitkräfte haben. Das war auch während der Kuba-Krise ein wichtiger Gesichtspunkt. In den internen Diskussionen äußerten die Kennedy-Brüder die Befürchtung, die kubanischen Raketen könnten die damals erwogene Invasion Venezuelas durch Abschreckung verhindern. Daher »war die Schweinebucht vollkommen richtig«, schloss JFK.[47]

Noch heute tragen diese Prinzipien zum ständigen Risiko eines Atomkriegs bei. Die ernsthaften Gefahrensituationen haben seit der Kuba-Krise nicht abgenommen. Zehn Jahre später, während des israelisch-arabischen Kriegs 1973, rief der Nationale Sicherheitsberater Henry Kissinger eine hohe Alarmstufe (DEFCON 3) aus, um den Russen klarzumachen, dass sie gefälligst

stillzuhalten hatten, während er insgeheim Israel autorisierte, die von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verhängte Feuerpause zu verletzen.[48] Als einige Jahre später Ronald Reagan ins Amt kam, führten die USA Operationen durch, die die sowjetischen Verteidigungsmaßnahmen auf die Probe stellten sowie Luft- und Seeangriffe simulierten. Gleichzeitig stationierten sie in der Bundesrepublik Pershing-Raketen, die in fünf bis zehn Minuten ihre russischen Ziele erreicht hätten und dem Westen damit die Fähigkeit zu einem, wie es die CIA ausdrückte, »superplötzlichen Erstschlag« verliehen.[49] Natürlich löste das große Besorgnis in der Sowjetunion aus, das im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten wiederholt erobert und weitgehend zerstört worden war. Daraus entwickelte sich 1983 eine erhebliche Kriegsangst. Außerdem gab es Hunderte von Fällen, in denen ein Erstschlag durch menschliches Eingreifen in letzter Minute verhindert wurde, nachdem digitale Systeme falschen Alarm ausgelöst hatten. Wir haben keine russischen Aufzeichnungen, aber es gibt keinen Zweifel daran, dass ihre Systeme noch weit fehleranfälliger sind.

Währenddessen haben Indien und Pakistan am Rand eines Atomkriegs gestanden, und die Ursachen ihres Konflikts sind noch immer vorhanden. Beide weigern sich – wie Israel – den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, und beide haben ihre Kernwaffenprogramme mit Unterstützung der USA entwickelt.

1962 wurde der Krieg durch Chruschtschows Bereitschaft vermieden, Kennedys Hegemonieansprüche anzuerkennen. Aber wir können kaum bis in alle Ewigkeit auf solche Vernunft hoffen. Es grenzt an ein Wunder, dass uns der Atomkrieg so lange erspart geblieben ist. Wir haben mehr Anlass denn je, auf die Warnung von Bertrand Russell und Albert Einstein zu hören, die vor fast sechzig Jahren schrieben, die große Wahl, vor der die Welt stehe, sei »drastisch, furchtbar und unausweichlich: Werden wir dem Menschengeschlecht den Untergang bereiten, oder wird die Menschheit auf Krieg verzichten?«[50]

Anmerkungen zum Kapitel

1. Sheldon Stern: *The Week the World Stood Still. Inside the Secret Cuban Missile Crisis*, Palo Alto 2005, S. 5
2. Noam Chomsky: *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Hamburg/Wien 2003, S. 94
3. Michael Dobbs: *One Minute to Midnight. Kennedy, Khrushchev, and Castro on the Brink of Nuclear War*, New York 2008, S. 251
4. Ebd., S. 310
5. Ebd., S. 311
6. Ebd., S. XIII
7. Chauncey G. Parker III: »Missile Crisis. Cooked Up for Camelot?«, *Orlando Sentinel*, 18. Oktober 1992; Robert McNamara, im Interview mit Richard Roth, CNN, ausgestrahlt am 28. November 2003. Transkript veröffentlicht unter: CNN.com, www.cnn.com/TRANSCRIPTS/0311/28/i_dl.00.html (aufgerufen am 5. August 2016)
8. »The Submarines of October«, in: William Burr, Thomas S. Blanton (Hg.): *National Security Archive Electronic Briefing Book No. 75*, 21. Oktober 2002, nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB75/ (aufgerufen am 5. August 2016)
9. Edward Wilson: »Thank You Vasili Arkhipov, the Man Who Stopped Nuclear War«, *The Guardian*, London, 27. Oktober 2012
10. Graham Allison: »The Cuban Missile Crisis at 50: Lessons for U.S. Foreign Policy Today«, *Foreign Affairs* 91, Nr. 4, Juli/August 2012
11. Don Clawson: *Is That Something the Crew Should Know? Irreverent Anecdotes of an Air Force Pilot*, Twickenham 2003, S. 80 f.
12. Office of Air Force History, Oral History Interview of General David A. Burchinal, USAF, durch Col. John B. Schmidt, Lt. Col. Jack Straser, 11. April 1975, Iris Nr. 01011174, in der USAF Collection, AFHRA
13. Stern, *The Week the World Stood Still*, S. 146
14. Ebd., S. 147
15. Ebd., S. 148
16. Ebd., S. 149
17. Ebd., S. 154
18. Summary Record of the Seventh Meeting of the Executive Committee of the National Security Council, 27. Oktober 1962, John F. Kennedy Presidential Library and Museum, microsites.jfklibrary.org/cmc/oct27/doc1.html (aufgerufen am 5. August 2016)
19. Jorge I. Domínguez: »The @#$%& Missile Crisis (Or, What Was ›Cuban‹ About U.S. Decisions During the Cuban Missile Crisis«, *Diplomatic History* 24, Nr. 5, Frühjahr 2000, S. 305 – 315
20. Ernest R. May, Philip D. Zelikow: *The Kennedy Tapes: Inside the White House During the Cuban Missile Crisis*, gekürzte Fassung, New York 2002, S. 47
21. Jon Mitchell: »Okinawa's First Nuclear Missile Men Break Silence«, *Japan Times*, 8. Juli 2012

22. Dobbs, *One Minute to Midnight*, S. 309
23. Sheldon M. Stern: *Averting ›The Final Failure‹. John F. Kennedy and the Secret Cuban Missile Crisis Meetings*, Palo Alto 2003, S. 273.
24. Piero Gleijeses: *Conflicting Missions: Havana, Washington, and Africa, 1959– 1976*, Chapel Hill 2003, S. 26
25. Ervand Abrahamian: *The Coup. 1953, the CIA, and the Roots of Modern U.S.- Iranian Relations*, New York 2013
26. »Most Americans Willing to Re-Establish Ties with Cuba«, Angus Reid Public Opinion Poll, Februar 2012,#www.american.edu/clals/upload/2012-02-06_Polling-on-Cuba_USA-1.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
27. Dobbs, *One Minute to Midnight*, S. 337
28. Ebd., S. 333
29. Stern, *Averting ›The Final Failure‹*
30. Ebd., S. 406
31. Raymond L. Garthoff: »Documenting the Cuban Missile Crisis«, *Diplomatic History* 24, Nr. 2, Frühjahr 2000, S. 297 – 303
32. Papers of John F. Kennedy, Presidential Papers, National Security Files, Meetings and Memoranda, National Security Action Memoranda [NSAM]: NSAM 181, Re: Action to be taken in response to new Bloc activity in Cuba (B), September 1962, JFKNSF-338-009, John F. Kennedy Presidential Library and Museum, Boston, Massachusetts
33. Garthoff: »Documenting the Cuban Missile Crisis«
34. Keith Bolender: *Voices From the Other Side: An Oral History of Terrorism Against Cuba*, London 2010
35. Montague Kern, Rezension von *Selling Fear. Counterterrorism, the Media, and Public Opinion* von Brigitte L. Nacos, Yaeli Bloch-Elkon, Robert Y. Shapiro: *Political Science Quarterly* 127, Nr. 3, Herbst 2012, S. 489 – 492
36. Stern, *The Week the World Stood Still*, S. 2
37. Dobbs, *One Minute to Midnight*, S. 344
38. Noam Chomsky: *Hybris*, S. 104
39. Gleijeses, *Conflicting Missions*, S. 16
40. Arthur M. Schlesinger Jr.: *Robert Kennedy and His Times*, Boston 2002, S. 480; Noam Chomsky: *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Hamburg/Wien 2003, S. 105
41. Chomsky, *Hybris*, S. 102 – 112
42. Stern, *The Week the World Stood Still*, S. 2
43. Desmond Ball: *Politics and Force Levels: The Strategic Missile Program of the Kennedy Administration*, Berkeley 1980, S. 97
44. Garthoff: »Documenting the Cuban Missile Crisis«
45. Dobbs, *One Minute to Midnight*, S. 342
46. Allison: »The Cuban Missile Crisis at 50«
47. Sean M. Lynn-Jones, Steven E. Miller, Stephen Van Evera: *Nuclear Diplomacy and Crisis Management: An International Security Reader*, Cambridge 1990, S. 304

48. William Burr (Hg.): »The October War and U.S. Policy«, National Security Archive, veröffentlicht am 7. Oktober 2003, nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB98/
49. Den Ausdruck »superplötzlicher Erstschlag« prägte McGeorge Bundy und John Newhouse zitierte ihn in: *War and Peace in the Nuclear Age*, York 1989, S. 328
50. Noam Chomsky: *Der gescheiterte Staat*, München 2006, S. 9

9

Die Oslo-Abkommen: Kontext und Konsequenzen

Wohlwollend verfolgte Präsident Bill Clinton im September 1993 auf dem Rasen des Weißen Hauses einen Handschlag zwischen dem israelischen Premierminister Jitzchak Rabin und dem PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat. Es war der krönende Abschluss eines »Versöhnungstags«, wie die Presse ihn andächtig betitelte.[1] Der Anlass war die Grundsatzerklärung zur Beendigung des Nahostkonflikts – das Resultat eines Geheimtreffens in Oslo unter der Ägide der norwegischen Regierung.

Unabhängige Verhandlungen zwischen Israel und Palästina waren seit November 1991 geführt worden. Eingeleitet hatten sie die USA, die sich nach dem gewonnenen ersten Irakkrieg im Glanz ihres Erfolgs sonnten und nun bestätigen wollten, was Präsident George Bush triumphierend verkündet hatte: »Was wir sagen, gilt.«[2] Die Verhandlungen wurden mit einer kurzen Konferenz in Madrid eröffnet und unter der Leitung der USA weitergeführt (offiziell war die dahinsiechende Sowjetunion beteiligt, damit der Anschein einer internationalen Schirmherrschaft erhalten blieb). Die palästinensische Delegation bestand aus Palästinensern der besetzten Gebiete – nachfolgend als »einheimische Palästinenser« bezeichnet – unter Leitung des engagierten und unbestechlichen linken Nationalisten Haidar Abdul Shafi, vermutlich dem angesehensten palästinensischen Politiker. Die »ausländischen Palästinenser« – die PLO mit Sitz in Tunis unter Führung von Jassir Arafat – gehörten nicht zur Delegation, wenngleich sie durch einen inoffiziellen Beobachter vertreten waren, Faisal Husseini. Die große Zahl palästinensischer Flüchtlinge war ungeachtet ihrer Rechte – selbst jener, die ihnen von der UN-Generalversammlung zugesprochen worden waren – komplett ausgeschlossen.

Um das Wesen und die Bedeutung der Oslo-Abkommen und ihrer Konsequenzen beurteilen zu können, müssen wir zunächst Hintergrund und Kontext der Verhandlungen in Madrid und Oslo verstehen. Bereits im November 1988 hatte die PLO ihre Position in einer Erklärung des Palästinensischen Nationalrats dargelegt und damit eine Reihe von diplomatischen Initiativen fortgeführt, die abgelehnt worden waren. Sie verlangte die Gründung eines palästinensischen Staates auf den Gebieten, die seit 1967 von Israel besetzt waren, und forderte den Sicherheitsrat auf, »Vereinbarungen für Sicherheit und Frieden zwischen allen betroffenen Staaten der Region, einschließlich des palästinensischen Staates [und Israels], zu formulieren und diese zu garantieren«.[3] Diese palästinensische Erklärung, die sich am überwältigenden Konsens hinsichtlich einer diplomatischen Lösung orientierte, stimmte fast vollständig mit der Zweistaatenlösung überein, die die arabischen »Konfrontationsstaaten« – Ägypten, Syrien und Jordanien – dem Sicherheitsrat im Januar 1976 präsentiert hatten. Schon damals legten die Vereinigten Staaten ein Veto ein und erneuerten es 1980. Vierzig Jahre lang haben die USA den internationalen Konsens blockiert, und sie tun es noch immer – ungeachtet aller diplomatischen Höflichkeitsfloskeln.

1988 konnte Washington seine Verweigerungshaltung kaum noch aufrechterhalten. Im Dezember war die scheidende Reagan-Administration zur internationalen Lachnummer geworden, weil sie weiterhin verzweifelt vorgab, als einzige Regierung der Welt die Annäherungsversuche der PLO und der arabischen Staaten nicht zu bemerken. Nur widerstrebend beschloss Washington, seinen »Sieg zu verkünden« und zu behaupten, die PLO habe sich am Ende doch noch zu den »magischen Worten« von Außenminister George Shultz durchgerungen und ihre Bereitschaft erklärt, den diplomatischen Weg zu wählen.[4] Wie Shultz in seinen Memoiren deutlich macht, ging es letztlich darum, der PLO eine möglichst große Demütigung zuzufügen, während er gleichzeitig zugibt, dass man das Friedensangebot nicht länger ignorieren konnte. Er berichtete dem Präsidenten, Arafat äußere an einer Stelle »›Onk, onk, onk‹, und an anderer Stelle ›el, el, el‹«, doch er bringe es nicht

über sich, »Onkel« zu sagen. Also wurde dies als totale Kapitulation gewertet, nur eben in dem armseligen Stil, der für solche Leute typisch sei. So wollte man Gespräche auf unterer diplomatischer Ebene mit der PLO erlauben, obwohl von vornherein klar war, dass sie bedeutungslos bleiben würden. Vor allem musste die PLO auf die Forderung nach einer internationalen Konferenz verzichten, damit die Vereinigten Staaten weiterhin die Kontrolle behielten.[5]

Im Mai 1989 antwortete Israels Koalition aus Likud- und Arbeiterpartei auf die palästinensische Zustimmung zur Zweistaatenlösung und erklärte, es könne keinen »weiteren palästinensischen Staat« zwischen Jordanien und Israel geben – nach israelischer Lesart war Jordanien bereits ein palästinensischer Staat, egal, was die Jordanier und die Palästinenser darüber denken mochten. Daher könne »es keine Änderung im Status von Judäa, Samaria und Gaza [dem Westjordanland und Gaza] geben, die nicht in Übereinstimmung mit den grundlegenden Richtlinien der [israelischen] Regierung stehen«.[6] Außerdem würde Israel keine Verhandlungen mit der PLO führen, obwohl es »freie Wahlen« unter israelischer Militärherrschaft zulassen würde – wobei ein Großteil der palästinensischen Führung entweder ohne Anklage im Gefängnis saß oder aus Palästina ausgewiesen worden war.

Unter der neuen Bush-Administration wurde dieser Vorschlag ohne Änderungen in einen Plan aufgenommen, den Außenminister James A. Baker im Dezember 1989 entworfen hatte. Das waren die offiziellen Positionen am Vorabend der Madrider Verhandlungen, in denen Washington die Rolle des »ehrlichen Maklers« übernehmen wollte.

Als Arafat im September 1993 nach Washington reiste, um an der Feier zum »Versöhnungstag« teilzunehmen, wurde der Handschlag in der Titelgeschichte der *New York Times* als »höchst eindrucksvolles Bild« gefeiert. »Mr Arafat verwandelte sich in einen Staatsmann und Friedensstifter«, der unter der Vormundschaft der USA von nun an der Gewalt abschwören wolle.[7] Am kritischen Ende des Mainstream-Spektrums schrieb der *New York Times*-Kolumnist Anthony Lewis, dass die Palästinenser bis zu diesem Moment stets jeden »Kompromiss zurückgewiesen hatten«, dass sie aber nun

endlich willens seien, »den Frieden zu ermöglichen«.[8] Tatsächlich hatten die Vereinigten Staaten und Israel natürlich alle diplomatischen Lösungen abgelehnt, während die PLO immer wieder Kompromisse angeboten hatte. Aber die Verkehrung der Tatsachen durch Lewis war der Normalfall und wurde von der allgemeinen Presse widerspruchslos hingenommen.

Es gab weitere wichtige Entwicklungen in den Jahren vor Madrid und Oslo. Im Dezember 1987 brach im Gaza-Streifen die Intifada aus und ergriff alle besetzten Gebiete.[9] Dieser umfassende, aber dennoch bemerkenswert moderate Aufstand kam für die PLO in Tunis ebenso überraschend wie für die israelischen Besatzungstruppen und ihr umfangreiches System aus militärischen und paramilitärischen Truppen, Überwachung und Kollaborateuren. Die Intifada beschränkte sich nicht auf die Bekämpfung der Besatzung, sondern war darüber hinaus eine soziale Revolution innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, in der mit bestimmten Mustern gebrochen wurde, etwa der Unterdrückung der Frau, der Autorität von Honoratioren und anderen Formen von Hierarchie und Herrschaft.

Obwohl der Zeitpunkt der Intifada unerwartet kam, war der Aufstand selbst nicht überraschend, wenigstens nicht für die Gruppen, die den von den USA unterstützten israelischen Operationen in den besetzten Gebieten auch nur ein geringes Maß an Aufmerksamkeit geschenkt hatten. Es war klar gewesen, dass etwas passieren würde; die menschliche Leidensfähigkeit ist begrenzt. In den vorangegangenen zwanzig Jahren waren die Palästinenser unter militärischer Besatzung unbarmherziger Unterdrückung, Brutalität und grausamen Demütigungen ausgesetzt gewesen, während sie zusehen mussten, wie mehr und mehr von dem Land, das ihnen geblieben war, Israels Siedlungsprogramm anheimfiel, wie riesige Infrastrukturprojekte in Angriff genommen wurden, die das Ziel hatten, Israel weitere wertvolle Teile der besetzten Gebiete einzuverleiben, wie die Besatzer den Palästinensern Rohstoffe raubten und mit einer Anzahl weiterer Maßnahmen versuchten, jede unabhängige Entwicklung in den besetzten Gebieten zu unterbinden. Dabei

konnte Israel immer auf die militärische, wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung der Vereinigten Staaten zählen, die auch für den nötigen ideologischen Rückhalt sorgten, indem sie alle anfallenden Fragen und Probleme entsprechend präsentierten.

Um nur einen Fall zu nennen, der im Westen weder Besorgnis erregte noch sonderlich zur Kenntnis genommen wurde: Kurz vor Ausbruch der Intifada wurde das palästinensische Mädchen Intissar el-Atar auf einem Schulhof in Gaza von einem Bewohner einer nahegelegenen jüdischen Siedlung erschossen.[10] Der Täter war einer von mehreren Tausend Israelis, die Gaza mit Hilfe beträchtlicher staatlicher Zuwendungen besiedelt hatten. Sie wurden durch eine riesige Armeepräsenz geschützt, während sie einen Großteil des Territoriums übernahmen, einschließlich der knappen Wasservorkommen des Gaza-Streifens. So lebten sie »luxuriös in zweiundzwanzig Siedlungen mitten unter 1,4 Millionen mittellosen Palästinensern«, schreibt der israelische Wissenschaftler Avi Raz, der das Verbrechen schildert.[11]

Der Mörder der Schülerin, Schimon Yifrah, wurde verhaftet, aber rasch wieder auf Kaution freigelassen, weil das Gericht zu dem Ergebnis kam: »Die Straftat ist nicht schwer genug«, um eine Haft zu rechtfertigen. Der Richter erläuterte, Yifrah habe nicht beabsichtigt, das Mädchen durch Abfeuern seiner Waffe zu töten, sondern habe es nur erschrecken wollen, daher »handelt es sich nicht um den Fall eines Kriminellen, der durch Verhängung einer Haftstrafe zu bestrafen, abzuschrecken und auf den rechten Weg zu bringen ist«. Yifrah erhielt sieben Monate auf Bewährung, während die Siedler im Gerichtssaal zu singen und zu tanzen begannen. Dann herrschte wieder das übliche Schweigen. Schließlich war es ein Routinefall.

Das war er in der Tat: Als Yifrah freigelassen wurde, berichtete die israelische Presse, eine Armeestreife habe Schüsse in einen Schulhof in einem Flüchtlingscamp im Westjordanland abgegeben und fünf Kinder verwundet, auch hier nur, um »sie zu erschrecken«. Weder wurde Anklage erhoben, noch erregte der Vorfall irgendwelche Aufmerksamkeit. Es sei nur eine weitere Episode in dem Programm »Analphabetismus als Strafe«, schrieb die

israelische Presse. Im Rahmen dieser Aktion schlossen die Israelis Schulen, setzten Tränengas ein, schlugen Schüler mit Gewehrkolben und verweigerten Verwundeten medizinische Hilfe. Auf Anordnung von Verteidigungsminister Jitzchak Rabin ging das Militär während der Intifada mit noch größerer Brutalität vor. Nach zwei Jahren gewalttätiger und sadistischer Unterdrückung informierte Rabin die Leiter von Schalom Achschaw (Frieden jetzt), dass »die Bewohner ›der Gebiete‹ einem strengen militärischen und wirtschaftlichen Druck ausgesetzt sind. Am Ende werden sie den Widerstand aufgeben« und Israels Bedingungen akzeptieren – wie sie es dann auch taten, als Arafat durch den Oslo-Prozess wieder die Kontrolle übernahm.[12]

Die Madrider Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern blieben ab 1991 ergebnislos, in erster Linie, weil Abdul Shafi darauf bestand, dass die Expansion der israelischen Siedlungen beendet würde. Die Siedlungen waren alle illegal, wie wiederholt von internationalen Behörden festgestellt wurde, unter anderem auch vom Sicherheitsrat (neben anderen Resolutionen, in UNSC 446, die mit 12 zu 0 Stimmen angenommen wurde, bei Stimmenthaltung der USA, Großbritanniens und Norwegens).[13] Später hat der Internationale Gerichtshof bestätigt, dass die Siedlungen jeder Rechtsgrundlage entbehren. Zu demselben Ergebnis waren Ende 1967, als die Siedlungsprojekte begannen, Israels höchste Rechtsinstitutionen und Vertreter der Regierung gekommen. Zu dem kriminellen Unterfangen gehörten auch die enorme Expansion und die Annexion von Großjerusalem in expliziter Verletzung von wiederholten Beschlüssen des Sicherheitsrates.[14]

Israels Position bei Eröffnung der Madrider Konferenz wurde von dem israelischen Journalisten Danny Rubinstein, einem der bestinformierten Analytiker zum Thema der besetzten Gebiete, zutreffend beschrieben.[15] Er sagte vorher, dass sich Israel und die Vereinigten Staaten in Madrid sicherlich auf eine Form palästinensischer »Autonomie« einigen würden, wie es das Camp-David-Abkommen von 1978 vorsah, aber, so Rubinstein weiter, Israel und die USA wollten die »Autonomie wie in einem

Kriegsgefangenenlager organisieren (…), wo die Insassen ›autonom‹, also ungestört, ihre Mahlzeiten bereiten und kulturelle Veranstaltungen durchführen können«.[16] Den Palästinensern würde man ein bisschen mehr als bisher zugestehen – etwa die Kontrolle über lokale Dienstleister –, und die israelischen Siedlungsprogramme würden sich fortsetzen.

Während die Madrider Verhandlungen und die Osloer Geheimverhandlungen stattfanden, wurden diese Programme rasch ausgeweitet, zunächst unter Jitzchak Schamir, danach unter Jitzchak Rabin, der 1992 Ministerpräsident wurde und sich »damit brüstete, dass in seiner Amtszeit in ›den Gebieten‹ mehr Wohnbauten errichtet wurden als in irgendeinem Zeitraum seit 1967«. Rabin erklärte das Grundprinzip kurz und knapp: »Wichtig ist, was innerhalb der Grenzen liegt, und weniger wichtig ist, wo die Grenzen sind, solange der Staat [Israel] den größten Teil des Gebietes vom Land Israel [Eretz Israel, das ehemalige Palästina] umfasst, dessen Hauptstadt Jerusalem ist.«

Israelische Forscher berichteten, das Ziel der Regierung Rabin habe darin bestanden, »die Einflusszone von Großjerusalem« radikal zu erweitern, so dass sie sich von Ramallah bis Hebron und bis an die Grenze von Maale Adumim bei Jericho erstreckte, und »die Ringe zusammenhängender jüdischer Siedlungen in der Einflusszone Großjerusalems zu vollenden, um auf diese Weise die palästinensischen Gemeinden weiter einzukreisen, ihre Entwicklung einzuschränken und unter allen Umständen zu verhindern, dass Ostjerusalem eine palästinensische Hauptstadt werden könnte«. Darüber hinaus »ist ein riesiges Straßennetz im Bau, das das Rückgrat des Siedlungsmusters bildet«.[17]

Die Programme wurden nach den Oslo-Abkommen rasch ausgeweitet, einschließlich neuer Siedlungen und der »Verdichtung« alter Siedlungen, der Schaffung besonderer Anreize, um neue Siedler anzulocken, und des Baus von Schnellstraßen, um das Gebiet in Kantone aufzuteilen. Das annektierte Ostjerusalem nicht mitgerechnet, nahm die Bautätigkeit laut einer Schalom-Achschaw-Studie zwischen 1993 und 1995 um mehr als vierzig Prozent zu.[18] Die staatlichen Zuschüsse für Siedlungen in den

besetzten Gebieten stiegen 1994, in dem Jahr nach dem Abkommen, um siebzig Prozent.[19] *Davar*, die Zeitung der regierenden Arbeiterpartei, berichtete, Rabins Regierung habe die Prioritäten ihrer Vorgängerin, der ultrarechten Schamir-Regierung, übernommen. Während die Arbeiterpartei vorgab, die Siedlungen einzufrieren, »griff sie ihnen finanziell noch stärker unter die Arme, als die Schamir-Regierung es je getan hatte«, und vergrößerte sie »überall im Westjordanland, sogar an äußerst umstrittenen Orten«.[20] In den folgenden Jahren wurde diese Politik vorangetrieben und dient gegenwärtig als Grundlage für die laufenden Programme der Regierung Netanyahu. Ihr Ziel ist es, Israel die Kontrolle über rund vierzig bis fünfzig Prozent des Westjordanlands zu verschaffen, während der Rest in Kantone unterteilt wird. Diese sind vollkommen eingeschlossen, wenn Israel das Jordantal übernimmt, und unter eklatanter Missachtung der Oslo-Abkommen von Gaza abgetrennt. Damit wäre gewährleistet, dass ein potentielles palästinensisches Gebilde keinen Zugang zur Außenwelt hätte.

Die Intifada wurde von den einheimischen Palästinensern vorbereitet und ausgeführt. Die PLO in Tunis versuchte, einen gewissen Einfluss auf die Ereignisse auszuüben, aber mit wenig Erfolg. Die Programme, die in den frühen neunziger Jahren stattfanden, während Verhandlungen liefen, vertieften die Entfremdung zwischen den einheimischen Palästinensern und der PLO-Führung im Ausland.

Unter diesen Umständen war es nicht überraschend, dass Arafat nach einer Möglichkeit suchte, die Autorität der PLO wiederherzustellen. Diese Gelegenheit boten die Geheimverhandlungen zwischen ihm und Israel unter norwegischer Schirmherrschaft, bei denen die lokale Führung übergangen wurde. Als die Verträge im August 1993 beschlossen wurden, untersuchte Lamis Andoni, eine der wenigen Journalisten, die genau beobachteten, was bei den Palästinensern in den besetzten Gebieten und in den Flüchtlingslagern benachbarter Länder geschah, die wachsende Abkehr von der PLO. Andoni berichtete, die PLO »steht vor der schwersten Krise seit ihren Anfängen als

Palästinensergruppe – die Fatah ausgenommen. Die Unabhängigen distanzieren sich von der PLO [und der] schrumpfenden Clique um Jassir Arafat.« Weiter berichtete sie: »Zwei hochrangige Mitglieder des PLO-Exekutivkomitees, der palästinensische Dichter Mahmoud Darwish und Shafiq al-Hout, sind aus dem Exekutivkomitee ausgetreten«, während die palästinensischen Unterhändler ihren Rücktritt anboten und sich selbst Gruppen, die in der Organisation blieben, von Arafat distanzierten. Der Chef der Fatah im Libanon forderte Arafat auf, sein Amt niederzulegen, gleichzeitig nahm in den besetzten Gebieten der Widerstand gegen ihn persönlich und gegen die PLO-Korruption zu. Neben dem »raschen Zerfall der Hauptgruppe und Arafats Verlust an Unterstützung innerhalb seiner eigenen Bewegung (…) konnte die rasche Auflösung der PLO-Institutionen und die stetige Erosion der Anhängerschaft jeden Durchbruch bei den Friedensgesprächen zur Bedeutungslosigkeit verurteilen«. »Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte der PLO war der Widerstand gegen die Führung und gegen Arafat selbst so stark«, schrieb Andoni, »während sich zum ersten Mal das Gefühl durchsetzt, dass man nicht mehr die Rolle der PLO verteidigen muss, um die nationalen Rechte der Palästinenser zu wahren. Viele glauben, die Politik der Führung zerstöre die palästinensischen Institutionen und setze die nationalen Rechte der Palästinenser aufs Spiel.« Aus diesen Gründen, so meint Andoni, habe Arafat die vom Oslo-Abkommen angebotene Jericho-Gaza-Option angestrebt, von der er sich erhoffte, dass sie »die Autorität der PLO stärken würde, vor allem angesichts der Anzeichen dafür, dass die israelische Regierung über ihren eigenen Schatten springen und direkte Gespräche mit der PLO führen könnte, wodurch diese die Legitimität zurückerhielte, die sie intern verloren hat«.

Mit Sicherheit wussten die Israelis von den Entwicklungen innerhalb Palästinas und hielten es vermutlich für vorteilhaft, mit der Gruppe zu verhandeln, von der es hieß, sie »zerstöre die palästinensischen Institutionen und setze die nationalen Rechte der Palästinenser aufs Spiel«, bevor die Bevölkerung versuchen würde, ihre nationalen Ziele und Rechte auf andere Weise durchzusetzen.

Bei den Palästinensern innerhalb der besetzten Gebiete war die Reaktion auf die Oslo-Abkommen gemischt. Einige machten sich große Hoffnungen. Andere sahen wenig Grund zum Feiern. »Die Bestimmungen des Abkommens haben selbst gemäßigte Palästinenser in Aufregung versetzt, weil sie befürchten, dass die Abkommen Israels Kontrolle über die besetzten Gebiete festigen«, berichtete Andoni. Saeb Erekat, ein hochrangiger palästinensischer Unterhändler, erklärte: »Dieses Abkommen hat offensichtlich nicht das Ziel, die israelische Besetzung allmählich zu beenden, sondern soll sie nur neu ordnen.«[21] Sogar Faisal Husseini, ein enger Vertrauter Arafats, erklärte, das Abkommen sei »ganz gewiss nicht der Anfang, auf den unser Volk gehofft hat«. Haidar Abdul Shafi kritisierte die PLO-Führung, weil sie ein Abkommen akzeptiert habe, das Israel die Fortsetzung seiner Politik erlaube: Siedlungsbau und Landnahme, »Annexion und Judaisierung« des erweiterten Stadtgebiets von Jerusalem und seine »wirtschaftliche Hegemonie« über die Palästinenser. Er weigerte sich, den Feierlichkeiten auf dem Rasen des Weißen Hauses beizuwohnen.[22] Als besonders ärgerlich empfanden viele »das schäbige Verhalten der PLO-Führung, unter anderem die Tatsache, dass sie die Palästinenser überging, die siebenundzwanzig Jahre lang unter der israelischen Besatzung gelitten hatten, und stattdessen die Macht Leuten zuschanzte, die aus Tunis kamen«, meinte Youssef Ibrahim in der *New York Times*. Weiter berichtete er, dass die PLO-Repräsentanten »von palästinensischen Jugendlichen mit einem Steinhagel empfangen wurden, als sie in israelischen Militärjeeps in Jericho einfuhren«.[23] Arafats provisorische Liste für seine Regierungsmannschaft offenbarte, »dass er entschlossen war, sie mit Getreuen und Mitgliedern der palästinensischen Diaspora zu besetzen«, berichtete Julian Ozanne aus Jerusalem in der *Financial Times*. Mit Faisal Husseini und Zakaria al-Agha wurden lediglich zwei palästinensische »Einheimische« berücksichtigt – beide Arafat-Getreue.[24] Die anderen kamen aus Arafats »loyalen politischen Fraktionen« außerhalb der besetzten Gebiete.

Ein Blick auf den tatsächlichen Inhalt der Oslo-Abkommen zeigt, dass auch diese Reaktionen noch allzu optimistisch waren. Die

Grundsatzerklärung äußerte sich sehr ausführlich über Israels Forderungen, blieb aber wortkarg, was die nationalen Rechte der Palästinenser anging. Sie entsprach dem Entwurf von Dennis Ross – er war der wichtigste Nahostberater von Präsident Clinton, Verhandlungsführer 2000 in Camp David und maßgeblicher Berater auch für Obama. Wie Ross erklärte, haben die Israelis Bedürfnisse, die Palästinenser jedoch nur Wünsche – die offenbar von geringerer Bedeutung sind.[25]

In Artikel 1 der Grundsatzerklärung heißt es, als Endergebnis werde »eine dauerhafte Regelung gemäß den UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338« angestrebt. Wer mit den diplomatischen Gepflogenheiten im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt vertraut ist, dürfte ohne Schwierigkeiten erkennen, was gemeint ist. In den Resolutionen 242 und 338 ist keine Rede von palästinensischen Rechten, abgesehen von einem vagen Hinweis auf eine »gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems«.[26] Spätere Resolutionen, die sich auf die nationalen Rechte der Palästinenser beziehen, blieben in der Grundsatzerklärung unberücksichtigt. Wenn die Krönung des »Friedensprozesses« die Implementierung entsprechend dieser Gesichtspunkte ist, können sich die Palästinenser von ihren Hoffnungen auf ein begrenztes Maß an nationalen Rechten im ehemaligen Palästina ein für alle Mal verabschieden.

In weiteren Artikeln der Grundsatzerklärung wird dieser Aspekt noch deutlicher ausgeführt. Dort heißt es unter anderem, die palästinensische Machtbefugnis erstrecke sich auf »das Westjordanland und den Gazastreifen, außer in Fragen, die Gegenstand der permanenten Statusverhandlungen sind: Jerusalem, Siedlungen, Militärstandorte und Israelis« – mit anderen Worten, in allen Fragen von Bedeutung.[27] Weiterhin »wird Israel nach dem israelischen Rückzug auch in Zukunft für die äußere Sicherheit, für die innere Sicherheit und für die öffentliche Ordnung der Siedlungen und der Israelis verantwortlich sein. Israelische Militärangehörige und Zivilisten können wie bisher ungehindert die Straßen innerhalb des Gaza-Streifens und des Gebiets von Jericho benutzen«, also in den Gebieten, aus denen Israel sich –

irgendwann – zurückziehen sollte.[28] Kurzum, es wird keine nennenswerten Veränderungen geben. Auch findet sich kein einziges Wort über die Siedlungsprogramme, die den Kern des Konflikts bilden und schon vor ihrer enormen Ausweitung im Zuge des Oslo-Prozesses alle Aussichten auf eine vernünftige palästinensische Selbstbestimmung aushebelten. Nur wenn man sich zu der Haltung durchringen kann, die gelegentlich als »absichtliche Ignoranz« bezeichnet wird, kann man glauben, der Oslo-Prozess sei wirklich ein Weg zum Frieden gewesen. Trotzdem wurde diese Überzeugung bei westlichen Kommentatoren und Intellektuellen praktisch zum Dogma.

Auf die Oslo-Abkommen folgten weitere Vereinbarungen zwischen Israel und Arafat/PLO. Die erste und wichtigste war 1995 Oslo II, kurz bevor Ministerpräsident Rabin ermordet wurde, ein tragisches Ereignis, auch wenn die Legende von »Rabin, dem Friedensstifter« einer näheren Prüfung nicht standhält.

Das Oslo-II-Abkommen wirkt wie die Arbeit intelligenter Jurastudenten, denen man aufgetragen hat, ein Dokument aufzusetzen, das den USA und Israel die Möglichkeit gibt, weiterhin nach Belieben zu verfahren, dabei aber Raum lässt für Spekulationen über akzeptablere Ergebnisse. Wenn sich diese Resultate dann nicht einstellen, kann man immer noch die »Extremisten« dafür verantwortlich machen, den verheißungsvollen Prozess zum Scheitern gebracht zu haben.

Um ein Beispiel zu nennen: Nach dem Oslo-II-Abkommen blieben (illegale) Siedler in den besetzten Gebieten unter israelischer Rechtsprechung und Gesetzgebung. Offiziell: »Die israelische Militärregierung [in den besetzten Gebieten] soll in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die notwendigen legislativen, judikativen und exekutiven Gewalten und Kompetenzen besitzen« – was die Vereinigten Staaten und Israel unter stillschweigender europäischer Duldung stets nach Belieben ausgelegt haben. Dieser Ermessensspielraum räumte den zuständigen Behörden praktisch auch das Vetorecht gegenüber der palästinensischen Gesetzgebung ein. Im Abkommen hieß es, dass jedwede »Gesetzgebung, die bestehende [von Israel aufgezwungene]

Gesetze oder Militärbefehle ergänzt oder aufhebt (…), unwirksam bleibt und *ab initio* null und nichtig ist, wenn sie die Zuständigkeit des [palästinensischen] Rates überschreitet« – der in den meisten besetzten Gebieten überhaupt keine Befugnis besaß und auch ansonsten von israelischer Zustimmung abhängig war – »oder in anderer Weise mit diesem oder irgendeinem anderen Abkommen unvereinbar ist«. Außerdem »soll die palästinensische Seite die legalen Rechte der Israelis (einschließlich der Unternehmen im Besitz von Israelis) an Grundeigentum respektieren, die in Gebieten unter der territorialen Rechtshoheit des Rates liegen« – das heißt in den eingegrenzten Gebieten, in denen die palästinensischen Behörden eine Rechtshoheit besitzen, die israelischer Zustimmung unterliegt; das gilt insbesondere für ihre Rechte gegenüber der Regierung und für sogenanntes *absentee land*, eine komplexe Rechtskonstruktion, die im Grunde genommen festlegt, dass Land, das nicht in den besetzten Gebieten lebenden Palästinensern gehört und von Israel in Besitz genommen worden ist, der israelischen Rechtsprechung unterliegt.[29] Die beiden letzten Kategorien konstituieren den größten Teil der Region, obwohl die israelische Regierung, die die Grenzen einseitig festlegt, keine offiziellen Zahlen liefert. Die israelische Presse berichtete, der »ungenutzte staatliche Grundbesitz« belaufe sich auf rund die Hälfte des Westjordanlands und der gesamte staatliche Grundbesitz auf ungefähr 70 Prozent.[30]

Damit hob Oslo II die Entscheidungen der gesamten Staatengemeinschaft und aller zuständigen Justizbehörden auf, nach denen Israel keinen Anspruch auf die 1967 besetzten Gebiete hat und die Siedlungen rechtswidrig sind. Die palästinensische Seite erkannte ihre Rechtmäßigkeit an, dazu noch eine Reihe nicht weiter bezeichneter legaler Rechte der Israelis überall in den besetzten Territorien, einschließlich der Zonen A und B (unter bedingter palästinensischer Kontrolle). Oslo II bestätigte mit Nachdruck die größte Errungenschaft von Oslo I: Alle UN-Resolutionen, die in irgendeiner Weise die palästinensischen Rechte betrafen, wurden aufgehoben – auch diejenigen, die sich auf die Rechtmäßigkeit der Siedlungen, den Status von Jerusalem und

das Recht auf Rückkehr bezogen. So wurden praktisch mit einem Federstrich alle Fortschritte der Nahostdiplomatie annulliert, abgesehen von der Version, die in dem einseitigen, von den USA geleiteten »Friedensprozess« implementiert wurde. Die Grundtatsachen wurden nicht nur aus der Geschichte gelöscht – zumindest in den US-Kommentaren -, sondern auch offiziell entfernt.

Auf diese Weise hat sich die Entwicklung bis in die Gegenwart fortgesetzt.

Wie erwähnt, war es verständlich, dass Arafat die Gelegenheit zu dem Versuch nutzte, die einheimische palästinensische Führung zu übergehen und seine schwindende Macht in den besetzten Gebieten wieder zu festigen. Aber was dachten sich eigentlich die norwegischen Unterhändler bei dem, was sie da taten? Die einzige ernsthafte wissenschaftliche Studie zu dieser Frage ist meines Wissens die Arbeit von Hilde Henriksen Waage, die vom norwegischen Außenministerium beauftragt worden war, das Thema zu untersuchen, und Zugang zu den internen Dokumenten erhielt – woraufhin sie die bemerkenswerte Entdeckung machte, dass die Unterlagen, die die entscheidende Phase betreffen, fehlen.[31]

Waage stellt fest, dass die Oslo-Abkommen sicherlich ein Wendepunkt in der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts waren, während sie gleichzeitig Oslo als die »Welthauptstadt des Friedens« etablierten. Von dem Oslo-Prozess hatte man »erwartet, dass er dem Nahen Osten Frieden bringen würde«, schreibt Waage, aber »für die Palästinenser führte er zur Parzellierung des Westjordanlands, zur Verdoppelung der Zahl israelischer Siedler, dem Bau einer lähmenden Sperranlage, einer drakonischen Einschließung und einer nie dagewesenen Trennung zwischen Gaza-Streifen und Westjordanland«.[32]

Waage gelangt zu dem plausiblen Schluss, dass der »Oslo-Prozess als eine perfekte Fallstudie für die Mängel dienen könnte«, die das Modell »der Mediation durch eine dritte Partei aufweisen kann, wenn ein kleiner Staat die Rolle der dritten Partei in einem extrem asymmetrischen Konflikt übernimmt«. Dann fuhr sie mit

einer sehr treffenden Formulierung fort: »Der Oslo-Prozess wurde nach Israels Vorgaben durchgeführt, wobei Norwegen als Israels nützlicher Laufbursche fungierte.« »Die Norweger glaubten«, schreibt sie, »dass sich durch Dialog und allmähliche Vertrauensbildung eine unumkehrbare Friedensdynamik entwickeln könnte, die den Prozess vorantreiben und zu einer Lösung bringen würde. Allerdings liegt das Problem dieser Methode darin, dass es nicht um Vertrauen, sondern um Macht geht. Der Mediationsprozess verbirgt diese Wirklichkeit. Letztlich sind die Ergebnisse, die durch einen Mediator in der Rolle der dritten Partei erreicht werden können, nicht mehr, als die starke Partei erlaubt (…). Daher stellt sich die Frage, ob ein solches Modell jemals angemessen sein kann.«[33]

Eine gute Frage, über die man nachdenken sollte, zumal sich unter den gebildeten Bewohnern des Westens die Auffassung durchsetzt, es ließen sich ernsthafte und sinnvolle israelisch-palästinensische Verhandlungen unter der Ägide der USA als »ehrlichem Makler« durchführen. Dabei sind diese in Wirklichkeit ein Partner Israels und blockieren seit vierzig Jahren eine diplomatische Lösung, die sonst fast universelle Zustimmung findet.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Vgl. beispielsweise David M. Shribman: »At White House, Symbols of a Day of Awe«, *The Boston Globe*, 29. September 1995; Maureen Dowd: »Mideast Accord: The Scene; President's Tie Tells It All: Trumpets for a Day of Glory«, *The New York Times*, 14. September 1993 (»selbst die Abgebrühten waren beeindruckt«)
2. George H. W. Bush: Interview in den NBC Nightly News, 2. Februar 1991
3. Deputy Permanent Observer of the Palestine Liberation Organization to the United Nations secretary general, 16. November 1988, domino.un.org/UNISPAL.NSF/0/6EB54A389E2DA6C6852560DE0070E392 (aufgerufen am 5. August 2016)
4. R. C. Longworth: »Shultz Helps Arafat Get Right Words«, *Chicago Tribune*, 15. Dezember 1988
5. George P. Shultz: *Turmoil and Triumph: My Years as Secretary of State*, New York 1993, S. 1043

6. »Israel's Peace Initiative«, U.S. Embassy in Israel Archive, 14. Mai 1989
7. Elaine Sciolino: »Mideast Accord: The Ceremony; Old Enemies Arafat and Rabin to Meet«, *The New York Times*, 12. September 1993
8. Anthony Lewis: »Abroad at Home; A Chance to Live«, *The New York Times*, 13. September 1993
9. Edward W. Said: »Intifada and Independence«, in: Zachary Lockman, Joel Beinin (Hg.), *Intifada: The Palestinian Uprising Against Israeli Occupation*, Boston 1989, S. 5 – 22
10. Dan Fisher: »Israeli Settlers Kill Arab Girl, 17, at Gaza Protest«, *Los Angeles Times*, 11. November 1987
11. Avi Raz: *The Bride and the Dowry: Israel, Jordan, and the Palestinians in the Aftermath of the June 1967 War*, New Haven 2012
12. Noam Chomsky: *Offene Wunde Nahost, Israel, die Palästinenser und die US-Politik*, Hamburg/Wien 2002, S. 236 – 282
13. UN-Sicherheitsratsresolution 446, 22. März 1979, domino.un.org/UNISPAL.NSF/0/ba123cded3ea84a5852560e50077c2dc (nicht verfügbar, 5. August 2016)
14. »Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory«, International Court of Justice, 30. Januar 2004, www.icj-cij.org/docket/files/131/1591.pdf (aufgerufen am 5. August 2016); Gershom Gorenberg: *The Accidental Empire. Israel and the Birth of the Settlements, 1967 – 1977*, New York 2006
15. Danny Rubinstein: *Haaretz*, 23. Oktober 1991. Zu dieser und den folgenden Quellen vgl., falls nicht anders zitiert: Noam Chomsky: *World Orders Old and New*, New York 1994
16. Chomsky, *Offene Wunde Nahost, Israel, die Palästinenser und die US-Politik*, S. 303
17. Chomsky, *World Orders Old and New*, S. 261 – 264
18. Dean Andromidas: »Israeli ›Peace Now‹ Reveals Settlements Grew Since Oslo«, *EIR International* 27, Nr. 49, 15. Dezember 2000; Chomsky, *World Orders Old and New*, S. 282
19. Chomsky, *World Orders Old and New*, S. 282
20. *The Other Front*, Oktober 1995; *News from Within*, November 1995. Vgl. auch Noam Chomsky, *World Orders Old and New*, und *Powers and Prospects. Reflections on Human Nature and the Social Order*, Chicago 2015
21. Falls nicht anders angegeben, zitiert aus: Lamis Andoni: »Arafat and the PLO in Crisis«, *Middle East International* 457 (28. August 1993), und Lamis Andoni: »Arafat Signs Pact Despite Misgivings All Around Him«, *Christian Science Monitor*, 5. Mai 1994
22. Chomsky, *World Orders Old and New*, S. 269
23. Youssef M. Ibrahim: »Mideast Accord: Jericho; Where P.L.O. Is to Rule, It Is Nowhere to Be Seen«, *The New York Times*, 6. Mai 1994
24. Chomsky, *World Orders Old and New*, S. 269
25. Zu einer eingehenden Analyse der Ross'schen Position vgl. Norman Finkelstein, *Dennis Ross and the Peace Process: Subordinating Palestinian Rights to Israeli »Needs«*, Washington 2007

26. UN Security Council Resolution 242, 22. November 1967, domino.un.org/unispal.nsf/0/7D35E1F729DF491C85256EE700686136 (nicht verfügbar, am 5. August 2016); UN Security Council Resolution 338, 22. Oktober 1973, unispal.un.org/DPA/DPR/unispal.nsf/181c4bf00c44e5fd85256cef0073c426/7fb7c26fcbe80a31852560c50065f878?OpenDocument (nicht verfügbar, am 5. August 2016)
27. Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip, Article XI, 28. September 1995, www.unsco.org/Documents/Key/Israeli-Palestinian%20Interim%20Agreement%20on%20the%20West%20Bank%20and%20the%20Gaza%20Strip.pdf
28. Chomsky, *World Orders Old and New*, S. 248
29. Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip, Article XI, 28. September 1995
30. Chomsky, *World Orders Old and New*, S. 278
31. Hilde Henriksen Waage: »Postscript to Oslo: The Mystery of Norway's Missing Files«, *Journal of Palestine Studies*, 38, Herbst 2008
32. Vgl. zum Beispiel: Edward Said: »Arafat's Deal«, *Nation*, 20. September 1993, und »The Israel-Arafat Agreement«, *Z Magazine*, Oktober 1993
33. Waage, »Postscript to Oslo«

10

Vor der Vernichtung

Um herauszufinden, was die Zukunft uns bringen könnte, wäre es vielleicht sinnvoll, die Menschheit einmal von außen zu betrachten. Stellen Sie sich also vor, Sie seien ein außerirdischer Beobachter, der versucht, einen neutralen Standpunkt einzunehmen und herauszufinden, was auf der Erde vor sich geht. Vielleicht können Sie sich auch in die Situation eines Historikers versetzen, der hundert Jahre von uns entfernt in der Zukunft lebt und von dort aus betrachtet, was hier heute geschieht (einmal angenommen, es gibt in hundert Jahren noch Historiker, wovon wir nicht unbedingt ausgehen können). Sie würden dann etwas Bemerkenswertes beobachten.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit haben wir die Fähigkeit entwickelt, uns selbst zu vernichten. Das ist schon seit 1945 der Fall. Jetzt begreifen wir endlich, dass es mehrere Langzeitprozesse gibt, wie etwa die Umweltzerstörung, die uns in dieselbe Richtung führen – vielleicht nicht bis zur totalen Vernichtung, zumindest aber zur Vernichtung aller Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz. Außerdem gibt es andere Gefahren, zum Beispiel Pandemien, die eng mit der Globalisierung und einer größeren Mobilität zusammenhängen. Es existieren folglich bestimmte Prozesse und zudem Einrichtungen, wie Kernwaffensysteme, die unsere organisierte Existenz nachhaltig beeinträchtigen oder vollständig vernichten könnten.

Die Frage lautet: Was tun die Menschen dagegen? Denn nichts von alldem ist geheim. Alle Fakten liegen offen. Man müsste sich geradezu Mühe geben, um sie nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Es gibt eine ganze Bandbreite von Reaktionen. Die einen bemühen sich verzweifelt, die Gefahren zu bekämpfen, andere

tragen sogar noch zu ihnen bei. Wenn Sie, der Historiker in der Zukunft oder der Beobachter von einem anderen Stern, untersuchten, wer zu welcher Gruppe gehört, würden Sie etwas Sonderbares feststellen: Jene, die versuchen, die Gefahren einzudämmen oder sie gar zu beseitigen, zählen zu den am wenigsten entwickelten Gesellschaften – zu Gemeinschaften von Ureinwohnern oder deren Nachkommen, zu Stammesgesellschaften und den First Nations Kanadas. Sie beschäftigen sich nicht mit dem Atomkrieg, sondern mit der Umweltkatastrophe. Und sie wollen wirklich etwas verändern.

Tatsächlich gibt es auf der ganzen Erde – in Australien, Indien, Südamerika – heftige Auseinandersetzungen über diesen Streitpunkt, teils sogar bewaffnete Konflikte. In Indien wird ein regelrechter Krieg geführt, in dem es um den Schutz der Umwelt geht. Stammesgesellschaften versuchen, den Abbau von Rohstoffen zu verhindern, der nicht nur lokale Schäden hervorrufen würde, sondern auch weiterreichende Folgen hätte. In vielen Gesellschaften, in denen Ureinwohner Einfluss besitzen, ist der Widerstand erfolgreich. Vor allem Bolivien hat eine sehr entschiedene Haltung zur globalen Erwärmung. Dort bilden die Indianer die Mehrheit, und die »Rechte der Natur« werden von der Verfassung geschützt. Ecuador, ebenfalls ein Land mit einem hohen indianischen Bevölkerungsanteil, ist, soweit ich weiß, das einzige ölexportierende Land, dessen Regierung Unterstützung sucht bei dem Versuch, das Öl im Boden zu lassen, statt es zu fördern und zu exportieren – denn es gehöre in den Boden.

Der kürzlich verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez wurde von der westlichen Welt verhöhnt, beleidigt und gehasst. Vor ein paar Jahren zog er sich auf einer Sitzung der UNO-Vollversammlung viel Spott zu, weil er George W. Bush als »Teufel« bezeichnete. Aber er hielt dort auch eine interessante Rede. Venezuela ist einer der größten Ölförderer; fast das gesamte Bruttosozialprodukt des Landes beruht auf Öl. In seiner Rede warnte Chávez vor den Gefahren der Übernutzung fossiler Brennstoffe und forderte die ölfördernden und -einführenden Länder auf, gemeinsam nach einem Weg zu suchen, um den Ölkonsum

einzuschränken. Für den Präsidenten eines ölfördernden Landes war das beispiellos. Chávez hatte indianische Wurzeln, war zum Teil indianischer Herkunft. Während die Medien über sein oft komisch wirkendes Verhalten bei den Vereinten Nationen gar nicht ausführlich genug berichten konnten, zeigten sie für diese seriöse Seite seiner Auftritte in der Vollversammlung nicht das geringste Interesse.[1]

Auf der einen Seite des Konflikts befinden sich also Stammesgesellschaften, die versuchen, die Katastrophe abzuwenden. Auf der anderen Seite geben sich die reichsten und mächtigsten Gesellschaften der Weltgeschichte, etwa die Vereinigen Staaten und Kanada, große Mühe, die Umwelt so schnell wie möglich zu zerstören. Im Gegensatz zu Ecuador und vielen Gemeinschaften aus Ureinwohnern überall auf der Welt wollen sie so schnell wie möglich auch noch den letzten Tropfen Kohlenwasserstoff aus dem Boden pressen. Die beiden politischen Parteien der USA, Präsident Obama, die Medien und die internationale Presse scheinen dem, wie sie griffig formulieren, »Jahrhundert der amerikanischen Energie-Unabhängigkeit« mit großer Freude entgegenzusehen. »Energie-Unabhängigkeit« ist eigentlich ein völlig bedeutungsloses Konzept, aber sehen wir einmal über diesen Aspekt hinweg. Gemeint ist Folgendes: Wir werden in einem Jahrhundert leben, in dem wir die Nutzung fossiler Brennstoffe maximieren und weiter zur Zerstörung der Erde beitragen.

Und das trifft eigentlich auf alle Länder zu. Zugegeben, bei der Entwicklung alternativer Energien tut sich in Europa einiges. Die USA dagegen, das reichste und mächtigste Land der Geschichte, sind unter vielleicht hundert Staaten, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, der einzige ohne eine nationale Energiepolitik, die die Nutzung fossiler Brennstoffe einschränkt oder Ziele für die Entwicklung erneuerbarer Energien festsetzt. Doch das liegt keineswegs daran, dass die Bevölkerung es nicht will; im internationalen Vergleich liegt die Besorgnis der Amerikaner über die globale Erwärmung durchaus im Normalbereich. Es sind die institutionellen Strukturen, die alle Veränderungen blockieren. Die

Wirtschaft will es nicht, und deren Einfluss auf die Politik ist so übermächtig, dass sich hier – wie bei vielen anderen Themen – die Schere zwischen öffentlicher Meinung und Politik immer weiter öffnet.

Das wäre also das, was ein künftiger Historiker – so es ihn denn gäbe – beobachten würde. Vielleicht würde er auch eine der heutigen wissenschaftlichen Zeitschriften lesen. Egal, welche Publikationen man aufschlägt, sie überbieten einander an düsteren Vorhersagen.

Das andere große Thema ist der Atomkrieg. Wir wissen seit langem, dass ein Erstschlag irgendeiner Großmacht vermutlich jede Zivilisation vernichten würde, selbst wenn es keinen Gegenschlag gäbe – allein der atomare Winter, der darauf folgte, würde schon ausreichen. Sie können es im *Bulletin of the Atomic Scientists* nachlesen; alles ist hinreichend bekannt. Folglich ist die Gefahr schon immer sehr viel größer gewesen, als wir bisher dachten.

Kürzlich hatte wir den fünfzigsten Jahrestag der Kuba-Krise. Damals war es äußerst knapp, und nicht zum einzigen Mal. In vielerlei Hinsicht ist es aber viel erschreckender, dass wir aus diesen üblen Geschehnissen keine Lehre gezogen haben. 1973, zehn Jahre nach der Kuba-Krise, versetzte US-Außenminister Henry Kissinger die Streitkräfte in einen hohen nuklearen Alarmzustand. Auf diese Weise wollte er den Sowjets deutlich machen, dass sie sich nicht in den anhaltenden israelisch-arabischen Krieg einzumischen hätten, vor allem nicht, nachdem er den Israelis erlaubt hatte, die Waffenruhe zu brechen, auf die sich die USA und die Sowjetunion gerade geeinigt hatten.[2] Glücklicherweise passierte nichts. Weitere zehn Jahre später war Ronald Reagan im Amt. Kurz nachdem er mit seinen Beratern das Oval Office bezogen hatte, begann die U.S. Air Force in den sowjetischen Luftraum einzudringen, um die sowjetischen Warnsysteme zu testen. Diese Flüge fanden im Rahmen der Operation »Able Archer« statt und waren im Grunde genommen reine Übungsangriffe.[3] Die Russen wussten nicht recht, wie sie reagieren sollten; einige hochrangige Funktionäre fürchteten, dass damit ein Erstschlag vorbereitet wurde. Glücklicherweise reagierten

sie gar nicht, aber es war eine Zitterpartie. Und so geht es immer weiter.

Was von der iranischen und der nordkoreanischen Atomkrise zu halten ist

Die iranischen und die nordkoreanischen Atomwaffen kommen regelmäßig in die Schlagzeilen. Dabei gibt es Möglichkeiten, diese anhaltenden Krisen zu bewältigen. Selbst wenn sie nicht erfolgreich wären, sollte man sie zumindest ausprobieren. Doch sie werden weder in Betracht gezogen, noch wird über sie berichtet.

Betrachten wir den Iran, den der Westen – nicht die arabische Welt, nicht Asien – für die größte Bedrohung des Weltfriedens hält. Für den Westen ist dies zur Obsession geworden, und die Gründe dafür sind sehr interessant (allerdings werde ich hier nicht näher auf sie eingehen). Gibt es eine Möglichkeit, mit dieser angeblich größten Bedrohung des Weltfriedens umzugehen? Tatsächlich gibt es sogar einige. Eine recht vernünftige wurde 2013 bei einem Treffen der blockfreien Staaten in Teheran diskutiert. Eigentlich griffen sie auf einen Vorschlag zurück, der schon seit Jahrzehnten bekannt ist. Vor allem Ägypten setzt sich nachdrücklich für ihn ein, und die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat ihn bereits angenommen. Dieser Entwurf wäre ein erster Schritt, um in der Region eine atomwaffenfreie Zone einzurichten. Sicherlich ist das nicht die Lösung aller Probleme, aber ein Anfang, der in die richtige Richtung ginge. Es gab sogar eine Möglichkeit, diesen Anfang zu machen: Unter Aufsicht der UN sollte im Dezember 2012 eine internationale Konferenz in Finnland stattfinden, um diesen Plan zu realisieren. Was ist passiert? Darüber werden Sie in den Tageszeitungen nichts finden, denn die Ereignisse wurden nur in Fachblättern erörtert. Anfang November stimmte der Iran einer Teilnahme an dem Treffen zu. Einige Tage später sagte Obama die Konferenz ab, weil er den Zeitpunkt nicht für günstig hielt.[4] Das

Europaparlament und die arabischen Staaten riefen zu einer Fortsetzung auf, doch vergebens.

Das Gleiche sehen wir in Nordostasien. Nordkorea mag zwar das verrückteste Land der Welt oder zumindest ein aussichtsreicher Anwärter auf den Titel sein. Aber es kann durchaus sinnvoll sein, sich in Leute hineinzudenken, die sich verrückt benehmen. Warum verhalten sie sich so?

Stellen Sie sich vor, wie Ihnen in den fünfziger Jahren während des Koreakriegs zumute gewesen wäre, als Ihr Land dem Erdboden gleichgemacht wurde – vollkommen zerstört von einer Supermacht, die sich obendrein noch damit brüstete. Malen Sie sich aus, welche Spuren das in Ihnen hinterlassen hätte. Denken Sie auch daran, dass die nordkoreanische Führung damals in den öffentlich zugänglichen militärwissenschaftlichen Zeitschriften dieser Supermacht nachlesen konnte, dass nach der kompletten Vernichtung des Landes die Air Force geschickt wurde, um die Dämme zu zerstören – riesige Dämme, die den gesamten Wasserverbrauch der Nation regulierten. Ihre Zerstörung war ein Kriegsverbrechen, für das Menschen in Nürnberg zum Tode verurteilt worden waren. In den Zeitschriften stand auch zu lesen, es sei ein erhebender Anblick gewesen, wie sich das Wasser über die Täler ergoss und die »Asiaten« verzweifelt um ihr Überleben kämpften.[5] Bedenken Sie, wie das auf diese Asiaten gewirkt haben dürfte; sie müssen unvorstellbares Entsetzen empfunden haben, denn es bedeutete die Vernichtung ihrer Reisernte und damit Hunger und Tod für sie. Wie großartig! Im amerikanischen Gedächtnis ist nichts davon haften geblieben – aber in ihrem.

Lassen Sie uns in die Gegenwart zurückkehren. Die jüngste Geschichte ist sehr interessant: 1993 gab es Annäherungen zwischen Israel und Nordkorea. Es wurde ein Abkommen angestrebt, nach dem Nordkorea keine weiteren Flugkörper oder militärische Technologie in den Nahen Osten senden würde; im Gegenzug wollte Israel Nordkorea offiziell anerkennen. Präsident Clinton mischte sich ein und blockierte das Abkommen.[6] Kurz darauf führte Nordkorea als Vergeltung einen kleineren Raketentest durch. 1994 vereinbarten die USA und Nordkorea dann, dass das

Land sein Atomprogramm einstellte – ein Abkommen, das von beiden Seiten mehr oder weniger eingehalten wurde. Als George W. Bush ins Amt gewählt wurde, besaß Nordkorea möglicherweise eine Atombombe, produzierte aber nachweislich keine weiteren.

Ganz im Geist seines aggressiven Militarismus begann Bush sogleich, Nordkorea zu bedrohen (»Achse des Bösen« und Ähnliches), woraufhin dort die Arbeit am Atomprogramm postwendend wieder aufgenommen wurde. Als Bush das Weiße Haus verließ, gab es in Nordkorea etwa acht bis zehn Atomwaffen und ein Raketensystem – die Neokonservativen konnten wahrhaft stolz auf sich sein.[7]

Dabei hatte es in der Zwischenzeit durchaus hoffnungsvolle Ansätze gegeben. 2005 gab es tatsächlich eine Vereinbarung zwischen den USA und Nordkorea, die besagte, dass Nordkorea jede Entwicklung seiner Atomwaffen und Raketen beenden würde. Im Gegenzug wollte der Westen – vor allem die USA – dem Land für medizinische Zwecke einen Leichtwasserreaktor zur Verfügung stellen und auf alle aggressiven Erklärungen verzichten. Danach waren ein Nichtangriffspakt und weitere Annäherungen geplant.

Die Vereinbarung klang vielversprechend, aber Bush boykottierte sie unverzüglich. Er zog das Angebot über den Leichtwasserreaktor zurück und rief ein Programm ins Leben, das die Banken zwingen sollte, keine nordkoreanischen Transaktionen mehr zu bearbeiten, auch wenn sie völlig legal waren.[8] Die Nordkoreaner reagierten darauf mit der Wiederaufnahme ihres Atomwaffenprogramms. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Das Muster ist altbekannt. Dies zeigen sogar die Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Mainstream-Zeitschriften. Dort heißt es: Das Regime sei zwar ziemlich verrückt, halte sich aber in seiner Politik an das Prinzip »Wie du mir so ich dir«. Würden wir eine feindliche Geste ausführen, sei die nordkoreanische Reaktion zwar absonderlich, gleiche aber doch dem Charakter unseres Verhaltens. Würden wir eine entgegenkommende Geste sehen lassen, antworte Nordkorea entsprechend.

Beispielsweise wurden kürzlich von US-amerikanischen und südkoreanischen Truppen Manöver auf der koreanischen Halbinsel

durchgeführt, die aus nordkoreanischer Sicht bedrohlich gewirkt haben mussten. Die USA hätten es genauso empfunden, wenn solche Manöver – in Kanada durchgeführt – auf die USA ausgerichtet gewesen wären. Im Laufe dieser Übungen simulierten die fortschrittlichsten Tarnkappenbomber der Geschichte (Typ B-2 und B-52) Atombombenabwürfe direkt an der nordkoreanischen Grenze.[9]

Natürlich werden dadurch Erinnerungen wach. Den Nordkoreanern fällt ihre Vergangenheit ein, und sie reagieren extrem aggressiv. Im Westen kommt die Botschaft an, dass die nordkoreanische Führung verrückt und unberechenbar sei. Das stimmt zwar, ist aber nicht die ganze Wahrheit – wie immer in solchen Fällen.

Dabei gibt es durchaus Alternativen. Leider werden sie nicht ergriffen. Das ist gefährlich. Wenn Sie sich also fragen, wie die Welt in Zukunft aussehen wird, bieten sich Ihnen keine angenehmen Aussichten. Es sei denn, die Menschen tun etwas dagegen. Das ist immer möglich.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Rede von Hugo Chávez auf der 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen, 20. September 2006, www.un.org/webcast/ga/61/pdfs/venezuela-e.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
2. National Security Archive: »Kissinger Gave Green Light for Israeli Offensive Violating 1973 Cease-Fire«, Presseerklärung, 7. Oktober 2003, nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB98/press.htm (aufgerufen am 5. August 2016)
3. Nate Jones: »The Able Archer 83 Sourcebook«, National Security Archive, 7. November 2013, nsarchive.gwu.edu/nukevault/ablearcher/(aufgerufen am 5. August 2016)
4. Jillian Kestler-D'Amours: »Opportunity Missed for Nuclear- Free Middle East«, Inter Press Service, 2. Dezember 2012
5. Zum Bombardieren von Deichen und Staudämmen vgl. beispielsweise: Gabriel Kolko: »Report on the Destruction of Dikes: Holland, 1944 – 45 and Korea, 1953«, in: *Against the Crime of Silence. Proceedings of the Russell International War Crimes Tribunal*, Stockholm/Kopenhagen 1967, John Dufett (Hg.), New York 1968, S. 224 ff.; vgl. auch Jon Halliday, Bruce Cumings: *Korea: The Unknown War*, New York 1988, S. 195 f.; Noam

Chomsky: *Towards a New Cold War: Essays on the Current Crisis and How We Got There*, New York 1982, S. 121 f.
6. Oded Granot: »Background on North Korea–Iran Missile Deal«, *Ma'ariv*, 14. April 1995
7. Fred Kaplan: »Rolling Blunder. How the Bush Administration Let North Korea Get Nukes«, *Washington Monthly*, Mai 2004
8. Shreeya Sinha, Susan C. Beachy: »Timeline on North Korea's Nuclear Program«, *The New York Times*, 19. November 2014; Leon Sigal: »The Lessons of North Korea's Test«, *Current History* 105, Nr. 694, November 2006
9. Bill Gertz: »U.S. B-52 Bombers Simulated Raids over North Korea During Military Exercises«, *Washington Times*, 19. März 2013

11

Israel—Palästina: Tatsächliche Optionen

Am 13. Juli 2013 ließ Yuval Diskin, der ehemalige Chef des israelischen Geheimdienstes Shin Bet, der israelischen Regierung eine dringende Warnung zukommen: Entweder man komme zu einer Zweistaatenlösung, oder es gebe eine »unvermeidliche Verlagerung in Richtung der einzig verbleibenden Realität – ein Staat, vom Meer bis zum Fluss«. Das fast unausweichliche Resultat, »ein Staat für zwei Nationen«, würde »eine unmittelbare und existenzielle Bedrohung« darstellen. Die Folge wäre »die Auslöschung der Identität Israels als jüdischer und demokratischer Staat«, weil er bald eine palästinensisch-arabische Bevölkerungsmehrheit hätte.[1] Ähnlich besorgt zeigten sich Clive Jones und Beverly Milton-Edwards, zwei bekannte Nahostexperten, in einem Artikel, den sie in der führenden außenpolitischen Zeitschrift Großbritanniens veröffentlichten: »Wenn Israel sowohl jüdisch als auch demokratisch sein will«, müsse es »die Zweistaatenlösung« befürworten.[2]

Es wäre ein Leichtes, noch viele weitere Beispiele aufzuzählen; aber das ist unnötig, denn es ist eine allgemein akzeptierte Annahme, dass es zwei Optionen für das Palästinamandat gibt: entweder zwei Staaten – der eine palästinensisch, der andere jüdisch-demokratisch – oder einen Staat »vom Meer bis zum Fluss«. Israelische Beobachter beschwören voller Besorgnis das »demographische Problem«: zu viele Palästinenser in einem jüdischen Staat. Viele Palästinenser und ihre Fürsprecher hingegen wollen die »Einstaatenlösung«, weil sie vermuten, dass die resultierenden Auseinandersetzungen um Bürgerrechte und Antiapartheid schließlich zu einer säkularen Demokratie führen

würden. Auch von anderen Kommentatoren werden regelmäßig ähnliche Optionen genannt.

Obwohl diese Beurteilung oft und gern wiederholt wird, hat sie einen entscheidenden Fehler. Es gibt eine dritte Option – und zwar jene Option, die Israel mit anhaltender Unterstützung der USA verfolgt. Und diese dritte Option ist die einzig realistische Alternative zur Zweistaatenlösung.

Meiner Meinung nach wäre es sinnvoll, eine künftige binationale, säkulare Demokratie im ehemaligen Palästina zu erwägen, vom Meer bis zum Fluss. Für diese Lösung im Sinne einer Anwaltschaft *(advocacy)* trete ich zumindest seit siebzig Jahren ein. Zu dieser Anwaltschaft oder Interessenvertretung gehört, im Gegensatz zu einem einfachen Vorschlag, den Weg von Anfang bis Ende genau vorgezeichnet zu haben. Die Form echter Anwaltschaft hat sich mit den veränderten Bedingungen gewandelt. Seit Mitte der siebziger Jahre, als die nationalen Rechte der Palästinenser immer stärker zum Thema wurden, war die einzig plausible Form der Anwaltschaft ein gradueller Prozess, der mit einer Zwei-Staaten-Vereinbarung begann. Kein anderer Vorschlag hätte auch nur ansatzweise Aussicht auf Erfolg gehabt. Der Vorschlag für eine binationale Regelung (»Einstaatenlösung«), jedoch ohne Anwaltschaft, fördert die dritte Option, die bereits deutlich sichtbare Formen annimmt. Schon kurz nach dem Sechstagekrieg 1967 hat Israel begonnen, Pläne zu entwerfen und zu realisieren, die nach dem Regierungsantritt Menachem Begins und seiner Likud-Partei zehn Jahre später institutionalisiert und seither systematisch erweitert wurden

Als Erstes wurde das geschaffen, was Yonatan Mendel eine »verstörende neue Stadt« nannte. Obwohl sie noch immer »Jerusalem« heißt, erstreckt sie sich mittlerweile weit über ihre historischen Grenzen hinaus und umfasst Dutzende palästinensische Dörfer und umliegende Flächen. Heute wird sie als jüdische Stadt und Hauptstadt Israels bezeichnet.[3] All dies ist ein direkter Verstoß gegen explizite Verfügungen des Sicherheitsrats. Ein Korridor östlich dieses neuen Groß-Jerusalems schließt die Kleinstadt Maale Adumim ein (die es schon in den siebziger Jahren

gab, die aber nach den Oslo-Abkommen von 1993 erheblich ausgebaut wurde), erstreckt sich bis Jericho und halbiert damit praktisch das Westjordanland. Korridore im Norden umfassen die Siedlerstädte Ariel und Kedumim und zerteilen weiter, was eigentlich, zumindest zum Teil, unter palästinensischer Kontrolle stehen sollte.[4]

In der Zwischenzeit verleibt sich Israel das Territorium auf der israelischen Seite der illegalen »Sperranlage« ein, die in Wirklichkeit eine Annexionsmauer ist. Dadurch gewinnt es Ackerland, Wasserquellen, eine Anzahl von Dörfern, schnürt die Stadt Qalqilya ein und schneidet die palästinensischen Bauern von ihren Feldern ab. Den von Israel so bezeichneten »Saum« zwischen Mauer und Grenze, immerhin fast zehn Prozent des Westjordanlandes, darf jeder betreten – außen den Palästinensern. Wer in der Region lebt, muss verwirrende bürokratische Hürden überwinden, um auch nur einen vorübergehenden Zugang zu erhalten. Den Saum zu verlassen – um beispielsweise medizinische Versorgung zu erhalten – wird ebenso erschwert. Daraus ergaben sich, wie nicht anders zu erwarten, massive Beeinträchtigungen des palästinensischen Lebens und (laut einem UN-Bericht) weitere nachteilige Auswirkungen: Die Anzahl der Bauern, die regelmäßig ihre Äcker bewirtschaften, ist um 80 Prozent gesunken, und auch die Olivenernte hat sich um 60 Prozent verringert.[5] Der Vorwand, unter dem die Mauer gebaut wurde, war Sicherheit; allerdings bedeutet das Sicherheit für die illegalen jüdischen Siedler, denn etwa 85 Prozent der Mauer verlaufen durch das besetzte Westjordanland.[6]

Weiterhin übernimmt Israel das Jordantal und schließt damit endgültig die letzten verbleibenden Gebiete ein. Riesige Infrastrukturprojekte verbinden die Siedler mit den Stadtzentren Israels und stellen dabei sicher, dass sie auf ihren Reisen keine Palästinenser sehen. Einem traditionellen, neokolonialen Modell folgend, hat man der palästinensischen Elite ein modernes Zentrum in Ramallah gelassen, während der Großteil der Bevölkerung dahinvegetiert.

Um die Trennung Groß-Jerusalems von den verbleibenden palästinensischen Gebieten zu vollenden, müsste Israel die E1-Region übernehmen. Bisher wurde das von Washington verhindert, weshalb Israel ein ums andere Mal zu einer List greifen musste, etwa indem es dort eine Polizeistation errichtete. Obama ist der erste US-Präsident, der die Israelis völlig frei gewähren ließ. Wir werden sehen, ob er Israel erlauben wird, E1 zu übernehmen – vielleicht wird er offiziell sein Missfallen äußern, aber gleichzeitig durch ein diplomatisches Augenzwinkern zu verstehen geben, dass das nicht wirklich ernst gemeint ist.

Auch regelmäßige Ausweisungen von Palästinensern sind an der Tagesordnung. Allein im Jordantal wurde die Bevölkerung so von 300 000 im Jahr 1967 auf ihren heutigen Stand von nur 60 000 reduziert. Ähnliches gilt für alle Regionen.[7] Das Verfahren wird seit hundert Jahren praktiziert, und jeder Vorgang wird so beschränkt, dass er nicht zu viel internationale Aufmerksamkeit erregt. Aber natürlich haben diese Maßnahmen einen kumulativen Effekt, und die Absicht dahinter ist klar zu erkennen.

Seit in den Oslo-Abkommen erklärt wurde, dass der Gaza-Streifen und das Westjordanland eine unauflösliche territoriale Einheit sind, hat sich das Duo USA/Israel der Aufgabe verschrieben, die beiden Regionen zu teilen. Damit soll vor allem sichergestellt werden, dass die isolierten palästinensischen Gemeinschaften keinen Zugang zur Außenwelt haben.

In den Gebieten, die Israel sich aneignet, ist die palästinensische Bevölkerung spärlich und verstreut und wird durch Ausweisungen weiter verringert. Am Ende wird Groß-Jerusalem eine deutliche jüdische Bevölkerungsmehrheit haben. Bei dieser dritten Option wird es dann kein »demographisches Problem« mehr geben und keine Auseinandersetzung über Fragen der Bürgerrechte oder der Apartheid – oder jedenfalls nicht mehr als jene, die sowieso schon innerhalb der anerkannten israelischen Grenzen existieren, wo das Mantra »jüdisch und demokratisch« regelmäßig für all die heruntergebetet wird, die daran glauben und die vor dem diesem innewohnenden Widerspruch die Augen verschließen, obwohl er weit mehr als nur symbolischer Natur ist.

Die Einstaatenlösung dürfte sich als Illusion erweisen, es sei denn, sie wird stufenweise realisiert. Sie hat keine internationale Unterstützung, und es gibt keinen Grund, warum Israel und sein amerikanischer Mäzen sie akzeptieren sollten.

Die oft gestellte Frage, ob der auf Krieg gebürstete Premierminister Benjamin Netanyahu einen »palästinensischen Staat« akzeptieren würde, ist irreführend. Tatsächlich war seine Administration die Erste, die im Jahr 1996 diese Möglichkeit billigte – nachdem die Regierungen Rabin und Peres sie abgelehnt hatten. David Bar-Illan, Netanyahus Leiter der Kommunikations- und Planungsabteilung, erklärte, dass den Palästinensern einige Gebiete überlassen blieben, und wenn sie diese als »Staat« bezeichnen wollten, hätte Israel keine Einwände dagegen – sie könnten sie auch »Brathähnchen« nennen.[8] Das zeigt, wie groß die Kooperationsbereitschaft der US-israelischen Koalition in Hinblick auf die Rechte der Palästinenser ist.

Die Vereinigten Staaten und Israel rufen zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen auf. Üblicherweise behaupten diese beiden Länder – und mit ihnen der gesamte Westen -, es seien die Palästinenser, die auf solchen Voraussetzungen bestünden und damit den »Friedensprozess« behinderten. Tatsächlich aber beharren die Vereinigten Staaten und Israel auf wichtigen Vorbedingungen. Die erste lautet, dass die USA bei diesen Verhandlungen die Leitung übernehmen – obwohl eine Verhandlung, die den Namen verdient, natürlich von einem Staat beaufsichtigt werden müsste, der neutral ist und ein gewisses Maß an internationalem Ansehen genießt. Die zweite Vorbedingung besagt, dass die illegale Besiedlung weiterhin stattfinden darf, so wie sie in den zwanzig Jahren seit den Oslo-Abkommen unablässig vorangetrieben worden ist.

In den ersten Besatzungsjahren vertraten die Vereinigten Staaten wie der Rest der Welt, wie der UN-Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof die Auffassung, die Besiedlung sei illegal. Für die Regierung Reagan war sie dann lediglich ein »Hindernis für den Frieden«. Obama spielte ihre Bedeutung noch weiter herunter, indem er sie als »nicht hilfreich für den Frieden« bezeichnete.[9] Seine extreme Verweigerungshaltung hat im Februar 2011 einiges

Aufsehen erregt, als er ein Veto gegen eine Resolution des Sicherheitsrates einlegte, die – ganz im Sinne der offiziellen US-Politik – die Beendigung der Siedlungsexpansion verlangte.[10]

Solange diese Vorbedingungen bestehen bleiben, wird die Diplomatie auf der Stelle treten. Mit einigen wenigen und kurzen Ausnahmen trifft das auf den Zeitraum seit Januar 1976 zu, als die Vereinigten Staaten ihr Veto gegen eine Resolution des Sicherheitsrates einlegten, die von Ägypten, Jordanien und Syrien eingebracht worden war. Die darin geforderte Zweistaatenlösung sollte sich an die international anerkannte Grenze halten, die sogenannte Grüne Linie, und Garantien für die Sicherheit aller Staaten innerhalb anerkannter und stabiler Grenzen bieten.[11] Das ist im Wesentlichen der internationale Konsens, der, mit den beiden bekannten Ausnahmen, noch immer gilt. Dieser Konsens wurde verändert, um »geringfügige und gegenseitige Angleichungen« an der Grünen Linie zuzulassen – so die offizielle amerikanische Formulierung –, bevor der Konsens mit dem Rest der Welt aufgekündigt wurde.[12]

Gleiches gilt für alle Verhandlungen, die in Washington oder irgendwo sonst unter der Ägide der Vereinigten Staaten stattfinden. In Anbetracht der Vorbedingungen kann eigentlich nichts anderes erreicht werden, als dass man Israel gewähren lässt. Es setzt die Belagerung des Gaza-Streifens fort und nimmt sich weiterhin, was immer es im Westjordanland oder auf den syrischen Golanhöhen begehrt, deren Besetzung eindeutig den Beschlüssen des Sicherheitsrats zuwiderläuft. Man kann natürlich immer auf Besserung hoffen, aber es ist schwer, optimistisch zu bleiben.

Europa könnte bei den Bemühungen um eine friedliche diplomatische Lösung eine entscheidende Rolle spielen, wenn es bereit wäre, einen unabhängigen Weg zu beschreiten. Die Entscheidung der Europäischen Union, bei allen künftigen Verhandlungen mit Israel das Westjordanland auszuklammern, könnte ein Schritt in diese Richtung sein. Auch die Politik der USA ist nicht in Stein gemeißelt; gleichwohl ist sie in strategischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht tief verwurzelt. Da Veränderungen nicht in Sicht sind, müssen wir davon ausgehen,

dass der Entwurf »vom Meer bis zum Fluss« entsprechend der dritten Option realisiert wird. Die Rechte und Wünsche der Palästinenser bleiben dabei unberücksichtigt, wenigstens vorläufig.

Wenn sich der israelisch-palästinensische Konflikt nicht lösen lässt, ist auch eine Friedensregelung für die gesamte Region unwahrscheinlich. Ein solches Versagen hätte weitreichende Folgen – vor allem für das Problem, das die US-Medien »die größte Bedrohung für den Weltfrieden« nennen: das Atomprogramm des Iran. Die Auswirkungen werden deutlicher, wenn wir betrachten, wie wir mit diesen vermeintlichen Bedrohungen umgehen könnten und was dann aus ihnen würde. Erst einmal müssten wir sinnvollerweise ein paar Fragen stellen: Für wen stellt sich diese Gefahr so dar, als habe sie kosmische Ausmaße? Und worin genau besteht sie eigentlich?

Die iranische »Bedrohung« ist eine überwiegend westliche Obsession; die blockfreien Staaten – also der größte Teil der Welt – haben das iranische Recht, Uran anzureichern, energisch unterstützt; immerhin ist der Iran Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages.[13] Es ist ein Topos des westlichen Diskurses, dass die Araber die US-Haltung gegenüber dem Iran unterstützen, doch damit sind die arabischen Diktatoren gemeint, nicht die Bevölkerungen. Üblich ist auch der Hinweis auf die »Pattsituation zwischen der internationalen Gemeinschaft und dem Iran«, um aus der zeitgenössischen Fachliteratur zu zitieren. Der Ausdruck »internationale Gemeinschaft« bezieht sich hier auf die Vereinigten Staaten und alle Länder, die gerade auf ihrer Seite stehen – in diesem Fall eine kleine Minderheit der internationalen Gemeinschaft; aber wenn wir politische Meinungen nach ihrer Macht gewichten, sind es natürlich viel mehr.

Worin genau besteht die angebliche Bedrohung? Eine maßgebliche Antwort liefern uns der US-Nachrichtendienst und das Pentagon mit ihren regelmäßigen Einschätzungen der globalen Sicherheit. Sie gelangen zu dem Schluss, dass der Iran keine militärische Bedrohung darstelle. Es hat, selbst an den Standards der Region gemessen, niedrige Militärausgaben und nur beschränkte Möglichkeiten zu Militäreinsätzen. Die Militärdoktrin

des Landes ist defensiv und dient in erster Linie der Abwehr von Angriffen. Nach Angaben der Geheimdienste gibt es keine Hinweise dafür, dass der Iran Atomwaffen entwickelt. Aber selbst wenn es so wäre, würden sie nur zur iranischen Abschreckungsstrategie gehören.

Es lässt sich kaum ein Land auf der Welt vorstellen, dass eine solche Abschreckung nötiger hätte als der Iran. Ohne Unterlass wurde das Land vom Westen drangsaliert, seit seine parlamentarische Regierung durch den Militärputsch der USA und Großbritanniens im Jahr 1953 gestürzt wurde. Erst litt es unter dem unbarmherzigen, brutalen Regime des Schahs, dann unter den mörderischen Angriffen Saddam Husseins, der dabei vom Westen unterstützt wurde.[14] Die Intervention der USA führte dann auch in erster Linie dazu, dass der Iran im Krieg gegen den Irak kapitulieren musste. Kurz darauf lud Präsident George Bush irakische Atomingenieure in die Vereinigten Staaten ein, wo sie eine Fortbildung in der Produktion hochentwickelter Waffen erhielten. Für den Iran stellte das eine außergewöhnliche Bedrohung dar.[15]

Der Irak entwickelte sich rasch zum Feind der USA, aber in der Zwischenzeit wurden dem Iran schlimmste Sanktionen auferlegt, die sich unter Federführung der USA noch verstärkten. Außerdem war er ständig der Gefahr eines militärischen Angriffs durch die Vereinigten Staaten und Israel ausgesetzt – in eindeutiger Verletzung der UN-Charta, falls das irgendjemanden interessiert.

Allerdings ist es nur zu verständlich, dass die USA und Israel eine iranische Abschreckung als eine nicht hinnehmbare Bedrohung ansehen würden. Denn damit wäre ihre Kontrolle über die Region beeinträchtigt, die sie notfalls auch mit Gewalt durchsetzen, wie sie oft genug bewiesen haben.

Wie immer man über die Gefahr denken mag: Die Frage ist, ob sie sich irgendwie verringern lässt. Das wäre tatsächlich möglich. Wie ich schon andernorts vorgeschlagen habe, könnte eine vernünftige Lösung darin bestehen, in der Region eine atomwaffenfreie Zone einzurichten. Eine Reihe arabischer und nichtarabischer Staaten verlangt bereits die augenblickliche Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen, damit die Region sicherer wird. Die

Vereinigten Staaten und Israel sehen das ganz anders; sie fordern regionale Sicherheit – genauer gesagt: Sicherheit für Israel – als Vorbedingung für die Vernichtung solcher Waffen. Das hat natürlich damit zu tun, dass Israel als einziger Staat in der Region über ein hochentwickeltes Waffensystem verfügt und sich weigert, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, genau wie Indien und Pakistan, die ihre Atomarsenale übrigens ebenfalls den USA verdanken.

Dadurch wird ersichtlich, wie eng der israelisch-palästinensische Konflikt mit der angeblichen iranischen Bedrohung verknüpft ist. Solange die Vereinigten Staaten und Israel bei ihrer Verweigerungshaltung bleiben und den internationalen Konsens für die Zweistaatenlösung blockieren, wird es keine regionalen Sicherheitsabkommen geben, also auch keine Maßnahmen zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone, keine Entspannung und damit auch keine Beendigung der von den USA und Israel als so gefährlich empfundenen Bedrohung des Friedens – zumindest nicht auf die nächstliegende und wirksamste Weise.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass den Vereinigten Staaten und Großbritannien bei der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten eine besondere Verantwortung zukommt. Als die beiden Aggressoren 2003 nach einem fadenscheinigen juristischen Vorwand für ihren Einmarsch im Irak suchten, beriefen sie sich auf die Resolution 687 des UN-Sicherheitsrats aus dem Jahr 1991. Sie behaupteten, Saddam Hussein habe sich der Forderung widersetzt, sein Atomwaffenprogramm zu beenden. Nun wird aber in einem weiteren Abschnitt der Resolution dazu aufgerufen, »im Nahen Osten weitere Schritte zur Einrichtung einer Zone zu unternehmen, die frei von Massenvernichtungswaffen ist«. Damit sind die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich stärker als andere Länder in der Pflicht, eine solche Initiative ernsthaft zu verfolgen.[16]

Diese Überlegungen lassen sicherlich wichtige Aspekte außer Acht, etwa Syriens schrecklichen Abstieg in den kollektiven Selbstmord oder die höchst bedenkliche Entwicklung in Ägypten – beides Ereignisse, die bestimmt großen Einfluss auf die Region

haben werden. Trotzdem dürften die erörterten Punkte einige der Kernprobleme sein – jedenfalls nach meiner Ansicht.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Yuval Diskin: »Israel Nears Point of No Return on Two-State Solution«, *The Jerusalem Post*, 13. Juli 2013
2. Clive Jones und Beverly Milton-Edwards: »Missing the ›Devils‹ We Knew? Israel and Political Islam Amid the Arab Awakening«, *International Affairs* 89, Nr. 2, März 2013, S. 399 – 415
3. Yonatan Mendel: »New Jerusalem«, *New Left Review*, 81, Mai/Juni 2013
4. Amos Harel: »West Bank Fence Not Done and Never Will Be, It Seems«, *Haaretz*, 14. Juli 2009
5. Siehe United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: »How Dispossession Happens: The Humanitarian Impact of the Takeover of Palestinian Water Springs by Israeli Settlers«, März 2012; United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: »10 Years Since the International Court of Justice Advisory Opinion«, 9. Juli 2014; United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: »Case Study: The Impact of Israeli Settler Violence on Palestinian Olive Harvest«, Oktober 2013; United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, Humanitarian Monitor Monthly Report, Dezember 2012
6. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: »The Humanitarian Impact of the Barrier«, Juli 2013
7. »A Dry Bone of Contention«, *The Economist*, 25. November 2010
8. David Bar-Illan: »Palestinian Self-rule, Israeli Security«, *Palestine-Israel Journal* 3, Nr. 3 – 4, 1996
9. »Obama Calls Israeli Settlement Building in East Jerusalem ›Dangerous‹«, *Fox News*, 18. November 2009
10. »United States Vetoes Security Council Resolution on Israeli Settlement«, United Nations News Service, 18. Februar 2011, www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=37572#.VoLKpxUrKhc (aufgerufen am 5. August 2016)
11. United Nations Security Council Official Records, 1879th Meeting Notes, 26. Januar 1976
12. Noam Chomsky: *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Hamburg und Wien 2003, S. 203
13. Marwan Bishara: »Gauging Arab Public Opinion«, *Al Jazeera*, 8. März 2012
14. Joyce Battle: »Shaking Hands with Saddam Hussein, The US Tilts Toward Iraq 1980 – 1984«, National Security Archive Briefing Book Nr. 82, 25. Februar 2003, nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB82/(aufgerufen am 5. August 2016)

15. Gary Milhollin: »Building Saddam Hussein's Bomb«, *The New York Times Magazine*, 8. März 1992, S. 30
16. United Nations Security Council Resolution 687, 1991, www.un.org/Depts/unmovic/documents/687.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)

12

»Nichts für die anderen«? Klassenkampf in den USA

Norman Wares klassische Studie des Industriearbeiters beschränkte sich auf den engen Zeitraum von 1840 bis 1860. Die Untersuchung erschien vor ungefähr neunzig Jahren; sie war die erste ihrer Art[1] und hat bis heute nichts von ihrer Bedeutung verloren. Ware ging der Frage nach, welche Auswirkungen die industrielle Revolution auf das Leben der arbeitenden Menschen und auf die Gesellschaft im Allgemeinen habe. Die Lehren, die er aus der Untersuchung zog, haben heute noch so viel Relevanz wie zum Zeitpunkt ihrer Abfassung, wenn nicht sogar noch mehr, vor allem angesichts der auffälligen Parallelen zwischen den 1920er Jahren und heute.

Es ist wichtig, sich die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie in Erinnerung zu rufen. Die mächtige und einflussreiche amerikanische Gewerkschaftsbewegung, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts gebildet hatte, war brutalen Angriffen ausgesetzt, die in Woodrow Wilsons »Roter Angst« nach dem Ersten Weltkrieg gipfelten. Bis zu den 1920er Jahren war daher die Bewegung stark dezimiert worden; die klassische Studie von David Montgomery, eines führenden Historikers der Arbeiterbewegung, trägt den Titel *The Fall of the House of Labor*. Montgomery zufolge ereignete sich der Niedergang in den 1920er Jahren. Am Ende des Jahrzehnts »schien die Vorherrschaft des Unternehmertums gesichert (…). Von da an konnte die Rationalisierung der Wirtschaft mit der unverzichtbaren staatlichen Unterstützung voranschreiten«, und die Regierung stand großenteils unter dem Einfluss des Unternehmenssektors.[2]

Dieser Prozess war alles andere als friedlich; die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung verlief ungewöhnlich gewaltsam. Eine andere wissenschaftliche Untersuchung kommt zu dem Schluss, in den »Vereinigten Staaten waren bis zum Ende des 19. Jahrhunderts mehr Todesopfer – in absoluten Zahlen wie auch in Relation zur Bevölkerungsgröße – auf gewaltsame Arbeitskonflikte zurückzuführen als in jedem anderen Land mit Ausnahme des zaristischen Russland«.[3] Der Ausdruck »gewaltsame Arbeitskonflikte« ist ein verharmlosender Begriff für die Gewalt, die der Staat und private Sicherheitskräfte an den Arbeitern verübten. Das setzte sich bis in die späten 1930er Jahre fort; aus meiner Kindheit kann ich mich noch an solche Szenen erinnern.

Im Ergebnis, schrieb Montgomery, »wurde das moderne Amerika über den Protest seiner Arbeiterschaft hinweg geschaffen, wenngleich jeder Schritt dieser Modernisierung von den Aktivitäten, Organisationen und Vorschlägen beeinflusst wurde, die dem Leben der Arbeiterklasse entsprangen« – ganz zu schweigen von den Händen und Köpfen derer, die die Arbeit verrichteten.[4]

Während der Großen Depression lebte die Arbeiterbewegung wieder auf. Sie übte wesentlichen Einfluss auf die Gesetzgebung aus und lehrte die Fabrikbesitzer das Fürchten. In ihren Veröffentlichungen warnten die Unternehmer vor der »Gefahr«, der sie sich durch die Arbeitskämpfe ausgesetzt sähen, welche von der sich »neu formierenden politischen Macht der Massen« unterstützt würden.

Obwohl damit die gewaltsame Unterdrückung nicht endete, war sie doch der Aufgabe nicht mehr angemessen. Es galt, subtilere Mittel zu ersinnen, um die Herrschaft der Unternehmer zu sichern, etwa durch eine Flut raffinierter Propaganda und »wissenschaftliche Methoden des Streikbruchs«, die von eigens darauf spezialisierten Firmen zur hohen Kunst entwickelt wurden.[5] Hier sollten wir uns Adam Smith' Beobachtung in Erinnerung rufen, dass die »Herren der Menschheit« – seinerzeit waren das die englischen Händler und Fabrikanten Englands – niemals ruhen werden, ihre »elende Devise« zu verfolgen: »Alles für uns selbst und nichts für die anderen.«[6]

Der Gegenangriff des Unternehmertums kam während des Zweiten Weltkriegs zum Stillstand, wurde aber nach dessen Ende rasch wieder aufgenommen. Eine harte Gesetzgebung beschränkte die Rechte der Arbeitnehmer, und ein außergewöhnlicher Propagandafeldzug zielte auf Fabriken, Schulen, Kirchen und jede andere Form von Vereinigung. Jedes verfügbare Kommunikationsmittel wurde eingesetzt. In den 1980er Jahren, während der erbittert gewerkschaftsfeindlichen Reagan-Administration, lief der Angriff wieder auf Hochtouren. Präsident Reagan sicherte den Unternehmern zu, dass die Arbeitsschutzgesetze, die ohnehin nie besonders stark gewesen waren, nicht durchgesetzt würden. Die Zahl der illegalen Entlassungen von Gewerkschaftsaktivisten schoss in den Himmel, und die Vereinigten Staaten kehrten zum Einsatz von Streikbrechern zurück, eine Praxis, die in fast allen entwickelten Ländern mit Ausnahme Südafrikas verboten war.

Auch die liberale Clinton-Administration schwächte die Arbeiterschaft auf vielfältige Weise. Ein ausgesprochen wirksames Instrument war das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, mit dem 1994 eine Freihandelszone zwischen Kanada, Mexiko und den Vereinigten Staaten gegründet wurde. Aus propagandistischen Gründen wurde NAFTA als »Freihandelsabkommen« bezeichnet. Doch es war nichts dergleichen. Wie andere derartige Abkommen umfasste es massive protektionistische Elemente, und bei vielen Aspekten ging es überhaupt nicht um Handel, sondern um den Schutz der Rechte von Investoren. Und wie andere solcher »Freihandelsabkommen« erwies sich auch dieses erwartungsgemäß als schädlich für die Arbeitnehmer in den beteiligten Ländern. Eine Wirkung bestand darin, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer zu untergraben. Ein Bericht, der von NAFTA selbst in Auftrag gegeben wurde, legte offen, dass die erfolgreiche gewerkschaftliche Organisation stark abgenommen habe. Dies sei teilweise auf Drohungen des Managements zurückzuführen, dass die Produktion nach Mexiko verlagert werde, sollte sich die Belegschaft gewerkschaftlich organisieren.[7] Solche Praktiken sind natürlich

illegal, aber das ist irrelevant, solange die Wirtschaft auf die »unverzichtbare staatliche Unterstützung« zählen kann, auf die sich schon Montgomery bezog.

Durch derartige Maßnahmen wurden die in der Privatwirtschaft aktiven Gewerkschaften so weit zusammengestaucht, dass sie schließlich nur noch sieben Prozent der Arbeitnehmer repräsentierten, trotz der Tatsache, dass die meisten Beschäftigten eine gewerkschaftliche Organisation begrüßt hätten.[8] Alsbald richtete sich der Angriff auch auf die im öffentlichen Sektor tätigen Gewerkschaften, die bislang durch gesetzliche Regelungen einen gewissen Schutz genossen hatten. Deren Zusammenbruch wird heute mit aller Kraft vorangetrieben, und das nicht zum ersten Mal. Wir müssen uns nur daran erinnern, dass Martin Luther King Jr. 1968 ermordet wurde, als er in Memphis den Streik von Arbeitskräften im öffentlichen Dienst unterstützte.

In vielerlei Hinsicht lassen sich zwischen den Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten in der Zeit, als Ware seine Untersuchung verfasste, und der heutigen Ungleichheit durchaus Parallelen ziehen, zumal diese Ungleichheit inzwischen wieder das erstaunliche Ausmaß der 1920er Jahre erreicht hat. In den Händen einer winzigen Minderheit wurde mehr Reichtum angehäuft, als sich selbst die Gierigsten jemals hätten träumen lassen. Im vergangenen Jahrzehnt flossen 95 Prozent des Einkommenszuwachses in die Taschen von nur einem Prozent der Bevölkerung – größtenteils sogar nur eines Bruchteils davon.[9] Das mittlere Realeinkommen liegt heute unter dem Niveau von 1968.[10] Der Anteil menschlicher Arbeit an der Produktion ist auf den niedrigsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg gefallen.[11] Das alles ist nicht die Folge mysteriöser Marktmechanismen oder irgendwelcher ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, sondern wieder einmal vor allem der unverzichtbaren Unterstützung und Initiative eines Regierungssystems zuzuschreiben, das in signifikantem Ausmaß von wirtschaftlichen Interessen beherrscht wird.

Wie Ware anmerkte, schuf die amerikanische industrielle Revolution in den 1840er und 1850er Jahren »einen der wichtigsten Grundzüge des amerikanischen Lebens«. Das Ergebnis mag

letztlich »aus moderner Sicht erfreulich genug sein, doch einem erstaunlich großen Teil der früheren amerikanischen Gesellschaft erschien es abscheulich«. Ware untersuchte die entsetzlichen Arbeitsbedingungen, die den früher unabhängigen Handwerkern und Bauern nun aufgezwungen wurden, aber auch die der »factory girls«, junger Frauen, die von den Farmen rund um Boston kamen und nun in den Textilfabriken schufteten. Doch sein Hauptaugenmerk richtete sich auf die eher grundlegenden Aspekte der Revolution, die auch noch fortbestanden, als sich die spezifischen Bedingungen während der jahrelangen aufopferungsvollen Kämpfe zu verbessern begannen.

Ware betonte die »Erniedrigung, die der Industriearbeiter erleiden musste«, den Verlust von »Status und Unabhängigkeit«, die sein wertvollster Besitz als freier Bürger der Republik gewesen waren – ein Verlust, den auch materielle Verbesserungen nicht kompensieren konnten. Er erforschte die vernichtende Wirkung der radikalen kapitalistischen »Revolution der Gesellschaft, bei der die Souveränität in wirtschaftlichen Angelegenheiten von der Gemeinschaft als Ganzes in den Gewahrsam einer speziellen Klasse« von Herren überging, einer Gruppe, die »den Produzenten fremd« war und auch ganz allgemein der Produktion fernstand. Und er zeigte, dass »für jeden Protest gegen die Maschinenindustrie hundert andere gefunden werden können, die sich gegen die neue Macht der kapitalistischen Produktion und deren Disziplin« richten.

Die Arbeiter streikten nicht nur für Brot, sondern auch für Rosen, um eine populäre Parole der Arbeiterbewegung zu zitieren. Sie strebten nach Würde und Unabhängigkeit und nach Anerkennung ihrer Rechte als freie Männer und Frauen. Sie brachten eine lebendige, unabhängige Arbeiterpresse hervor, es schrieben und veröffentlichten Leute, die selbst in den Fabriken arbeiteten. In ihren Zeitschriften verdammten sie den »zerstörerischen Einfluss monarchischer Prinzipien auf demokratischem Boden«. Sie hatten erkannt, dass dieser Angriff auf elementare Menschenrechte erst abgewehrt werden könne, wenn »jene, die in den Fabriken arbeiten, sie auch besitzen« und die freien Produzenten die Souveränität zurückerhielten. Erst dann seien die arbeitenden Menschen nicht

mehr »Knechte oder einfache Untertanen eines fremden Despoten [des abwesenden Eigentümers], Sklaven im strengsten Wortsinn, [die] für ihre Herren schuften«, sondern würden ihren Status als »freie amerikanische Bürger« zurückgewinnen.[12]

Die kapitalistische Revolution bewirkte laut Ware auch einen entscheidenden Wandel vom Preis zum Lohn. Als der Produzent noch sein Produkt für einen Preis verkaufte, »behielt er seine Person. Aber als er dann seine Arbeit verkaufte, verkaufte er sich selbst«; er verlor seine Würde als Person und wurde zum Sklaven – zum »Lohnsklaven«, wie es nun hieß. Lohnarbeit und Besitzsklaverei wurden als ähnliche Verhältnisse angesehen, mit dem Unterschied, dass die Lohnarbeit ein zeitlich befristetes Verhältnis war – allerdings nur theoretisch. Dieses Verständnis war so verbreitet, dass es ein Slogan der Republikanischen Partei wurde, verfochten von ihrer Leitfigur Abraham Lincoln.[13]

Der Gedanke, dass Produktionsbetriebe im Besitz ihrer Beschäftigten sein sollten, war Mitte des 19. Jahrhunderts weit verbreitet; er wurde nicht nur von Karl Marx und der Linken vorgetragen, sondern findet sich auch in den Schriften von John Stuart Mill, dem prominentesten Vertreter des klassischen Liberalismus jener Zeit: »Diejenige Form der Assoziation jedoch, welche, wenn die Menschheit in ihrer sozialen Vervollkommnung fortschreitet, schließlich vorherrschend werden dürfte, ist (…) eine Assoziation zwischen Arbeitern unter sich auf den Fuß der Gleichheit, welchen Arbeitern das Kapital, womit sie arbeiten, gemeinschaftlich gehört und die ihr Geschäft unter Leitung von Vorständen betreiben, welche sie selbst erwählt haben und wieder absetzen können.«[14] Das Konzept ist in der Tat fest in den Einsichten verwurzelt, die das klassische liberale Denken bewegten. Von da ist es nur ein kurzer Schritt, es mit der Kontrolle anderer Institutionen und Gemeinschaften zu verknüpfen, im Rahmen freier Vereinigung und föderaler Organisation. Hierzu lässt sich noch eine ganze Bandbreite weiterer Gedanken und Modelle anführen, zu denen nicht nur ein großer Teil der anarchistischen Tradition und des linken antibolschewistischen Marxismus zu zählen sind, sondern auch G. D. H. Coles Gildensozialismus und

eine Reihe viel jüngerer theoretischer Arbeiten.[15] Noch bedeutsamer ist, dass dieses Konzept auch Aktionen umfasst, durch die die Arbeiter in vielen Lebensbereichen die Kontrolle über ihr Leben und ihr Schicksal zu gewinnen suchen.

Um derart subversive Doktrinen zu unterminieren, mussten die »Meister der Menschheit« versuchen, die Einstellungen und Überzeugungen zu verändern, die diese Ideen nährten. Wie Ware berichtet, warnten Aktivisten der Arbeiterbewegung vor dem »Geist des Zeitalters: Wohlstand erlangen und alle außer sich selbst vergessen« – so die »elende Devise« der »Herrschenden«, die sie natürlich auch ihren Untertanen aufzuzwingen suchten, da sie wussten, dass diese nicht in der Lage sein würden, mehr als nur einen sehr geringen Anteil des verfügbaren Wohlstands zu erlangen.

Dieser Geist der Erniedrigung rief eine klare Reaktion hervor: Die aufsteigenden Bewegungen der abhängig Beschäftigten und der radikalen Bauernschaft, die wichtigsten demokratischen Volksbewegungen der amerikanischen Geschichte, verpflichteten sich zu Solidarität und gegenseitiger Hilfe.[16] Sie wurden besiegt, hauptsächlich durch Gewalt, aber der Kampf ist noch lange nicht zu Ende, trotz aller Rückschläge, trotz der oftmals gewaltsamen Unterdrückung und trotz aller massiven Anstrengungen, der öffentlichen Meinung die erwähnte »elende Devise« einzutrichtern. Das ist eine Aufgabe, für die sogar die Ressourcen der Bildungssysteme, der riesigen Werbeindustrie und anderer Propagandainstitutionen eingesetzt werden.

Im Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Würde müssen ernst zu nehmende Barrieren überwunden werden, sogar jenseits des bitteren Klassenkampfes, der von der hochgradig klassenbewussten Unternehmerschaft mit der »unverzichtbaren Unterstützung« der von ihr großenteils kontrollierten Regierungen unermüdlich geführt wird. Ware befasste sich auch mit einigen dieser hinterhältigen Drohungen und der Frage, wie sie von den Arbeitnehmern verstanden wurden. Er gibt die Gedanken von Facharbeitern wieder, die vor 170 Jahren in New York lebten. Sie äußerten die weitverbreitete Ansicht, dass Lohnarbeit eine Form der

Sklaverei sei. Und sie warnten vor dem Tag, an dem die Lohnsklaven alles »vergessen werden, was der Menschheit zusteht, dass sie ein System bejubeln werden, das ihnen von der Not aufgezwungen wurde und im Gegensatz steht zu ihrem Unabhängigkeits- und Selbstwertgefühl«.[17] Damals hofften die New Yorker Arbeiter, dass dieser Tag noch »weit entfernt« sein möge. Heute sind seine Anzeichen allerorts sichtbar. Aber dicht unter der Oberfläche haben sich wieder die alten Forderungen festgesetzt – nach Unabhängigkeit, Selbstachtung, Menschenwürde und Kontrolle über das eigene Leben und die eigene Arbeit – und warten wie Marx' alter Maulwurf nur darauf, durch die Umstände und durch militanten Aktivismus wieder erweckt zu werden.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Norman Ware: *The Industrial Worker 1840 – 1860*, Chicago 1990
2. David Montgomery: *The Fall of the House of Labor: The Workplace, the State, and American Labor Activism, 1865 – 1925,* Cambridge 1989
3. Charles Lindholm, John A. Hall: »Is the United States Falling Apart?«, *Daedalus* 26, Nr. 2 (Frühjahr 1997), S. 183 – 209
4. Montgomery, *The Fall of the House of Labor*
5. Alex Carey, *Taking the Risk out of Democracy: Corporate Propaganda Versus Freedom and Liberty,* Champaign, IL, 1997, S. 26
6. Adam Smith: *Der Wohlstand der Nationen*, München 2013
7. Kate Bronfenbrenner: »We'll Close! Plant Closings, Plant-Closing Threats, Union Organizing and NAFTA«, *Multinational Monitor* 18, Nr. 3 (März 1997), S. 8 – 14
8. Richard B. Freeman: »Do Workers Still Want Unions? More than Ever«, Economic Policy Institute, 22. Februar 2007, www.sharedprosperity.org/bp182.html (aufgerufen am 20. Juli 2016); Gallup-Umfrage, »In U.S. Majority Approves of Unions, but Say They'll Weaken«, 30. August 2013, www.gallup.com/poll/164186/majority-approves-unions-say-weaken.aspx (aufgerufen am 20. Juli 2016)
9. Richard Fry, Rakesh Kochhar: »America's Wealth Gap Between Middle-Income and Upper-Income Families Is Widest on Record«, Pew Research Center, 17. Dezember 2014, www.pewresearch.org/fact-tank/2014/12/17/wealth-gap-upper-middle-income/ (aufgerufen am 20. Juli 2016)
10. »Income and Poverty in the United States: 2013, Current Population Report«, U.S. Census Bureau Publication, September 2014

11. John Bellamy Foster, Robert W. McChesney: *The Endless Crisis: How Monopoly-Finance Capital Produces Stagnation and Upheaval from the USA to China*, New York 2012, S. 21
12. Soweit nicht anders belegt, stammen die vorstehenden Textstellen aus Ware, *The Industrial Worker 1840 – 1860*.
13. Abraham Lincoln: »First Annual Message«, 3. Dezember 1861. Online siehe Gerhard Peters, John T. Woolley: *The American Presidency Project*, www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=29502 (aufgerufen am 20. Juli 2016)
14. John Stuart Mill: *Grundsätze der politischen Ökonomie*, III. Band, Leipzig 1869, IV. Buch, 7. Kapitel, § 6, books.google.de/books?id=eyhCAAAAcAAJ&printsec=frontcover&hl=de#v=onepage&q&f=false (aufgerufen am 11. Juli 2016)
15. G. D. H. Cole: *Gildensozialismus*, Köln 1921
16. Lawrence Goodwyn: *The Populist Moment*: *A Short History of the Agrarian Revolt in America*, New York 1978
17. Ware, *The Industrial Worker 1840 – 1860*

13

Sicherheit für wen? Wie Washington sich und die Wirtschaft schützt

In der Weltpolitik ist die Frage entscheidend, wie außenpolitische Entscheidungen getroffen werden. Ich kann hier nur ein paar Hinweise anbieten, wie man nach meiner Auffassung dieser Frage nachgehen kann, wobei ich mich aus mehreren Gründen auf die USA beschränke. Erstens werden die USA hinsichtlich ihrer globalen Bedeutung und ihres Einflusses von keinem anderen Land übertroffen. Zweitens bilden sie eine ungewöhnlich, vielleicht sogar einzigartig offene Gesellschaft, was bedeutet, dass wir mehr darüber wissen. Und schließlich ist die Frage für jene Amerikaner von größter Bedeutung, die politische Entscheidungen in den USA beeinflussen können – und in der Tat auch für andere, sofern ihr Handeln darauf Einfluss nehmen kann. Die allgemeinen Prinzipien jedoch lassen sich ebenso auf die anderen Großmächte und darüber hinaus anwenden.

In der Wissenschaft, in staatlichen Verlautbarungen und in der öffentlichen Meinung gilt es als »allgemein akzeptierte Auffassung«, die wichtigste Aufgabe einer Regierung bestehe darin, für Sicherheit zu sorgen, und die Bedrohung durch die Sowjetunion nach 1945 sei das größte und dringendste Problem der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten gewesen. Es gibt mehrere Möglichkeiten, diese Doktrin zu überprüfen. Eine naheliegende Frage lautet: Was geschah, als die sowjetische Bedrohung 1989 plötzlich verschwand? Die Antwort: Es änderte sich fast gar nichts.

Die Vereinigten Staaten marschierten sofort in Panama ein, wobei möglicherweise Tausende Menschen ums Leben kamen, und installierten dort ein Marionettenregime. Das war in US-dominierten Regionen so etwas wie Routine – aber in diesem Fall eben doch

nicht ganz Routine. Denn erstmals wurde eine wichtige außenpolitische Maßnahme nicht mit der angeblichen russischen Bedrohung gerechtfertigt. Stattdessen wurde eine Reihe verlogener Vorwände für die Invasion fabriziert, von denen nicht einer der Überprüfung standhalten konnte. Die Medien stimmten begeistert ein, lobten die wunderbare Leistung, das kleine Panama besiegt zu haben, ohne sich darum zu kümmern, dass die Vorwände schlicht lächerlich waren, dass dieser Akt eine radikale Verletzung des Völkerrechts darstellte und von vielen Staaten heftig kritisiert wurde, am schärfsten in Lateinamerika. Ignoriert wurde auch das Veto der Vereinigten Staaten gegen die unter anderem mit britischer Enthaltung verabschiedete Resolution der UN-Vollversammlung, in der die von den US-Truppen während der Invasion begangenen Verbrechen verurteilt wurden.[1]

Alles Routine. Und alles längst wieder vergessen – was ebenfalls Routine ist.

Von El Salvador zur russischen Grenze

Mit einer neuen nationalen Sicherheitspolitik und einem neuen Verteidigungsbudget reagierte die Administration von Präsident George Bush auf den Zusammenbruch des wichtigsten weltpolitischen Feindes. An beidem änderte sich nicht viel, neu waren jedoch die Vorwände. Bald wurde klar, dass man es immer noch für nötig hielt, das militärische Potential der USA fast so groß zu halten wie das der restlichen Welt zusammengenommen und diesem Rest auch im Hinblick auf die technische Entwicklung weit voraus zu bleiben. Nur diente das alles nicht mehr zur Verteidigung gegen die im Verschwinden begriffene Sowjetunion. Als Begründung wurde vielmehr die zunehmende »technologische Entwicklung« der Dritte-Welt-Mächte angeführt.[2] Wohlerzogene Intellektuelle wussten, dass es nicht schicklich gewesen wäre, in Gelächter auszubrechen, daher hüllten sie sich brav in Schweigen.

Der neuen Politik zufolge war es wichtig, dass die Vereinigten Staaten ihre »rüstungsindustrielle Basis« aufrechterhielten. Der Ausdruck ist allerdings ein Euphemismus; er bezieht sich auf den Hightech-Sektor generell, in dessen Forschung und Entwicklung sich der Staat in beträchtlichem Umfang einmischt. Diese Eingriffe erfolgen oftmals unter dem Schutzmantel des Pentagons, was aber viele Ökonomen nicht daran hindert, das System auch weiterhin als »freie Marktwirtschaft der USA« zu bezeichnen.

Eine der interessantesten Vorkehrungen der neuen Pläne hatte mit dem Nahen Osten zu tun. Washington, so hieß es, müsse Interventionstruppen bereithalten, die dort eingesetzt werden könnten, schließlich verbiete es sich, die wichtigsten Probleme der Region einfach »den Russen in die Schuhe zu schieben«. In Abkehr von dem fünfzig Jahre lang aufrechterhaltenen Lügengebäude gab man nun stillschweigend zu, dass sich die Hauptsorge in dieser Region nicht auf die Russen richtete, sondern auf etwas, das als »radikaler Nationalismus« bezeichnet wurde. Damit war ein unabhängiger Nationalismus gemeint, der sich der Kontrolle der USA entzog.[3] Ganz offensichtlich wirkt sich das alles auf das allgemein akzeptierte Grundlagenverständnis aus, aber es erregte keine Aufmerksamkeit – oder erregte vielleicht gerade deshalb keine Aufmerksamkeit.

Unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer, der den Kalten Krieg beendete, ereigneten sich andere wichtige Dinge. So zum Beispiel in El Salvador, das damals den größten Anteil an amerikanischer Militärhilfe erhielt, abgesehen von Israel und Ägypten, die jedoch eine eigene Kategorie bildeten. In El Salvador herrschte eine der schlimmsten Menschenrechtssituationen überhaupt. Aber dieser enge Zusammenhang ist uns ja längst vertraut.

Die salvadorianische Militärführung hatte dem Atlacatl-Bataillon den Befehl erteilt, die Zentralamerikanische Universität der Jesuiten zu überfallen und sechs führende Intellektuelle Lateinamerikas, allesamt Jesuiten, umzubringen, darunter der Rektor, Pater Ignacio Ellacuría SJ. Unter den Opfern waren auch zwei mutmaßliche Zeuginnen, nämlich die Haushälterin und deren Tochter. Während

des US-geförderten Staatsterrors in El Salvador hatte das Bataillon schon einige Zeit eine blutige Spur von Tausenden Opfern durchs Land gezogen. Das war Teil eines breiter angelegten Feldzugs von Terror und Folter, der die gesamte Region betraf.[4] Alles reine Routine, in den Vereinigten Staaten und von ihren Verbündeten ignoriert und buchstäblich vergessen – auch das Routine. Aber sie sagt uns eine Menge über die Faktoren, die diese Politik antreiben, wenn wir uns die Mühe machen, einen Blick auf die reale Welt zu werfen.

Ein weiteres wichtiges Ereignis fand in Europa statt. Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow stimmte der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu und war auch mit der fortgesetzten Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO, also dem feindlichen Militärbündnis, einverstanden. Im Lichte der jüngeren Geschichte war das ein höchst erstaunliches Zugeständnis. Aber es war nicht ohne eine Gegenleistung zu haben: Präsident Bush und Außenminister Baker sicherten zu, dass sich die NATO »nicht einen Zentimeter nach Osten« ausdehnen würde, womit auch Ostdeutschland gemeint war. Und doch dehnte sich die NATO sofort nach Ostdeutschland aus.

Verständlicherweise war Gorbatschow verärgert. Aber als er sich beschwerte, wurde ihm seitens Washingtons erklärt, es habe sich nur um ein mündliches Versprechen gehandelt, eine Art Gentleman's Agreement, das folglich nicht bindend sei.[5] Wenn er naiv genug gewesen war, auf das Wort amerikanischer Politiker zu vertrauen, so war das sein Problem.

Auch das war alles Routine, ebenso wie die Tatsache, dass die Osterweiterung der NATO in den USA und im ganzen Westen stillschweigend hingenommen und gebilligt wurde. Präsident Bill Clinton trieb die Expansion der NATO sogar bis an die Grenzen Russlands. Heute sieht sich die Welt mit einer ernsthaften Krise konfrontiert, die in nicht geringem Maße Folge dieser Politik ist.

Aufruf zur Plünderung der Armen

Jüngst freigegebene historische Dokumente stellen weitere wertvolle Quellen dar. Sie enthalten aufschlussreiche Berichte über die tatsächlichen Motive der amerikanischen Außenpolitik. Es handelt sich um eine dichte, komplexe Story, aber ein paar Themen spielen beharrlich eine dominierende Rolle. Eines davon wurde bei einer gesamtamerikanischen Konferenz klar artikuliert, die von den USA im Februar 1945 in Mexico City einberufen wurde. Dort zwang Washington den übrigen Teilnehmerländern eine »Wirtschaftscharta für Gesamtamerika« auf, die ökonomischen Nationalismus »in all seinen Formen« eliminieren sollte.[6] Allerdings gab es eine unausgesprochene Ausnahme: Für die Vereinigten Staaten, deren Ökonomie sich auf massive staatliche Intervention stützt, war wirtschaftlicher Nationalismus auch weiterhin völlig in Ordnung.

Die Eliminierung des Wirtschaftsnationalismus der anderen Länder stand in scharfem Gegensatz zu den lateinamerikanischen Positionen, die von Vertretern des US-Außenministeriums als »Philosophie des Neuen Nationalismus« definiert wurden, der »Strategien umfasst, die eine breitere Verteilung des Wohlstands und die Anhebung des Lebensstandards der breiten Bevölkerung bewirken sollen«.[7] US-Politikanalysten fügten hinzu: »Die Lateinamerikaner sind überzeugt, dass die Bürger des jeweiligen Landes die hauptsächlichen Nutznießer der Ressourcenentwicklung sein sollten.«[8]

Das kam natürlich nicht in Frage. Nach dem Verständnis Washingtons sollten die US-Investoren die »hauptsächlichen Nutznießer« sein, während Lateinamerika seiner dienenden Rolle nachzukommen hatte. Es sollte, wie sowohl die Truman- als auch die Eisenhower-Administration klarstellte, keine »exzessive industrielle Entwicklung« durchlaufen dürfen, die vitale US-Interessen hätte beeinträchtigen können. So durfte Brasilien nur Stahl von minderer Qualität produzieren, den die US-Unternehmen nicht weiterverarbeiten wollten; es wäre »exzessiv« gewesen, wenn sie versucht hätten, mit ihrem Stahl den US-Firmen Konkurrenz zu machen.

Ähnliche Interessen hallten durch die gesamte Nachkriegszeit. Das globale System, das die Vereinigten Staaten dominierten,

wurde, wie es in internen Dokumenten hieß, von »radikalen und nationalistischen Regimen« bedroht, die eine Antwort auf das Verlangen ihrer Völker nach eigenständiger Entwicklung darstellten.[9] Diese Beunruhigung bildete die Motivation für den Sturz der parlamentarischen Regierungen im Iran und in Guatemala 1953 und 1954 wie auch vieler anderer Regierungen. Im Falle des Iran galt die wichtigste Sorge den potentiellen Auswirkungen, die eine iranische Unabhängigkeit auf Ägypten haben würde, das sich damals wegen des kolonialistischen Verhaltens Großbritanniens im Aufruhr befand. In Guatemala besaß die neue Demokratie die Frechheit, die politische Stimme der bäuerlichen Mehrheit zu stärken und durch Landreform und Enteignung den Besitzstand der United Fruit Company anzutasten, was allein schon empörend genug war – aber darüber hinaus richtete sich die Besorgnis Washingtons auch auf die Arbeiterunruhen und die Gefahr, dass diese auf die von den USA gestützten Diktaturen in den Nachbarländern übergreifen könnten.

In beiden Fällen reichen die Konsequenzen bis in die Gegenwart hinein. So ist seit 1953 buchstäblich kein Tag vergangen, an dem die Vereinigten Staaten nicht versucht hätten, die Iraner zu quälen. Und Guatemala ist noch immer ein Ort des Schreckens, der weltweit kaum seinesgleichen findet – bis zum heutigen Tag müssen die Maya im Hochland vor genozidartigen Feldzügen des Militärs fliehen, die schon von Präsident Ronald Reagan und seinen wichtigsten Beratern unterstützt wurden. Der Büroleiter der Stiftung Oxfam in Guatemala, ein einheimischer Arzt, berichtete 2014: »Es findet eine dramatische Verschlechterung der politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen statt. Die Übergriffe auf [Menschenrechts-]Aktivisten haben allein im vergangenen Jahr um 300 Prozent zugenommen. Es gibt einen klaren Beweis für eine gut organisierte Strategie seitens des Privatsektors und der Armee; beide haben die Regierung im Griff, um den Status quo zu erhalten und das Wirtschaftsmodell der Ausbeutung durchzusetzen, wobei die indianische Bevölkerung auf dramatische Weise durch die Bergbauindustrie, Ölpalmen- und Zuckerrohrplantagen von ihrem eigenen Land vertrieben wird. Zudem werden soziale Bewegungen,

die ihr Land und ihre Rechte verteidigen wollen, kriminalisiert; viele ihrer Führer sind im Gefängnis, viele andere wurden ermordet.«[10]

Nichts von alledem ist in den USA bekannt. Informationen über die nur allzu offenkundigen Ursachen werden weiterhin unterdrückt.

In den 1950er Jahren erklärten Präsident Eisenhower und Außenminister John Foster Dulles recht klar das Dilemma, mit dem die Vereinigten Staaten konfrontiert waren. Sie beklagten den unfairen Vorteil der Kommunisten, die in der Lage seien, sich »direkt an die Massen zu wenden« und die Kontrolle über »die Massenbewegungen zu erlangen; darin können wir es ihnen nicht gleichtun. Es sind die Armen, an die sie sich wenden, und die haben schon immer die Reichen ausplündern wollen.«[11] So was ist natürlich lästig und macht Probleme. Irgendwie scheint es den Vereinigten Staaten schwerzufallen, die Armen von ihrer Doktrin zu überzeugen, wonach die Reichen die Armen ausplündern sollen.

Das Beispiel Kuba

Diese Denkweise illustriert sehr deutlich Kuba, als es 1959 endgültig die Unabhängigkeit erlangte. Militärische Attacken auf die Insel ließen nicht lange auf sich warten. Die Eisenhower-Administration traf bald eine geheime Entscheidung, die kubanische Regierung zu stürzen. Dann wurde John F. Kennedy Präsident. Er beabsichtigte, Lateinamerika mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Nach seinem Amtsantritt berief er eine Studiengruppe, die entsprechende Strategien entwickeln sollte. Ihr Leiter war der Historiker Arthur M. Schlesinger Jr., der die Schlussfolgerungen der Gruppe für den neuen Präsidenten zusammenfasste.

Schlesinger erklärte, der bedrohliche Aspekt eines unabhängigen Kuba sei »Castros Idee, dass man die Dinge nun selbst in die Hand nehmen müsse«. Dieser Gedanke komme bei den breiten Massen Lateinamerikas leider gut an, wo »Land und andere Formen des nationalen Reichtums sehr zu Gunsten der besitzenden Klassen verteilt sind und wo die Armen und Unterprivilegierten, stimuliert

durch das Beispiel der kubanischen Revolution, nun die Chance für ein anständiges Leben einfordern«.[12] Washingtons ewiges Dilemma.

Die CIA stellte fest: »Der weitreichende Einfluss des ›Castroismus‹ ist nicht der Macht Kubas zuzuschreiben (…). Castros Schatten reicht weit, weil die sozialen und ökonomischen Bedingungen in ganz Lateinamerika geradezu dazu auffordern, sich gegen die herrschenden Autoritäten zu stellen und die Agitation für radikale Veränderungen zu ermutigen«; dafür stelle Castros Kuba ein Modell dar.[13] Kennedy befürchtete, die sowjetische Hilfe könne Kuba zu einem »Musterbeispiel« für gelungene Entwicklung machen und die Sowjets würden damit in ganz Lateinamerika die Oberhand gewinnen.[14]

Der Planungsstab des Außenministeriums warnte, »die primäre Gefahr, der wir bei Castro gegenüberstehen, ist (…) in der Wirkung zu sehen, die die bloße Existenz seines Regimes auf die links stehenden Bewegungen in vielen lateinamerikanischen Ländern ausübt (…). Es ist schlicht eine Tatsache, dass Castro eine erfolgreiche Herausforderung der Vereinigten Staaten darstellt, eine Negation der gesamten Politik, die wir in der westlichen Hemisphäre seit fast eineinhalb Jahrhunderten verfolgt haben« – das heißt, seit der Monroe-Doktrin von 1823, in der die USA ihre Absicht zur Vorherrschaft in dieser Hemisphäre bekundeten.[15]

Als die Doktrin formuliert wurde, war die Eroberung Kubas das unmittelbare Ziel, das jedoch angesichts eines derart mächtigen Gegners wie Großbritannien nicht erreicht werden konnte. Dennoch teilte der große Stratege John Quincy Adams, der intellektuelle Vater der Monroe-Doktrin und der Manifest Destiny, seinen Kollegen mit, Kuba werde im Laufe der Zeit durch die »Gesetze der politischen Schwerkraft« in unsere Hände fallen, wie auch ein Apfel irgendwann vom Baum falle.[16] Kurz gesagt, die Macht der Vereinigten Staaten würde zu-, die Macht Großbritanniens abnehmen.

Im Jahr 1898 wurde Adams' Prognose Wirklichkeit: Die USA marschierten unter dem Vorwand in Kuba ein, das Land befreien zu wollen. Tatsächlich jedoch verhinderten sie damit die Befreiung der

Insel von Spanien und verwandelten das Land in eine »faktische Kolonie«, wie es die Historiker Ernest May und Philip Zelikow ausdrückten.[17] Und eine faktische Kolonie der Vereinigten Staaten blieb Kuba bis Januar 1959, als es seine Unabhängigkeit erlangte. Seither war es größeren US-terroristischen Angriffen, vor allem während der Kennedy-Jahre, und wirtschaftlicher Strangulation unterworfen – aber mit den Russen hatte das nichts zu tun.

Der Vorwand lautete immer, dass wir uns gegen die russische Bedrohung schützen müssten – eine absurde Begründung, die aber im Allgemeinen nicht in Frage gestellt wurde. Auch diese These lässt sich ganz einfach prüfen, indem man sich vor Augen führt, was geschah, als jede erkennbare russische Bedrohung verschwand: Die Politik der USA gegenüber Kuba wurde sogar noch rabiater, angeführt von liberalen Demokraten, darunter Bill Clinton, der Bush bei den Präsidentschaftswahlen von 1992 rechts überholte. Eigentlich hätte man annehmen müssen, dass sich diese Ereignisse wesentlich auf die Gültigkeit der Doktrinen, die den Rahmen des außenpolitischen Diskurses bildeten, und auf die Antriebskräfte der Außenpolitik auswirken würden. Aber wieder einmal blieben die Folgen gering.

Das Virus des Nationalismus

Henry Kissinger erfasste das reale Wesen der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, als er den unabhängigen Nationalismus als ein »Virus« bezeichnete, das »ansteckend wirkt«.[18] Kissinger bezog sich dabei auf Salvador Allendes Chile; das Virus war die Vorstellung, dass es einen parlamentarischen Weg zu einer Art sozialistischer Demokratie geben könne. Um mit einer solchen Bedrohung fertigzuwerden, galt es, das Virus auszumerzen und all jenen, die sich infizieren könnten, eine Schutzimpfung zu verpassen, was in der Regel dadurch geschah, dass man ihnen mörderische Regimes der nationalen Sicherheit aufzwang. Was

Chile betrifft, ist das gelungen, und es ist wichtig zu begreifen, dass sich diese Denkweise weltweit etablierte und heute noch herrscht.

Sie war beispielsweise auch die Begründung für die Entscheidung Anfang der 1950er Jahre, dem vietnamesischen Nationalismus entgegenzutreten und die Bemühungen Frankreichs zu unterstützen, seine frühere Kolonie zurückzuerobern. Man befürchtete, ein unabhängiger vietnamesischer Nationalismus könne die umliegenden Länder infizieren, zu denen auch das ressourcenreiche Indonesien zählte. Das hätte wiederum Japan dazu verleiten können, sich als industrielles und wirtschaftliches Zentrum einer unabhängigen neuen Ordnung zu etablieren und damit genau die Stellung zu beanspruchen, um die das Kaiserreich Japan noch vor so kurzer Zeit Krieg geführt hatte. Das Heilmittel war klar – und seine Anwendung größtenteils erfolgreich. Vietnam wurde buchstäblich vernichtet und von Militärdiktaturen eingekesselt, die das »Virus« daran hinderten, auf andere Länder überzuspringen.

Das traf während desselben Zeitraums auch auf Lateinamerika zu: Ein Virus nach dem anderen wurde mit aller Härte angegriffen und entweder vernichtet oder so weit geschwächt, dass es kaum noch lebensfähig war. Von den frühen 1960er Jahren an war der Kontinent einer Epidemie der Unterdrückung unterworfen, die in der ohnehin gewalttätigen Geschichte der Hemisphäre beispiellos war und sich in den 1980er Jahren auch auf Mittelamerika ausdehnte – ein Vorgang, den wir hier sicher nicht noch einmal darstellen müssen.

Und das traf im Wesentlichen genauso auf den Nahen Osten zu. Die einzigartigen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Israel wurden in ihrer heutigen Form im Jahr 1967 geknüpft, als Israel seinem Nachbarland Ägypten, dem Zentrum des säkularen arabischen Nationalismus, eine krachende Niederlage zufügte. Damit schützte Israel indirekt auch Saudi-Arabien, den Verbündeten der USA, das damals im Jemen in einen militärischen Konflikt mit Ägypten verwickelt war. Saudi-Arabien ist natürlich der radikalste fundamentalistische islamische Staat, und es ist auch ein missionierender Staat, der riesige Geldsummen aufwendet, um

seine wahhabitisch-salafistische Doktrin über seine Grenzen hinaus zu verbreiten. Man tut gut daran, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass die Vereinigten Staaten, wie vor ihnen auch schon Großbritannien, immer dazu neigten, den radikalen fundamentalistischen Islam zu unterstützen – und nicht etwa den säkularen Nationalismus, den man bis vor kurzem als die größere Bedrohung im Hinblick auf Unabhängigkeitsbestrebungen und die Ansteckung anderer Gesellschaften wahrnahm.

Der Wert der Geheimhaltung

Es gäbe noch viel mehr zu sagen, aber die Geschichte zeigt sehr deutlich, dass die Standarddoktrin nicht viel taugt. Sicherheit im normalen Wortsinn ist bei der Gestaltung der Politik kein herausragender Faktor. Ich betone: »im normalen Wortsinn«. Aber bei der Überprüfung der Standarddoktrin müssen wir die Frage aufwerfen, was denn eigentlich mit »Sicherheit« gemeint ist. Sicherheit für wen?

Eine Antwort lautet: Sicherheit für die Macht des Staates. Dafür gibt es viele Belege. So stimmten die USA im Mai 2014 zu, eine Resolution des Weltsicherheitsrats zu unterstützen, die die Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofs zur Untersuchung von Kriegsverbrechen in Syrien forderte – mit einem Vorbehalt: Es dürfe keine Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen Israels geben.[19] Oder Washingtons, aber natürlich war es gar nicht nötig, diese Bedingung extra zu erwähnen – die Vereinigten Staaten sind auf einzigartige Weise gegen das internationale Rechtssystem selbstimmunisiert. Tatsächlich gibt es sogar ein spezielles Schutzgesetz für amerikanische Dienstangehörige, das den Präsidenten zum Einsatz des Militärs ermächtigt, um jeden Amerikaner »zu retten«, der in Den Haag angeklagt wird – das »Den-Haag-Invasionsgesetz«, wie es in Europa manchmal genannt wird.[20] Dies zeigt erneut, wie wichtig es zu sein scheint, die Sicherheit der staatlichen Macht zu schützen.

Aber vor wem soll sie geschützt werden? Es spricht in der Tat vieles dafür, dass die Sicherheit der Staatsmacht vor dem eigenen Volk ein zentrales Anliegen des Staates ist. Wer die Zeit erübrigt hat, um sich durch die Archive zu wühlen, wird erkannt haben, dass staatliche Geheimhaltung selten von einem echten Bedürfnis nach Sicherheit motiviert wird, aber definitiv dazu dient, die Bevölkerung im Unklaren zu lassen. Und zwar aus guten Gründen, die von dem herausragenden liberalen Wissenschaftler und Regierungsberater Samuel Huntington einleuchtend erklärt wurden: »Die Architekten der Macht in den Vereinigten Staaten müssen eine Kraft schaffen, die man spüren, aber nicht sehen kann. Macht bleibt stark, wenn sie im Dunkeln bleibt; wird sie dem Sonnenlicht ausgesetzt, verflüchtigt sie sich.«[21] Das schrieb Huntington 1981, als der Kalte Krieg gerade wieder neu aufflammte, und er führte weiter aus, dass »man [Interventionen oder andere militärische Aktionen] vielleicht so verkaufen muss, dass der falsche Eindruck entsteht, es sei die Sowjetunion, die man bekämpft. Das ist es, was die Vereinigten Staaten schon seit der Truman-Doktrin tun.«[22]

Diese einfachen Wahrheiten werden kaum anerkannt. Aber sie bieten einen Einblick in die staatliche Macht und die Politik, dessen Echo bis heute nachklingt.

Staatliche Macht muss gegen den internen Feind geschützt werden. Im scharfen Kontrast dazu steht die Tatsache, dass die Bevölkerung nicht vor staatlicher Macht sicher ist. Ein auffälliges Beispiel hierfür ist der radikale Angriff auf die Verfassung, den die Obama-Administration mit ihrem gewaltigen Überwachungsprogramm eingeleitet hat. Natürlich wird es mit dem Verweis auf die »nationale Sicherheit« gerechtfertigt. Das ist schließlich die Praxis bei nahezu allen Aktionen in allen Staaten und bringt uns wenig Aufschluss.

Als das Überwachungsprogramm der NSA durch Edward Snowdens Enthüllungen aufgedeckt wurde, behaupteten hohe Regierungsbeamte, das Programm habe vierundfünfzig terroristische Anschläge verhindert. Bei näherer Untersuchung schrumpfte die Zahl auf ein Dutzend. Dann stellte ein hochkarätig besetztes Regierungsgremium fest, dass es tatsächlich nur einen

einzigen Vorfall gegeben hat: Jemand hatte 8500 Dollar nach Somalia überwiesen. Das war das gesamte Ergebnis des gewaltigen Angriffs auf die Verfassung der Vereinigten Staaten und natürlich auch auf die Verfassungen anderer Länder weltweit.[23]

Interessant ist dabei die Haltung Großbritanniens: 2007 wurde Washingtons kolossale Spionageagentur von der britischen Regierung gebeten, »die Mobiltelefon- und Faxnummern, E-Mails und IP-Adressen aller britischen Bürgerinnen und Bürger zu analysieren und zu speichern, die in ihrer Schleppnetzfahndung hängengeblieben waren«, wie der *Guardian* berichtete.[24] Das ist ein nützlicher Hinweis darauf, welche Bedeutung die Regierung der Privatsphäre der eigenen Bürgerinnen und Bürger beimisst, und auf den Druck, den Washington ausübt.

Eine weitere Sorge gilt der Sicherung privater Macht. Dies illustrieren die gewaltigen Handelsabkommen – die transatlantischen und transpazifischen Verträge –, über die derzeit verhandelt wird. Sie werden »im Geheimen« ausgehandelt – aber doch nicht ganz im Geheimen. Denn angesichts der Tatsache, dass sich Hunderte von Anwälten und Experten des Wirtschaftsrechts mit der detaillierten Ausarbeitung der Bestimmungen befassen, können sie gar nicht so geheim sein. Es fällt nicht schwer zu erraten, wie die Ergebnisse aussehen werden, und das, was bisher durchgesickert ist, lässt vermuten, dass die Befürchtungen zutreffen werden. Wie bei NAFTA und ähnlichen Pakten handelt es sich dabei keineswegs um Freihandelsabkommen. Tatsächlich sind sie nicht einmal Handelsabkommen, sondern primär Abkommen über die Rechte von Investoren.

Auch hier ist für jede der beteiligten Regierungen Geheimhaltung von entscheidender Bedeutung, um die Interessen derer zu schützen, die sie unterstützen: die Unternehmen.

Das letzte Jahrhundert menschlicher Zivilisation?

Es gibt weitere Beispiele, aber sie sind zu zahlreich, um sie alle aufführen zu können; es sind Fakten, die längst bekannt sind und in wirklich freien Gesellschaften auf dem Grundschullehrplan stünden. Sprich, wir haben viele Belege für die These, dass die Sicherung der staatlichen Macht gegenüber der eigenen Bevölkerung und die Sicherung der konzentrierten privaten Macht die treibenden Kräfte der Politikgestaltung darstellen. Aber natürlich ist die Sache nicht ganz so einfach. Es gibt auch interessante Fälle, von denen einige sogar derzeit aktuell sind, bei denen diese Verpflichtungen miteinander in Konflikt geraten. Generell jedoch ist unsere Aussage eine erste, tragfähige Annäherung – eine, die in radikalem Gegensatz zur verbreiteten Doktrin steht.

Doch nun wollen wir uns einer weiteren Frage zuwenden: Wie steht es um die Sicherheit der Bevölkerung? Es lässt sich leicht aufzeigen, dass diese Frage für die politischen Entscheidungsträger von marginaler Bedeutung ist. Nehmen wir zwei bekannte aktuelle Beispiele: die globale Erwärmung und die Atomwaffen. Wie jedem halbwegs informierten Menschen zweifellos klar ist, handelt es sich in beiden Fällen um düstere Bedrohungen der Sicherheit der Menschen. Betrachten wir aber die staatliche Politik, so müssen wir feststellen, dass diese eifrig damit beschäftigt ist, beide Bedrohungen weiter zu verschärfen – im Interesse ihres vorrangigen Anliegens, nämlich die staatliche Macht sowie die konzentrierte private Macht zu schützen, von der sie weitgehend bestimmt wird.

Befassen wir uns zunächst mit der globalen Erwärmung beziehungsweise dem Klimawandel. In den USA herrscht derzeit überschwängliche Begeisterung im Hinblick auf »hundert Jahre Unabhängigkeit in der Energieversorgung«, in denen wir »das Saudi-Arabien des kommenden Jahrhunderts« werden – das zugleich aber auch das letzte Jahrhundert der menschlichen Zivilisation sein kann, wenn die derzeitige Politik unverändert fortgeführt wird. Das verdeutlicht sehr klar, worum es bei der Sorge um die Sicherheit im Wesentlichen geht – ganz bestimmt nicht um die der Bevölkerung. Und es veranschaulicht auch das moralische Kalkül des zeitgenössischen Staatskapitalismus: Das Schicksal

unserer Enkel zählt nichts im Vergleich zu dem Imperativ, immer höhere Profite zu erwirtschaften.

Diese Schlussfolgerungen werden durch einen genaueren Blick auf das Propagandasystem untermauert. Derzeit läuft in den USA eine riesige PR-Kampagne, die ganz unverblümt von den Energiekonzernen und der Wirtschaft organisiert wird. Sie soll die Öffentlichkeit überzeugen, dass es die globale Erwärmung entweder gar nicht gibt oder dass sie nicht durch menschliches Handeln verursacht wird. Und sie zeigt bereits eine gewisse Wirkung: In den Vereinigten Staaten ist die öffentliche Besorgnis über die Erderwärmung geringer als in anderen Ländern, und sie ist überdies stratifiziert: Für die Anhänger der Republikaner, der Partei, die sich stärker für die Interessen der Reichen und die Macht der Konzerne einsetzt, ist die Sorge um unser Klima noch weniger wichtig als für den globalen Durchschnitt.[25]

Die führende Zeitschrift der Medienkritik, die *Columbia Journalism Review*, druckte einen interessanten Artikel zu diesem Thema und schrieb diese Ergebnisse der Mediendoktrin zu, die eine »faire und ausgewogene Berichterstattung« fordere.[26] Anders ausgedrückt: Wenn eine Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht, in dem die Folgerungen von 97 Prozent der Wissenschaftler wiedergegeben werden, muss sie auch einen Gegenbeitrag bringen, in dem die Sichtweise der Energiekonzerne zum Ausdruck kommt. Und genau das geschieht dann auch. Aber eigentlich gibt es die Doktrin der »fairen und ausgewogenen« Darstellung überhaupt nicht. Denn wenn beispielsweise eine Zeitschrift einen Beitrag veröffentlicht, in welchem dem russischen Präsidenten Wladimir Putin kriminelles Vorgehen bei der Annexion der Krim vorgeworfen wird, zwingt niemand diese Zeitschrift, zum Zweck der Ausgewogenheit auch einen apologetischen Artikel zu bringen, in dem etwa darauf hinzuweisen wäre, dass die Annexion zwar tatsächlich völkerrechtswidrig war, dass aber Russland in diesem Fall viel stärkere Gründe hatte als die Vereinigten Staaten, als diese vor mehr als einem Jahrhundert den Südosten Kubas besetzten, darunter Guantánamo, den wichtigsten Hafen des Landes, dessen Rückgabe sie seit der kubanischen Unabhängigkeit verweigern.

Das trifft auch für viele weitere Fälle zu. Die Mediendoktrin eines »fairen und ausgewogenen« Journalismus gilt nur, wenn die Interessen der konzentrierten privaten Macht berührt werden, aber sicherlich nicht in anderen Bereichen.

Bei der Frage der Atomwaffen lässt sich eine ähnlich interessante Entwicklung aufzeigen – und sie macht Angst. Denn hier wird sehr deutlich sichtbar, dass schon fast von Anfang an die Sicherheit der Bevölkerung kein Thema war und bis heute nicht ist. Man muss hier nicht die ganze schockierende Geschichte aufzeigen, aber es gibt nur geringen Zweifel daran, dass die politischen Entscheidungsträger mit dem Schicksal der Menschheit Roulette spielen.

Wie uns allen sicher bewusst ist, stehen wir heute vor den schicksalsschwersten Entscheidungen der Menschheitsgeschichte. Es gibt viele Probleme, die dringend gelöst werden müssen, aber zwei sind von überwältigend großer Bedeutung: die Zerstörung der Umwelt und die Gefahr eines Atomkriegs. Zum ersten Mal in der Geschichte werden wir mit der Gefahr konfrontiert, dass wir im Begriff sind, unsere Aussichten auf eine lebenswerte Existenz zunichtezumachen – und nicht etwa in der fernen Zukunft. Schon aus diesem Grund ist es unverzichtbar, den ideologischen Dunst zu vertreiben und uns ehrlich und realistisch der Frage zu stellen, wie politische Entscheidungen getroffen werden und was wir tun können, um sie zu ändern, bevor es zu spät ist.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Don Shannon: »U.N. Assembly Condemns U.S. Invasion«, *Los Angeles Times*, 30. Dezember 1989
2. »National Security Strategy of the United States«, White House, März 1990, bush41library.tamu.edu/files/select-documents/nationalsecurity_strategy90.pdf (nicht verfügbar, 5. August 2016)
3. Ebd.
4. Siehe Noam Chomsky: *Hopes and Prospects*, Chicago 2010, Kap. 12
5. Ebd.

6. »U.S. Economy and Industrial Proposals Made at Inter-American Conference«, *The New York Times*, 26. Februar 1945
7. David Green: *The Containment of Latin America: A History of the Myths and Realities of the Good Neighbor Policy*, New York 1971, S. 175
8. Ebd., S. vii
9. »United States Objectives and Courses of Action with Respect to Latin America«, *Foreign Relations of the United States*, 1952 – 1954, Band IV, Dokument 3, 18. März 1953
10. Mitteilung von Luis Paiz an Noam Chomsky vom 13. Juni 2014; im Besitz des Autors
11. Dwight D. Eisenhower, zitiert in Richard Immerman: »Confession of an Eisenhower Revisionist: An Agonizing Reappraisal«, *Diplomatic History* 14, Nr. 3 (Sommer 1990); John Foster Dulles in einem Telefonat mit Allan Dulles: »Minutes of Telephone Conversations of John Foster Dulles and Christian Herter«, 19. Juni 1958, Dwight D. Eisenhower Presidential Library
12. Noam Chomsky: *Profit Over People – War Against People: Neoliberalismus und globale Weltordnung, Menschenrechte und Schurkenstaaten*, München 2006
13. Piero Gleijeses: *Conflicting Missions: Havana, Washington, and Africa, 1959 – 1976*, Chapel Hill, NC, 2003, S. 22
14. Noam Chomsky: *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Hamburg 2003
15. Ebd.
16. Walter LaFeber: *The New Empire. An Interpretation of American Expansion, 1860 – 1898*, Ithaca, NY, 1963, S. 4
17. Ernest R. May, Philip D. Zelikow (Hg.): *The Kennedy Tapes: Inside the White House During the Cuban Missile Crisis*, Cambridge, MA, 1997, S. xi
18. Chomsky, *Hopes and Prospects*, S. 116
19. Somini Sengupta, »U.N. Will Weigh Asking Court to Investigate War Crimes in Syria«, *The New York Times*, 22. Mai 2014
20. H. R. 4775, 2002 Supplemental Appropriations Act for Further Recovery from and Response to Terrorist Attacks on the United States, 107th Congress (2001/02), www.congress.gov/bill/107th-congress/house-bill/4775 (aufgerufen am 22. Juli 2016), dort siehe »Title 2: American Servicemembers' Protection Act«. [Anm. d. Übers.: Bei dem *Schutzgesetz für amerikanische Dienstangehörige* handelt es sich um ein amerikanisches Gesetz, das Vertreter der Regierung, des Militärs und andere offizielle Repräsentanten der USA vor der Auslieferung an bzw. vor der Strafverfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof schützt. Dabei darf der Präsident alle erforderlichen Mittel, sogar militärische Interventionen, einsetzen. Ein solches Gesetz ist nur deshalb möglich, weil die USA wie auch China und diverse andere Länder nicht Mitglieder des Strafgerichtshofs sind.]
21. Samuel P. Huntington: *American Politics: The Promise of Disharmony*, Cambridge, MA, 1981, S. 75
22. Stanley Hoffmann, Samuel P. Huntington, Ernest R. May, Richard N. Neustadt, Thomas C. Schelling: »Vietnam Reappraised«, *International Security* 6, Nr. 1 (Sommer 1981), S.

3 – 26
23. Justin Elliott, Theodoric Meyer: »Claim on ›Attacks Thwarted‹ by NSA Spreads Despite Lack of Evidence«, *ProPublica*, 23. Oktober 2013, www.propublica.org/article/claim-on-attacks-thwarted-by-nsa-spreads-despite-lack-of-evidence (aufgerufen am 22. Juli 2016)
24. James Ball: »US and UK Struck Secret Deal to Allow NSA to ›Unmask‹ Britons' Personal Data«, *The Guardian*, London, 20. November 2013
25. Gallup-Umfrage, »Americans Show Low Levels of Concern on Global Warming«, 4. April 2014, www.gallup.com/poll/168236/americans-show-low-levels-concern-global-warming.aspx (aufgerufen am 13. Juli 2016)
26. Robert S. Eshelman: »The Danger of Fair and Balanced«, *Columbia Journalism Review,* 1. Mai 2014

14

Schandtat

Fast jeder Tag bringt uns Nachrichten von furchtbaren Verbrechen. Aber manche sind so grauenhaft, so entsetzlich und bösartig, dass sie alle anderen weit übertreffen. Eine dieser eher seltenen Ungeheuerlichkeiten ereignete sich, als Flug MH 17 der Malaysia Airlines über der östlichen Ukraine abgeschossen wurde, wobei 298 Menschen ums Leben kamen.

Der Tugendwächter im Weißen Haus verurteilte dies als eine »Schandtat von unaussprechlichem Ausmaß«, der er »russische Unterstützung« zuschrieb.[1] Seine UN-Botschafterin donnerte, wenn 298 Zivilisten bei dem »furchtbaren Abschuss« eines zivilen Verkehrsflugzeugs getötet würden, »darf uns nichts davon abhalten, herauszufinden, wer dafür verantwortlich ist, und diejenigen vor Gericht zu stellen«. Und sie rief Wladimir Putin auf, seine schändlichen Bemühungen, seiner eindeutigen Verantwortung hierfür auszuweichen, zu beenden.[2]

Richtig: Der »ärgerliche kleine Mann« mit dem »Rattengesicht«, wie ihn Timothy Garton Ash beschrieb, hatte eine unabhängige Untersuchung des Vorfalls gefordert – aber vielleicht nur, um weiteren Sanktionen zuvorzukommen, verhängt durch das einzige Land, das den Mut besaß, sie tatsächlich durchzusetzen, nämlich die Vereinigten Staaten, während sich die Europäer voller Angst wegduckten.[3]

William Taylor, der frühere amerikanische Botschafter in der Ukraine, ließ über CNN die ganze Welt wissen, dass der ärgerliche kleine Mann »eindeutig für den Abschuss des Flugzeugs … verantwortlich« sei.[4] Wochenlang befassten sich die Hauptbeiträge in den Medien mit Schmerz und Kummer der Familien, den Biographien der Mordopfer, den internationalen Anstrengungen, die

Leichen im Kampfgebiet zu bergen, und der Wut über das entsetzliche Verbrechen, das »die Welt schockierte« und über das die Presse tagtäglich in allen grausigen Einzelheiten berichtete.

Jede informierte Person, und ganz gewiss jeder Journalist und Kommentator, hätte sich sofort an einen anderen Fall erinnern müssen, in dem ein Flugzeug mit ähnlichen Verlusten an Menschenleben abgeschossen worden war: Flug 655 der Iran Air. Damals kamen 290 Menschen ums Leben, darunter 66 Kinder, als das Linienflugzeug über dem iranischen Luftraum und auf einer eindeutig identifizierten Flugverkehrsstrecke abgeschossen wurde. Es war schon immer bekannt, wer diese Tat begangen hatte: das mit Flugabwehrraketen ausgerüstete amerikanische Kriegsschiff USS *Vincennes*, das zu diesem Zeitpunkt in iranischen Hoheitsgewässern im Persischen Golf operierte.

David Carlson, Kommandant eines weiteren, in der Nähe befindlichen amerikanischen Kriegsschiffs, schrieb in dem vom U.S. Naval Institute herausgegebenen Magazin *Proceedings*, dass er sich »vollkommen ungläubig laut gewundert« habe, als »die *Vincennes* ihre Absicht ankündigte«, ein Flugzeug anzugreifen, das eindeutig eine zivile Linienmaschine war. Er spekulierte, dass »Robo Cruiser«, wie die *Vincennes* aufgrund ihrer aggressiven Operationen genannt wurde, wohl »den Drang verspürte, die Nützlichkeit von Aegis (dem hochentwickelten Luftabwehrsystem, das auf dem Kreuzer installiert war) im Persischen Golf zu beweisen, und dass sie scharf auf die Gelegenheit waren, ihr Zeug vorzuführen«.[5]

Zwei Jahre danach wurden der Kommandant der *Vincennes* und ihr Einsatzleiter für die Luftabwehr mit dem Orden »Legion of Merit« ausgezeichnet. Die Ordensverleihung erfolgte aufgrund ihres »außergewöhnlich verdienstvollen Verhaltens bei der Ausführung herausragender Dienstaufgaben« und ihres »besonnenen und professionellen Verhaltens«, das sie in der Zeit um den Abschuss des iranischen Airbus an den Tag gelegt hätten. Die eigentliche Zerstörung des Airbus wurde bei der Verleihung nicht erwähnt.[6]

Präsident Reagan wies den Iranern die Schuld für die Katastrophe zu und verteidigte das Handeln des Kriegsschiffs, das »die

Dienstanweisungen und öffentlich zugänglichen Verfahrensregeln befolgte; es hat geschossen, um sich gegen einen möglichen Angriff zu schützen«.[7] Sein Nachfolger, George Bush, verkündete, »ich werde mich niemals für die Vereinigten Staaten entschuldigen – mir ist egal, wie die Fakten sind (…). Ich gehöre nicht zu den Ich-entschuldige-mich-für-Amerika-Burschen.«[8]

Nein, hier weicht niemand der Verantwortung aus – im Unterschied zu gewissen Barbaren im Osten.

Damals gab es keine großen Reaktionen: keinen Aufschrei, keine verzweifelte Suche nach den Opfern, kein leidenschaftliches Anprangern der Verantwortlichen, keine eloquenten Klagen des amerikanischen UN-Botschafters über den »immensen und herzzerreißenden Verlust«. Die scharfe Verurteilung durch die Iraner wurde zwar gelegentlich vermerkt, aber schnell als »Standardreaktion auf die Vereinigten Staaten« abgetan, wie es Philip Shenon in der *New York Times* ausdrückte.[9]

Es ist daher kein Wunder, dass die amerikanischen Medien nur mit ein paar beiläufigen Erwähnungen dieses bedeutungslose frühere Ereignis ins Gedächtnis riefen, als der gewaltige Zorn über das wirkliche Verbrechen losbrach, in das der dämonische Feind möglicherweise indirekt verwickelt war. Eine Ausnahme bildete die Londoner Zeitung *Daily Mail*, in der Dominic Lawson schrieb, die »Putin-Apologeten« könnten zwar auf den Abschuss des iranischen Linienflugzeugs verweisen, tatsächlich jedoch offenbare ein Vergleich der beiden Ereignisse unsere hohen moralischen Werte im Unterschied zu der verkümmerten Moral der Russen, die versuchten, sich mit Lügen aus ihrer Verantwortung für MH 17 herauszuwinden – während Washington damals sofort eingestanden habe, dass das iranische Verkehrsflugzeug von einem amerikanischen Kriegsschiff abgeschossen worden sei, und zwar zu Recht.[10] Kann es einen stärkeren Beweis für unseren Edelmut und deren Verdorbenheit geben?

Wir wissen, warum Ukrainer und Russen sich in ihren Ländern befinden. Aber man fragt sich doch, was genau die *Vincennes* in den iranischen Hoheitsgewässern zu suchen hatte. Die Antwort ist recht einfach: Sie verteidigte gerade Washingtons großen Freund

Saddam Hussein bei seiner mörderischen Aggression gegen den Iran. Für das betroffene Land war der Abschuss keine Kleinigkeit. Es war entscheidend für die Erkenntnis des Irans, dass der Krieg nicht mehr weitergeführt werden konnte, wie der Historiker Dilip Hiro schreibt.[11]

Man sollte sich in Erinnerung rufen, wie sehr Washington damals seinem Freund Saddam zugeneigt war. Reagan ließ ihn von der Terroristenliste streichen, die das Außenministerium führte, damit Hilfslieferungen erfolgen konnten, um Saddams Angriff auf den Iran zu beschleunigen. Später bestritten beide seine furchtbaren Verbrechen an den Kurden, darunter den Einsatz chemischer Kampfstoffe, und blockierten eine Verurteilung dieser Verbrechen durch den Kongress. Reagan gestand Saddam auch ein Privileg zu, das bislang nur Israel gewährt worden war: Washington reagierte mit äußerster Nachsicht, als ein irakischer Kampfjet mit Exocet-Raketen die USS *Stark* angriff, wobei siebenunddreißig Besatzungsmitglieder ums Leben kamen. Ähnlich verhalten war 1967 die Reaktion ausgefallen, als israelische Jäger und Torpedoschiffe wiederholt die USS *Liberty* angegriffen und vierunddreißig Crewmitglieder getötet hatten.[12]

Reagans Nachfolger George Bush setzte die Hilfslieferungen an Saddam fort, die dieser nach dem von ihm losgetretenen Krieg gegen den Iran dringend benötigte. Bush lud sogar irakische Nuklearingenieure in die USA ein, wo sie sich intensiv in der Waffenproduktion ausbilden ließen. Im April 1990 entsandte er eine hochkarätige Delegation des Senats, die vom späteren republikanischen Präsidentschaftskandidaten Bob Dole angeführt wurde, um seinem Freund Saddam die wärmsten Grüße zu überbringen und ihm zu versichern, dass er die unverantwortliche Kritik einer »hochmütigen und verwöhnten Presse« einfach nicht beachten solle und die Übeltäter aus *Voice of America* – dem offiziellen staatlichen Auslandssender – entfernt worden seien.[13] Diese Katzbuckelei vor Saddam dauerte fort, bis dieser sich ein paar Monate später plötzlich in einen neuen Hitler verwandelte, Anweisungen nicht befolgte oder vielleicht missverstand und in

Kuwait einmarschierte – was dann bekanntlich drastische Konsequenzen für ihn hatte.

Andere Präzedenzfälle für den Abschuss der MH 17 galten längst als unwichtig und waren im schwarzen Loch des Vergessens gelandet. Nehmen wir beispielsweise das libysche Verkehrsflugzeug, das 1973 in einen Sandsturm geriet und von israelischen Kampfflugzeugen, die die USA geliefert hatten, abgeschossen wurde – nur zwei Flugminuten von Kairo entfernt, wohin das Flugzeug unterwegs gewesen war.[14] Damals starben 110 Menschen. Israel beschuldigte den französischen Piloten der libyschen Maschine, was die *New York Times* bestätigte, die hinzufügte, der Abschuss durch die Israelis sei »schlimmstenfalls (…) ein kaltschnäuziger Akt gewesen, der sich nicht einmal durch die Grausamkeit früherer Handlungen der Araber entschuldigen lässt«.[15] In den USA ging man recht schnell über den Zwischenfall hinweg, und es gab nur wenig Kritik. Als die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir vier Tage später Washington besuchte, musste sie sich zwar ein paar peinliche Fragen anhören, kehrte dann aber mit neuen Geschenken, nämlich Kampfjets, nach Hause zurück. Ähnlich verlief die Reaktion, als die von Washington begünstigte angolanische terroristische Organisation UNITA behauptete, sie habe zwei zivile Flugzeuge abgeschossen.

Kehren wir zurück zu dem einzigen echten und wahrhaft furchtbaren Verbrechen. Wie die *New York Times* berichtete, habe die amerikanische UN-Botschafterin Samantha Power »mit erstickter Stimme von den Kindern gesprochen, die bei dem Absturz des Malaysia-Air-Flugzeugs in der Ukraine ums Leben kamen, [und] der niederländische Außenminister Frans Timmermans konnte kaum seine Wut unterdrücken, als er sich an Fotos erinnerte, auf denen ›Verbrecher‹ den Opfern die Eheringe von den Fingern stahlen«.[16]

In derselben Sitzung, so heißt es in dem Bericht weiter, sei auch »eine lange Liste der Namen und des Alters von Kindern verlesen worden, die bei der jüngsten israelischen Offensive im Gaza-Streifen getötet worden waren«. Erwähnt wird nur eine einzige Reaktion: Der palästinensische Botschafter Riyad Mansour sei bei

der Verlesung »ganz still« geworden.[17] In Washington sorgte jedoch der israelische Angriff auf den Gaza-Streifen für Empörung. Präsident Obama bekräftigte seine »entschiedene Verurteilung« der Raketen und Tunnelangriffe auf Israel durch die militante Hamas«, berichtete die Zeitung *The Hill*. Und »er drückte ›wachsende Besorgnis‹ über die steigende Zahl getöteter palästinensischer Zivilisten in Gaza aus«, jedoch ohne deren Ursache zu verurteilen.[18] Diese Lücke füllte der Senat, als er einstimmig die israelische Vorgehensweise im Gaza-Streifen unterstützte, zugleich »den nicht provozierten Raketenbeschuss auf Israel« durch die Hamas verurteilte und »den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, aufforderte, die Einheitsregierung mit der Hamas aufzukündigen und die Angriffe auf Israel zu verurteilen«.[19]

Was den Kongress angeht, so genügt es vielleicht, sich den 80 Prozent der Öffentlichkeit anzuschließen, die seine Haltung missbilligen (obwohl das Wort »missbilligen« in diesem spezifischen Fall eher zu schwach ist).[20] Zu Obamas Verteidigung könnte man vermuten, dass er keine Ahnung hat, was Israel mit den Waffen im Gaza-Streifen anstellt, die er ihnen freundlicherweise liefert. Denn schließlich verlässt er sich auf die amerikanischen Geheimdienste, die vielleicht zu sehr damit beschäftigt sind, die Telefonate und E-Mails der Bürgerinnen und Bürger zu sammeln, und solchen Marginalien daher nicht viel Aufmerksamkeit widmen können. Daher mag es sinnvoll sein, uns genauer anzuschauen, was wir alle wissen sollten.

Israels Ziel war lange ganz einfach: still und leise zur Normalität zurückzukehren (obwohl es inzwischen möglicherweise mehr fordert). Aber was war denn diese Normalität?

Im Westjordanland bestand die Normalität darin, dass Israel den illegalen Bau von Siedlungen und Infrastruktur weiter vorantrieb, um sich alles einzuverleiben, was irgendwie von Wert sein könnte, während die Palästinenser auf nicht lebensfähige Gebiete verwiesen und massiven Repressalien und Gewalt unterworfen werden. Und seit vierzehn Jahren gehört es auch zum Normalzustand, dass Israel jede Woche mehr als zwei

palästinensische Kinder tötet. Ein israelischer Wutanfall wurde am 12. Juni 2014 ausgelöst, als drei israelische Jugendliche aus einer Siedlung im besetzten Westjordanland brutal ermordet wurden. Einen Monat zuvor waren zwei palästinensische Jungen in Ramallah im Westjordanland erschossen worden. Dieses Ereignis hatte kaum Aufmerksamkeit erregt, was nicht sonderlich überraschte, da es sich um ein gewöhnliches Vorkommnis handelte. »Die institutionalisierte Gleichgültigkeit für das Leben der Palästinenser, die im Westen vorherrscht, erklärt teilweise, warum die Palästinenser zur Gewalt greifen«, schreibt der angesehene Nahostexperte Mouin Rabbani. »Und sie erklärt auch Israels jüngsten Angriff auf den Gaza-Streifen.«[21]

Denn mit der Politik des Stillschweigens konnte Israel seine Absicht verwirklichen, den Gaza-Streifen vom Westjordanland abzutrennen. Dieses Programm verfolgte Israel mit großer Entschlossenheit, immer mit Unterstützung der USA, seit beide Länder mit den Abkommen von Oslo akzeptierten, dass die Regionen eine unteilbare territoriale Einheit bilden. Ein Blick auf die Landkarte zeigt die Gründe hierfür: Der Gaza-Streifen ist der einzige Zugang der Palästinenser zur Außenwelt; würden die beiden Gebiete getrennt, wäre jede Autonomie, die Israel den im Westjordanland lebenden Palästinensern zugestehen würde, faktisch sinnlos, denn dann würden sie zwischen zwei feindlichen Staaten, nämlich Israel und Jordanien, gefangen sein. Diese Gefangenschaft würde sich noch folgenschwerer auswirken, wenn Israel sein systematisches Programm zur Vertreibung der Palästinenser aus dem Jordantal und dem Bau von immer neuen israelischen Siedlungen fortführte.

Die Normalität im Gaza-Streifen hat der heroische norwegische Traumachirurg Mads Gilbert in allen Einzelheiten beschrieben. Gilbert arbeitete im größten Krankenhaus von Gaza, während Israel die groteskesten Verbrechen verübte, und kehrte bei Beginn der derzeitigen Angriffe wieder dorthin zurück. Im Juni 2014, unmittelbar vor ihrem Beginn, legte er der UN-Organisation UNRWA einen Bericht über das Gesundheitswesen in Gaza vor. UNRWA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen

Osten, versucht verzweifelt und mit minimalen Mitteln ausgestattet, sich um die Geflüchteten zu kümmern. »Mindestens 57 Prozent der Haushalte im Gaza-Streifen sind der Ernährungsunsicherheit ausgesetzt, und ungefähr 80 Prozent sind jetzt auf Hilfslieferungen angewiesen«, berichtete Gilbert. »Ernährungsunsicherheit und zunehmende Armut bedeuten auch, dass die meisten Einwohner nicht ihren täglichen Kalorienbedarf decken können, und über 90 Prozent des im Gaza-Streifen verfügbaren Wassers wird als ungeeignet für den menschlichen Verbrauch beurteilt« – eine Situation, die sich noch verschlimmerte, als Israel erneut Wasserversorgung und Abwassersysteme anzugreifen begann, wodurch über eine Million Menschen noch gravierendere Einschränkungen im Hinblick auf die elementarsten Lebensgrundlagen erlitten.[22]

Gilbert berichtete ferner, dass »palästinensische Kinder immens zu leiden haben. Ein großer Teil von ihnen ist von dem menschengemachten Unterernährungsregime betroffen, das durch die von den Israelis aufgezwungene Blockade verursacht wird. 72,8 Prozent der Kinder unter zwei Jahren im Gaza-Streifen leiden an Anämie; bei 34,3 Prozent wurde Schwindsucht, bei 31,4 Prozent Wachstumsstörungen und bei 31,45 Prozent Untergewicht dokumentiert«.[23] Und die Werte verschlechtern sich noch im weiteren Verlauf des Berichts.

Der angesehene Menschenrechtsanwalt Raji Sourani, der selbst jahrelang die israelische Brutalität und den Terror in Gaza erlebte, berichtet, dass »ich am häufigsten einen Satz zu hören bekam, wenn sich die Menschen über den Waffenstillstand unterhielten: Alle sagten, für uns ist es besser zu sterben, als wieder in der Situation leben zu müssen, die wir vor diesem Krieg hatten. Das wollen wir nicht mehr. Wir haben keine Würde, keinen Stolz; wir sind nur weiche Angriffsziele, und wir sind sehr billig. Entweder wird diese Situation wirklich verbessert, oder es ist besser, einfach nur zu sterben. Und ich rede hier von Intellektuellen, Akademikern und gewöhnlichen Menschen. Alle sagen das Gleiche.«[24]

Die für den Gaza-Streifen geplante Normalität erklärte Dov Weisglass in aller Offenheit. Weisglass war ein Vertrauter von Ariel

Scharon und führte 2005 auch die Verhandlungen über den Rückzug der israelischen Siedler vom Gaza-Streifen. Der Rückzug, der von Israel und seinen befreundeten Regierungen als großmütige Geste gepriesen wurde, war in Wirklichkeit ein sorgfältig inszeniertes »nationales Trauma«, über das sich informierte israelische Kommentatoren lustig machten, unter ihnen auch der führende Soziologe des Landes, der inzwischen verstorbene Baruch Kimmerling. Was geschah wirklich? Israelischen Falken, die von Sharon angeführt wurden, war klargeworden, dass es sinnvoll sein würde, die illegalen Siedler aus ihren subventionierten Siedlungen im zerstörten Gaza abzuziehen, da diese nur unter exorbitanten Kosten gehalten werden konnten, und sie auf andere besetzte Territorien in subventionierte Siedlungen umzusetzen, die Israel zu behalten gedenkt. Aber statt sie einfach zu transferieren, was recht unkompliziert gewesen wäre, erschien es definitiv wirksamer, der Welt Fotos von kleinen Kindern zu präsentieren, die die Soldaten anflehten, ihre Elternhäuser nicht zu zerstören, wobei Rufe wie »Nie mehr« zu hören waren, deren Implikation ziemlich offensichtlich war. Was die ganze Farce noch durchsichtiger machte, war, dass es die Wiederholung eines anderen inszenierten Traumas war, das 1982 stattfand, als Israel aus dem ägyptischen Teil der Sinaihalbinsel hatte abziehen müssen. Aber die Aufführung kam beim Zielpublikum zu Hause und im Ausland gut an.

Weisglass lieferte seine eigene Beschreibung der Umsiedlungsaktion vom Gaza-Streifen in andere besetzte Territorien: »Was ich im Grunde mit den Amerikanern vereinbarte, war, dass [der größte Siedlungsblock im Westjordanland] nicht betroffen sein würde und dass der Rest erst betroffen sein wird, wenn sich die Palästinenser in Finnen verwandeln« – aber eine ganz bestimmte Art von Finnen, nämlich solche, die die Herrschaft einer fremden Macht stillschweigend akzeptieren würden. »Die eigentliche Bedeutung liegt darin, dass der politische Prozess eingefroren wurde«, fuhr Weisglass fort. »(…) wenn man diesen Prozess einfriert, verhindert man zugleich die Errichtung eines palästinensischen Staates, und man verhindert auch eine Debatte über die Flüchtlinge, die Grenzen und Jerusalem. Im Grunde wurde

damit das ganze Paket, das Palästinensischer Staat genannt wird, mit allem, was daraus folgen würde, auf unbestimmte Zeit von unserer Agenda gestrichen. Und das alles mit [Präsident Bushs] Ermächtigung und Billigung und mit der Ratifizierung durch beide Häuser des Kongresses.«[25]

Weisglass erklärte ferner, dass die Einwohner des Gaza-Streifens auch weiterhin »auf Diät gesetzt« würden, aber nicht so, »dass sie Hungers sterben« (denn das wäre nicht sehr hilfreich für Israels ohnehin schwindende Reputation gewesen).[26] Mit ihrer vielgepriesenen technischen Effizienz gelang es den israelischen Experten, genau zu bestimmen, wie viele Kalorien am Tag die Bewohner von Gaza fürs nackte Überleben brauchten, während sie ihnen Medikamente und andere Mittel vorenthielten, die dieses Überleben halbwegs erträglich hätten machen können. Die israelischen Truppen grenzten sie zu Land, zu Wasser und in der Luft auf ein Territorium ein, das der britische Premierminister David Cameron völlig zutreffend als Gefangenenlager bezeichnete. Mit dem Rückzug der Siedler erhielt das israelische Militär die totale Kontrolle über den Gaza-Streifen, es ist nach internationalem Recht somit eine Besatzungsmacht. Und um das Gefängnis noch dichter abzuriegeln, sperrte Israel ein großes Gebiet entlang der Grenze für die Palästinenser, wozu auch ein Drittel der ohnehin knappen landwirtschaftlichen Nutzfläche gehört. Begründet wurde die Maßnahme mit dem Sicherheitsinteresse Israels, was allerdings genauso gut durch Errichtung einer Sicherheitszone auf der israelischen Seite der Grenze hätte erreicht werden können. Oder man hätte die gesamte brutale Belagerung und andere Strafmaßnahmen einfach beenden können.

Nach offizieller Lesart hatte Israel den Palästinensern den Gaza-Streifen großmütig in der Hoffnung überlassen, dass diese dort einen blühenden Staat errichten würden. Doch schon bald hätten die Palästinenser ihr wahres Gesicht gezeigt und Israel gnadenlos mit ihren Raketen beschossen; sie hätten ferner die eigene Bevölkerung gefangen genommen und gezwungen, Märtyrer zu werden, nur damit Israel in einem schlechten Licht dastünde.

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Ein paar Wochen nachdem sich die israelischen Truppen zurückgezogen hatten – wobei jedoch die Besatzung bestehen blieb –, begingen die Palästinenser ein unverzeihliches Verbrechen. Im Januar 2006 stimmten sie in einer sorgfältig beobachteten freien Wahl falsch ab, so dass die Hamas die parlamentarische Mehrheit errang. Die israelischen Medien wehklagten, die Hamas habe sich die Vernichtung des Landes zum Ziel gesetzt. In Wirklichkeit haben die Führer der Hamas immer wieder betont, dass sie eine Zweistaatenlösung akzeptieren würden, in Übereinstimmung mit dem internationalen Konsens, der allerdings von den USA und Israel schon vier Jahrzehnte lang blockiert wurde. Im Gegenteil: Israel hat sich der Vernichtung Palästinas verschrieben, auch wenn es gelegentlich anderslautende, aber bedeutungslose Erklärungen abgibt; und es setzt diese Zielsetzung konsequent um.

Richtig: Israel akzeptierte die »Roadmap« zu einem Zweistaatenabkommen, die von Präsident Bush initiiert und von dem »Quartett« akzeptiert worden war, das ihre Umsetzung überwachen sollte – den USA, der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und Russland. Aber als er die Roadmap akzeptierte, fügte Ministerpräsident Scharon gleich noch vierzehn Einschränkungen hinzu, die den Plan faktisch zunichtemachten. Aktivisten kannten diese Tatsachen, aber der Öffentlichkeit wurden sie erst durch Jimmy Carters Buch *Palästina – Frieden, nicht Apartheid* enthüllt.[27] In der Berichterstattung und in den Kommentaren der Medien werden sie nach wie vor verschwiegen.

1999 enthielt das Programm des Parteienbündnisses Likud, der Regierungspartei von Ministerpräsident Netanjahu, die seither nicht revidierte Aussage, die »Gründung eines palästinensisch-arabischen Staates westlich des Jordan wird abgelehnt«.[28] Und all jene, die sich zwanghaft mit bedeutungslosen programmatischen Aussagen befassen, seien darauf hingewiesen, dass eine der Hauptkomponenten des Likud-Parteienbündnisses, Menachem Begins Herut-Partei, noch immer an ihrer Gründungsdoktrin festhält, wonach das Territorium auf beiden Seiten des Jordan Teil des Landes Israel sei.

Das Wahl-»Verbrechen« der Palästinenser im Januar 2006 wurde umgehend bestraft. Die USA und Israel, zuammen mit einem zögerlich folgenden Europa, verhängten harte Sanktionen über das fehlgeleitete Volk, und Israel verschärfte seine gewaltsame Gangart. Bis zum Juni, als die Angriffe scharf eskalierten, hatte Israel bereits mehr als 7700 Granaten auf den nördlichen Gaza-Streifen abgefeuert.[29]

Die Vereinigten Staaten und Israel leiteten schnell Planungen für einen Militärcoup ein, um die gewählte Regierung zu stürzen. Als Hamas die Frechheit hatte, diese Pläne zu vereiteln, verschärfte Israel seine Angriffe und die Belagerung, was damit gerechtfertigt wurde, dass Hamas den Gaza-Streifen gewaltsam übernommen habe.

Es dürfte nicht nötig sein, hier noch einmal die entsetzlichen Ereignisse darzulegen, die sich seither zugetragen haben. Die erbarmungslose Blockade und die brutalen Angriffe wurden immer wieder durch Phasen unterbrochen, in denen »der Rasen gemäht wurde«. Das ist ein launiger Ausdruck der Israelis für die Zeiten, in denen sie während des »Verteidigungskrieges« eher »leichtere Schießübungen« durchführten. Ist der »Rasen« erst einmal gemäht und unternimmt die verzweifelte Bevölkerung zaghafte Versuche, aus den Trümmern und dem Morden irgendeine Form von Lebensgrundlage neu aufzubauen, kommt es gewöhnlich zu einem Waffenstillstand. Wie Israel eingesteht, hielt die Hamas die Abkommen stets ein, bis sie dann von israelischer Seite mit neuer Gewaltanwendung verletzt wurden.

Nachdem Israel im November 2012 einen neuen Angriff – »Operation Wolkensäule« – eingeleitet hatte, kam es erneut zu einer Waffenruhe. Obwohl Israel seine vernichtende Blockade aufrechterhielt, wurde das Abkommen von der Hamas weitgehend befolgt, wie israelische Regierungsvertreter einräumten.[30] Doch die Lage änderte sich erneut im Juni 2014, als Fatah und Hamas eine Einheitsregierung vereinbarten. Sie setzten eine hauptsächlich aus Technokraten bestehende Regierung ohne Beteiligung von Hamas ein und akzeptierten sämtliche Forderungen des »Quartetts«. Natürlich reagierte Israel wütend, umso mehr, als auch die Obama-

Administration ihre Billigung signalisierte. Das Einheitsabkommen untergrub nicht nur Israels Standpunkt, dass es mit einem geteilten Palästina nicht verhandeln könne, sondern bedrohte auch sein langfristiges Ziel, den Gaza-Streifen und das Westjordanland voneinander zu trennen, um in beiden Gebieten weiterhin seine destruktive Politik verfolgen zu können.

Etwas musste geschehen, und eine Gelegenheit dazu bot sich kurze Zeit später, als drei israelische Jugendliche in der Westbank ermordet wurden. Die Regierung Netanjahu wusste sehr bald, dass die Jugendlichen tot waren, tat aber so, als wüsste sie es nicht, und nutzte die Gelegenheit, im Westjordanland einen Amoklauf gegen die Hamas zu veranstalten, die gefürchtete Einheitsregierung zu unterminieren und die israelischen Repressalien erneut zu verstärken.

Netanjahu behauptete, gewisse Informationen zu besitzen, dass die Hamas für die Ermordung der Jugendlichen verantwortlich sei. Auch das war eine Lüge, wie man schnell erkennen ließ. Man versuchte erst gar nicht, so zu tun, als gäbe es dafür Beweise. Shlomi Eldar, einer der führenden israelischen Hamas-Experten, berichtete fast sofort nach dem Zwischenfall, dass die Mörder sehr wahrscheinlich einem Dissidenten-Klan aus Hebron angehörten, welcher der Hamas schon lange ein Dorn im Auge gewesen sei. Eldar fügte hinzu: »Ich bin sicher, dass ihnen die Hamas-Führung kein grünes Licht gab, sie dachten nur einfach, es sei die richtige Zeit zu handeln.«[31]

Mit dem achtzehntägigen Amoklauf schaffte es Israel, die gefürchtete Einheitsregierung zu untergraben und die israelischen Repressalien drastisch zu steigern. Nach Angaben der israelischen Militärführung wurden dabei 419 Palästinenser verhaftet, darunter 335 Hamas-Anhänger, sechs weitere wurden getötet, Tausende Räumlichkeiten durchsucht und 350 000 Dollar beschlagnahmt.[32] Weiterhin führte Israel Dutzende Angriffe auf den Gaza-Streifen durch und tötete am 7. Juli fünf Hamas-Mitglieder.[33] Die Hamas reagierte schließlich mit den ersten Raketen seit neunzehn Monaten, wie israelische Regierungsvertreter bestätigten, und

lieferte damit den Vorwand für die Operation »Protective Edge« (»Starker Fels«), die am 8. Juli begann.[34]

Viel wurde schon geschrieben über die Heldentaten der nach eigener Aussage moralischsten Armee der Welt, die, dem israelischen Botschafter in den USA zufolge, eigentlich den Friedensnobelpreis verdient hätte. Bis Ende Juli wurden ungefähr 1500 Palästinenser getötet, womit die Zahl der Todesopfer der im Rahmen der Operation »Cast Lead« (»Gegossenes Blei«) begangenen Verbrechen in den Jahren 2008 und 2009 noch übertroffen wurde. 70 Prozent der Opfer waren Zivilisten, darunter Hunderte Frauen und Kinder.[35] In Israel kamen drei Zivilisten ums Leben.[36] Große Gebiete im Gazastreifen wurden in Trümmerfelder verwandelt. Während der kurzen Bombardierungspausen durchsuchten die Menschen die Trümmer ihrer Häuser verzweifelt nach den zerfetzten Leichen ihrer Angehörigen oder nach ihren Besitztümern. Auch Gazas wichtigstes Stromkraftwerk wurde angegriffen – nicht zum ersten Mal. Das ist eine israelische Spezialität; die ohnehin schon unzureichende Stromversorgung wurde noch weiter eingeschränkt und, schlimmer, die völlig ungenügende Trinkwasserversorgung noch drastischer reduziert – ein weiteres Kriegsverbrechen. Wiederholt wurden auch Ambulanzfahrzeuge und Rettungsteams angegriffen. Während die Gräueltaten im ganzen Gaza-Streifen immer weiter zunahmen, behauptete Israel, sein Ziel sei nur die Zerstörung der Tunnelsysteme an der Grenze.

Vier Krankenhäuser wurden angegriffen, jeder dieser Angriffe war ein weiteres Kriegsverbrechen. Das erste Krankenhaus war das Al-Wafa Rehabilitation Hospital in Gaza-Stadt, das am selben Tag attackiert wurde, als israelische Bodentruppen in das Gefängnis Gaza-Streifen einmarschierten. In einem Bericht der *New York Times* über die Bodeninvasion hieß es: »(…) die meisten, jedoch nicht alle siebzehn Patienten und fünfundzwanzig Ärzte und Pflegekräfte konnten evakuiert werden, bevor die Stromversorgung zusammenbrach und die schwere Bombardierung das Gebäude beinahe zerstörte, berichteten die Ärzte. ›Wir mussten sie unter Beschuss evakuieren‹, erklärte Dr. Ali Abu Ryala, ein Sprecher des

Krankenhauses. ›Schwestern und Ärzte mussten die Patienten auf dem Rücken aus dem Gebäude tragen, manche stürzten die Treppe hinunter. Im Krankenhaus herrschte beispiellose Panik.‹«[37] Danach wurden noch drei weitere aktive Krankenhäuser angegriffen; Patienten und Personal blieben sich selbst überlassen. Doch ein anderes israelisches Verbrechen wurde weithin verurteilt: der Angriff auf eine Schule der Vereinten Nationen, in die sich – auf Anordnung der israelischen Armee – 3300 Menschen aus ihren zerbombten Wohnbezirken »in Sicherheit« gebracht hatten. Pierre Krähenbühl, der Generalkommissar des UNRWA, erklärte wütend: »Ich verurteile in der schärfsten möglichen Formen diese schwere Verletzung des internationalen Rechts durch die israelischen Streitkräfte (…). Heute wurde die Welt geschändet.«[38] Es gab mindestens drei Angriffe der Israelis auf die Schule, über deren Standort und Funktion als Zufluchtsstätte die israelische Armee bestens informiert war. »Die genaue Lage der Jabalia Elementary Girls School und die Tatsache, dass sie Tausende von Vertriebenen beherbergte, wurde der israelischen Armeeführung siebzehnmal mitgeteilt, um den Schutz der Schule sicherzustellen«, sagte Krähenbühl. »Die letzte Information erfolgte gestern Abend um zehn vor neun, nur wenige Stunden, bevor der fatale Granatenbeschuss begann.«[39]

Auch der normalerweise eher zurückhaltende Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, verurteilte den Angriff »in der schärfsten möglichen Form«. »Nichts ist schändlicher als ein Angriff auf schlafende Kinder«, sagte er.[40] Nirgendwo wird berichtet, dass die amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen »mit erstickter Stimme von den getöteten Kindern sprach«, die bei diesem israelischen Angriff starben – oder überhaupt bei den vielen Bombardierungen des Gaza-Streifens.

Aber die Sprecherin des Weißen Hauses, Bernadette Meehan, reagierte. Sie erklärte: »Wir sind in großer Sorge, dass Tausende von intern vertriebenen Palästinensern, die vom israelischen Militär aufgefordert wurden, ihre Häuser zu verlassen, in einer von den Vereinten Nationen in Gaza eingerichteten Schutzunterkunft nicht in Sicherheit sind. Wir verurteilen aber auch jene, die es zu

verantworten haben, dass in Einrichtungen der Vereinten Nationen in Gaza Waffen versteckt wurden.« Sie unterließ es zu erwähnen, dass diese Einrichtungen leer standen, dass die Waffen vom UNRWA entdeckt worden waren und dass der UNRWA bereits die Personen scharf verurteilt hatte, die die Waffen versteckt hatten.[41]

Später verschärfte auch das Weiße Haus den Ton und schloss sich den Verurteilungen dieses besonderen Verbrechens an – während es gleichzeitig die Lieferung von noch mehr Waffen an Israel genehmigte. Gleichwohl erklärte der Sprecher des Pentagons, Steve Warren, vor Reportern: »Und es ist klar, dass die Israelis mehr tun müssen, um ihren sehr hohen Standards (…) beim Schutz der Zivilisten gerecht zu werden.« Gemeint sind die hohen Standards, die sich Israel schon seit vielen Jahren beim Einsatz amerikanischer Waffen setzt.[42]

Angriffe auf UN-Einrichtungen, die Flüchtlingen Schutz bieten, sind eine weitere Spezialität der Israelis. Ein bekannter Zwischenfall ereignete sich beim israelischen Bombardement des Postens einer UN-Beobachtermission in Kana, Libanon, in der während der mörderischen »Grapes of Wrath«-Operation 1996 Hunderte Zivilisten Zuflucht gefunden hatten. Dabei kamen 106 Libanesen ums Leben, darunter zweiundfünfzig Kinder.[43] Natürlich ist Israel nicht das einzige Land, das zu solchen Praktiken greift. Zwanzig Jahre zuvor hatte das verbündete Südafrika einen Luftschlag gegen das tief in Angola liegende Flüchtlingslager Cassinga ausgeführt, das von der namibischen Widerstandsorganisation SWAPO eingerichtet worden war.[44]

Israelische Regierungsvertreter heben immer wieder die Menschlichkeit ihrer Streitkräfte lobend hervor, die sogar so weit gehe, dass man die Bewohner vorab informiere, dass ihre Häuser in Kürze bombardiert würden. Die Praxis ist »Sadismus, der sich scheinheilig als Barmherzigkeit tarnt«, schreibt die israelische Journalistin Amira Hass: »Eine automatische Ansage fordert Tausende Menschen auf, ihre Häuser zu verlassen, die ohnehin schon Ziel von Angriffen waren, und sich an einen anderen Ort zu retten, zehn Kilometer entfernt, wo es genauso gefährlich ist.«[45]

Tatsächlich gibt es im riesigen Gefängnis Gaza-Streifen keinen Ort, an dem man vor Israels Sadismus sicher ist.

Manchen fällt es schwer, einen Nutzen aus der Fürsorglichkeit der Israelis zu ziehen. In einem an die Welt gerichteten Aufruf zitierte die katholische Kirche von Gaza einen Priester, der die Zwangslage schilderte, in der sich die Bewohner des House of Christ zu diesem Zeitpunkt befanden. Das House of Christ ist ein Pflegeheim für behinderte Kinder. Die Kinder wurden zur Holy Family Church evakuiert, weil Israel den Bezirk, in dem das Pflegeheim steht, zum Angriffsziel bestimmt hatte. Doch kurz danach schrieb der Priester: »Die Kirche von Gaza erhielt einen Befehl zur Evakuierung. Man werde den Zeitun-Bezirk bombardieren, die Menschen seien bereits auf der Flucht. Das Problem ist, dass sich der Priester, Pater Jorge, und drei Mutter-Teresa-Nonnen um neunundzwanzig behinderte Kinder und neun alte Frauen kümmern müssen, die sich nicht selbst bewegen können. Wie soll das gehen? Wenn es jemanden gibt, der die Macht hat, hier einzuschreiten, dann soll er es tun, bitte.«[46]

Tatsächlich wäre das gar nicht so schwierig gewesen. Israel hatte dem Al-Wafa-Krankenhaus bereits Instruktionen gegeben. Und glücklicherweise versuchten wenigstens ein paar andere Staaten einzugreifen, so gut sie es vermochten. Fünf lateinamerikanische Länder – Brasilien, Chile, Ecuador, El Salvador und Peru – riefen ihre Botschafter aus Israel zurück und folgten dabei dem Kurs von Bolivien und Venezuela, die schon zuvor als Reaktion auf frühere israelische Verbrechen die Beziehungen zu Israel abgebrochen hatten.[47] Diese prinzipientreuen Maßnahmen waren weitere Anzeichen, dass sich in den internationalen Beziehungen ein bemerkenswerter Wandel vollzieht. Ein großer Teil Lateinamerikas beginnt, sich von der Vorherrschaft des Westens zu befreien; gerade diese Länder sind mitunter ein Modell zivilisierten Verhaltens für jene, die ihren Kontinent seit einem halben Jahrtausend beherrschen.

Die entsetzlichen Enthüllungen entlockten dem moralischsten Präsidenten der Welt allerdings eine ganz andere Reaktion, nämlich die übliche: große Sympathie für die Israelis, bittere Verurteilung der Hamas, Aufrufe zur Mäßigung an beide Seiten. Bei seiner August-

Pressekonferenz brachte Präsident Obama seine Besorgnis um die Palästinenser zum Ausdruck, die »ins Kreuzfeuer gerieten« (wo wohl?), während er gleichzeitig mit entschiedenen Worten das Recht Israels verteidigte, sich genauso zu schützen wie alle anderen Staaten. Nicht ganz alle anderen – die Palästinenser natürlich nicht. Sie haben kein Recht, sich zu verteidigen, schon gar nicht, wenn Israel sein gutes Benehmen zur Schau stellt und sich an die Norm des »Still und leise« hält, während es den Paläsinensern das Land stiehlt, sie aus ihren Häusern vertreibt, sie einer brutalen Belagerung aussetzt und regelmäßig angreift, mit Waffen, die ihm seine Schutzmacht liefert. Palästinenser sind wie Schwarzafrikaner – zum Beispiel die namibischen Flüchtlinge im Lager von Cassinga. Allesamt Terroristen, für die es kein Recht auf Selbstverteidigung gibt.

Am 1. August um 8:00 Uhr sollte ein 72-stündiger humanitärer Waffenstillstand in Kraft treten. Er wurde sofort gebrochen. Einer Pressemitteilung des Al Mezan Center for Human Rights in Gaza zufolge, das im soliden Ruf der Glaubwürdigkeit steht, hörte ein Mitarbeiter im Außeneinsatz in Rafah an der ägyptischen Grenze im Süden um 8 : 05 Uhr israelisches Artilleriefeuer. Nach Berichten, dass ein israelischer Soldat gefangen genommen worden sei, begannen gegen 9 : 30 Uhr ein heftiges Bombardement und Luftangriffe auf Rafah, wobei wohl Dutzende Menschen ums Leben kamen und Hunderte verwundet wurden, die nach Beginn der Waffenrufe in ihre Häuser zurückgekehrt waren. Die Zahl der Opfer konnte nicht festgestellt werden.

Am Tag zuvor, also am 31. Juli, hatte die Coastal Municipalities Water Utility, der einzige Wasserversorger im Gaza-Streifen, angekündigt, dass die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung wegen des Energiemangels und der häufigen Angriffe auf das Personal eingestellt werden müsse. Das Al Mezan Center for Human Rights berichtete, dass zu diesem Zeitpunkt »fast alle grundlegenden Gesundheitsleistungen im Gaza-Streifen aufgrund des Wassermangels eingestellt worden sind, ebenso die Müllabfuhr und die Dienste der Umwelthygiene. Der UNRWA hatte ebenfalls vor der unmittelbar drohenden Gefahr gewarnt, dass sich

aufgrund der Einstellung der Wasserversorgung und der Abwasser- und Abfallentsorgung Krankheiten ausbreiten könnten.«[48] Noch am Vorabend des Waffenstillstands setzten israelische Flugzeuge ihre Angriffe fort und töteten und verwundeten Menschen in der gesamten Region.

Wenn die derzeitige Episode des Sadismus endlich beendet wird (wann immer das auch sein mag), hofft Israel, seine kriminellen Strategien in den besetzten Gebieten ohne äußere Einmischung weiterverfolgen zu können. Die Menschen im Gazastreifen werden in ihrem Gefängnis unter israelischer Leitung wieder zu einer Art Normalität zurückkehren können, während die Menschen im Westjordanland zwar vielleicht in Frieden leben dürfen, aber mit anschauen müssen, wie Israel alles abräumt, was von ihren Besitztümern noch übrig geblieben ist.

Das ist das wahrscheinliche Ergebnis, wenn die USA ihre entschiedene und praktisch einseitige Unterstützung der israelischen Verbrechen beibehalten und weiterhin nicht einsehen wollen, was längst als etablierter internationaler Konsens gilt: dass der Konflikt diplomatisch beigelegt werden muss. Die Zukunft könnte aber ganz anders aussehen, wenn die USA ihre Unterstützung einstellen würden. Denn dann wäre es tatsächlich möglich, zu der »dauerhaften Lösung« im Gaza-Streifen zu gelangen, die Außenminister John Kerry forderte. Mit dieser Formulierung stieß er in Israel allerdings auf hysterische Ablehnung, weil man sie so interpretieren könnte, dass damit ein Ende der israelischen Belagerungspolitik und der regelmäßigen Angriffe gefordert werde. Die Formulierung könnte sogar – Schreck lass nach – so interpretiert werden, als würde damit die Umsetzung internationalen Rechts auch im ganzen Rest der besetzten Territorien verlangt.

Nun ist es keineswegs so, als sei Israels Sicherheit gefährdet, wenn man sich an das internationale Recht hielte; sie würde wahrscheinlich sogar gestärkt. Aber wie der israelische General (und spätere Präsident) Ezer Weizman vor mehr als vierzig Jahren erklärte, könnte Israel dann nicht »entsprechend der Größe, dem Geist und der Qualität bestehen, die es jetzt verkörpert«.[49]

In der jüngeren Geschichte gibt es ähnliche Fälle. Indonesische Generäle schworen, sie würden niemals aufgeben, was der australische Außenminister Gareth Evans »die indonesische Provinz Osttimor« nannte, als er ein Abkommen aushandelte, um timoresisches Öl zu stehlen. Solange die herrschenden Generäle die Unterstützung der USA hatten – und das war während all der Jahrzehnte eines buchstäblich völkermörderischen Abschlachtens der Fall –, waren ihre Ziele tatsächlich realistisch. Doch endlich, im September 1999, war der einheimische und internationale Druck so groß geworden, dass Präsident Clinton die Generäle in aller Stille informierte, das Spiel sei vorbei, woraufhin sie sich sofort aus Osttimor zurückzogen. Evans jedoch wandte sich einer neuen Karriere als vielgepriesener Apostel der »Konfliktprävention« zu – natürlich in einer Version, die es dem Westen jederzeit erlaubt, auf Gewalt zurückzugreifen.[50]

Ein weiterer relevanter Fall ist Südafrika. 1958 erklärte der südafrikanische Außenminister dem amerikanischen Botschafter, dass sich sein Land zwar zu einem Schurkenstaat entwickle, dass dies aber keine Rolle spiele, solange Washington es auch weiterhin unterstütze. Seine Einschätzung erwies sich als recht zutreffend. Drei Jahrzehnte später war Ronald Reagan der letzte wichtige Unterstützer des Apartheid-Regimes, das sich damals immer noch halten konnte. Doch innerhalb weniger Jahre schloss sich Washington der restlichen Welt an, und das Regime brach zusammen – natürlich nicht allein aus diesem Grund, denn ein weiterer entscheidender Faktor war die bemerkenswerte Rolle, die Kuba bei der Befreiung Afrikas spielte, eine Rolle, die im Westen im Allgemeinen ignoriert wird, nicht jedoch in Afrika.[51]

Vor vierzig Jahren traf Israel die schicksalhafte Entscheidung, seine Expansion über seine Sicherheit zu stellen, indem es einen von Ägypten angebotenen umfassenden Friedensvertrag ablehnte. Als Gegenleistung sollte Israel die besetzte Sinaihalbinsel räumen; dort hatte es allerdings schon großflächige Siedlungs- und Entwicklungsprojekte eingeleitet. An dieser Politik hat sich Israel seither immer orientiert und damit im Wesentlichen eine ähnliche Entscheidung getroffen wie Südafrika im Jahre 1958.

Würden die USA zu der Entscheidung gelangen, sich auch im Falle Israels der Weltmeinung anzuschließen, so hätte dies allerdings sehr viel weiter reichende Konsequenzen. Das Machtgefüge lässt keine andere Vorgehensweise zu, wie stets offenkundig wird, wann immer Washington von Israel ernsthaft verlangt, eines seiner langgehegten Ziele aufzugeben. Inzwischen hat Israel kaum noch eine andere Wahl, da es eine Politik betreibt, die es von einem sehr bewunderten Land in einen gefürchteten, sogar verachteten Staat verwandelt hat. Und so marschiert es mit blinder Entschlossenheit auf diesem Kurs weiter, der es in den moralischen Abgrund und möglicherweise in die endgültige Vernichtung führt.

Könnte sich die amerikanische Politik ändern? Ausgeschlossen wäre das nicht. In den letzten Jahren hat sich die öffentliche Meinung in dieser Frage stark verschoben, vor allem unter den jüngeren Menschen, und diesen Wandel kann man nicht einfach ignorieren. Seit einigen Jahren findet in der Öffentlichkeit die Forderung immer mehr Gehör, dass sich Washington an seine eigenen Gesetze halten und die Militärhilfe für Israel beenden solle. Schließlich schreiben amerikanische Gesetze vor, dass »keinem Land, dessen Regierung einem festen Muster grober Verstöße gegen international anerkannte Menschenrechte folgt, Sicherheitsunterstützung gewährt werden darf«. Israel macht sich definitiv eines solchen festen Musters der Verstöße schuldig. Deshalb rief Amnesty International während der Operation »Cast Lead« im Gazastreifen dazu auf, sowohl gegen Israel als auch gegen die Hamas ein Waffenembargo zu verhängen.[52] Senator Patrick Leahy, einer der Hauptinitiatoren des Gesetzes, hat auf seine potentielle Anwendbarkeit im Zusammenhang mit Israel in bestimmten Fällen hingewiesen. Mit gut koordinierten aufklärerischen, organisatorischen und aktivistischen Anstrengungen könnte eine solche Initiative tatsächlich erfolgreich vorangetrieben werden.[53] Das allein hätte schon erhebliche Auswirkungen und würde gleichzeitig eine Art Sprungbrett für weitere Aktionen darstellen, nicht nur, um Israel für sein kriminelles Verhalten zu bestrafen, sondern auch, um Washington zu nötigen,

sich endlich der »internationalen Gemeinschaft« anzuschließen, das Völkerrecht zu achten und sich an den Prinzipien von Anstand und Moral zu orientieren.

Nach all den Jahren voller Gewalt und Unterdrückung wäre für die tragischen palästinensischen Opfer nichts wichtiger als das.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Katie Zezima: »Obama: Plane Crash in Ukraine an ›Outrage of Unspeakable Proportions‹«, *The Washington Post*, 18. Juli 2014
2. »Explanation of Vote by Ambassador Samantha Power, US Permanent Representative to the United Nations, After a Vote on Security Council Resolution 2166 on the Downing of Malaysian Airlines Flight 17 in Ukraine«, United States Mission to the United Nations, 21 July 2014, usun.state.gov/remarks/6109 (Stand: n. v.)
3. Timothy Garton Ash: »Putin's Deadly Doctrine«, Meinung, *The New York Times*, 18. Juli 2014
4. Anderson Cooper: Interview mit William Taylor, CNN, 18. Juli 2014, Transkription, veröffentlicht unter www.cnn.com/TRANSCRIPTS/1407/18/acd.01.html (aufgerufen am 24. Juli 2016)
5. United Press International, »*Vincennes* Too Aggressive in Downing Jet, Officer Writes«, *Los Angeles Times*, 2. September 1989
6. David Evans: »*Vincennes* Medals Cheapen Awards for Heroism«, *Daily Press*, 15. April 1990
7. Ronald Reagan: »Statement on the Destruction of an Iranian Jetliner by the United States Navy over the Persian Gulf«, 3. Juli 1988. Text in Gerhard Peters, John T. Woolley: *The American Presidency Project*, www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=36080 (aufgerufen am 19. Juli 2016).
8. Michael Kinsley: »Rally Round the Flag, Boys«, *Time*, 12. September 1988
9. Philip Shenon: »Iran's Chief Links Aid to Better Ties«, *The New York Times*, 6. Juli 1990
10. Dominic Lawson: »Conspiracy Theories and the Useful Idiots Who Are Happy to Believe Putin's Lies«, *Daily Mail*, London, 20. Juli 2014
11. Dilip Hiro: *The Longest War: The Iran-Iraq Military Conflict*, New York 1989
12. John Crewdson: »New Revelations in Attack on American Spy Ship«, *Chicago Tribune*, 2. Oktober 2007
13. Miron Rezun: *Saddam Hussein's Gulf Wars: Ambivalent Stakes in the Middle East*, Westport, CT, 1992, S. 58 f.
14. Michael Omer-Man: »This Week in History: IAF Shoots Down Libyan Flight 114«, *The Jerusalem Post*, 25. Februar 2011

15. Edward W. Said, Christopher Hitchens: *Blaming the Victims: Spurious Scholarship and the Palestinian Question,* New York 2001, S. 133
16. Somini Sengupta: »Why the U.N. Can't Solve the World's Problems«, *The New York Times*, 26. Juli 2014
17. Ebd.
18. Laura Barron-Lopez: »Obama Pushes for ›Immediate‹ Cease-Fire Between Israel, Hamas«, *The Hill*, 27. Juli 2014
19. »A resolution expressing the sense of the Senate regarding United States support for the State of Israel as it defends itself against unprovoked rocket attacks from the Hamas terrorist organization«, Senate Resolution 498, 113th Congress (2013/14), www.congress.gov/bill/113th-congress/senate-resolution/498 (aufgerufen am 24. Juli 2016)
20. Gallup-Umfrage: »Congress Approval Sits at 14% Two Months Before Elections«, 8. September 2014, www.gallup.com/poll/175676/congress-approval-sits-two-months-elections.aspx (aufgerufen am 24. Juli 2016).
21. Mouin Rabbani, »Institutionalised Disregard for Palestinian Life«, *LRB Blog*, 9. Juli 2014
22. Mads Gilbert: »Brief Report to UNRWA: The Gaza Health Sector as of June 2014«, University Hospital of North Norway, 3. Juli 2014
23. Ebd.
24. Roma Rajpal Weiss: »Interview with Raji Sourani«, *Qantara*, 16. Juli 2014
25. Ari Shavit: »The Big Freeze«, *Haaretz*, 7. Oktober 2004
26. Conal Urquhart: »Gaza on Brink of Implosion as Aid Cut-Off Starts to Bite«, *The Guardian*, London, 15. April 2006
27. Jimmy Carter: *Palästina – Frieden, nicht Apartheid*, Neu-Isenburg 2010
28. Auszüge der »Likud-Platform«, web.archive.org/web/20070930181442/www.knesset.gov.il/elections/knesset15/elikud_m.htm (aufgerufen am 4. August 2016)
29. »Israel: Gaza Beach Investigation Ignores Evidence«, *Human Rights Watch report,* 19. Juni 2006, www.hrw.org/news/2006/06/19/israel-gaza-beach-investigation-ignores-evidence (aufgerufen am 24. Juli 2016)
30. Nathan Thrall: »Hamas's Chances«, *London Review of Books* 36, Nr. 16 (21. August 2014), S. 10 ff.
31. Jodi Rudoren, Said Ghazali: »A Trail of Clues Leading to Victims and Heartbreak«, *The New York Times*, 1. Juli 2014
32. Ebd.
33. »Live Updates: July 7, 2014: Rockets Bombard South, Hamas Claims Responsibility«, *Haaretz*, 8. Juli 2014
34. Ebd.
35. Jason Burke: »Gaza ›Faces Precipice‹ as Death Toll Passes 1,400«, *The Guardian*, London, 31. Juli 2014
36. »Live Updates: Operation Protective Edge, Day 21«, *Haaretz*, 29. Juli 2014
37. Jodi Rudoren, Anne Barnard: »Israeli Military Invades Gaza, with Sights Set on Hamas Operations«, *The New York Times*, 17. Juli 2014

38. »UNRWA Strongly Condemns Israeli Shelling of Its School in Gaza as a Serious Violation of International Law«, United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees, 30. Juli 2014, www.unrwa.org/newsroom/official-statements/unrwa-strongly-condemns-israeli-shelling-its-school-gaza-serious (aufgerufen am 24. Juli 2016)
39. Ebd.
40. »Secretary-General's Remarks to Media on Arrival in San Jose, Costa Rica«, United Nations, 30. Juli 2014, www.un.org/sg/offthecuff/index.asp?nid=3503 (aufgerufen am 24. Juli 2016)
41. Barak Ravid: »UN Chief Condemns ›Shameful‹ Shelling of School in Gaza«, *Haaretz*, 30. Juli 2014
42. Sudarsan Raghavan, William Booth, Ruth Eglash: »Israel, Hamas Agree to 72-Hour Humanitarian Cease-Fire«, *The Washington Post*, 1. August 2014
43. United Nations Security Council Document 337, S/1996/337, 7. Mai 1996, www.un.org/ga/search/viewdoc.asp?symbol=S/1996/337 (nicht verfügbar, 4. August 2016)
44. Annemarie Heywood: *The Cassinga Event: An Investigation of the Records,* National Archives of Namibia, 1996
45. Amira Hass: »Reaping What We Have Sown in Gaza«, *Haaretz*, 21. Juli 2014
46. »Gaza: Catholic Church Told to Evacuate Ahead of Israeli Bombing«, *Independent Catholic News*, 29. Juli 2014
47. »Five Latin American Countries Withdraw Envoys from Israel«, *Middle East Monitor*, 30. Juli 2014
48. Al Mezan Center for Human Rights, »Humanitarian Truce Fails and IOF Employ Carpet Bombardment in Rafah Killing Dozens of People«, Pressemitteilung, 1. August 2014, www.mezan.org/en/post/19290/Humanitarian+Truce+Fails+and+IOF+Employ+Carpet+Bombardment+in+Rafah+Killing+Dozens+of+people%3Cbr%3EAl+Mezan%3A+Death+Toll+Reaches+1,497%3B+81.8%25+Civilians%3B+358+Children+and+196+Women%3B+Excluding+Rafah (aufgerufen am 24. Juli 2016)
49. Ezer Weizman: Vortrag, *Haaretz*, 20. März 1972
50. Siehe Lou Pingeot, Wolfgang Obenland: »In Whose Name? A Critical View on the Responsibility to Protect«, Global Policy Institute, Mai 2014, www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Inwhosenameweb.pdf (nicht verfügbar, 4. August 2016).
51. Siehe Piero Gleijesus: *Visions of Freedom: Havana, Washington, Pretoria, and the Struggle for Southern Africa, 1976 – 1991,* Columbia, SC, 2013
52. »Fuelling Conflict: Foreign Arms Supplies to Israel/Gaza«, Amnesty International, 23. Februar 2009, www.amnesty.ie/sites/default/files/report/2010/04/Fuelling%20conflictFinal.pdf (nicht verfügbar, 4. August 2016)
53. Barak Ravid: »US Senator Seeks to Cut Aid to Elite IDF Units Operating in West Bank and Gaza«, *Haaretz*, 16. August 2011

15

Wie viele Minuten bis Mitternacht?

Würden Außerirdische eine Geschichte des *Homo sapiens* schreiben, würden sie vielleicht zwei große Zeitalter unterscheiden: vAZ (vor dem Atomwaffenzeitalter) und AZa (das Atomwaffenzeitalter). Als Beginn der letztgenannten Ära würde natürlich der 6. August 1945 gelten müssen, der erste Tag des Countdown zu dem, was sich möglicherweise als das unrühmliche Ende dieser seltsamen Spezies erweisen wird – einer Spezies, die die Intelligenz entwickelte, wirksame Mittel zu entdecken, mit denen sie sich selbst auslöschen könnte, jedoch nicht die moralische und intellektuelle Kapazität, um ihre schlimmsten Instinkte zu beherrschen.

Am Tag 1 AZa wurde Little Boy, eine einfache Atombombe, »erfolgreich« gezündet. Am Tag 4 AZa erlebte Nagasaki den technologischen Triumph von Fat Man, einer technologisch weiter fortgeschrittenen Konstruktion. Fünf Tage danach ereignete sich das »Große Finale«, wie es in der offiziellen Geschichte der Air Force bezeichnet wird: ein massiver Luftangriff mit tausend Flugzeugen – logistisch gesehen beileibe kein einfaches Unterfangen – auf japanische Städte, bei dem viele Tausend Menschen starben, während mit den Bomben Flugblätter vom Himmel fielen, auf denen behauptet wurde: »Japan hat kapituliert«. Präsident Truman verkündete die Kapitulation Japans, noch bevor die letzte B-29 zur Basis zurückgekehrt war.[1]

Das waren die verheißungsvollen Anfangstage des AZa. Inzwischen ist das Atomwaffenzeitalter über siebzig Jahre alt, und wir müssten eigentlich voller Verwunderung darüber grübeln, wie es kommt, dass wir noch leben. Wir können nur raten, wie viel Zeit uns noch bleibt.

General Lee Butler stellte schon vor zwanzig Jahren Überlegungen zu diesem düsteren Zukunftsszenario an. Der ehemalige Kommandeur des U.S. Strategic Command (STRATCOM), des Strategischen Kommandos der US-Streitkräfte, nannte damals die Gründe, warum wir bisher das Atomzeitalter überlebt haben: »durch eine Kombination von Geschick, Glück und die schützende Hand Gottes, und ich vermute, dass Letzteres den größten Anteil hatte«.[2] Reumütig warf er einen Blick zurück auf seine lange Karriere, die er der Ausarbeitung von Nuklearwaffenstrategien und der Organisation der Streitkräfte gewidmet hatte, damit diese die Waffen möglichst effizient einsetzen konnten, und beschrieb sich als jemand, der »zu den eifrigsten Verfechtern des Glaubens an die Nuklearwaffen« gezählt habe. Aber inzwischen sei ihm klargeworden, dass »(ich jetzt) die Bürde auf mich nehmen muss, mit aller mir möglichen Überzeugung zu erklären, dass sie uns nach meiner Meinung einen außerordentlich schlechten Dienst erwiesen haben«. Und er warf die Frage auf: »Mit welchem Recht beanspruchen die nachfolgenden Führungsgenerationen in den Atomwaffenstaaten die Macht, zu bestimmen, ob es auch in Zukunft Leben auf unserem Planeten geben wird? Und was noch dringender gefragt werden muss: Warum hält sich diese atemberaubende Frechheit sogar noch in einem Augenblick, in dem wir zitternd vor unserer eigenen Torheit stehen und in dem wir uns einig sind, dass es unsere Pflicht ist, ihre tödlichsten Auswirkungen zu beseitigen?«[3]

Butler bezeichnete den amerikanischen Strategieplan von 1960, der eine automatische massive Vergeltung mit vernichtenden Gegenschlägen auf die kommunistische Welt vorsah, als »das absurdeste und unverantwortlichste Dokument, das ich in meinem ganzen Leben gelesen habe«.[4] Die sowjetischen Gegenspieler waren wahrscheinlich noch wahnsinniger. Aber man sollte nicht vergessen, dass es noch weitere Mitbewerber um den Titel des größten Wahnsinns gibt – nicht zuletzt unsere eigene Bereitschaft, diese ungeheuerliche Bedrohung unseres eigenen Überlebens so leichtfertig hinzunehmen.

Überleben in der Frühzeit des Kalten Krieges

Der verbreiteten Lehrmeinung in Wissenschaft und allgemeinem intellektuellem Diskurs zufolge ist es das zentrale Anliegen staatlicher Politik, die »nationale Sicherheit« zu gewährleisten. Allerdings gibt es reichlich Beweise, dass die Doktrin der nationalen Sicherheit nicht die Sicherheit der Bevölkerung umfasst. Aus der jüngeren Geschichte erfahren wir, dass beispielsweise die Gefahr einer sofortigen Vernichtung der Menschheit durch Atomwaffen nicht zu den größten Sorgen der Planer zählt. Das zeigte sich schon recht früh in aller Deutlichkeit und gilt bis zum heutigen Tag.

In der Frühzeit des Atomwaffenzeitalters besaßen die USA überwältigend große Macht und genossen bemerkenswerte Sicherheit: Sie kontrollierten die westliche Hemisphäre, den Atlantik und den Pazifik und auch die gegenüberliegenden Seiten dieser Ozeane. Lange vor dem Zweiten Weltkrieg schon waren sie das reichste Land der Welt geworden und verfügten über unvergleichliche Vorteile. Im Krieg boomte ihre Wirtschaft, während andere Industriegesellschaften zerstört oder stark geschwächt daraus hervorgingen. Als die neue Ära begann, besaßen die Vereinigten Staaten ungefähr die Hälfte des gesamten weltweiten Vermögens und einen sogar noch größeren Anteil der globalen Produktionskapazitäten.

Es gab jedoch eine potentielle Bedrohung: die Interkontinentalraketen mit Atomsprengköpfen. Diese Gefahr behandelten die üblichen wissenschaftlichen Untersuchungen zur Nuklearpolitik, deren Autoren Zugang zu den höchsten Quellen hatten, beispielsweise McGeorge Bundys Studie *Danger and Survival: Choices About the Bomb in the First Fifty Years*.[5]

Bundy war Nationaler Sicherheitsberater der Präsidenten Kennedy und Johnson. Er schrieb: »Die rechtzeitige Entwicklung von Marschflugkörpern während der Eisenhower-Administration ist eine der besten Errungenschaften dieser acht Jahre. Doch sollte man allmählich erkennen, dass sich sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion heute in viel geringerer nuklearer Gefahr

befänden, wenn [diese] Raketen niemals entwickelt worden wären.« Und er fügte einen aufschlussreichen Kommentar hinzu: »Mir ist kein ernsthafter zeitgenössischer Vorschlag bekannt, von innerhalb oder außerhalb beider Regierungen, dass Marschflugkörper durch einen Vertrag irgendwie gebannt werden sollten.«[6] Kurz gesagt, gab es offenbar keine Überlegungen, wie man die schwerste und ernsteste Bedrohung der USA – die Gefahr einer vollständigen Vernichtung durch einen Atomkrieg mit der Sowjetunion – vermeiden konnte.

Aber wäre es überhaupt möglich gewesen, die Gefahr zu beseitigen? Natürlich lässt sich das nicht mit Sicherheit behaupten, aber völlig undenkbar war es sicherlich nicht. Die Sowjetunion, in der industriellen und technologischen Entwicklung weit zurück, agierte in einem viel bedrohlicheren Umfeld. Sie war daher wesentlich verwundbarer durch solche Waffen als die USA. Es mochte durchaus Möglichkeiten gegeben haben, die Chancen für Abrüstung auszuloten, aber in der außergewöhnlichen Hysterie, die damals herrschte, konnte man sie schwerlich auch nur wahrnehmen. Und außergewöhnlich war die Hysterie auf jeden Fall: Eine Analyse der Rhetorik wichtiger offizieller Dokumente der Zeit, beispielsweise des National Security Council Paper NSC-68 [Memorandum des Nationalen Sicherheitsrats von 1950, in dem eine massive Erhöhung des Wehretats empfohlen wird, um den weltweiten Einfluss des Kommunismus einzudämmen, Anm. d. Übers.] schockiert heute noch.

Ein Anzeichen, dass es durchaus Möglichkeiten gab, der Bedrohung die Spitze zu nehmen, bestand in einem höchst bemerkenswerten Vorschlag des sowjetischen Diktators Joseph Stalin. 1952 bot er an, Deutschland die Wiedervereinigung zu gestatten, unter der Bedingung, dass sich das Land keiner feindlichen Militärallianz anschließen dürfe. Das war wohl kaum eine extreme Forderung angesichts der Geschichte der vorangegangenen vier Jahrzehnte, in denen Deutschland allein Russland zweimal fast vernichtet hätte, unter furchtbaren Verlusten an Menschenleben.

James Warburg, ein angesehener politischer Kommentator, nahm Stalins Vorschlag durchaus ernst, aber ansonsten wurde er ignoriert oder ins Lächerliche gezerrt. Die jüngere historische Forschung kommt allmählich zu einer anderen Einschätzung. Der erbittert antikommunistische, polnischstämmige Politikwissenschaftler und Neuzeithistoriker Adam Ulam schätzte die Bedeutung des Stalin-Vorschlags als »ungelöstes Mysterium« ein. Washington »verschwendete nicht viel Zeit, bevor es die Moskauer Initiative in vollem Umfang zurückwies«, schrieb er, mit »peinlichen, nicht überzeugenden« Begründungen. Und er fügte hinzu, es sei ein politisches, wissenschaftliches und allgemein intellektuelles Versagen gewesen, das »die grundlegende Frage« offenließ: »War Stalin ernsthaft bereit, die gerade gegründete Deutsche Demokratische Republik (DDR) auf dem Altar echter Demokratie zu opfern«, mit Folgen für den Weltfrieden und die Sicherheit Amerikas, die möglicherweise enorm hätten sein können?[7]

Bei der Durchsicht jüngerer Forschungsarbeiten, für die sowjetische Archive als Quellen gedient hatten, stellte einer der angesehensten Experten des Kalten Krieges, Melvyn Leffler, fest, wie erstaunt viele Gelehrte waren, als sie entdeckten, dass »[Lawrenti] Beria – der düstere, brutale Chef der sowjetischen Geheimdienste – vorschlug, der Kreml solle dem Westen einen Deal über die Vereinigung und Neutralisierung Deutschlands anbieten« und sich damit einverstanden erklären, »das ostdeutsche kommunistische Regime zu opfern, um die Ost-West-Spannungen zu lockern« und die internationale politische Lage sowie die wirtschaftlichen Bedingungen in Russland zu verbessern – Gelegenheiten, die verspielt wurden, nur um die Beteiligung Deutschlands an der NATO zu sichern.[8]

Unter diesen Umständen erscheint es nicht undenkbar, dass man zu Übereinkünften hätte kommen können, die die Sicherheit der amerikanischen Bevölkerung vor der größten Bedrohung gewährleistet hätten, die sich am Horizont abzeichnete. Aber diese Möglichkeit wurde offenbar nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Ein bemerkenswerter Hinweis, wie gering die staatliche Politik die Bedeutung echter Sicherheit schätzt.

In den folgenden Jahren wurde dies immer wieder bestätigt. Als Nikita Chruschtschow in den Jahren nach Stalins Tod in der Sowjetunion die Kontrolle übernahm, wurde ihm bewusst, dass die UdSSR militärisch nicht mit den Vereinigten Staaten, dem reichsten und mächtigsten Land der Welt, Schritt halten konnte, zumal sich die USA in einer unvergleichlich vorteilhaften Lage befanden. Wenn die UdSSR jemals ihre ökonomische Rückständigkeit und die katastrophalen Nachwirkungen des letzten Weltkriegs überwinden wollte, musste sie den Rüstungswettlauf zurückfahren.

Deshalb schlug Chruschtschow eine drastische Reduzierung der Offensivwaffen vor. Die gerade erst ins Amt gekommene Kennedy-Administration prüfte den Vorschlag und lehnte ihn ab; statt auf Abrüstung setzten die Vereinigten Staaten auf schnelle militärische Expansion, obwohl sie bereits weit in Führung lagen. In Übereinstimmung mit anderen Strategieanalytikern, die enge Verbindungen zu den amerikanischen Geheimdiensten unterhielten, schrieb der 2013 verstorbene Politikwissenschaftler Kenneth Waltz damals, dass die Kennedy-Administration »die größte strategische und konventionelle militärische Aufrüstung, die die Welt in Friedenszeiten jemals gesehen hat, durchführte (…). Gleichzeitig versuchte Chruschtschow, eine großangelegte Abrüstung der konventionellen Streitkräfte und eine Strategie der minimalen Abschreckung zu verfolgen, und wir taten das, obwohl die Vereinigten Staaten beim Vergleich des strategischen Waffenpotentials sehr stark im Vorteil waren.« Wieder einmal entschied sich die Regierung, die nationale Sicherheit gegenüber der Steigerung der staatlichen Macht hintanzustellen.

Die sowjetische Reaktion auf die US-amerikanische Aufrüstung in jenen Jahren bestand darin, im Oktober 1962 Atomraketen auf Kuba zu installieren, um das Ungleichgewicht wenigstens geringfügig zu mindern. Dieser Schritt wurde zum Teil auch durch Kennedys terroristischen Feldzug gegen Fidel Castros Kuba motiviert, in dessen Rahmen in genau jenem Monat eine Invasion geplant war –

was sowohl die Sowjets als auch die Kubaner durchaus gewusst haben konnten. Daraus entwickelte sich die »Kuba-Krise«, der »gefährlichste Moment in der Geschichte«, wie es der Historiker Arthur M. Schlesinger Jr., Kennedys Berater und Vertrauter, ausdrückte. Es ist in diesem Kontext keineswegs unwichtig, dass Kennedy für seine Kühnheit und sein staatsmännisches Geschick bei den Entscheidungen auf dem Höhepunkt der Krise in den höchsten Tönen gepriesen wurde, obwohl er die Bevölkerung einem enormen Risiko ausgesetzt hatte – aus Gründen, die mit Staatsinteressen und seinem persönlichen Image zu tun hatten.

Zehn Jahre später, in den letzten Tagen des Jom-Kippur-Kriegs von 1973, versetzten die USA ihre Truppen weltweit in Alarmbereitschaft und bereiteten den Einsatz von Atomwaffen vor. Damit sollten die Russen gewarnt werden, sich nicht in Kissingers delikate diplomatische Manöver einzumischen, durch die er einen Sieg der Israelis sicherstellen wollte (gleichwohl einen begrenzten Sieg, damit die USA auch weiterhin ihre einseitige Vorherrschaft in der Region wahren konnten). Und delikat waren die Manöver in der Tat: Die Vereinigten Staaten und die UdSSR hatten gemeinsam einen Waffenstillstand verordnet, aber Kissinger informierte die Israelis insgeheim, dass sie diesen ignorieren könnten. Die atomare Alarmbereitschaft sollte vor allem dazu dienen, die Sowjetunion abzuschrecken. Auch hier wurde der Sicherheit der amerikanischen Bevölkerung wieder die übliche Bedeutung beigemessen.[9]

Weitere zehn Jahre später führte die Reagan-Administration Operationen durch, um die russische Luftverteidigung zu testen: Man simulierte Luft- und Seeangriffe und rief eine hohe atomare Alarmbereitschaft aus. Es war Absicht, dass die Russen alles entdeckten. Diese Aktionen wurden zu einem Zeitpunkt großer Anspannung durchgeführt: Washington war im Begriff, in Europa Pershing-II-Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen zu stationieren, die Moskau in zehn Minuten Flugzeit erreichen konnten. Präsident Reagan hatte zudem den Aufbau der Strategic Defense Initiative (»Star Wars«), eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems, verkündet, das die Russen als erstschlaggeeignetes Waffensystem einschätzten (wie beide Seiten

fast routinemäßig die jeweiligen Abwehrraketensysteme der Gegenseite interpretierten). Auch andere Spannungen nahmen weiter zu.

Naturgemäß lösten diese Maßnahmen in der Sowjetunion größte Besorgnis aus. Im Gegensatz zu den USA war das Land ziemlich angreifbar, hatte wiederholt Invasionen erlebt und war buchstäblich schon einmal zerstört worden. 1983 führte das zu einer großen Kriegsangst. Erst kürzlich freigegebene Archivbestände enthüllen, dass die Gefahr sogar noch größer war, als die Historiker bisher angenommen haben. Ein für die höchste Ebene erstellter Geheimdienstbericht mit dem Titel »The War Scare Was for Real« kam zu dem Schluss, dass die Nachrichtendienste die russische Besorgnis wie auch die Gefahr eines russischen atomaren Präventivschlags unterschätzt hätten. Sowjetische und westliche Militärübungen wurden »fast zu einer Art Vorspiel eines nuklearen Präventivschlags«, heißt es im *Journal of Strategic Studies*.[10]

Noch gefährlicher war, was wir im Herbst 2013 aus einem Bericht der BBC erfuhren: Mitten in diesen den Weltfrieden bedrohenden Entwicklungen hatte das sowjetische Frühwarnsystem den Anflug einer US-amerikanischen Rakete festgestellt und daraufhin das atomare Abwehrsystem in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Das Protokoll der sowjetischen Streitkräfte sah vor, auf einen Nuklearschlag mit einem atomaren Gegenschlag zu reagieren. Glücklicherweise beschloss der diensthabende Offizier, Stanislaw Petrow, den Befehl zu missachten und die Warnung nicht an seine Vorgesetzten weiterzuleiten. Dafür wurde er offiziell getadelt. Doch dank seiner Pflichtverletzung sind wir heute noch am Leben und können darüber berichten.[11]

Für die Reagan-Administration hatte die Sicherheit der Bevölkerung keine höhere Priorität als für frühere Regierungen. Und so geht das Ganze bis zum heutigen Tag weiter, selbst wenn man die vielen Beinahekatastrophen außer Acht lässt, die sich im Laufe der Jahre ereigneten. In Eric Schlossers furchteinflößender Studie *Command and Control* werden zahlreiche Vorfälle genauer dargestellt.[12] Mit anderen Worten: Es ist schwer, General Butlers Schlussfolgerung anzuzweifeln.

Überleben nach dem Kalten Krieg

Eine Bilanz der Maßnahmen und Doktrinen in der Zeit nach dem Kalten Krieg wirkt kaum beruhigender. Jeder Präsident, der etwas auf sich hält, muss eine eigene Doktrin formulieren. Die Doktrin der Clinton-Administration lässt sich mit dem Slogan »Multilateral, wo wir können, unilateral, wenn wir müssen« zusammenfassen. In Statements vor dem Kongress wurde der Halbsatz »wenn wir müssen« detaillierter erläutert: Die USA sind zu »unilateraler Anwendung von militärischer Macht« berechtigt, um sicherzustellen, dass »der Zugang zu Schlüsselmärkten, Energieversorgung und strategischen Ressourcen uneingeschränkt« erhalten bleibt.[13]

Während der Clinton-Ära gab das STRATCOM eine wichtige Studie mit dem Titel *Essentials of Post-Cold War Deterrence* (»Grundzüge der Abschreckung in der Zeit nach dem Kalten Krieg«) heraus. Sie erschien lange nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, und Clinton war gerade dabei, die von Präsident George Bush eingeleitete NATO-Osterweiterung noch ein bisschen weiter zu treiben – womit er das mündliche Versprechen brach, das Michail Gorbatschow anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands gegeben worden war, mit Nachwirkungen, die bis heute zu spüren sind.[14] Die Studie befasste sich mit »der Rolle von Atomwaffen in der Zeit nach dem Kalten Krieg«. Eine zentrale Folgerung lautete: Die USA müssten ihr Recht auf den Erstschlag behalten, auch gegenüber Staaten, die keine Nuklearwaffen besitzen. Ferner müssten die Atomwaffen stets einsatzbereit gehalten werden, weil sie »einen Schatten über jede Krise oder jeden Konflikt werfen« könnten. Das bedeutet, dass sie permanent benutzt wurden, genauso, wie man eine Pistole schon dadurch benutzt, indem man damit bei einem Ladenüberfall den Inhaber bedroht, selbst wenn man sie nicht abfeuert, ein Aspekt, auf den Daniel Ellsberg mehrfach hingewiesen hat. Die STRATCOM-Studie rät weiter, die »Planer sollten bei ihren Beschlüssen über das, was der Gegenseite am wertvollsten erscheint, nicht zu rational« sein. Alles sei ein mögliches Ziel. »Es schmerzt, wenn wir uns als allzu

rational und kühl kalkulierend darstellen (…). Dass die Vereinigten Staaten auch irrational und rachsüchtig werden könnten, wenn ihre lebenswichtigen Interessen angegriffen werden, sollte Bestandteil der nationalen Persönlichkeit sein, die wir hier entwerfen.« Es sei »[für unsere strategische Haltung] nützlich, wenn manche Elemente so erscheinen, als seien sie potentiell ›außer Kontrolle‹«, so dass der Anschein erweckt wird, die Gefahr eines Nuklearangriffs sei ständig gegeben – eine ernsthafte Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, aber wen interessiert das schon.

Da ist nicht mehr viel die Rede von den edlen Zielen, die sonst ständig proklamiert werden, oder von der Verpflichtung des Atomwaffensperrvertrags, »das Vertrauen zwischen den Staaten zu stärken«, um diese Geißel der Menschheit auf der ganzen Erde auszulöschen. Was hier nachklingt, ist vielmehr eine Adaption von Hilaire Bellocs berühmtem Couplet (um den großen afrikanischen Journalisten und Dichter Chinweizu zu zitieren):

Whatever happens, we have got
The Atom Bomb, and they have not.

Nach Clinton kam dann George W. Bush, dessen uneingeschränkte Befürwortung des Präventivkriegs sogar den japanischen Angriff auf Militärbasen in zwei Übersee-Besitztümern der USA im Dezember 1941 übertraf – zu einem Zeitpunkt, als den japanischen Militaristen durchaus klar war, dass die B-17s, diese Fliegenden Festungen, nur so von den Montagebändern strömten und zu den Basen beordert wurden, um »das industrielle Herz des Kaiserreichs mit Feuerbombenangriffen auf die wimmelnden Bambus-Ameisenhügel von Honshū und Kyūshū auszubrennen«, wie die Vorkriegsplanungen von ihrem Architekten, dem Air-Force-General Claire Chennault, beschrieben wurden, mit enthusiastischer Zustimmung Präsident Franklin Roosevelts, Außenminister Cordell Hulls und des Generalstabschefs des Heeres, General George Marshall.[15]

Nach Bush kam Barack Obama, der in netten Formulierungen erklärte, er arbeite an der Abschaffung der Atomwaffen – was er mit Plänen verband, in den nächsten dreißig Jahren eine Billion Dollar für das amerikanische Nuklearwaffenarsenal auszugeben. In Prozent des Militärbudgets ausgedrückt, war das »mit dem Auftragsvolumen neuer strategischer Systeme in den 1980er Jahren unter Präsident Ronald Reagan vergleichbar«, wie es in einem Bericht hieß, der vom James Martin Center for Nonproliferation Studies am Middlebury Institute of International Studies in Monterey herausgegeben wurde.[16]

Auch Obama zögerte nicht, mit dem Feuer zu spielen, um sich einen politischen Vorteil zu verschaffen. Nehmen wir beispielsweise die Gefangennahme und Ermordung von Osama bin Laden durch einen Trupp von Navy SEALs. Im Mai 2013, bei einer wichtigen Rede über die nationale Sicherheit, erwähnte Obama den Vorgang voller Stolz. Über die Rede wurde weit und breit informiert. Aber ein entscheidender Absatz wurde ignoriert.[17] Obama pries die Operation, fügte aber hinzu, dass dies nicht die Norm sein könne. Der Grund liege darin, dass die Risiken »immens waren«. Die SEALs hätten »in einen längeren Schusswechsel verwickelt« werden können. Und obwohl dies glücklicherweise nicht geschehen sei, »waren die Kosten für unsere Beziehungen zu Pakistan und die Rückwirkungen auf die pakistanische Öffentlichkeit wegen unseres Eindringens in ihr Territorium (…) schwerwiegend«.

Dem wollen wir hier noch ein paar Einzelheiten hinzufügen. Die SEALs hatten den Befehl, sich den Rückweg freizukämpfen, sollten sie abgefangen werden. Man hätte sie nicht ihrem Schicksal überlassen, wenn sie »in einen längeren Schusswechsel verwickelt« worden wären; die gesamte Macht der amerikanischen Streitkräfte wäre eingesetzt worden, um sie herauszuholen. Pakistan verfügt über eine starke, gut ausgebildete Streitmacht und ist streng darauf bedacht, die nationale Souveränität zu schützen. Und das Land verfügt über Nuklearwaffen. Pakistanischen Experten zufolge besteht die Gefahr, dschihadistische Gruppierungen könnten ihr nukleares Sicherheitssystem knacken. Außerdem ist es kein Geheimnis, dass die Bevölkerung durch Washingtons

drohnengestützte Terrorkampagnen und andere Vorgehensweisen verbittert und radikalisiert wird.

Noch während sich die SEALs auf bin Ladens Anwesen befanden, wurde der pakistanische Armeechef (und De-facto-Generalstabschef) Ashfaq Parvez Kyani von dem Angriff in Kenntnis gesetzt. Er befahl seinen Streitkräften, »jedes nicht identifizierte Flugzeug aufzuhalten«, wobei er allerdings annahm, es handele sich um indische Flugzeuge. In Kabul war der Kommandeur der amerikanischen Truppen, General David Petraeus, schon bereit, seine Kampfjets sofort aufsteigen zu lassen, sollten die Pakistani »in ihre Kampfjets klettern«.[18]

Wie Obama gesagt hatte: Es war Glück, dass das Schlimmste nicht passierte, denn die Sache hätte ziemlich unangenehm werden können. Aber wieder einmal war man Risiken eingegangen, ohne sich große Sorgen zu machen. Oder sie im Nachhinein auch nur zu erwähnen.

Wie General Butler feststellte, grenzt es an ein Wunder, dass wir uns bisher noch nicht ausgelöscht haben. Aber je länger wir das Schicksal herausfordern, desto weniger können wir darauf hoffen, dass die Sache mit der »schützenden Hand Gottes« noch weiterfunktioniert.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Wesley F. Craven, James L. Cate (Hg.): *The Army Air Forces in World War II,* Band 5, Chicago 1953, S. 732 f.; Makoto Oda: »The Meaning of ›Meaningless Death‹«, *Tenbo*, Januar 1965, übersetzt in: *Journal of Social and Political Ideas in Japan,* August 1966, S. 75 – 84. Siehe auch Noam Chomsky: »On the Backgrounds of the Pacific War«, *Liberation*, September/Oktober 1967, neu abgedruckt in: Noam Chomsky: *American Power and the New Mandarins: Historical and Political Essays*, New York 2002
2. General Lee Butler: Rede vor dem Canadian Network Against Nuclear Weapons, Montreal, Kanada, 11. März 1999
3. General Lee Butler: »At the End of the Journey: The Risks of Cold War Thinking in a New Era«, *International Affairs* 82, Nr. 4, Juli 2006, S. 763 – 769
4. Ebd.

5. McGeorge Bundy: *Danger and Survival: Choices About the Bomb in the First Fifty Years,* New York 1988, S. 326
6. Ebd.
7. James Warburg: *Germany: Key to Peace,* Cambridge, MA, 1953, S. 189; Adam Ulam: »A Few Unresolved Mysteries about Stalin and the Cold War in Europe«, *Journal of Cold War Studies* 1, Nr. 1 (Winter 1999), S. 110 – 116
8. Melvyn P. Leffler: »Inside Enemy Archives: The Cold War Reopened«, *Foreign Affairs* 75, Nr. 4, Juli/August 1996
9. Noam Chomsky, Irene Gendzier: »Exposing Israel's Foreign Policy Myths: The Work of Amnon Kapeliuk«, *Jerusalem Quarterly* 54, Sommer 2013
10. Benjamin B. Fischer: »A Cold War Conundrum: The 1983 Soviet War Scare«, Center for the Study of Intelligence, 7. Juli 2008, www.cia.gov/library/center-for-the-study-of-intelligence/csi-publications/books-and-monographs/a-cold-war-conundrum/source.htm (aufgerufen am 17. Juli 2016); Dmitry Dima Adamsky, »The 1983 Nuclear Crisis – Lessons for Deterrence Theory and Practice«, *Journal of Strategic Studies* 36, Nr. 1 (2013), S. 4 – 41
11. Pavel Aksenov: »Stanislav Petrov: The Man Who May Have Saved the World«, *BBC News Europe*, 26. September 2013, www.bbc.com/news/world-europe-24280831 (aufgerufen am 17. Juli 2016)
12. Eric Schlosser: *Command and Control: Nuclear Weapons, the Damascus Accident, and the Illusion of Safety,* New York 2013
13. President Bill Clinton: Rede vor der UN-Vollversammlung, 27. September 1993, www.state.gov/p/io/potusunga/207375.htm (aufgerufen am 17. Juli 2016); Verteidigungsminister William Cohen: *Annual Report to the President and Congress: 1999,* Washington, DC, Department of Defense, 1999, history.defense.gov/Portals/70/Documents/annualreports/1999DoDAR.pdf (nicht verfügbar, 5. August 2016)
14. »Essentials of Post-Cold War Deterrence«, freigegebene Dokumente abgedruckt in: Hans Kristensen: *Nuclear Futures: Proliferation of Weapons of Mass Destruction and US Nuclear Strategy*, British American Security Information Council, Appendix 2, Basic Research Report 98.2, März 1998
15. Michael Sherry: *The Rise of American Airpower: The Creation of Armageddon,* New Haven, CT, 1987
16. Jon B. Wolfstahl, Jeffrey Lewis, Marc Quint: *The Trillion Dollar Nuclear Triad: US Strategic Nuclear Modernization over the Next Thirty Years*, James Martin Center for Nonproliferation Studies, Januar 2014, www.nonproliferation.org/us-trillion-dollar-nuclear-triad (aufgerufen am 17. Juli 2016). Siehe auch Tom Z. Collina: »Nuclear Costs Undercounted, GAO Says«, *Arms Control Today*, Juli/August 2014, www.armscontrol.org/act/2014_0708/Newsbriefs/Nuclear-Costs-Undercounted-GAO%20Says (aufgerufen am 17. Juli 2016)
17. White House, Office of the Press Secretary: »Remarks by the President at the National Defense University«, Pressemitteilung, 23. März 2013, www.whitehouse.gov/the-press-

office/2013/05/23/remarks-president-national-defense-university (aufgerufen am 17. Juli 2016)
18. Jeremy Scahill: *Dirty Wars: The World Is a Battlefield,* New York 2013, S. 450, 443

16

Waffenruhen ohne ruhende Waffen

Am 26. August 2014 einigten sich Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) auf einen Waffenstillstand. Vorangegangen war ein fünfzigtägiges Bombardement, das in Gaza 2100 Palästinenser das Leben gekostet und gewaltige Zerstörungen angerichtet hatte. Die Vereinbarung sah vor, dass beide Seiten – Israel und die Hamas – sämtliche militärischen Operationen einstellen sollten und dass Israel die Blockade lockern solle, mit der es das Territorium viele Jahre lang im Würgegriff gehalten hatte.

Das war jedoch nur die jüngste einer ganzen Serie von Waffenruhen, die nach jeder periodischen Eskalation des erbarmungslosen Angriffs der Israelis auf den Gaza-Streifen vereinbart wurden. Die Bedingungen der Abkommen blieben praktisch stets die gleichen. Und auch das Verlaufsmuster blieb meistens unverändert: Israel ignorierte das jeweilige Abkommen weitgehend, während sich die Hamas daran hielt, bis eine drastische Zunahme der israelischen Gewaltanwendung eine Reaktion herausforderte, auf die dann unvermeidlich eine noch brutalere Reaktion der israelischen Seite folgte. Diese Eskalationen werden im israelischen Sprachgebrauch häufig als »Rasenmähen« bezeichnet; ein entsetzter amerikanischer Offizier beschrieb die Operation von 2014 allerdings viel zutreffender als »Abtragen des Mutterbodens«.

Die erste Waffenruhe dieser Serie war das »Agreement on Movement and Access« vom November 2005. Die Vereinbarung sah vor, dass bei Rafah ein Grenzübergang zwischen Gaza und Ägypten geöffnet werden solle, um den Austausch von Waren und den Personenverkehr zu ermöglichen. Ebenso sollten an den Übergängen zwischen Gaza und Israel der Im- und Export von

Waren und der Personenverkehr wiederaufgenommen werden. Im Westjordanland sollten die Straßenbarrieren beseitigt werden und Busse und Lkw zwischen dem Westjordanland und Gaza erneut verkehren dürfen. Weiterhin war vorgesehen, in Gaza einen Hafen zu bauen und den von israelischen Bomben zerstörten Flughafen wieder zu eröffnen.

Das Abkommen wurde erzielt, kurz nachdem Israel seine Siedler und Truppen aus dem Gaza-Streifen zurückgezogen hatte. Dov Weisglass, ein Vertrauter des damaligen Ministerpräsidenten Ariel Scharon, erläuterte die Motive für den Rückzug mit geradezu krassem Zynismus. Weisglass, der die Verhandlungen geführt hatte und für die Umsetzung der Vereinbarung verantwortlich war, fasste den Zweck der Operation schlicht so zusammen: »Der Rückzug [aus dem Gazastreifen] liefert die Menge von Formaldehyd, die notwendig ist, damit kein politischer Prozess mit den Palästinensern entstehen kann.«[1]

Den israelischen Falken war insgeheim klargeworden, dass es zu kostspielig war, wenn ein paar tausend Siedler in den illegal subventionierten Gemeinden im Gaza-Streifen blieben. Sinnvoller schien es, sie ins Westjordanland umzusiedeln, wo die Gemeinden zwar ebenfalls illegal subventioniert wurden, aber in Gebieten lagen, die Israel zu behalten gedachte.

Der Öffentlichkeit wurde die Vereinbarung als edles Bemühen um Frieden verkauft, doch die Realität sah völlig anders aus. Israel gab die Kontrolle über den Gaza-Streifen nie auf und wird daher von den Vereinten Nationen, den USA und anderen Staaten (natürlich nicht von Israel selbst) als Besatzungsmacht angesehen. Die israelischen Gelehrten Idith Zertal und Akiva Eldar beschreiben in ihrer umfassenden Geschichte der Siedlungen in den besetzten Gebieten, was tatsächlich geschah, wann immer sich dieses Land »zurückzog«: Das ausgebombte Territorium wurde »nicht mal für einen einzigen Tag aus Israels militärischem Griff« entlassen oder »vom Preis der Okkupation, den die Bewohner jeden einzelnen Tag zahlen«, freigestellt. Nach dem Abzug »ließ Israel verbrannte Erde zurück, zerstörte Infrastruktur und Menschen, die weder eine Gegenwart noch eine Zukunft haben. Die Siedlungen wurden

zerstört, eine kleinliche Maßnahme eines uneinsichtigen Besatzers, der jedoch tatsächlich die Kontrolle über das Territorium beibehält und die Bewohner mit Hilfe seiner beträchtlichen militärischen Macht tötet oder schikaniert«.[2]

Die Operationen »Cast Lead« und »Pillar of Defense«

Bald darauf hatte Israel einen Vorwand, um die Vereinbarung vom November noch gravierender zu verletzen. Im Januar 2006 begingen die Palästinenser ein schwerwiegendes Verbrechen: Bei sorgfältig überwachten freien Wahlen wählten sie »falsch« und verschafften der Hamas die absolute Mehrheit im Parlament. Israel und die Vereinigten Staaten verhängten sofort drastische Sanktionen und machten so der Welt klar, was sie unter »Förderung der Demokratie« verstanden. Bald begannen auch die Planungen für einen Militärschlag, um die gewählte, aber nicht akzeptable Regierung zu stürzen, eine schon vertraute Vorgehensweise. Als die Hamas dem Coup 2007 zuvorkam, wurde die Blockade des Gaza-Streifens noch weiter verschärft, und Israel begann mit regelmäßigen Angriffen. Bei einer freien Wahl falsch abzustimmen war schon schlimm genug, aber einem von den USA geplanten Militärcoup zuvorzukommen erwies sich als unverzeihliche Beleidigung.

Im Juni 2008 wurde ein neuer Waffenstillstand vereinbart. Wieder sah er die Öffnung der Grenzübergänge vor, um »den Transfer aller Güter, deren Einfuhr nach Gaza bisher verboten oder eingeschränkt worden war«, zu erlauben. Israel stimmte formell zu, kündigte aber sofort danach an, dass es sich nicht an das Abkommen halten würde, solange die Hamas Gilad Shalit, einen gefangengenommenen israelischen Soldaten, nicht freigelassen habe.

Israel selbst kann auf eine lange Geschichte der Entführungen von Zivilisten im Libanon und auf hoher See zurückblicken, wobei die Opfer auch für längere Zeiträume ohne glaubwürdige Anklage

und manchmal als reine Geiseln festgehalten wurden. Die Gefangennahme von Zivilpersonen auf Grundlage dubioser Vorwürfe – oder ohne jede Begründung – wird auch in den von Israel besetzten Gebieten regelmäßig praktiziert.

Im Widerspruch zum Waffenstillstandsabkommen von 2008 behielt Israel nicht nur die Blockade bei, sondern legte zudem eine extreme Rigorosität an den Tag und verhinderte sogar, dass die United Nations Relief and Works Agency (UNRWA), die eine riesige Zahl anerkannter Geflüchteter im Gazastreifen versorgt, ihre Lagerbestände aufstocken konnte.[3] Am 4. November 2008 – die Medien waren gerade voll auf die Präsidentschaftswahlen in den USA fokussiert – marschierten israelische Truppen im Gazastreifen ein und töteten ein halbes Dutzend militante Hamas-Anhänger. Das wiederum veranlasste die Hamas, mit Raketen zu reagieren, und es kam zu Schusswechseln (alle Getöteten waren Palästinenser). Ende Dezember bot die Hamas an, den Waffenstillstand zu erneuern. Israel erwog das Angebot, lehnte es aber schließlich ab und startete stattdessen die Operation »Cast Lead«, einen drei Wochen andauernden Einfall in den Gazastreifen, der mit der vollen Wucht der israelischen Militärmacht erfolgte und zu Gräueltaten führte, die von internationalen wie auch von israelischen Menschenrechtsorganisationen gut dokumentiert wurden.

Am 8. Januar 2009 (»Cast Lead« war noch mit voller Heftigkeit im Gange) verabschiedete der Weltsicherheitsrat einstimmig – die USA enthielten sich – eine Resolution mit der »Forderung nach einer sofortigen, dauerhaften und umfassend eingehaltenen Waffenruhe, die zum vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus Gaza führt«. Ferner wurde darin »die ungehinderte Bereitstellung und Verteilung humanitärer Hilfe und Hilfsgüter, einschließlich Nahrungsmitteln, Brennstoff und medizinischer Behandlung in ganz Gaza« angemahnt. Die Mitgliedstaaten sollten »verstärkte Anstrengungen (…) unternehmen, um (…) insbesondere den unerlaubten Handel mit Waffen und Munition zu verhindern«.[4]

Tatsächlich wurde ein neues Waffenstillstandsabkommen geschlossen, das den Vorgängern glich und wie diese nie wirklich eingehalten wurde, bis es schließlich im November 2012 mit dem

nächsten größeren »Rasenmähen«, der Operation »Pillar of Defense« (»Wolkensäule«), völlig zusammenbrach. Was sich in der Zwischenzeit abgespielt hatte, lässt sich gut mit den Zahlen der Todesopfer vom Januar 2012 bis zum Beginn der Operation belegen: Ein Israeli wurde durch Beschuss aus Gaza getötet, achtundsiebzig Palästinenser starben durch israelisches Feuer.[5]

Die erste Aktion im Rahmen der Operation war die Ermordung von Ahmed Jabari, einem hohen Repräsentanten des militärischen Flügels der Hamas. Aluf Benn, der Chefredakteur der führenden israelischen Zeitung *Haaretz*, bezeichnete Jabari als »Israels Subunternehmer« im Gazastreifen, der dort seit mehr als fünf Jahren für relative Ruhe gesorgt hatte. Wie immer gab es auch für diese Ermordung einen Vorwand, aber den wahrscheinlicheren Grund nannte der israelische Friedensaktivist Gershon Baskin. Er war jahrelang an den Verhandlungen mit Jabari beteiligt gewesen und berichtete nur Stunden vor dessen Ermordung, Jabari habe »den Entwurf eines permanenten Waffenstillstandsabkommens mit Israel erhalten, in dem ebenso Mechanismen für den Fortbestand der Waffenruhe auch im Falle eines Wiederaufflammens der Kämpfe zwischen Israel und den Splittergruppen im Gaza-Streifen vorgesehen waren«.[6] Die Liste israelischer Aktionen, die zum Ziel hatten, drohende diplomatische Einigungen zu verhindern, ist lang.

Nach dem neuerlichen Rasenmähen wurde wieder eine Waffenruhe vereinbart. Es war inzwischen praktisch Standardverfahren, dass darin eine Einstellung der militärischen Handlungen auf beiden Seiten und die effektive Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens gefordert wurde. Israel sollte die Übergänge öffnen, den Waren- und Personenverkehr erleichtern und aufhören, die Bewegungsfreiheit der Bewohner einzuschränken oder sie in der Grenzregion zu beschießen.[7]

Was dann geschah, schilderte Nathan Thrall, Nahostexperte der International Crisis Group. Der israelische Geheimdienst habe erkannt, dass sich die Hamas an die Bedingungen des Abkommens hielt. »Israel«, schrieb Thrall weiter, »sah daher keinen großen Anreiz, seinen Teil des Deals einzuhalten. In den drei Monaten nach der Unterzeichnung des Abkommens führten seine Streitkräfte

regelmäßige Einfälle in den Gazastreifen durch, beschossen palästinensische Bauern und Menschen, die auf den Straßen Abfälle einsammelten oder Trümmer wegräumten, und feuerten auf Fischerboote, so dass die Fischer den größten Teil der Gewässer vor Gaza nicht ansteuern konnten.« Mit anderen Worten: Die Blockade wurde keineswegs beendet. »Grenzübergänge wurden regelmäßig geschlossen. Entlang der Grenze wurden wieder sogenannte Pufferzonen eingerichtet [zu denen die Palästinenser keinen Zutritt haben] und in denen sich ein Drittel des knappen landwirtschaftlich nutzbaren Landes befindet, wenn nicht noch mehr. Die Importe gingen zurück, die Exporte wurden blockiert, und immer weniger Bewohner von Gaza erhielten Ausreisegenehmigungen nach Israel und ins Westjordanland.«[8]

Operation »Protective Edge«

So ging es weiter bis April 2014, als sich etwas Wichtiges ereignete: Die beiden wichtigsten Palästinensergruppierungen, die im Gaza-Streifen operierende Hamas und die von der Fatah beherrschte Palästinensische Autonomiebehörde im Westjordanland (PA), unterzeichneten ein Abkommen über die Bildung einer Einheitsregierung. Die Hamas machte größere Zugeständnisse; so sind in der Einheitsregierung keine Hamas-Mitglieder oder -Anhänger vertreten. Wie Thrall meint, hat die Hamas damit die Herrschaft über den Gaza-Streifen in beträchtlichem Umfang der PA übertragen. Mehrere tausend PA-Sicherheitskräfte wurden nach Gaza abkommandiert; an den Grenzen und Kreuzungen postierte die PA ihre Wachen, während die Hamas keine entsprechenden Positionen im Sicherheitsapparat des Westjordanlands besetzte. Schließlich akzeptierte die Einheitsregierung auch die drei Forderungen, die Washington und die Europäische Union seit langem erhoben hatten: Gewaltverzicht, Einhaltung früherer Abkommen und die Anerkennung Israels.

Doch Israel reagierte voller Wut. Die Regierung erklärte postwendend ihre Weigerung, mit der Einheitsregierung zu verhandeln, und sagte die Unterredungen ab. Und ihre Wut wuchs noch, als die USA, wie auch die meisten anderen Staaten auf der Welt, der Einheitsregierung ihre Unterstützung signalisierten.

Es gibt gute Gründe dafür, warum Israel die Vereinigung der Palästinenser ablehnt. Ein Grund ist, dass der Hamas-Fatah-Konflikt seit jeher einen nützlichen Vorwand bietet, die Teilnahme an ernstgemeinten Verhandlungen zu verweigern. Wie kann man schon mit einer gespaltenen Gegenseite verhandeln? Und was noch schwerer wiegt: Seit mehr als zwanzig Jahren hat sich Israel darauf festgelegt, den Gaza-Streifen vom Westjordanland zu trennen – was eine grobe Verletzung des Oslo-Friedensprozesses darstellt, der die beiden Gebiete zu einer untrennbaren Einheit erklärte. Ein Blick auf die Landkarte verdeutlicht den Grundgedanken: Eine Trennung vom Gaza-Streifen würde die den Palästinensern überlassenen Enklaven im Westjordanland vollends von der Außenwelt abschneiden. Außerdem hatte Israel systematisch das Jordantal übernommen, die Palästinenser vertrieben, Siedlungen gegründet, Trinkwasserbrunnen gebohrt und auf jede denkbare Weise dafür gesorgt, dass die Region – die ungefähr ein Drittel des Westjordanlands ausmacht und auch einen großen Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche – letztendlich voll in das israelische Territorium integriert werden kann, zusammen mit den anderen besetzten Gebieten, die es übernimmt. So werden die übrigen palästinensischen Kantone faktisch zu Gefängnissen. Die Vereinigung mit dem Gaza-Streifen würde diesen Plänen zuwiderlaufen, deren Spuren bis in die Frühzeit der Besetzung zurückreichen und die stabile Unterstützung des größten politischen Blocks genießen, darunter auch von Politikern, die gewöhnlich als Tauben eingeschätzt werden, wie zum Beispiel der frühere Präsident Schimon Peres, einer der Architekten der Siedlungspolitik im Westjordanland.

Wie üblich wurde ein Vorwand benötigt, um die nächste Eskalationsstufe einzuleiten. Die Gelegenheit bot sich bei der brutalen Ermordung dreier israelischer Jugendlicher, die aus der

Siedlergemeinde im Westjordanland stammten. Darauf folgte ein achtzehn Tage dauernder Amoklauf der Israelis, der hauptsächlich die Hamas zum Ziel hatte. Am 2. September berichtete *Haaretz*, die israelischen Sicherheitsdienste seien nach intensiven Verhören zu dem Schluss gekommen, dass die Entführung der drei Jungen »von einer unabhängigen Zelle ausgeführt worden« sei, die keine bekannten direkten Verbindungen zur Hamas gehabt habe.[9] Aber zu diesem Zeitpunkt hatten die achtzehn Tage dauernden Angriffe bereits etwas erreicht: die gefürchtete Einheitsregierung zu unterminieren.

Schließlich antwortete die Hamas mit den ersten Raketen seit achtzehn Monaten, was wiederum den Israelis den Vorwand lieferte, die Operation »Protective Edge« in Gang zu setzen. Die Angriffe begannen am 8. Juli, dauerten fünfzig Tage und erwiesen sich als die extremste Übung im Rasenmähen – bisher jedenfalls.

Die jüngste (und noch namenlose) Operation

Israel ist derzeit in einer ausgezeichneten Position, seine jahrzehntealte Politik der Trennung des Gaza-Streifens vom Westjordanland zu revidieren und zum ersten Mal ein umfassendes Waffenstillstandsabkommen zu befolgen. Zumindest vorerst hat sich die Gefahr der Demokratie im benachbarten Ägypten wieder verringert, und die brutale Militärdiktatur des Generals Abdul Fattah al-Sisi erweist sich für Israel als willkommene Verbündete bei den Bemühungen, die Kontrolle über Gaza aufrechtzuerhalten.

Die palästinensische Einheitsregierung lässt die Grenzen des Gaza-Streifens durch Truppen schützen, die von den USA ausgebildet wurden, und Regierung und Verwaltung verlagern sich möglicherweise immer stärker in die Hände der PA, die nur mit israelischer Unterstützung überleben kann und auch finanziell von Israel abhängig ist. Israel könnte daher folgern, dass es keinen großen Schaden anrichten würde, den Enklaven, die den

Palästinensern noch geblieben sind, eine begrenzte Form von Autonomie zuzugestehen.

Sicherlich liegt auch ein Körnchen Wahrheit in der Bemerkung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu: »Viele Elemente in der Region begreifen heute, dass Israel in dem Kampf, in dem sie bedroht sind, kein Feind, sondern ein Partner ist.«[10] Akiva Eldar, Israels führender diplomatischer Korrespondent, fügt jedoch hinzu, dass »all diese ›vielen Elemente in der Region‹ auch begreifen, dass kein einziger mutiger und umfassender diplomatischer Vorstoß am Horizont sichtbar ist, bevor nicht ein Abkommen über die Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 geschlossen und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems erzielt wird«. Aber das stehe nicht auf Israels Agenda.[11]

Informierte israelische Kommentatoren, vor allem der Kolumnist Danny Rubinstein, glauben jedoch, dass Israel im Begriff sei, seinen Kurs zu ändern und den Würgegriff um den Gazastreifen zu lockern. Wir werden sehen.

Die Geschichte der letzten Jahre lässt anderes vermuten, und die Zeichen sind nicht vielversprechend. Als die Operation »Protective Edge« zu Ende ging, kündigte Israel die – mit mehr als 400 Hektar – größte Landnahme im Westjordanland seit rund drei Jahrzehnten an. Der israelische Rundfunk berichtete, sie sei als Reaktion auf die Ermordung der drei jüdischen Jugendlichen durch »militante Hamas-Anhänger« erfolgt. Als Rache für die Morde wurde ein palästinensischer Jugendlicher verbrannt, aber Israel trat dafür den Palästinensern kein israelisches Land ab, noch gab es irgendeine Reaktion, als ein israelischer Soldat den zehnjährigen Khalil Anati in einer ruhigen Straße in einem Flüchtlingslager bei Hebron tötete und dann mit seinem Jeep davonfuhr, während das Kind verblutete.[12]

Anati war einer von dreiundzwanzig Palästinensern – darunter drei Kinder –, die während der Angriffe auf den Gazastreifen von israelischen Besatzungstruppen im Westjordanland getötet wurden, wie sich aus der Statistik der Vereinten Nationen ergibt; außerdem wurden mehr als zweitausend Menschen verwundet,

achtunddreißig Prozent von ihnen durch Beschuss. »Keines der Todesopfer gefährdete das Leben der Soldaten«, berichtete der israelische Journalist Gideon Levy.[13] Doch auf diese Vorgänge gab es keinerlei Reaktion, genauso wenig wie auf die Tatsache, dass Israel in den vergangenen vierzehn Jahren im Durchschnitt jede Woche mehr als zwei palästinensische Kinder tötete. Diese sind schließlich nur Unpersonen.

Allerseits wird im Allgemeinen behauptet, sollte die Zweistaatenlösung als Folge der israelischen Landnahme im Westjordanland sterben, wird schlussendlich ein Staat westlich des Jordan entstehen. Ein solches Resultat würde von manchen Palästinensern in der Erwartung begrüßt, dass sie dann einen Kampf um ihre Gleichheitsrechte nach dem Modell Südafrikas unter dem Apartheid-Regime führen könnten. Viele israelische Kommentatoren warnen jedoch, dass das sich dann ergebende »demographische Problem« – die höhere Geburtenrate der Araber im Vergleich zu den Juden – und die rückläufige Einwanderung von Juden ihre Hoffnung auf einen »demokratischen jüdischen Staat« untergraben würden.

Diese weitverbreiteten Annahmen sind ziemlich dubios. Die realistische Annahme für den Fall, dass eine Zweistaatenlösung scheitert, ist, dass Israel seine Pläne vorantreibt, die es seit Jahren umsetzt, nämlich im Westjordanland alles an sich zu reißen, was ihm wertvoll genug erscheint, gleichzeitig örtliche Konzentrationen der palästinensischen Bewohner zu vermeiden und sie aus den Gebieten zu vertreiben, die es in das eigene Territorium integrieren möchte. Das sollte wohl genügen, um das gefürchtete »demographische Problem« zu umgehen.

Diese grundlegenden Strategien werden seit den Eroberungen von 1967 verfolgt, nach einem vom damaligen Verteidigungsminister Mosche Dajan formulierten Prinzip. Er war einer der israelischen Politiker, die den Palästinensern besonders wohlgesinnt waren. Seinen Parteifreunden erklärte er, sie sollten den palästinensischen Flüchtlingen im Westjordanland sagen: »Wir haben keine Lösung. Ihr werdet weiterhin wie Hunde leben, und wer gehen will, kann gehen, dann werden wir schon sehen, wohin das führt.«[14]

Das war ein ganz unbefangener Vorschlag im Rahmen des übergeordneten Konzepts, das der spätere Präsident Chaim Herzog 1972 so formuliert hatte: »Ich verwehre den Palästinensern weder einen Platz noch eine eigene Einstellung oder Meinung in jedweder Angelegenheit (…). Aber ich bin ganz gewiss nicht bereit, sie als Partner in jeder Angelegenheit in einem Land zu betrachten, das unserem Volk seit Tausenden Jahren geweiht ist. Für die Juden dieses Landes kann es keinen Partner geben.« Dajan rief zu einer »permanenten Herrschaft« (»memschelet keva«) über die besetzten Gebiete auf.[15] Wenn Netanjahu heute die gleiche Haltung einnimmt, fordert er also nichts Neues.

Seit einem Jahrhundert verläuft die zionistische Kolonisation von Palästina nach dem pragmatischen Prinzip, vor Ort so still wie möglich Fakten zu schaffen. Die Welt hat letztlich gelernt, dies zu akzeptieren, und es hat sich als hochgradig erfolgreiche Politik erwiesen. Es gibt jeden Grund zur Annahme, dass das Prinzip auch weiterhin gilt, jedenfalls so lange, wie die USA die erforderliche militärische, wirtschaftliche, diplomatische und ideologische Unterstützung bieten. Für alle jene, die sich um die Rechte der brutal unterworfenen Palästinenser sorgen, kann es daher keine höhere Priorität geben, als auf eine Veränderung der amerikanischen Politik hinzuwirken. Das ist keineswegs ein sinnloser Traum.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Ari Shavit: »The Big Freeze«, *Haaretz*, 7. Oktober 2004 (Formaldehyd ist ein Konservierungsmittel für tote Körper, Anm. d. Übers.)
2. Idith Zertal, Akiva Eldar: *Lords of the Land: The War for Israel's Settlements in the Occupied Territories, 1967 – 2007,* New York 2007, S. xii
3. United Nations: »United Nations Relief, Works Agency for Palestine Refugees Copes with Major Crises in Three Fields of Operations, Commissioner-General Tells Fourth Committee«, Pressemitteilung, 29. Oktober 2008, www.un.org/press/en/2008/gaspd413.doc.htm (aufgerufen am 26. Juli 2016)

4. Volltext der Resolution: www.un.org/depts/german/sr/sr_08-09/sr1860.pdf (aufgerufen am: 18. 07. 2016); United Nations Security Council: »Security Council Calls for Immediate, Durable, Fully Respected Ceasefire in Gaza Leading to Full Withdrawal of Israeli Forces«, Pressemitteilung, 8. Januar 2009, www.un.org/press/en/2009/sc9567.doc.htm (aufgerufen am 26. Juli 2016)
5. Isabel Kershner: »Gaza Deaths Spike in 3rd Day of Air Assaults While Rockets Hit Israel«, *The New York Times*, 10. Juli 2014
6. Amos Harel, Avi Issacharoff, Gili Cohen, Allison Kaplan Sommer, Nachrichtenagenturen: »Hamas Military Chief Ahmed Jabari Killed by Israeli Strike«, *Haaretz*, 14. November 2012
7. Reuters: »Text: Cease-Fire Agreement Between Israel and Hamas«, *Haaretz*, 21. November 2012
8. Nathan Thrall: »Hamas's Chances«, *London Review of Books* 36, Nr. 16, 21. August 2014, S. 10 – 12
9. Amos Harel: »Notes from an Interrogation: How the Shin Bet Gets the Low-Down on Terror«, *Haaretz*, 2. September 2014
10. Akiva Eldar: »Bibi Uses Gaza as Wedge Between Abbas, Hamas«, *Al-Monitor*, 1. September 2014
11. Ebd.
12. Gideon Levy, Ariel Levac: »Behind the IDF Shooting of a 10-Year-Old Boy«, *Haaretz*, 21. August 2014
13. Gideon Levy: »The IDF's Real Face«, *Haaretz*, 30. August 2014
14. Zertal / Eldar, *Lords of the Land*, S. 13
15. Noam Chomsky: *Deterring Democracy,* New York 1991, S. 435

Kapitel 17: Die USA – der führende terroristische Staat

17

Die USA – der führende terroristische Staat

Nehmen wir einmal an, in der *Prawda* würde berichtet, der russische Auslandsnachrichtendienst habe eine Analyse der großen terroristischen Operationen erarbeitet, die der Kreml im Laufe der Zeit überall auf der Welt durchgeführt hat. Die Studie habe dem Zweck gedient, herauszufinden, welche Faktoren jeweils für den Erfolg oder Misserfolg einer Operation verantwortlich waren. Die Schlussfolgerung laute: Leider, leider gebe es nur selten Erfolge zu vermelden, deshalb sei es an der Zeit, über eine Änderung der Politik nachzudenken. Nehmen wir weiter an, in dem Artikel würde der russische Präsident Wladimir Putin mit der Aussage zitiert, er selbst habe den Geheimdienst mit dieser Untersuchung beauftragt, um herauszufinden, in welchen konkreten Fällen »die Finanzierung und Lieferung von Waffen an Aufständische tatsächlich gut funktioniert hat. Aber sie entdeckten nicht viel.« Deshalb habe er seine Zweifel, ob es sinnvoll sei, weiterhin solche Aktionen durchzuführen.

Es ist nahezu unvorstellbar, dass ein solcher Artikel jemals erscheinen würde. Wenn doch, würde der Aufschrei von Empörung und Wut bis zum Himmel schallen, Russland mit bittersten Vorwürfen – oder noch Schlimmerem – konfrontiert, nicht nur für die bösartigen terroristischen Aktionen, die es damit so offen eingestanden hätte, sondern auch für die blasierte Haltung der Staatsführung und der politischen Elite, die an nichts interessiert seien als an den Fragen, wie gut der russische Staatsterrorismus funktioniere und ob sich diese Praktiken nicht effizienter durchführen ließen.

Ja, es ist tatsächlich kaum vorstellbar, dass so ein Artikel jemals erschiene – wenn nicht genau das kürzlich geschehen wäre, oder

jedenfalls so etwas Ähnliches.

Am 14. Oktober 2014 berichtete ein Leitartikel in der *New York Times* von einer Analyse der CIA, in der die großen terroristischen Operationen untersucht wurden, die das Weiße Haus auf der ganzen Welt hatte durchführen lassen. Ziel sei gewesen, die Faktoren zu identifizieren, die für den Erfolg oder Misserfolg der Operationen verantwortlich gewesen waren. Herausgekommen ist die oben erwähnte Schlussfolgerung. In dem Artikel wurde Präsident Obama mit der Aussage zitiert, er habe die CIA um diese Untersuchung gebeten, um in Erfahrung zu bringen, in welchen Fällen »die Finanzierung und Lieferung von Waffen an Aufständische in einem anderen Land tatsächlich gut funktionierte. Und sie entdeckten nicht viel.« Deshalb zögere er, solche Aktionen weiterhin durchzuführen.[1]

Der empörte Aufschrei blieb aus – keine Aufregung, nichts.

Was das bedeutet, ist offensichtlich: In der politischen Kultur des Westens gilt es als selbstverständlich und angemessen, dass die Führungsnation der Freien Welt ein terroristischer Schurkenstaat sein darf und offen auf ihrer Sonderberechtigung beharren soll, derartige Verbrechen zu begehen. Von daher ist es auch selbstverständlich und angemessen, dass der Mann, der die Zügel der Macht in Händen hält – ein Friedensnobelpreisträger und auf das US-Verfassungsrecht spezialisierter Anwalt –, sich nur für die Frage interessiert, wie man solche Aktionen noch effizienter durchführen könne.

Eine nähere Betrachtung untermauert diese Schlussfolgerungen. Der Artikel beginnt mit der Aufzählung von US-Operationen »von Angola über Nicaragua bis zu Kuba«. Wir wollen hier noch ein paar Maßnahmen hinzufügen, die weggelassen wurden, wobei wir uns auf Piero Gleijeses' bahnbrechende Studien zur Rolle Kubas bei der Befreiung Afrikas stützen, die er vor allem in seinem 2013 erschienenen Buch *Visions of Freedom* darlegt.[2]

In Angola taten sich die Vereinigten Staaten mit Südafrika zusammen; gemeinsam gewährten sie Jonas Savimbis terroristischer UNITA-Armee die entscheidende Unterstützung. Die USA gewährten die Hilfe auch noch, nachdem Savimbi bei sorgfältig

beobachteten freien Wahlen vernichtend geschlagen wurde und Südafrika ihm die Unterstützung aufgekündigt hatte – diesem »Monster, dessen Machtgier entsetzliches Elend über sein Volk gebracht hat«, um den britischen Botschafter in Angola, Marrack Goulding, zu zitieren, eine Aussage, der auch der Chef des CIA-Büros in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa zustimmte. »Es war keine gute Idee«, mahnte der CIA-Mann, »angesichts des Ausmaßes der Verbrechen Savimbis« das Monster zu unterstützen. »Er war entsetzlich brutal.«[3]

Trotz der von den USA unterstützten weitreichenden und mörderischen Terroroperationen in Angola trieben kubanische Truppen die südafrikanischen Aggressoren aus dem Land, zwangen sie, das illegal besetzte Namibia zu räumen, und ebneten den Weg zu allgemeinen Wahlen in Angola. Nach seiner Wahlniederlage erklärte Savimbi die »Auffassung von fast achthundert ausländischen Wahlbeobachtern für nichtig, dass die Wahlen (…) im Allgemeinen frei und fair verlaufen« seien, wie die *New York Times* berichtete, und setzte seinen terroristischen Krieg mit amerikanischer Unterstützung fort.[4]

Der Beitrag Kubas bei der Befreiung Afrikas und der Beendigung der Apartheid wurde von Nelson Mandela hervorgehoben, als er endlich aus dem Gefängnis entlassen wurde. Zu seinen ersten Handlungen zählte die Erklärung, dass »Kuba während aller meiner Jahre im Gefängnis eine Inspiration und Fidel Castro ein Turm der Stärke gewesen sind (…). [Die kubanischen Siege] zerstörten den Mythos der Unbesiegbarkeit der weißen Unterdrücker [und] inspirierten die kämpfenden Massen von Südafrika (…) ein Wendepunkt bei der Befreiung unseres Kontinents – und meines Volkes – vom Fluch der Apartheid … Welches andere Land kann auf eine Geschichte größerer Selbstlosigkeit verweisen als Kuba in seinen Beziehungen zu Afrika?«[5]

Ganz anders der Terroristenkommandant Henry Kissinger. Er rastete schier aus vor Wut angesichts der Unbotmäßigkeit des »Würstchens« Castro, das seiner Meinung nach »zerschmettert« gehörte, wie William LeoGrande und Peter Kornbluh in ihrem Buch

Back Channel to Cuba unter Bezug auf kürzlich freigegebene Dokumente berichteten.[6]

Wenden wir uns Nicaragua zu. Hier müssen wir uns nicht lange mit Ronald Reagans terroristischem Krieg aufhalten, der noch lange fortgeführt wurde, nachdem der Internationale Gerichtshof angeordnet hatte, Washington müsse seine »illegale Gewaltanwendung« – also den internationalen Terrorismus – einstellen und erhebliche Reparationsleistungen erbringen. Der Krieg ging auch noch weiter, nachdem der Weltsicherheitsrat eine Resolution verabschiedet hatte, durch die alle Staaten (gemeint waren die USA) aufgefordert wurden, sich an das Völkerrecht zu halten – wogegen Washington natürlich sein Veto einlegte.[7] Man muss allerdings zugeben, dass der von Reagan angezettelte terroristische Krieg gegen Nicaragua – den George Bush (der »Staatsmann« Bush) fortführte – nicht so zerstörerisch war wie der Staatsterrorismus, den er in El Salvador und Guatemala so begeistert befürwortet hatte. Nicaragua hatte den Vorteil, eine Armee zu besitzen, die sich den terroristischen Truppen der Amerikaner entgegenstellen konnte, während die Terroristen, die die Bevölkerung der benachbarten Staaten angriffen, von Washington ausgebildete und bewaffnete Sicherheitskräfte waren.

Die Terroroperationen in Kuba wurden von Präsident Kennedy und seinem Bruder, Justizminister Robert Kennedy, mit aller Wucht losgetreten, um die Kubaner dafür zu bestrafen, dass sie die von den USA initiierte Invasion in der Schweinebucht vereitelt hatten. Dieser terroristische Krieg war keine Kleinigkeit. Vierhundert Amerikaner und zweitausend Kubaner waren daran beteiligt, eine private Seestreitmacht von Schnellbooten und ein Jahresbudget von 50 Millionen Dollar. Der Krieg wurde teilweise von einem CIA-Büro in Miami gesteuert, das unter Verletzung der Neutralitätsgesetze und vermutlich auch im Widerspruch zu dem Gesetz arbeitete, das der CIA Operationen innerhalb der USA untersagt. Die Operationen in Kuba umfassten die Bombardierung von Hotels und Fabrikanlagen, das Versenken von Fischkuttern, die Vergiftung von Feldfrüchten und Vieh, die Verseuchung von Zuckerexporten und so weiter. Manche dieser Operationen wurden

von der CIA nicht spezifisch genehmigt, aber von den von ihr finanzierten und unterstützten terroristischen Kräften ausgeführt, was in diesem Fall keinen großen Unterschied machte.

Wie seither aufgedeckt wurde, war der Terrorkrieg gegen Kuba (die Operation Mongoose, auch bekannt als »Das kubanische Projekt«) ein wichtiger Faktor bei Chruschtschows Entscheidung, Raketen nach Kuba zu schicken, und bei der »Kuba-Krise«, die einem atomaren Weltkrieg bedenklich nahe kam. Die »Operationen« der USA in Kuba waren also keineswegs Trivialitäten.

Auch einem eher nebensächlichen Aspekt des Terrorkriegs wird einige Aufmerksamkeit zuteil: den vielen Attentatsversuchen auf Fidel Castro, die im Allgemeinen als kindischer CIA-Unfug abgetan wurden. Davon abgesehen, hat nichts, was wirklich geschah, großes Interesse oder viele Kommentare ausgelöst. Die erste ernsthafte englischsprachige Untersuchung der Auswirkungen des Terrorkriegs gegen die Kubaner legte der kanadische Forscher Keith Bolender 2010 mit seinem Buch *Voices From the Other Side* vor, eine aufschlussreiche Studie, die aber bislang weitgehend ignoriert wird.[8]

Die drei in der *New York Times* in dem Artikel über den US-Terrorismus hervorgehobenen Beispiele bilden in der Tat nur die Spitze des Eisbergs. Dennoch ist dieses markante Eingeständnis wichtig und nützlich, beweist es doch, wie sehr sich Washington in mörderischen und destruktiven Terroroperationen engagiert. Und es zeigt auch, wie wenig Bedeutung das alles für die politische Klasse der USA hat, die es vielmehr für normal und angemessen hält, dass die USA eine terroristische Supermacht sein sollen, die gegen das Recht und die Normen der Zivilisation immun ist.

Seltsamerweise stimmt die Welt dem möglicherweise nicht zu. International durchgeführte Umfragen zeigen, dass die Vereinigten Staaten von einer beträchtlichen Mehrheit der Befragten als größte Gefahr für den Weltfrieden angesehen werden.[9] Glücklicherweise blieb den Amerikanern diese nebensächliche Information erspart.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Mark Mazzetti: »C.I.A. Study of Covert Aid Fueled Skepticism About Helping Syrian Rebels«, *The New York Times*, 14. Oktober 2014
2. Piero Gleijeses: *Visions of Freedom: Havana, Washington, Pretoria and the Struggle for Southern Africa, 1976 – 1991,* Chapel Hill, NC, 2013
3. Noam Chomsky: *Pirates and Emperors, Old and New: International Terrorism in the Real World,* Chicago 2015, S. viii
4. Kenneth B. Nobel: »Savimbi, Trailing, Hints at New War«, *The New York Times*, 4. Oktober 1992
5. Isaac Risco: »Mandela, a Loyal Friend of Cuba's Fidel«, *Havana Times*, 7. Dezember 2013
6. William M. LeoGrande, Peter Kornbluh: *Back Channel to Cuba: The Hidden History of Negotiations Between Washington and Havana,* Chapel Hill, NC, 2014, S. 45
7. Summary of International Court of Justice ruling, »Military and Paramilitary Activities In and Against Nicaragua« *(Nicaragua v. United States of America)*, 27. Juni 1986, www.icj-cij.org/docket/?sum=367&p1=3&p2=3&case=70&p3=5 (aufgerufen am 25. Juli 2016)
8. Keith Bolender: *Voices From the Other Side: An Oral History of Terrorism Against Cuba,* London 2010
9. WIN/Gallup International, »End of Year Survey 2013«, www.wingia.com/en/services/endofyearsurvey2013/7/ (aufgerufen am 25. Juli 2016)

18

Obamas historischer Schritt

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba ist weithin als Ereignis von historischer Bedeutung gefeiert worden. Der Korrespondent Jon Lee Anderson, der scharfsinnig über die Region geschrieben hat, fasst eine verbreitete Reaktion unter liberalen Intellektuellen zusammen, wenn er im *New Yorker* schreibt:

> Obama hat gezeigt, dass er imstande ist, als Staatsmann von historischem Gewicht zu handeln. Und das Gleiche gilt, in diesem Moment, auch für Raúl Castro. Für Kubaner wird dieser Augenblick ebenso emotional kathartisch wie historisch verändernd sein. Ihre Beziehung zum reichen, mächtigen nordamerikanischen Nachbarn ist seit den Sechzigern über fünfzig Jahre lang eingefroren gewesen. Bis in surreale Ausmaße sind auch ihre eigenen Schicksale eingefroren gewesen. Für Amerikaner ist dies ebenfalls ein wichtiger Schritt. Frieden mit Kuba führt uns schlagartig zurück in die goldene Zeit, als die USA eine auf der ganzen Welt geliebte Nation waren, als ein junger und stattlicher J.F.K. im Amt war – vor Vietnam, vor Allende, vor Irak und all den anderen Miseren –, und er ermöglicht es uns, einen Stolz auf uns selbst zu empfinden, weil wir endlich das Richtige tun.[1]

Die Vergangenheit ist längst nicht so idyllisch, wie sie in dem sich hartnäckig haltenden Camelot-Bild scheint. JFK war keineswegs »vor Vietnam« – nicht einmal vor Allende und Irak, aber das nur nebenbei. In Vietnam hatte das Regime von Ngo Dinh Diem, das die

Vereinigten Staaten eingesetzt hatten, als JFK sein Amt antrat, schließlich einen innenpolitischen Widerstand ausgelöst, den es nicht mehr unter Kontrolle hatte. Deshalb eskalierte Kennedy die US-Intervention sofort zu einer regelrechten Aggression und befahl der U.S. Air Force, südvietnamesische Regionen zu bombardieren (unter südvietnamesischen Kennzeichen, wovon sich aber niemand täuschen ließ). Der Einsatz von Napalm und chemischen Kampfstoffen wurde autorisiert, um ganze Ernten und Viehbestände zu vernichten, und es wurden Programme gestartet, in deren Verlauf Bauern in De-facto-Konzentrationslager getrieben wurden, um sie vor der Guerilla »zu beschützen«, die sie, wie Washington wohl wusste, mehrheitlich unterstützten.

Im Jahr 1963 schienen Beobachtungen vor Ort darauf hinzuweisen, dass Kennedys Krieg Erfolg hatte, aber jetzt tauchte ein ernstes Problem auf: Im August erfuhr die US-Administration, dass die Regierung Diem Verhandlungen mit Nordvietnam anstrebte, um den Konflikt zu beenden.

Wenn JFK überhaupt die Absicht hatte abzuziehen, wäre das die ideale Gelegenheit gewesen, dies in Würde und ohne politische Kosten zu tun. Er hätte in der üblichen Manier erklären können, dass die amerikanische Standhaftigkeit und ihre prinzipientreue Verteidigung der Freiheit die Nordvietnamesen zur »Kapitulation« gezwungen hätten. Stattdessen unterstützte Washington einen Militärputsch, um eine militaristische Generalsclique an die Macht zu bringen, die den eigentlichen Zielen JFKs besser entsprach. Präsident Diem und sein Bruder wurden dabei ermordet. Da der Sieg zum Greifen nahe schien, nahm Kennedy widerwillig einen Vorschlag von Verteidigungsminister Robert McNamara an, mit dem Abzug der Truppen zu beginnen (National Security Action Memo 263), allerdings unter einem wichtigen Vorbehalt: erst nach Erringen des Sieges. Bis zu seiner Ermordung einige Wochen später hielt Kennedy hartnäckig an dieser Forderung fest. Viele Phantastereien sind um diese Ereignisse ausgebrütet worden, aber sie brechen unter dem Gewicht der reichhaltigen Quellen zusammen.[2]

Auch an anderen Stellen war die Geschichte nicht ganz so idyllisch wie in den Legenden von Camelot. Zu den wohl

folgenschwersten Entscheidungen Kennedys im Jahr 1962 zählte der Wechsel des Status lateinamerikanischer Militärstützpunkte von »hemisphärischer Verteidigung« zu »innerer Sicherheit«, mit gewaltigen Konsequenzen für die ganze Hemisphäre. Alle, die nicht eine »bewusste Ignoranz« vorziehen (wie Michael Glennon, Experte für internationale Beziehungen, es nannte), können hier ohne weiteres noch mehr Einzelheiten ergänzen.[3]

Mit der Politik des Embargos und offiziellen Plänen, das Regime zu stürzen, trat Kennedy in Kuba das Erbe Eisenhowers an, und mit der Invasion in der Schweinebucht sorgte er schon bald für eine Eskalation. Das Misslingen der Invasion löste in Washington geradezu eine Panik aus. Bei der ersten Kabinettsitzung nach dem kläglichen Scheitern war die Stimmung »fast brutal«, notierte sich der damalige stellvertretende Außenminister Chester Bowles insgeheim. »Es herrschte eine beinahe schon panische Forderung nach einem Aktionsprogramm.«[4] Kennedy artikulierte diese Hysterie in seinen öffentlichen Stellungnahmen, obwohl er sich darüber im Klaren war, wie er einmal im privaten Kreis sagte, dass die Verbündeten »der Meinung waren, wir [seien beim Thema Kuba] leicht altersdement«.[5] Nicht ohne Grund.

Kennedy stand mit seinen Aktionen zu seinem Wort.

Heute gibt es heftige Diskussionen um die Frage, ob Kuba von der Liste der Staaten, die den Terror unterstützen, gestrichen werden sollte. Bei dieser Frage kommen einem unweigerlich die Worte von Tacitus in den Sinn, »bei offenkundigem Vergehen müsse man die Verwegenheit zu Hilfe rufen«.[6] Mit dem Unterschied, dass es hier noch nicht einmal offenkundig ist, dank des »Verrats der Intellektuellen«.

Als er nach dem Mord an Kennedy die Amtsgeschäfte übernahm, lockerte Präsident Lyndon Johnson die Herrschaft des Terrors, der gleichwohl bis in die neunziger Jahre hinein anhielt. Aber er war nicht gewillt, Kuba in Frieden überleben zu lassen. Er erklärte gegenüber Senator William Fulbright, dass er, obwohl er »sich nicht auf einen Schweinebucht-Deal einlassen« werde, einen Rat wolle, »was sie unternehmen sollten, um ihnen stärker eins auf die Nuss zu geben als derzeit«.[7] Der Experte für lateinamerikanische

Geschichte Lars Schoultz beobachtet, dass »Eins-auf-die-Nuss-Geben seither die amerikanische Linie war«.[8]

Manche waren freilich der Meinung, dass solche gezielte Maßnahmen nicht ausreichten. Nehmen wir als Beispiel nur Richard Nixons Kabinettsmitglied Alexander Haig, der den Präsidenten bat, ihm »nur grünes Licht zu geben, und ich werde aus dieser Sch … insel einen Parkplatz machen«.[9] Mit dieser trefflichen Äußerung brachte er anschaulich den anhaltenden Frust zum Ausdruck, der in Washington wegen »der teuflischen, kleinen Republik Kuba« herrschte – so Theodore Roosevelts Wendung, als er sich über die kubanische Weigerung ereiferte, großzügig die Invasion von 1898 zu akzeptieren, welche die Befreiung von Spanien blockierte und die Insel de facto zu einer Kolonie machte. Sein mutiger Ritt auf den San-Juan-Hügel hatte mit Sicherheit eine noble Sache zum Anlass. (Häufig wird übersehen, dass im Wesentlichen afroamerikanischen Bataillonen das Verdienst für die Eroberung des Hügels gebührt.)[10]

Der Historiker Louis Pérez schreibt, die Intervention, die von manchen als humanitärer Akt zur »Befreiung« Kubas gefeiert wurde, habe ihre eigentlichen Ziele erreicht. »Ein kubanischer Befreiungskrieg wurde in einen amerikanischen Eroberungskrieg umgewandelt« – den »Spanisch-Amerikanischen Krieg« nach der imperialen Namengebung –, um einen kubanischen Sieg zu verschleiern, der schon bald durch die Invasion unterbrochen wurde. Das Ergebnis linderte amerikanische Ängste in Bezug auf »das Anathema für alle nordamerikanischen Politiker seit Thomas Jefferson: ein unabhängiges Kuba«.[11]

Wie sich die Lage in zwei Jahrhunderten verändert hat.

Es hat in den letzten fünfzig Jahren zaghafte Versuche gegeben, die Beziehungen zu verbessern; William LeoGrande und Peter Kornbluh untersuchten sie detailliert in dem Buch *Back Channel to Cuba*.[12] Man kann darüber streiten, ob wir nun wegen der Schritte, die Obama unternommen hat, »stolz auf uns« sein sollten, aber sie sind auf jeden Fall »das Richtige«, auch wenn das verheerende Embargo entgegen der ganzen Welt (Israel ausgenommen) in Kraft bleibt und Tourismus immer noch ausgeschlossen ist. In seiner Ansprache an die Nation, in der Obama die neue Linie bekanntgab,

stellte er klar, dass auch in anderer Hinsicht die Bestrafung Kubas dafür, sich nicht dem Willen und der Gewalt der USA zu beugen, fortgesetzt werde. Dabei wiederholte er Ausflüchte, die so lächerlich sind, dass sich jeder Kommentar erübrigt.

Folgende Worte des Präsidenten lohnen jedoch eine nähere Betrachtung:

> Stolz unterstützten die USA Demokratie und Menschenrechte in Kuba in den vergangenen fünf Jahrzehnten. Das taten wir vornehmlich durch die Politik der Isolierung der Insel, indem wir Reisen und den Handel unterbanden; keine andere Nation schloss sich unseren Sanktionen an, die nicht wirklich etwas bewirkten, abgesehen davon, dass sie der kubanischen Regierung einen Grund dafür lieferten, ihrem Volk große Beschränkungen aufzuerlegen. (…) Heute bin ich ehrlich zu Ihnen. Wir können die Geschichte unserer beiden Völker zwar nicht ausradieren, aber wir glauben, dass ihnen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglicht werden sollte.[13]

Man kann nicht umhin, die verblüffende Dreistigkeit dieser Erklärung zu bewundern, die wiederum an die Worte Tacitus' erinnert. Obama kennt die aktuelle Geschichte mit Sicherheit nur zu gut. Dazu zählen nicht nur der mörderische Krieg gegen den Terror und das skandalöse Wirtschaftsembargo, sondern auch die militärische Besetzung des südöstlichen Kubas, der Guantánamo Bay, einschließlich des wichtigsten Hafens des Landes, trotz der Gesuche der Regierung seit der Unabhängigkeit, das zurückzugeben, was mit vorgehaltenem Gewehr geraubt worden war – eine Politik, die lediglich auf dem fanatischen Bemühen gründete, die wirtschaftliche Entwicklung Kubas zu verhindern. Im Vergleich dazu wirkt Putins gesetzwidrige Übernahme der Krim fast schon harmlos. Die Entschlossenheit, sich an den aufsässigen Kubanern zu rächen, die eine Dominanz durch die USA ablehnen, war so stark, dass sogar die Wünsche nach einer Normalisierung übergangen wurden, die in mächtigen Segmenten der Wirtschaft

(der Pharmazie, der Agrarindustrie, des Energiesektors) geäußert wurden – ein ungewöhnlicher Vorgang in der amerikanischen Außenpolitik. Washingtons grausame und strafende Maßnahmen haben das eigene Land in der Hemisphäre praktisch isoliert und der Verachtung und dem Spott der ganzen Welt ausgesetzt. Washington und seine Gefolgsleute tun gerne so, als hätten sie Kuba »isoliert«, wie Obama betonte, aber die Geschichte belegt eindeutig, dass eigentlich die Vereinigten Staaten isoliert waren – was vermutlich der Hauptgrund für den partiellen Kurswechsel war.

Die Meinung im eigenen Land ist zweifellos ebenfalls ein Faktor bei Obamas »historischem Schritt«. Allerdings ist die Öffentlichkeit schon seit langem für eine Normalisierung der Beziehungen. Eine CNN-Umfrage von 2014 zeigte, dass nur ein Viertel der Amerikaner Kuba noch als ernste Gefahr für die USA betrachtete, im Vergleich zu mehr als zwei Dritteln vor dreißig Jahren, als Präsident Reagan vor der gravierenden Gefahr für unser Leben warnte, die von der Muskatnusshauptstadt der Welt – Grenada – und der nicaraguanischen Armee ausging, nur zwei Tagesmärsche von Texas entfernt.[14] Da diese Ängste nunmehr ein wenig nachgelassen haben, können wir vielleicht auch unsere Wachsamkeit leicht zurückfahren.

In den vielfältigen Kommentaren zu Obamas Entscheidung lautet ein Leitmotiv, dass Washingtons gutgemeinte Anstrengungen, den leidenden Kubanern Demokratie und Menschenrechte zu bringen (die lediglich von den kindischen Tricksereien der CIA getrübt wurden), gescheitert waren. Unsere hehren Ziele seien nicht erreicht worden, also gehe ein widerwilliger Kurswechsel letztlich in Ordnung.

War die Politik wirklich gescheitert? Das hängt von ihrem Ziel ab. Die Antwort darauf ist ziemlich eindeutig dokumentiert. Die kubanische Gefahr war die vertraute Bedrohung, die sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte des Kalten Krieges zieht. Das wurde ganz eindeutig von der Kennedy-Administration erklärt; die Hauptsorge war, dass Kuba ein »Virus« werden könnte, das »die Epidemie verbreiten« würde. Wie der Historiker Thomas

Paterson bemerkte: »Kuba stellte als Symbol ebenso wie als reale Gegebenheit die US-Hegemonie in Lateinamerika in Frage.«[15]

Ein Virus tötet man am besten ab und immunisiert alle potentiellen Opfer. Genau diese vernünftige Linie verfolgte Washington, und das recht erfolgreich. Kuba hat überlebt, ist aber außerstande, sein gefürchtetes Potential zu entfalten. Und die Region wurde mit grausamen Militärdiktaturen »immun gemacht«, angefangen bei dem von Kennedy angeregten Militärputsch, der nicht lange nach Kennedys Ermordung in Brasilien ein Terrorregime einsetzte. Die Generäle haben einen »demokratischen Aufstand« durchgeführt, telegraphierte Botschafter Lincoln Gordon nach Washington. Die Revolution sei »ein großer Sieg für die freie Welt«, der »einen völligen Verlust aller südamerikanischen Republiken für den Westen« verhindert habe und »ein erheblich verbessertes Klima für private Investitionen« schaffe. Diese demokratische Revolution sei »der entscheidendste Sieg der Freiheit Mitte des 20. Jahrhunderts«, behauptete Gordon, »einer der wichtigsten Wendepunkte in der Weltgeschichte« in diesem Zeitraum, der beseitigte, was Washington als einen Castro-Klon ansah.[16]

Das galt zum großen Teil auch für den Vietnamkrieg, der ebenfalls als Scheitern und Niederlage betrachtet wurde. Vietnam an sich hatte keine sonderliche Bedeutung, aber wie aus den Quellen hervorgeht, befürchtete Washington, dass sich eine erfolgreiche unabhängige Entwicklung in dem Land ansteckend über die ganze Region ausbreiten könnte. Vietnam wurde de facto zerstört; es sollte niemandem als Modell dienen. Und die Region wurde geschützt, indem mörderische Diktaturen eingesetzt wurden, ganz ähnlich wie in Lateinamerika in denselben Jahren. Es ist keineswegs ungewöhnlich, dass eine imperiale Politik in verschiedenen Teilen der Welt einen ganz ähnlichen Kurs fährt.

Der Vietnamkrieg wird als ein Scheitern, als amerikanische Niederlage bezeichnet. In Wirklichkeit war er ein Teilsieg. Die USA erreichten zwar nicht ihr Maximalziel, aus Vietnam die zweiten Philippinen zu machen, aber die wichtigsten Befürchtungen wurden zerstreut, ähnlich wie im Fall Kuba. Solche Ergebnisse gelten deshalb als Niederlage, Scheitern, furchtbare Entscheidungen.

Da verstehe einer die imperiale Mentalität.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Jon Lee Anderson: »Obama and Castro Seize History«, *The New Yorker,* 18. Dezember 2014
2. Nachlass von John F. Kennedy: Presidential Papers, National Security Files, Meetings and Memoranda Series, National Security Action Memoranda, National Security Action Memorandum Number 263, John F. Kennedy Presidential Library and Museum, Boston, Massachusetts.
3. Michael Glennon: »Terrorism and ›Intentional Ignorance‹«, *Christian Science Monitor*, 20. März 1986
4. U.S. State Department Office of the Historian: Foreign Relations of the United States, 1961 – 1963, Document 158, »Notes on Cabinet Meeting«, 20. April 1961, history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v10/d158 (aufgerufen am 5. August 2016)
5. Ernest R. May, Philip D. Zelikow (Hg.): *The Kennedy Tapes: Inside the White House During the Cuban Missile Crisis,* Cambridge, MA, 1998, S. 84
6. Vgl. Tacitus: *Annalen. Lateinisch-Deutsch,* Mannheim 2010, XI, S. 26
7. Michael R. Beschloss: *Taking Charge: The Johnson White House Tapes 1963 – 1964,* New York 1998, S. 87
8. Lars Schoultz: *That Infernal Little Cuban Republic: The United States and the Cuban Revolution,* Chapel Hill, NC, 2011, S. 5
9. Nancy Reagan: *My Turn: The Memoirs of Nancy Reagan,* New York 2011, S. 77
10. Theodore Roosevelt an Henry L. White, 13. September 1906, Roosevelt Papers, Library of Congress
11. Noam Chomsky: *Hopes and Prospects,* Chicago 2010, S. 50
12. William M. LeoGrande, Peter Kornbluh: *Back Channel to Cuba: The Hidden History of Negotiations Between Washington and Havana*, Chapel Hill, NC, 2014
13. White House: Office of the Press Secretary, »Statement by the President on Cuba Policy Changes«, Pressemitteilung, 17. Dezember 2014, www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/12/17/statement-president-cuba-policy-changes; zitiert nach: www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/barack-obama-rede-beziehungen-usa-kuba/ (aufgerufen am 5. August 2016)
14. CNN/ORC-Umfrage, 18.–21. Dezember 2014, i2.cdn.turner.com/cnn/2014/images/12/23/cuba.poll.pdf (aufgerufen am 5. August 2016)
15. Chomsky, *Hopes and Prospects*, S. 116; Dennis Merrill und Thomas Paterson: *Major Problems in American Foreign Relations, Band II: Since 1914,* Boston 2009, S. 394
16. Noam Chomsky: *Deterring Democracy,* New York 1991, S. 228

19

»Terror ist Terror«

Im Zuge des Terroranschlags auf *Charlie Hebdo,* bei dem 2015 zwölf Menschen, darunter der Chefredakteur und vier weitere Karikaturisten, ums Leben kamen, und der Ermordung von vier Juden in einem koscheren Supermarkt unmittelbar danach kündigte der französische Regierungschef Manuel Valls »einen Krieg gegen den Terrorismus« an, einen Krieg »gegen den Dschihadismus, gegen den radikalen Islam, gegen alles, was zum Ziel hat, Brüderlichkeit, Freiheit, Solidarität zu zerstören«.[1] Millionen Menschen demonstrierten weltweit aus Protest gegen die Gräueltaten, verstärkt durch einen Schreckenschor unter der Parole: »Je suis Charlie.« Es gab wortreiche Äußerungen der Empörung, die vom Chef der israelischen Arbeiterpartei, Yitzhak (Isaak) Herzog, trefflich auf den Punkt gebracht wurden, der erklärte: »Terror ist Terror. Da gibt es nichts zu deuteln.« Und weiter: »Sämtliche Nationen, die nach Frieden und Freiheit streben, [stehen] vor einer gewaltigen Herausforderung« brutaler Gewalt.[2]

Die Verbrechen lösten auch eine Flut von Kommentaren aus, die nach den Wurzeln dieser schockierenden Anschläge in der islamischen Kultur fragten und Möglichkeiten ausloteten, der mörderischen Welle des islamischen Terrorismus entgegenzutreten, ohne unsere eigenen Werte zu opfern. Die *New York Times* beschrieb den Anschlag als einen »Kampf der Kulturen«, wurde aber vom *Times*-Kolumnisten Anand Giridharadas korrigiert, der twitterte, dass es »nicht & niemals ein Krieg der Kulturen oder zwischen ihnen war, sondern ein Krieg FÜR Zivilisation gegen Gruppen auf der anderen Seite der Linie«.[3]

Das Geschehen in Paris wurde in der *New York Times* anschaulich von dem langjährigen Europa-Korrespondenten Steven

Erlanger beschrieben: »Ein Tag der Sirenen, Hubschrauber in der Luft, hektischer Nachrichtenmeldungen, der Polizeikordons und verängstigten Menschenmengen, der kleinen Kinder, die zur Sicherheit aus den Schulen geholt werden. Es war ein Tag, wie die beiden vorherigen, des Blutes und des Schreckens in und um Paris.«[4] Erlanger zitierte auch einen überlebenden Journalisten, der sagte: »Alles war zerstört. Es gab keinen Ausweg. Überall war Rauch. Es war furchtbar. Menschen schrien. Es war wie ein Alptraum.« Ein anderer Reporter berichtete von einer »gewaltigen Detonation, und alles wurde ganz dunkel«. Der Schauplatz, berichtete Erlanger, »war ein immer vertrauteres Bild von gesprungenem Glas, geborstenen Mauern, verbogenen Hölzern, verbrannter Farbe und emotionaler Verwüstung«.

Die Zitate im vorigen Absatz stammen jedoch – wie der unabhängige Journalist David Peterson in Erinnerung ruft – nicht aus dem Januar 2015. Vielmehr sind sie einem Bericht entnommen, den Erlanger am 24. April 1999 schrieb und der weit weniger Aufmerksamkeit erregte. Erlanger berichtete damals über den »Raketenangriff« der NATO auf »den Sitz des serbischen staatlichen Fernsehsenders«, der Serbiens Rundfunk- und Fernsehübertragung abschaltete. Damals kamen sechzehn Journalisten ums Leben. Vertreter der NATO und der amerikanischen Regierung verteidigten den Angriff als einen Versuch, das Regime des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević zu untergraben«, berichtete Erlanger. Der Pentagon-Sprecher Kenneth Bacon sagte bei einer Unterweisung, dass »das serbische Fernsehen ebenso ein Teil des Mordapparats von Milošević war wie sein Militär«, deshalb sei es auch ein legitimes Angriffsziel.[5]

Damals gab es keine Demonstrationen, keinen Aufschrei der Empörung, keine Parole »Wir sind RTS«, keine Nachforschungen zu den Wurzeln des Anschlags in der christlichen Kultur und Geschichte. Im Gegenteil, der Angriff auf den Sitz des Senders wurde weithin gelobt. Der hochangesehene Diplomat Richard Holbrooke, Sondergesandter für Jugoslawien, bezeichnete den

erfolgreichen Beschuss von RTS als »eine außerordentlich wichtige und, wie ich meine, positive Entwicklung«.[6]

Es gibt unzählige andere Ereignisse, die keine Ursachenforschung in der westlichen Kultur und Geschichte auslösten: etwa der grässlichste Terrorakt der jüngsten Jahre in Europa, als Anders Breivik, ein christlicher, ultrazionistischer Extremist und Islamfeind, siebenundsiebzig Menschen im Juli 2011 niedermetzelte, zum größten Teil Jugendliche. Ebenso wird beim »Krieg gegen den Terrorismus« der extremste Terrorakt der jüngsten Zeit ausgeklammert: Obamas globaler Drohnenfeldzug, der sich gegen Menschen richtet, die verdächtigt werden, uns möglicherweise irgendwann einmal schaden zu wollen, und gegen alle, die das Pech haben, sich in deren Nähe aufzuhalten. Es mangelt auch nicht an weiteren Pechvögeln wie etwa den fünfzig Zivilisten, die bei einem von den USA angeführten Bombenangriff in Syrien im Dezember 2014 ums Leben kamen, über den kaum berichtet wurde.[7]

Eine Person wurde in der Tat im Zusammenhang mit dem NATO-Angriff auf den Sender in Belgrad bestraft: Ein serbisches Gericht verurteilte Dragoljub Milanović, den Generaldirektor von RTS, zu zehn Jahren Gefängnis, weil er das Gebäude nicht evakuieren ließ. Das Internationale Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien untersuchte den NATO-Angriff und kam zu dem Schluss, es habe sich dabei um kein Verbrechen gehandelt. Auch wenn die Zahl der zivilen Opfer »bedauerlicherweise hoch« gewesen sei, »so war sie allem Anschein nach nicht eindeutig unverhältnismäßig«.[8]

Der Vergleich dieser beiden Fälle hilft uns, die Verurteilung der *New York Times* durch den Menschenrechtsanwalt Floyd Abrams einzuordnen, der bekannt ist für seine energische Verteidigung der Redefreiheit. »Es gibt Zeiten der Selbstbeschränkung«, schrieb Abrams, »aber im unmittelbaren Nachspiel des bedrohlichsten Anschlags auf den Journalismus seit Menschengedenken hätten [die Redakteure der *Times*] der Sache der Redefreiheit am besten gedient, indem sie sich für sie eingesetzt hätten« – soll heißen, indem sie die Karikaturen von *Charlie Hebdo* veröffentlichten, die

sich über Mohammed lustig machten und damit den Anschlag auslösten.[9] Abrams hat recht, wenn er den Anschlag auf *Charlie Hebdo* als »den bedrohlichsten Anschlag auf den Journalismus seit Menschengedenken« bezeichnet. Das liegt nicht zuletzt am Konzept des »Menschengedenkens«, eine sorgsam eigens konstruierte Kategorie, die deren Verbrechen *gegen uns*, also die USA, umfasst, und zugleich fein säuberlich unsere Verbrechen *gegen sie* ausklammert – denn Letztere sind ja keine Verbrechen, sondern eine edle Verteidigung der höchsten Werte, die hier und da unbeabsichtigt schiefgingen.

Es gibt viele weitere Beispiele für die bemerkenswerte Kategorie »Menschengedenken«. Eines lieferte der Angriff der Marines auf Falludscha im November 2004, eins der schlimmsten Vergehen im Zuge der britisch-amerikanischen Invasion im Irak. Der Angriff begann mit der Besetzung des allgemeinen Krankenhauses von Falludscha, an sich schon ein schweres Kriegsverbrechen, ganz abgesehen davon, wie die Besetzung durchgeführt wurde. Über das Verbrechen wurde auf der Titelseite der *New York Times* berichtet, begleitet von einer Aufnahme, die zeigte, wie »Patienten und Krankenhauspersonal von bewaffneten Soldaten aus den Zimmern getrieben und angewiesen wurden, sich auf den Fußboden zu setzen oder zu legen, während Soldaten ihnen die Hände auf den Rücken fesselten«. Die Besetzung des Krankenhauses wurde als verdienstvoll und gerechtfertigt angesehen, weil sie »eine, wie Offiziere sagten, Propagandawaffe für die Militanten unterband: das allgemeine Krankenhaus Falludscha, samt seinem Strom an Berichten über zivile Opfer«.[10] Offensichtlich war das Schließen dieser »Propagandawaffe« kein Angriff auf die Redefreiheit und eignete sich nicht für eine Aufnahme ins »Menschengedenken«.

Es gibt noch andere Fragen. Beispielsweise jene, wie Frankreich das Recht der freien Meinungsäußerung mit dem wiederholt verabschiedeten »Loi Gayssot« in Einklang bringt, das dem Staat de facto das Recht einräumt, die historische Wahrheit festzulegen und jede Abweichung von diesen Edikten zu bestrafen. Oder wie es die heiligen Grundsätze von »Brüderlichkeit, Freiheit, Solidarität« einhält, indem es bemitleidenswerte Nachfahren von Holocaust-

Überlebenden, die Roma, einer bitteren Verfolgung in Osteuropa aussetzt oder indem es nordafrikanische Einwanderer in den Banlieues von Paris erbärmlich behandelt, dort, wo die Terroristen von *Charlie Hebdo* zu Dschihadisten wurden.

Jeder, der mit offenen Augen das Weltgeschehen betrachtet, wird rasch weitere verblüffende Lücken im Menschengedenken bemerken. Beispielsweise wird auch der Mord an drei Journalisten in Lateinamerika im Dezember 2014 ignoriert, wodurch die Zahl jenes Jahres auf einunddreißig stieg. Dutzende von Journalisten wurden allein in Honduras seit dem Militärputsch von 2009 ermordet, der faktisch von den USA autorisiert worden war. Dem Nachputsch-Honduras dürfte damit der Titel der meisten ermordeten Journalisten pro Einwohner zustehen. Aber auch das war kein Angriff auf die Pressefreiheit im Rahmen des Menschengedenkens.

Schon diese wenigen Beispiele veranschaulichen einen sehr allgemeinen Grundsatz, der mit eindrucksvoller Hingabe und Konsequenz eingehalten wird: Je massiver wir, also die USA und der Westen, bei manchen Verbrechen den Gegnern die Schuld geben können, desto größer ist die Empörung; je größer aber die eigene Verantwortung für Verbrechen – und je mehr wir folglich tun könnten, um sie zu beenden –, desto weniger befasst man sich damit, bis hin zum Vergessen.

Entgegen den wortreichen Stellungnahmen trifft es nicht zu, dass »Terror gleich Terror ist« und dass es hier »nichts zu deuteln« gebe. Es existieren ganz eindeutig zwei Varianten: die der anderen gegen die unsrige. Und das nicht nur beim Terrorismus.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Dan Bilefsky, Maia de la Baume: »French Premier Declares ›War‹ on Radical Islam as Paris Girds for Rally«, *The New York Times*, 10. Januar 2015
2. Jodi Rudoren: »Israelis Link Attacks to Their Own Struggles«, *The New York Times*, 9. Januar 2015
3. Liz Alderman: »Recounting a Bustling Office at Charlie Hebdo, Then a ›Vision of Horror‹«, *The New York Times*, 8. Januar 2015; Anand Giridharadas,

twitter.com/anandwrites/status/552825021878771713 (aufgerufen am 10. August 2016)
4. Steven Erlanger: »Days of Sirens, Fear and Blood: ›France Is Turned Upside Down‹«, *The New York Times*, 9. Januar 2015
5. Sofern nicht anders angezeigt, ist das vorausgehende Material zitiert aus Steven Erlanger, »Crisis in the Balkans: Belgrade; Survivors of NATO Attack on Serb TV Headquarters: Luck, Pluck and Resolve«, *The New York Times*, 24. April 1999
6. Amy Goodman: »Pacifica Rejects Overseas Press Club Award«, *Democracy Now!*, Pacifica Radio, 23. April 1999
7. Roy Gutman, Mousab Alhamadee: »U.S. Airstrike in Syria May Have Killed 50 Civilians«, McClatchyDC, 11. Januar 2015
8. David Holley, Zoran Cirjakovic, »Ex-Chief of Serb State TV Gets Prison«, *Los Angeles Times*, 22. Juni 2002; United Nations International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, »Final Report to the Prosecutor by the Committee Established to Review the NATO Bombing Campaign Against the Federal Republic of Yugoslavia«, www.icty.org/x/file/Press/nato061300.pdf (aufgerufen am 10. August 2016)
9. Floyd Abrams: »After the Terrorist Attack in Paris«, Brief an den Redakteur, *The New York Times*, 8. Januar 2015
10. Richard A. Oppel Jr.: »Early Target of Offensive Is a Hospital«, *The New York Times*, 8. November 2004

20

Ein Tag im Leben eines *New York Times*-Lesers

Die *New York Times* kann man wohl zu Recht als die führende Tageszeitung der Welt betrachten. Sie ist eine unverzichtbare Quelle für Nachrichten und Kommentare, aber noch viel mehr kann man lernen, indem man sie sorgfältig und kritisch liest. Beschränken wir uns auf einen einzigen Tag, den 6. April 2015 – auch wenn so gut wie jeder andere Tag vergleichbare Erkenntnisse zur herrschenden Ideologie und Geisteskultur gebracht hätte.

Ein Artikel auf der Titelseite widmet sich einer schlechten Story im *Rolling Stone* über eine Vergewaltigung auf einem Campus, die ursprünglich in der *Columbia Journalism Review* aufgedeckt worden war. Die festgestellte Abweichung von der journalistischen Integrität ist so gravierend, dass sie auch das Thema des Leitartikels im Wirtschaftsteil ist, hinzu kommt ein ganzseitiger Beitrag im Innenteil, der beide Artikel fortsetzt. Die schockierten Berichte beziehen sich auf mehrere vergangene Verstöße der Presse: ein paar Fälle von Fälschung, die rasch entlarvt wurden, und etliche Plagiatsfälle (»zu viele, um sie alle aufzuzählen«). Das konkrete Verbrechen des *Rolling Stone* wiederum besteht in einem »Mangel an Skepsis«, der »in vielerlei Hinsicht die heimtückischste« der drei Kategorien ist.[1]

Es ist erfrischend, das Engagement der *Times* für die Integrität des Journalismus zu sehen.

Auf Seite 7 derselben Ausgabe findet sich eine wichtige Story von Thomas Fuller mit der Schlagzeile »Die Mission einer Frau, Laos von Millionen nicht detonierter Bomben zu befreien«. Der Artikel berichtet über die »zielstrebige Anstrengung« einer laotisch-amerikanischen Frau, namens Channapha Khamvongsa, »ihr Geburtsland von Millionen von Bomben zu befreien, die dort immer noch verborgen sind – das Vermächtnis eines neunjährigen

amerikanischen Luftkriegs, der Laos zu einem der am heftigsten bombardierten Orte des Globus machte«. Der Leser erfährt, dass die USA als Resultat der Lobbyarbeit von Frau Khamvongsa die jährlichen Ausgaben für die Räumung nicht detonierter Bomben um großzügige zwölf Millionen Dollar erhöhten. Am tödlichsten sind Streubomben, die eigens dazu entwickelt wurden, »ein Maximum an Opfern zu verursachen«, indem sie »Hunderte von Bomblets auf dem Boden« verstreuen.[2] Etwa dreißig Prozent dieser Minibomben detonieren nicht beim Abwurf, so dass sie später Kinder töten und verstümmeln, die die Teile aufsammeln, oder Bauern, die sie bei der Arbeit berühren, oder andere Pechvögel. Eine beigefügte Karte zeigt die Provinz Xieng Khouang im Norden von Laos, besser bekannt als die Ebene der Tonkrüge, das Hauptziel des intensiven Bombardements, das 1969 seinen Höhepunkt erreichte.

Fuller berichtet, dass Frau Khamvongsa »zum Handeln angespornt wurde, als sie auf eine Sammlung von Zeichnungen der Bombardements stieß, die Flüchtlinge angefertigt hatten und die Fred Branfman gesammelt hatte, ein Antikriegsaktivist, der dazu beitrug, den geheimen Krieg aufzudecken.[3] Die Zeichnungen tauchen in seinem bemerkenswerten Buch *Voices from the Plain of Jars* auf, das 1972 erschien und im Jahr 2013 mit einer neuen Einführung von der University of Wisconsin Press wiederveröffentlicht wurde. Die Zeichnungen zeigen anschaulich die Qualen der Opfer – arme Bauern in einer abgelegenen Gegend, die eigentlich nichts mit dem Vietnamkrieg zu tun hatten, wie auch von offizieller Seite eingeräumt wurde. Eine 26-jährige Krankenschwester gibt in ihrem Bericht, der sich mit den anderen deckt, das Wesen des Luftkriegs zutreffend wieder: »Es gab keine Nacht, in der wir dachten, wir würden bis zum Morgen leben, keinen einzigen Morgen, an dem wir glaubten, wir würden bis zum Abend überleben. Weinten unsere Kinder? O ja, und wir auch. Ich blieb einfach in meiner Höhle. Ich habe zwei Jahre lang kein Sonnenlicht gesehen. Was ich dabei gedacht habe? Oh, ich habe immer wieder gesagt: ›Bitte lass die Flugzeuge nicht kommen, bitte lass die Flugzeuge nicht kommen, bitte lass die Flugzeuge nicht kommen.‹«[4]

Die bewunderungswürdigen Bemühungen Branfmans hatten diese Gräuel in der Tat ins Bewusstsein gebracht. Seine eifrigen Recherchen enthüllten auch die Gründe für die barbarische Zerstörung einer hilflosen Bauerngesellschaft. Er legte sie in der Einführung zur neuen Auflage der *Voices* noch mal dar:

> Zu den erschütterndsten Enthüllungen im Zusammenhang mit den Bombardements zählte die Entdeckung, weshalb sie im Jahr 1969 so enorm angestiegen waren, wie die Flüchtlinge beschrieben. Ich erfuhr, dass Präsident Lyndon Johnson, nachdem er im November 1968 einen Stopp der Bombenangriffe über Nordvietnam angeordnet hatte, die Flugzeuge einfach in den Norden von Laos umleitete. Es gab dafür nicht den geringsten militärischen Grund. Wie der stellvertretende Leiter der US-Gesandtschaft, Monteagle Stearns, vor dem Senatsausschuss für auswärtige Beziehungen aussagte, geschah dies aus einem schlichten Umstand: »Nun, wir hatten da all diese Flugzeuge herumstehen und konnten sie nicht einfach untätig lassen.«[5]

Deshalb wurden die nicht benötigten Flugzeuge gegen arme Bauern losgelassen und legten die friedliche Ebene der Tonkrüge in Schutt und Asche, fern von den Verwüstungen der mörderischen Angriffskriege Washingtons in Indochina.

Sehen wir uns einmal an, was aus diesen Enthüllungen im Neusprech der *New York Times* wurde. Fuller schreibt: »Die Ziele waren nordvietnamesische Truppen – vor allem entlang des Ho-Chi-Minh-Pfades, von dem ein großer Teil durch Laos verläuft – sowie Nordvietnams laotische kommunistische Verbündete.«[6] Man vergleiche dies mit den Worten des US-Gesandten und den herzzerreißenden Zeichnungen und Zeugenaussagen in Fred Branfmans Buch.

Gewiss, der *Times*-Reporter hat eine Quelle: die US-Propaganda. Das reicht mit Sicherheit aus, um reine Fakten zu einem der schwersten Kriegsverbrechen der Nachkriegsära zu übertünchen,

wie sie in eben der von ihm zitierten Quelle ausführlich genannt werden: in Fred Branfmans wichtigen Enthüllungen.

Wir können sicher sein, dass diese kolossale Lüge im Dienste des Staates einer langwierigen Entlarvung nicht für würdig befunden wird. Sie wird gewiss nicht so angeprangert wie die skandalösen Missetaten der freien Presse, etwa Plagiate oder mangelnde Skepsis.

Dieselbe Ausgabe der *New York Times* tischt uns einen Beitrag des unnachahmlichen Thomas Friedman auf, der im vollen Ernst die Äußerungen von Präsident Obama wiedergibt, welche, wie Friedman sagt, »die Obama-Doktrin« repräsentieren. (Jeder Präsident muss eine Doktrin haben.) Die tiefschürfende Doktrin heißt »›Engagement‹, gepaart mit strategischen Kernbedürfnissen«.[7]

Der Präsident illustrierte seine Doktrin mit einem wichtigen Beispiel: »Nehmen wir ein Land wie Kuba. Wenn wir hier die Möglichkeit testen, dass ein Engagement zu besseren Ergebnissen für das kubanische Volk führt, so gehen wir damit keine allzu großen Risiken ein. Es ist ein winzig kleines Land. Es ist kein Land, das unsere zentralen Sicherheitsinteressen bedroht, und deshalb [besteht kein Grund], den Vorschlag [nicht] zu testen. Und wenn sich herausstellen sollte, dass er keine Verbesserungen nach sich zieht, können wir unsere Politik entsprechend anpassen.«[8]

Der Friedensnobelpreisträger führt an dieser Stelle seine Gründe dafür aus, den, wie die führende linksliberale intellektuelle Zeitschrift *New York Review of Books* lobt, »mutigen« und »wahrhaft historischen Schritt« der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Kuba zu wagen.[9] Dieser Schritt werde vollzogen, um »das kubanische Volk tatsächlich zu stärken«, erklärte der Held, nachdem frühere Bemühungen, ihm Freiheit und Demokratie zu bringen, es nicht geschafft hatten, die hehren Ziele zu erreichen.[10]

Eine kurze Suche, und wir entdecken noch mehr Perlen: so zum Beispiel einige Tage zuvor auf der Titelseite der *Times* einen Denkanstoß von Peter Baker zum Atom-Deal mit dem Iran. Der Autor warnt vor den iranischen Verstößen, die regelmäßig von Washingtons Propagandaapparat aufgezählt werden. Alle erweisen

sich bei näherer Betrachtung als recht aufschlussreich, aber keiner ist stärker als das ultimative Verbrechen des Iran: die »Destabilisierung« der Region, indem das Regime schiitische Milizen unterstützt, »die amerikanische Soldaten im Irak töteten«.[11] Hier haben wir wieder das Standardbild: Wenn die Vereinigten Staaten im Irak einmarschieren, das Land de facto zerstören und sektiererische Konflikte auslösen, welche das Land und inzwischen die ganze Region verwüsten, gilt das in der offiziellen und damit medialen Ausdrucksweise als »Stabilisierung«. Wenn der Iran hingegen Milizen unterstützt, die sich gegen die Aggression wehren, so ist das »Destabilisierung«. Und es gibt wohl kein ruchloseres Verbrechen, als amerikanische Soldaten zu töten, die das eigene Haus angreifen.

Dies alles – und noch viel mehr – ist absolut logisch, wenn wir pflichtgetreuen Gehorsam leisten und unkritisch die bewährte Doktrin akzeptieren: Den USA gehört die Welt, und sie handeln dementsprechend mit vollem Recht, aus Gründen, die ebenfalls klar verständlich in der *New York Review of Books* im März 2015 in einem Artikel von Jessica Mathews, der ehemaligen Präsidentin der Carnegie Endowment for International Peace, erklärt werden: »Die amerikanischen Beiträge zur internationalen Sicherheit, globalem Wirtschaftswachstum, Freiheit und menschlichem Wohl sind so selbstredend einzigartig und haben so eindeutig das Wohl anderer zum Ziel, dass Amerikaner lange Zeit glaubten, die Vereinigten Staaten kämen einer anderen Art von Land gleich. Wo andere ihre nationalen Interessen durchsetzen, bemühen sich die USA, allgemeine Prinzipien zu fördern.«[12]

Damit schließt die Beweisführung der Verteidigung.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Jonathan Mahler: »In Report on Rolling Stone, a Case Study in Failed Journalism«, *The New York Times*, 5. April 2015

2. Thomas Fuller: »One Woman's Mission to Free Laos from Millions of Unexploded Bombs«, *The New York Times*, 5. April 2015
3. Ebd.
4. Fred Branfman: *Voices from the Plain of Jars: Life Under an Air War*, Madison 2013
5. Ebd., S. 36
6. Fuller, »One Woman's Mission to Free Laos from Millions of Unexploded Bombs«
7. Thomas Friedman: »Iran and the Obama Doctrine«, *The New York Times*, 5. April 2015
8. Ebd.
9. Enrique Krauze: »Cuba: The New Opening«, *The New York Review of Books*, 2. April 2015
10. David Martosko, Associated Press: »Obama Tries ›New Approach‹ on Cuba with Normalized Trade Relations and Diplomacy Between Washington and Havana for the First Time in a Half- Century«, *Daily Mail*, London, 17. Dezember 2014
11. Peter Baker: »A Foreign Policy Gamble by Obama at a Moment of Truth«, *The New York Times*, 2. April 2015
12. Jessica Matthews: »The Road from Westphalia«, *The New York Review of Books*, 19. März 2015

21

»Die iranische Bedrohung«: Wer ist die größte Gefahr für den Weltfrieden?

Auf der ganzen Welt herrschen große Erleichterung und Optimismus wegen des Atomabkommens, auf das sich in Wien der Iran und die P5+1-Nationen einigten, also die fünf vetoberechtigten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland. Die Weltgemeinschaft teilt offenbar mehrheitlich die Einschätzung der U.S. Arms Control Association, dass »der gemeinsame umfassende Aktionsplan für mehr als eine Generation eine starke und wirkungsvolle Formel für das Sperren sämtlicher Pfade einführt, über die der Iran Material für Atomwaffen beschaffen könnte, sowie ein Verifizierungssystem, um sofort mögliche Bemühungen des Iran zu entdecken und zu verhindern, heimlich Atomwaffen anzustreben, das unbegrenzt in Kraft bleiben wird«.[1]

Allerdings gibt es auffällige Ausnahmen in dem allgemeinen Enthusiasmus: die Vereinigten Staaten und ihre engsten Verbündeten in der Region, Israel und Saudi-Arabien. Eine Folge davon ist, dass US-Unternehmen, sehr zu ihrem Verdruss, daran gehindert werden, gemeinsam mit ihren europäischen Konkurrenten in Scharen nach Teheran zu reisen. Prominente Sektoren amerikanischer Macht und Meinung teilen den Standpunkt der beiden regionalen Bündnispartner und befinden sich wegen der »iranischen Bedrohung« deshalb im Zustand einer De-facto-Hysterie. Nüchterne Kommentare in den USA, mehr oder weniger aus dem ganzen Spektrum, erklären dieses Land zur »ernstesten Gefahr für den Weltfrieden«. Selbst Befürworter des Abkommens sind weiterhin auf der Hut angesichts der außerordentlichen Schwere der Bedrohung. Denn wie können wir schließlich den

Iranern bei ihrer furchtbaren Geschichte von Aggression, Gewalt, Revolution und Betrug noch trauen?

Der Widerstand innerhalb der politischen Klasse ist so stark, dass die öffentliche Meinung rasch von einer deutlichen Unterstützung des Abkommens zu einem Patt kippte.[2] Die Republikaner sind fast einmütig gegen das Abkommen. Die jüngsten Vorwahlen der Republikaner illustrieren die proklamierten Gründe. Senator Ted Cruz, der in dem einst dichten Feld an Präsidentschaftskandidaten zu den Intellektuellen gezählt wurde, warnte, dass der Iran immer noch imstande sein könnte, Atomwaffen zu produzieren, und eines Tages eine dafür einsetzen könnte, um einen elektromagnetischen Impuls auszulösen, der »das Stromnetz der ganzen Ostküste ausschalten« und auf diese Weise »zig Millionen Amerikaner umbringen« würde.[3] Zwei weitere ursprüngliche Kandidaten, der ehemalige Gouverneur von Florida, Jeb Bush, und der Gouverneur von Wisconsin, Scott Walker, stritten darum, ob sie den Iran unmittelbar nach der Wahl oder nach der ersten Kabinettsitzung bombardieren würden.[4] Der einzige Kandidat mit außenpolitischer Erfahrung, Lindsey Graham, bezeichnet das Abkommen als »Todesstrafe für den Staat Israel«, was die israelischen nachrichtendienstlichen und strategischen Analysten mit Sicherheit verblüffte – und was, wie Graham selbst genau weiß, absoluter Unfug ist. Somit stellt sich sofort die Frage nach seinen wahren Motiven, solch eine Stellungnahme abzugeben.[5]

Dabei ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, dass die Republikaner schon vor langer Zeit aufgegeben haben, so zu tun, als würden sie wie eine normale parlamentarische Partei funktionieren. Sie sind, wie Norman Ornstein, der renommierte, konservative politische Kommentator des rechten American Enterprise Institute, beobachtete, zu »rebellischen Außenseitern« geworden, die kaum noch Wert darauf legen, sich am normalen politischen Geschehen im Kongress zu beteiligen.[6] Seit den Tagen Ronald Reagans ist die Parteiführung so tief in die Taschen der Superreichen und des Unternehmenssektors versenkt worden, dass sie nur Stimmen gewinnen können, indem sie Teile der Bevölkerung mobilisieren, die bislang noch keine organisierte politische Kraft

waren. Dazu zählen etwa die extremistischen evangelikalen Christen, die inzwischen vermutlich die Mehrheit der republikanischen Wähler stellen, Relikte der ehemaligen Bundesstaaten mit Sklavenhaltung, sogenannte Nativisten, die Angst haben, dass »sie« den Amerikanern ihr weißes, christliches und angelsächsisches Land wegnehmen, und andere Gruppen, die aus den republikanischen Vorwahlen ein Spektakel machten, das wenig mit dem Mainstream einer modernen Gesellschaft zu tun hatte – umso mehr allerdings mit dem Mainstream des mächtigsten Landes der Weltgeschichte.

Die Abkehr von globalen Standards reicht jedoch weit über die Grenzen eines rebellischen Außenseitertums der Republikaner hinaus. Im ganzen politischen Spektrum herrscht allgemeine Übereinstimmung mit der »pragmatischen« Schlussfolgerung General Martin Dempseys, des Vorsitzenden der Vereinten Stabschefs, dass das Abkommen von Wien die USA nicht »daran hindert, iranische Einrichtungen anzugreifen, wenn Regierungsvertreter zu dem Schluss gelangen, dass [das Land] bei dem Abkommen betrügt«; doch sei ein unilateraler Militärschlag »viel unwahrscheinlicher«, wenn der Iran sich benehme.[7] Charakteristisch war die Empfehlung von Dennis Ross, dem ehemaligen Unterhändler Clintons und Obamas im Nahen Osten: »Der Iran darf keine Zweifel haben, dass es den Einsatz von Gewalt auslösen würde, wenn wir das Land in Richtung einer Waffe gehen sehen«, und zwar auch nach Ablauf des Abkommens, wenn es dem Iran freisteht zu tun, was er will.[8] Tatsächlich, fügte Ross hinzu, sei schon die Existenz einer Laufzeit von fünfzehn Jahren »das allergrößte Einzelproblem an dem Abkommen«. Er schlug ferner vor, die USA sollten B-52s und bunkerbrechende Bomben an Israel liefern, damit es sich schützen könne, bevor jenes furchtbare Datum eintrete.[9]

»Die größte Gefahr«

Gegner des Atomabkommens kritisieren ferner, es gehe nicht weit genug. Sogar einige Befürworter stimmen dem zu und erklären, dass »der ganze Nahe Osten, wenn das Abkommen von Wien wirklich etwas bewirken soll, sämtliche Massenvernichtungswaffen abbauen muss«. Der Autor dieser Worte, der iranische Außenminister Javad Zarif, fügte hinzu, dass »der Iran in seiner nationalen Kompetenz und als derzeitiger Vorsitzender der Bewegung der blockfreien Staaten [die Regierungen der großen Mehrheit der Weltbevölkerung] bereit ist, mit der internationalen Gemeinschaft auf diese Ziele hinzuarbeiten, in dem vollen Bewusstsein, dass er dabei vermutlich auf viele Hindernisse stoßen wird, die von den Skeptikern des Friedens und der Diplomatie aufgestellt werden«. Der Iran habe »ein historisches Atomabkommen« unterzeichnet, fährt er fort, und jetzt sei Israel an der Reihe, »der Verweigerer«.[10]

Israel ist eine der drei Atommächte, neben Indien und Pakistan, deren Atomwaffenprogramme von den USA gefördert wurden und die es ablehnen, den Atomwaffensperrvertrag (oder NPT für Non-Proliferation Treaty) zu unterzeichnen. Zarif spielte auf die regelmäßige fünfjährige Überprüfungskonferenz an, die im April 2015 scheiterte, als die USA – diesmal gemeinsam mit Kanada und Großbritannien – wieder einmal Anstrengungen blockierten, im Nahen Osten eine von Massenvernichtungswaffen befreite Zone zu schaffen. Seit zwanzig Jahren laufen diese Bemühungen, mit Ägypten und anderen arabischen Staaten an der Spitze. Zwei führende Persönlichkeiten, die das Vorhaben beim NPT und bei UN-Behörden sowie auf den Pugwash-Konferenzen vertreten, Jayantha Dhanapala und Sergio Duarte, stellen fest, dass »die erfolgreiche Annahme der Resolution zur Gründung einer von Massenvernichtungswaffen (WMD) befreiten Zone im Nahen Osten das Hauptelement eines Pakets war, das eine unbegrenzte Ausweitung des NPT gestattet hätte«.[11]

Der Atomwaffensperrvertrag wiederum ist der wichtigste Rüstungskontrollvertrag überhaupt. Wenn alle Staaten sich an ihn halten würden, könnte er die Geißel der Atomwaffen abschaffen. Wiederholt ist die Umsetzung der Resolution von den USA blockiert

worden, zuletzt von Präsident Obama in den Jahren 2010 und 2015. Dhanapala und Duarte merkten an, der Versuch sei wiederum »im Namen eines Staates« blockiert worden, »der nicht dem NPT beigetreten ist und von dem man weithin annimmt, dass er der einzige Staat in der Region ist, der Atomwaffen besitzt« – eine höfliche und subtile Anspielung auf Israel. Dieses Scheitern werde, so hofften sie, »nicht der Gnadenstoß für die beiden langjährigen NPT-Ziele eines beschleunigten Fortschritts bei der atomaren Abrüstung und Gründung einer WMD-freien Zone im Nahen Osten sein«. Ihr Artikel in der Zeitschrift der Arms Control Association trägt den Titel »Gibt es eine Zukunft für den NPT?«.

Eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten ist eine konsequente Möglichkeit, mit jeder Gefahr umzugehen, die angeblich vom Iran ausgeht. Aber bei Washingtons anhaltender Blockade dieses Bestrebens, um seinen israelischen Klienten zu schützen, steht wesentlich mehr auf dem Spiel. Das ist nicht der einzige Fall, wo Chancen, die angebliche iranische Gefahr auszuschalten, von Washington unterminiert wurden, was wiederum Fragen aufwirft, worum es hier eigentlich geht.

Wenn man diese Angelegenheit betrachtet, ist es aufschlussreich, sowohl die unausgesprochenen Annahmen als auch die Fragen zu untersuchen, die selten gestellt werden. Nehmen wir einige dieser Annahmen unter die Lupe, angefangen mit der gewichtigsten: Der Iran ist die größte Gefahr für den Weltfrieden. In den USA ist es geradezu ein Klischee unter hohen Regierungsvertretern und Kommentatoren, dass dem Iran diese düstere Auszeichnung gebührt. Es gibt jedoch eine Welt außerhalb der Vereinigten Staaten, und auch wenn über deren Anschauungen im amerikanischen Mainstream nicht berichtet wird, sind sie vielleicht doch von Interesse. Laut den führenden westlichen Meinungsforschungsinstituten (WIN/Gallup International) gebührt der Preis für die »größte Gefahr« den USA, die von der Welt mit großem Abstand als die ernsteste Gefahr für den Weltfrieden angesehen werden. Auf Platz zwei folgt, weit abgeschlagen, Pakistan, dessen Bedeutung vermutlich durch die indischen

Stimmen aufgebläht wurde. Der Iran folgt hinter diesen beiden, gemeinsam mit China, Israel, Nordkorea und Afghanistan.[12]

»Der führende Unterstützer des Terrorismus«

Widmen wir uns der nächstliegenden Frage: Worin besteht eigentlich die iranische Gefahr? Warum zittern beispielsweise Israel und Saudi-Arabien aus Angst vor dem Iran? Was immer die Bedrohung sein mag, sie kann kaum militärisch sein. Schon vor Jahren teilten amerikanische Geheimdienste dem Kongress mit, dass der Iran – gemessen am Standard der Region – sehr niedrige Rüstungsausgaben habe und dass seine strategischen Doktrinen defensiv ausgerichtet seien – also darauf abziele, eine Aggression abzuwehren.[13] Die Geheimdienste meldeten ferner, keine Hinweise zu haben, wonach der Iran ein Atomwaffenprogramm verfolge. »Das Atomprogramm des Iran und sein Wille, sich die Option, Atomwaffen zu entwickeln, offenzuhalten«, seien »ein zentraler Bestandteil seiner Abschreckungsstrategie«.[14]

In dem Überblick des renommierten Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) zur globalen Rüstung belegen die Vereinigten Staaten bei den Rüstungsausgaben wie üblich mit weitem Abstand den ersten Platz. China folgt mit etwa einem Drittel der US-Ausgaben auf Platz zwei. Weit dahinter stehen Russland und Saudi-Arabien, die aber immer noch deutlich vor jedem westeuropäischen Staat liegen. Der Iran wird kaum erwähnt.[15] Vollständige Angaben liefert ein Bericht vom April aus dem Center for Strategic and International Studies (CSIS), der zwingend zu dem Schluss gelangt, »dass die arabischen Golfstaaten (…) einen überwältigenden Vorteil gegenüber dem Iran sowohl bei den Militärausgaben als auch beim Zugang zu modernen Waffen haben«. Die Rüstungsausgaben des Iran betragen nur einen Bruchteil der Ausgaben Saudi-Arabiens und liegen sogar noch weit unter den Ausgaben der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Zusammengenommen übertreffen die Staaten des Golf-

Kooperationsrats – Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die VAE – bei der Rüstung den Iran um das Achtfache, ein Ungleichgewicht, das schon seit Jahrzehnten besteht.[16] Der CSIS-Bericht fügt hinzu, dass »die arabischen Golfstaaten einige der fortschrittlichsten und wirkungsvollsten Waffen der Welt erworben haben und immer noch erwerben, [während] der Iran im Wesentlichen gezwungen war, in der Vergangenheit zu leben, und sich häufig auf Systeme verließ, die ursprünglich zur Zeit des Schahs geliefert wurden«. Mit anderen Worten, sie sind so gut wie überholt.[17]

Was Israel betrifft, so ist das Ungleichgewicht natürlich noch größer. Das Land mit den modernsten amerikanischen Waffen, De-facto-Militärbasis der globalen Supermacht, verfügt außerdem über einen riesigen Vorrat an Atomwaffen.

Gewiss, Israel ist mit der »existenziellen Bedrohung« der iranischen Erklärungen konfrontiert: Der oberste Religionsführer Khamenei und der ehemalige Präsident Mahmud Ahmadinedschad drohten dem Land bekanntlich damit, es zu vernichten. Nur: sie taten es nicht – und wenn sie es versucht hätten, wären sie kaum weit gekommen.[18] Sie sagten voraus, dass das zionistische Regime »mit Gottes Gnade von der Landkarte ausradiert werde« (nach einer anderen Übersetzung erklärte Ahmadinedschad, Israel müsse »vom Blatt der Zeit verschwinden«, und zitierte damit eine Äußerung von Ayatollah Khomeini in der Phase, als Israel und der Iran heimlich verbündet waren). Mit anderen Worten, sie hoffen, dass eines Tages ein Regimewechsel stattfinden werde.

Selbst das ist nicht zu vergleichen mit den direkten Aufrufen nach einem Regimewechsel im Iran sowohl aus Washington als auch aus Tel Aviv, ganz zu schweigen von den Aktivitäten, um einen Regimewechsel auch durchzusetzen. Diese reichen bis zum tatsächlich erfolgten »Regimewechsel« von 1953 zurück, als die USA und Großbritannien einen Militärputsch zum Sturz der iranischen parlamentarischen Regierung inszenierten und die Diktatur des Schahs einsetzten, der in der Folge eine der schlimmsten Bilanzen in Sachen Menschenrechte anhäufte. Diese Verbrechen sind den Lesern der Berichte von Amnesty International

und anderen Menschenrechtsorganisationen bekannt, aber nicht den Lesern der US-amerikanischen Presse – die den iranischen Menschenrechtsverletzungen breiten Raum gibt, allerdings erst seit 1979, als das Regime des Schahs gestürzt wurde. Diese aufschlussreichen Fakten sind fein säuberlich in einer Studie von Mansour Farhang und William Dorman dokumentiert.[19]

All das ist keineswegs eine Abweichung von der Norm. Die Vereinigten Staaten sind bekanntlich Weltmeister in der Disziplin Regimewechsel, und Israel ist in der Beziehung auch nicht gerade zimperlich. Die zerstörerischste Invasion im Libanon, jene im Jahr 1982, hatte ausdrücklich den Sturz der Regierung zum Ziel sowie die Sicherung der besetzten Gebiete. Die vorgeschobenen Begründungen waren dünn und brachen rasch zusammen. Auch das ist keineswegs ungewöhnlich und im Grunde unabhängig vom Wesen der betroffenen Gesellschaft – ob es sich um Beschwerden über die »erbarmungslosen indianischen Wilden« in der Unabhängigkeitserklärung handelte oder um Hitlers Verteidigung Deutschlands gegen die »Gräueltaten« der Polen.

Kein seriöser Analyst glaubt, dass der Iran jemals eine Atomwaffe (wenn er denn eine hätte) einsetzen oder auch nur mit dem Einsatz drohen und sich damit der sofortigen Zerstörung aussetzen würde. Es besteht jedoch in der Tat die Gefahr, dass eine Atomwaffe in die Hände von Dschihadisten fallen könnte – nicht im Iran, wo die Gefahr verschwindend gering ist, sondern beim amerikanischen Verbündeten Pakistan, wo sie sehr real ist. In der Zeitschrift des britischen Royal Institute of International Affairs (Chatham House) schreiben zwei führende pakistanische Atomphysiker, Pervez Hoodbhoy und Zia Mian, dass die zunehmenden Befürchtungen, »Militante könnten Atomwaffen oder -material in ihre Hände bekommen und einen atomaren Terroranschlag auslösen, [zu der] Gründung einer speziellen Truppe mit über 20 000 Soldaten für die Bewachung atomarer Einrichtungen« geführt hat. »Es besteht jedoch kein Grund zu der Annahme, dass diese Truppe gefeit wäre gegen die Probleme der Einheiten, die reguläre Militäreinrichtungen bewachen.« Sie waren schon häufig das Ziel von Anschlägen »mit Hilfe von Insidern«.[20] Kurzum, das Problem ist durchaus real, aber

es wird dank der Phantasien, die aus anderen Gründen ausgebrütet wurden, in den Iran verlagert.

Weitere Bedenken bezüglich der iranischen Bedrohung betreffen unter anderem dessen Rolle als »weltweit führender Unterstützer des Terrorismus«, womit in erster Linie die Unterstützung für Hisbollah und Hamas gemeint ist.[21] Beide Bewegungen entstanden im Widerstand gegen die von den USA unterstützte israelische Gewalt und Aggression, die weit über alles, was diesen Organisationen zugeschrieben wird, hinausgeht. Was immer man von ihnen oder anderen Nutznießern einer iranischen Unterstützung halten mag, der Iran steht bei der Unterstützung des weltweiten Terrors kaum sonderlich weit oben, nicht einmal innerhalb der muslimischen Welt. Unter den islamischen Staaten führt Saudi-Arabien mit großem Abstand die Liste der Sponsoren islamischen Terrors an, nicht nur über direkte Finanzierung durch reiche Saudis und andere Geldgeber im Golf, sondern noch mehr durch den missionarischen Eifer, mit dem die Saudis ihre extremistische wahhabitisch-salafistische Version des Islam über Koranschulen, Moscheen, Geistliche und andere Kanäle verkünden, die solch einer religiösen, unermesslich ölreichen Diktatur zur Verfügung stehen. Der IS ist ein extremistischer Spross des saudischen religiösen Extremismus und dessen Schürens der Flamme des Dschihad.

Wenn es um die Schaffung islamischen Terrors geht, so kann sich jedoch keiner mit dem amerikanischen Krieg gegen den Terror messen, der dazu beigetragen hat, diese Geißel aus einem kleinen Stammesgebiet im afghanisch-pakistanischen Grenzland auf eine riesige Region von Westafrika bis nach Südostasien auszubreiten. Allein die Invasion im Irak ließ die Zahl der Terroranschläge im ersten Jahr auf das Siebenfache anschwellen – deutlich mehr als das, was selbst die Geheimdienste vorhergesagt hatten.[22] Der Drohnenkrieg gegen marginalisierte und unterdrückte Stammesgesellschaften löst ebenfalls das Verlangen nach Rache aus, wie aus einer Fülle von Hinweisen hervorgeht.

Die beiden iranischen Schützlinge Hisbollah und Hamas haben zudem beide das Verbrechen begangen, die Abstimmung bei den einzigen freien Wahlen in der arabischen Welt für sich zu

entscheiden. Und die Hisbollah hat sich des noch abscheulicheren Verbrechens schuldig gemacht, Israel dazu zu zwingen, die Besetzung des Südlibanon, die gegen Jahrzehnte alte Resolutionen des Sicherheitsrats verstieß, endlich aufzuheben. Dadurch ging ein gesetzwidriges Terrorregime, das von Episoden extremer Gewalt, Mord und Zerstörung durchsetzt war, zu Ende.

Schüren der Instabilität

Eine andere Sorge, die vor den Vereinten Nationen von US-Botschafterin Samantha Power geäußert wurde, betrifft die »Instabilität, die der Iran über das Atomprogramm hinaus schürt«.[23] Die Vereinigten Staaten würden dieses Fehlverhalten weiterhin kritisch überwachen, erklärte sie. Damit wiederholte sie die Versicherung, die Verteidigungsminister Ashton Carter unlängst an der israelischen Nordgrenze aussprach, nämlich dass »wir weiterhin Israel helfen werden, dem schädlichen Einfluss des Iran [mit der Unterstützung der Hisbollah] entgegenzutreten« und dass die Vereinigten Staaten sich das Recht vorbehielten, wenn nötig militärische Gewalt gegen den Iran einzusetzen.[24]

Die Art und Weise, wie der Iran »Instabilität schürt«, lässt sich besonders dramatisch am Beispiel des Irak ablesen, wo der Iran, neben anderen Verbrechen, als einziges Land sofort den Kurden zu Hilfe kam, die sich verzweifelt gegen die IS-Invasion wehrten, und wo er für 2,5 Milliarden Dollar ein Kraftwerk baut, um die Energieversorgung wieder auf den Stand vor der US-Invasion zu bringen.[25] Die Wortwahl von Botschafterin Power entspricht dem gängigen Standard: Wenn die Vereinigten Staaten in ein Land einmarschieren, mit Hunderttausenden Toten und Millionen von Flüchtlingen als Folge, dazu grausame Folter und Zerstörung – welche die Iraker selbst mit dem Mongolensturm vergleichen, so dass der Irak nach WIN/Gallup-Umfragen zum unglücklichsten Land der Welt absinkt –, wenn unterdessen sektiererische Konflikte ausgebrochen sind, welche die ganze Region zerreißen und

gemeinsam mit dem saudischen Bündnispartner die ideale Basis für das Ungeheuer IS bilden – dann heißt das »Stabilisierung«.[26] Die schändlichen Aktionen des Iran hingegen »schüren die Instabilität«.

Die Absurdität dieser Standardfloskel erreicht gelegentlich fast surreale Ausmaße, etwa wenn der liberale Kommentator James Chace, der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift *Foreign Affairs,* erklärt, die Vereinigten Staaten trachteten danach, »eine frei gewählte marxistische Regierung in Chile zu destabilisieren«, weil »wir entschlossen waren, Stabilität anzustreben« – und zwar unter der Diktatur Pinochets.[27]

Andere sind empört darüber, dass Washington überhaupt mit einem »verachtungswürdigen« Regime wie dem Iran mit seinen abstoßenden Menschenrechtsverletzungen verhandeln soll. Stattdessen fordern sie nachdrücklich, dass wir »ein von Amerika unterstütztes Bündnis zwischen Israel und den sunnitischen Staaten« anstreben. Das schreibt Leon Wieseltier, freier Autor der ehrwürdigen, liberalen Zeitschrift *Atlantic,* der seinen tiefen Hass gegen alles Iranische kaum verbergen kann.[28] Ohne rot zu werden empfiehlt dieser angesehene liberale Intellektuelle, dass sich Saudi-Arabien (neben dem der Iran fast wie das Paradies erscheint) und Israel (mit seinen abscheulichen Verbrechen in Gaza und anderswo) verbünden sollten, um dem Land gutes Benehmen beizubringen. Womöglich ist der Rat gar nicht so unvernünftig – mit Blick auf die Menschenrechtsbilanz der Regimes, welche die Vereinigten Staaten auf der ganzen Welt eingesetzt und unterstützt haben.

Die iranische Regierung ist mit Sicherheit eine Bedrohung für ihr eigenes Volk. Aber bedauerlicherweise stellt sie in dieser Hinsicht keine neuen Rekorde auf und sinkt auch nicht auf das Niveau der amerikanischen Lieblingspartner herab. Doch darum geht es Washington auch gar nicht – und ganz gewiss nicht Tel Aviv oder Riad.

Es könnte ferner hilfreich sein, sich daran zu erinnern, dass seit 1953 – wie die Iraner bestimmt nicht vergessen haben – kein Tag vergangen ist, an dem die Vereinigten Staaten den Iranern nicht in irgendeiner Form schadeten. Kaum hatten die Iraner das verhasste,

von den USA eingesetzte Regime des Schahs 1979 gestürzt, ging Washington sofort dazu über, Saddam Husseins mörderische Angriffe auf den Iran zu unterstützen. Präsident Reagan ging sogar so weit, das größte Verbrechen Saddams zu leugnen: den Einsatz chemischer Waffen gegen die kurdische Bevölkerung des Irak, den er stattdessen dem Iran vorwarf.[29] Als Saddam unter der Schirmherrschaft der USA vor Gericht gestellt wurde, war dieses schreckliche Verbrechen – genau wie andere, bei denen die Vereinigten Staaten Komplizen gewesen waren – fein säuberlich aus der Anklage ausgeschlossen, die sich lediglich auf eines seiner kleineren Vergehen beschränkte: den Mord an 148 Schiiten im Jahr 1982, eine Fußnote in seiner grausamen Bilanz.[30]

Nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges unterstützten die Vereinigten Staaten weiterhin Saddam Hussein, den Hauptfeind des Iran; Präsident George Bush lud irakische Kerntechniker ein, sich in der Waffenproduktion fortbilden zu lassen, eine extrem ernste Bedrohung für den Iran.[31] Die Sanktionen gegen den Iran wurden verschärft, auch gegen ausländische Firmen, die Geschäfte mit dem Land machten; und es wurden Maßnahmen getroffen, um es vom internationalen Finanzsystem auszuschließen.[32]

In den jüngsten Jahren hat sich diese Feindseligkeit ausgedehnt auf Sabotage, den Mord an Kernphysikern (vermutlich durch Israel) und einen offen voller Stolz verkündeten Cyberkrieg.[33] Das Pentagon betrachtet Cyberkriege als kriegerische Handlungen, die eine militärische Antwort rechtfertigen; das gilt auch für die NATO, die im September 2014 bestätigte, ein Cyberangriff könne durchaus die kollektive Beistandsverpflichtung der NATO-Staaten auslösen – wohlgemerkt, wenn *wir* das Angriffsziel sind, nicht die Angreifer.[34]

»Der Schurkenstaat schlechthin«

Fairerweise muss man hinzufügen, dass es auch Brüche in diesem Muster gab. Präsident George W. Bush machte dem Iran mehrere große Geschenke, indem er dessen Hauptfeinde Saddam Hussein

und die Taliban vernichtete. Er stellte sogar Irans irakischen Erzfeind unter dessen Einfluss, nach der amerikanischen Niederlage, die so vernichtend war, dass Washington die offiziell verlautbarten Ziele aufgeben musste, Militärstützpunkte (»dauerhafte Lager«) zu errichten und US-Konzernen privilegierten Zugang zu den enormen Ölvorkommen des Irak zu verschaffen.[35]

Haben iranische Politiker heute die Absicht, Atomwaffen zu entwickeln? Es kann jeder selbst entscheiden, wie glaubwürdig ihre Dementis sind, aber dass sie in der Vergangenheit derartige Pläne hatten, steht außer Frage, weil es von höchster Stelle ganz offen zugegeben wurde. Ausländische Journalisten wurden einmal informiert, dass der Iran »mit Sicherheit und schneller, als man meint« Atomwaffen entwickeln werde.[36] Der Vater des iranischen Atomenergieprogramms und ehemalige Kopf der iranischen Atomenergiebehörde war sich sicher, dass die Führung die Absicht hatte, »eine Atombombe zu bauen«.[37] Die CIA meldete ebenfalls, dass sie »keine Zweifel« habe, dass der Iran Atomwaffen entwickeln werde, falls benachbarte Länder dies täten (was ja der Fall ist).[38]

Das Ganze war noch unter dem Schah, die eben zitierte »höchste Stelle« – also in der Phase, als hohe US-Regierungsvertreter (Cheney, Rumsfeld, Kissinger und andere) den Schah drängten, das Atomwaffenprogramm fortzuführen, und Universitäten unter Druck setzten, diesen Anstrengungen entgegenzukommen.[39] Als Teil dieser Bemühungen schloss meine eigene Universität, das MIT, einen Deal mit dem Schah, iranische Studenten zum Kerntechnikprogramm zuzulassen, als Gegenleistung für Fördergelder des Schahs – dies gegen sehr heftige Proteste der Studentenschaft, aber mit vergleichsweise starker Unterstützung im Lehrkörper auf einer Sitzung, an die sich ältere Dozenten mit Sicherheit noch gut erinnern werden.[40]

Als Kissinger später gefragt wurde, warum er solche Programme unter dem Schah befürwortete, später aber ablehnte, antwortete Kissinger aufrichtig, dass der Iran damals ein Bündnispartner gewesen sei.[41]

Einmal abgesehen von absurden Unterstellungen, worin besteht die wahre Gefahr des Iran, die solcherart Angst und Schrecken auslöst? Es liegt nahe, bei den amerikanischen Geheimdiensten nach der Antwort zu suchen. Man erinnere sich an deren Analyse, dass der Iran keine militärische Gefahr darstelle, dass seine strategischen Doktrinen defensiv ausgerichtet seien und dass seine Atomprogramme – ohne den Versuch, Bomben zu bauen, soweit die Geheimdienste das beurteilen können – »ein zentraler Bestandteil seiner Abschreckungsstrategie« seien. Gegen wen würde sich also eine iranische Abschreckung richten? Die Antwort liegt auf der Hand: Gegen jene Schurkenstaaten, die in der Region Amok laufen und nicht das geringste Hindernis für ihre Aggression und Gewalt dulden wollen. An erster Stelle sind hier die USA und Israel zu nennen, wobei sich Saudi-Arabien mit der Invasion in Bahrain – um die Zerschlagung einer dortigen Reformbewegung zu unterstützen – und mit dem jüngsten Angriff auf den Jemen, der eine humanitäre Katastrophe in dem Land bewirkt, alle Mühe gibt, in diesen Club aufgenommen zu werden.

Für die Vereinigten Staaten ist diese Bezeichnung nicht neu. Schon vor fünfzehn Jahren warnte der bekannte politische Analyst Samuel Huntington in der etablierten Zeitschrift *Foreign Affairs*, dass die Staaten für einen großen Teil der Welt zur »Schurkensupermacht würden (…) zur größten äußeren Bedrohung ihrer Gesellschaften«.[42] Nicht lange danach griff Robert Jervis, der Präsident der American Political Science Association, diese Worte auf: »In den Augen eines großen Teils der Welt sind heute in Wirklichkeit die USA der Schurkenstaat schlechthin.«[43] Wie gezeigt, teilt die globale Meinung diese Einschätzung mit deutlicher Mehrheit.

Der Mantel wird voller Stolz getragen. Die Führung und die politische Klasse beharren auf dem Recht der Vereinigten Staaten, Gewalt einzusetzen, wenn sie unilateral beschließen, dass der Iran gegen irgendeine Verpflichtung verstoße. Diese politische Linie hat bei liberalen Demokraten eine lange Tradition und ist keineswegs auf den Iran beschränkt. Die Clinton-Doktrin bestätigte, die Vereinigten Staaten seien befugt, »unilateral militärische Gewalt

einzusetzen«, insbesondere um »ungehinderten Zugang zu Schlüsselmärkten, Energievorkommen und strategischen Ressourcen« zu gewährleisten, ganz zu schweigen von angeblichen »sicherheitspolitischen« oder »humanitären« Befürchtungen.[44] Die Beibehaltung unterschiedlicher Versionen dieser Doktrin ist in der Praxis mehrfach bestätigt worden, wie wohl kaum jemand anzweifeln wird, der willens ist, sich die Fakten der jüngsten Geschichte anzusehen.

Das ist eins der maßgeblichen Kriterien, auf die man sein Augenmerk richten sollte, wenn man das Wiener Atomabkommen analysiert.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Kelsey Davenport: »The P5+1 and Iran Nuclear Deal Alert, August 11«, Arms Control Association, 11. August 2015, www.armscontrol.org/blog/ArmsControlNow/08-11-2015/The-P5-plus-1-and-Iran-Nuclear-Deal–Alert-August-11 (nicht verfügbar, 10. August 2016)
2. Scott Clement, Peyton M. Craighill: »Poll: Clear Majority Supports Nuclear Deal with Iran«, *The Washington Post*, 30. März 2015; Laura Meckler, Kristina Peterson: »U.S. Public Split on Iran Nuclear Deal – WSJ/NBC Poll«, Washington Wire, 3. August 2015, blogs.wsj.com/washwire/2015/08/03/American-public-split-on-iran-nuclear-deal-wsjnbc-poll/(aufgerufen am 10. August 2016)
3. Philip Weiss: »Cruz Says Iran Could Set Off Electro Magnetic Pulse over East Coast, Killing 10s of Millions«, *Mondoweiss*, 29. Juli 2015
4. Simon Maloy: »Scott Walker's Deranged Hawkishness: He's Ready to Bomb Iran During His Inauguration Speech«, *Salon*, 20. Juli 2015
5. Amy Davidson: »Broken«, *The New Yorker*, 3. August 2015; »Former Top Brass to Netanyahu: Accept Iran Accord as ›Done Deal‹«, *Haaretz*, 3. August 2015
6. Thomas E. Mann, Norman J. Ornstein: »Finding the Common Good in an Era of Dysfunctional Governance«, *Daedalus* 142, Nr. 2, Frühjahr 2013
7. Helene Cooper, Gardiner Harris: »Top General Gives ›Pragmatic‹ View of Iran Nuclear Deal«, *The New York Times*, 29. Juli 2015
8. Dennis Ross: »How to Make Iran Keep Its Word«, *Politico*, 29. Juli 2015
9. Dennis Ross: »Iran Will Cheat. Then What?« *Time*, 15. Juli 2015; »Former Obama Adviser: Send B-52 Bombers to Israel«, *Haaretz*, 17. Juli 2015
10. Javad Zarif: »Iran Has Signed a Historic Nuclear Deal – Now It's Israel's Turn«, Gastkommentar, *The Guardian*, London, 31. Juli 2015

11. Jayantha Dhanapala, Sergio Duarte: »Is There a Future for the NPT?«, *Arms Control Today*, Juli/August 2015
12. WIN/Gallup: »Optimism Is Back in the World«, 30. Dezember 2013, www.wingia.com/web/files/services/33/file/33.pdf?1439575556 (aufgerufen am 10. August 2016)
13. Anthony H. Cordesman: »Military Spending and Arms Sales in the Gulf«, Center for Strategic and International Studies, 28. April 2015, csis.org/files/publication/150428militaryspending.pdf (nicht verfügbar, 10. August 2016)
14. Department of Defense: »Unclassified Report on Military Power of Iran, April 2010«, www.politico.com/static/PPM145_link_042010.html (aufgerufen am 5. August 2016).
15. SIPRI Military Expenditure Database, www.sipri.org/research/armaments/milex/milexdatabase (nicht verfügbar, 10. August 2016); Trita Parsi, Tyler Cullis: »The Myth of the Iranian Military Giant«, *Foreign Policy*, 10. Juli 2015.
16. Parsi/Cullis, »The Myth of the Iranian Military Giant«
17. Cordesman, »Military Spending and Arms Sales in the Gulf«, S. 4
18. Seyed Hossein Mousavian, Shahir Shahidsaless: *Iran and the United States: An Insider's View on the Failed Past and the Road to Peace*, New York 2014, S. 214 – 219
19. William A. Dorman, Mansour Farhang: *The U.S. Press and Iran: Foreign Policy and the Journalism of Deference*, Berkeley 1988
20. Pervez Hoodbhoy, Zia Mian: »Changing Nuclear Thinking in Pakistan«, Asia Pacific Leadership Network for Nuclear Non-Proliferation and Disarmament and Centre for Nuclear Non-Proliferation and Disarmament, Policy Brief Nr. 9, Februar 2014, www.princeton.edu/sgs/faculty-staff/zia–mian/Hoodbhoy-Mian-Changing-Nuclear-Thinking.pdf (aufgerufen am 10. August 2016)
21. Haroon Siddique: »Bush: Iran ›the World's Leading Supporter of Terrorism‹«, *The Guardian*, London, 28. August 2007
22. Peter Bergen, Paul Cruickshank: »The Iraq Effect: War Has Increased Terrorism Sevenfold Worldwide«, *Mother Jones*, 1. März 2007
23. Somini Sengupta: »U.N. Moves to Lift Iran Sanctions After Nuclear Deal, Setting Up a Clash in Congress«, *The New York Times*, 20. Juli 2015
24. Helene Cooper: »U.S. Defense Secretary Visits Israel to Soothe Ally After Iran Nuclear Deal«, *The New York Times*, 20. Juli 2015
25. Anne Barnard: »120 Degrees and No Relief? ISIS Takes Back Seat for Iraqis«, *The New York Times*, 1. August 2015
26. WIN/Gallup: »Happiness Is on the Rise«, 30. Dezember 2014, www.wingia.com/web/files/richeditor/filemanager/EOYrelease2014-FINAL.pdf (nicht verfügbar, 10. August 2016)
27. James Chace: »How ›Moral‹ Can We Get?«, *The New York Times Magazine*, 22. Mai 1977
28. Leon Wieseltier: »The Iran Deal and the Rut of History«, *The Atlantic*, 27. Juli 2015
29. Shane Harris, Matthew M. Aid: »Exclusive: CIA Files Prove America Helped Saddam as He Gassed Iran«, *Foreign Policy*, 26. August 2013

30. Siehe Alex Boraine: »Justice in Iraq: Let the UN Put Saddam on Trial«, *The New York Times*, 21. April 2003.
31. Gary Milhollin: »Building Saddam Hussein's Bomb«, *The New York Times Magazine*, 8. März 1992.
32. Robert Litwak: »Iran's Nuclear Chess: Calculating America's Moves«, Wilson Center Report, 18. Juli 2014, 29, www.wilsoncenter.org/publication/irans-nuclear-chess-calculating-americas-moves (aufgerufen am 10. August 2016)
33. Zum Beispiel David E. Sanger: »Obama Order Sped Up Wave of Cyberattacks Against Iran«, *The New York Times*, 1. Juni 2012; Farnaz Fassihi, Jay Solomon: »Scientist Killing Stokes U.S.-Iran Tensions«, *The Wall Street Journal*, 12. Januar 2012; Dan Raviv: »US Pushing Israel to Stop Assassinating Iranian Nuclear Scientists«, *CBSNews.com*, 1. März 2014
34. »Contemporary Practices of the United States«, *American Journal of International Law* 109, Nr. 1, Januar 2015.
35. Charlie Savage: »Bush Asserts Authority to Bypass Defense Act«, *Boston Globe*, 30. Januar 2008
36. Elaine Sciolino: »Iran's Nuclear Goals Lie in Half-Built Plant«, *The New York Times*, 19. Mai 1995
37. Mousavian/Shahidsaless, *Iran and the United States*, S. 178
38. CIA-Report (freigegeben von der NSA und veröffentlicht im NSA-Archiv), »Special National Intelligence Estimate 4-1-74: Prospects for Further Proliferation of Nuclear Weapons«, 23. August 1974, nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB240/snie.pdf (aufgerufen am 10. August 2016)
39. Roham Alvandi: *Nixon, Kissinger, and the Shah: The United States and Iran in the Cold War*, Oxford 2014; Mousavian/Shahidsaless, *Iran and the United States*, S. 178
40. Farah Stockman: »Iran's Nuclear Vision Initially Glimpsed at Institute«, *Boston Globe*, 13. März 2007
41. Dafna Linzer: »Past Arguments Don't Square with Current Iran Policy«, *The Washington Post*, 27. März 2005
42. Samuel P. Huntington: »The Lonely Superpower«, *Foreign Affairs* 78, Nr. 2, März/April 1999
43. Robert Jervis: »Weapons Without Purpose? Nuclear Strategy in the Post-Cold War Era«, Rezension des Buches *The Price of Dominance: The New Weapons of Mass Destruction and Their Challenge to American Leadership* von Jan Lodal, *Foreign Affairs* 80, Nr. 4, Juli/August 2001
44. Bill Clinton: »A National Security for a New Century«, National Security Strategy Archive, 1. Dezember 1999, nssarchive.us/national-security–strategy-2000-2/ (nicht verfügbar, 10. August 2016)

22

Der Jüngste Tag

Im Januar 2015 stellte die Zeitschrift *Bulletin of the Atomic Scientists* ihre berühmte Doomsday Clock (oder Atomkriegsuhr) auf drei Minuten vor zwölf – eine Gefahrenstufe, die seit dreißig Jahren nicht mehr erreicht worden war. Die Erklärung des *Bulletin* für das Vorrücken in Richtung Katastrophe verwies auf zwei große Gefahren für unser Überleben: Atomwaffen und ein »unkontrollierter Klimawandel«. Der Aufruf verurteilte die Staatsoberhäupter der Welt, »die es versäumt haben, mit der Geschwindigkeit oder in dem Umfang zu handeln, die nötig wären, um die Bürger vor der potentiellen Katastrophe zu beschützen«. Sie brächten jeden Menschen auf Erden in Gefahr, »indem sie es versäumen, ihre allerwichtigste Pflicht zu erfüllen: die Sicherung und den Erhalt der Gesundheit und der Lebensfähigkeit der menschlichen Zivilisation«.[1]

Seither haben wir allen Grund, darüber nachzudenken, ob man die Zeiger noch näher an die Zwölf rücken sollte. Als das Jahr zu Ende ging, trafen sich Staatsoberhäupter aus aller Welt in Paris, um das ernste Problem eines »unkontrollierten Klimawandels« in den Griff zu bekommen. Kaum ein Tag vergeht ohne neue Anzeichen, wie ernst diese Krise wirklich ist. Picken wir mehr oder weniger willkürlich eine Meldung heraus: Unmittelbar vor der Eröffnung der Pariser Konferenz veröffentlichte das Jet Propulsion Lab (das Strahlantriebslabor der NASA) eine Studie, die Wissenschaftler, welche das Eis in der Arktis untersuchten, ebenso verblüffte wie alarmierte. Die Studie wies nach, dass ein riesiger Gletscher auf Grönland, der Zachariæ Isstrøm, »einen aus glaziologischer Sicht stabilen Zustand 2012 verlassen hat und mittlerweile in eine Phase des beschleunigten Rückzugs eingetreten ist« – eine unerwartete

und unheilvolle Entwicklung. Der Gletscher »enthält genügend Wasser, um den globalen Meeresspiegel um mehr als sechsundvierzig Zentimeter steigen zu lassen, wenn er ganz abschmelzen sollte. Inzwischen macht er eine Radikaldiät durch und verliert jedes Jahr fünf Milliarden Tonnen an Masse. Das ganze Eis zerfällt in den Nordatlantik.«[2]

Allerdings bestand wenig Hoffnung, dass die Politiker in Paris »mit der Geschwindigkeit oder in dem Umfang handeln würden, die nötig wären, um die Bürger vor der potentiellen Katastrophe zu beschützen«. Und obwohl sie auf wundersame Weise tatsächlich zu einer Einigung gelangten, war diese doch von begrenztem Nutzen, und zwar aus Gründen, die uns in der Tat zu denken geben sollten. Als das Abkommen in Paris verabschiedet wurde, gab der französische Außenminister Laurent Fabius, der Gastgeber des Gipfels, bekannt, es sei »gesetzlich bindend«.[3] Das mag ein Hoffnungsschimmer sein, aber es gibt noch etliche Hindernisse, denen nähere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

In der ganzen ausführlichen Berichterstattung über die Pariser Konferenz waren die vielleicht wichtigsten Sätze die folgenden, versteckt am Ende einer langwierigen Analyse in der *New York Times*: »Wie üblich haben sich die Unterhändler darum bemüht, einen gesetzlich bindenden Vertrag zu schmieden, der von den Regierungen der teilnehmenden Länder ratifiziert werden muss, damit er in Kraft tritt. In diesem Fall besteht jedoch nicht die geringste Chance, dass es so weit kommt – wegen der Vereinigten Staaten. Ein Vertrag wäre beim Eintreffen auf dem Kapitol ohne die erforderliche Zweidrittelmehrheit im von den Republikanern kontrollierten Senat gestorben. Also nehmen freiwillige Absichtserklärungen die Stelle von verpflichtenden, von oben verordneten Zielen ein.« Und freiwillige Absichtserklärungen sind eine Garantie für das Scheitern.[4]

»Wegen der Vereinigten Staaten«. Genauer, wegen der Republikanischen Partei, die mittlerweile zu einer echten Gefahr für ein anständiges Überleben der Menschheit geworden ist.

Die Schlussfolgerungen werden in einem weiteren *Times*-Artikel zum Klimavertrag unterstrichen. Am Ende eines langen Beitrags,

der die große Errungenschaft lobt, weist der Autor darauf hin, dass das auf der Konferenz ins Leben gerufene System »stark von den Ansichten der künftigen Staatsoberhäupter abhängt, die diese Maßnahmen ausführen werden. In den Vereinigten Staaten hat jeder republikanische Präsidentschaftskandidat für 2016 öffentlich die Wissenschaft des Klimawandels in Frage gestellt oder geleugnet und sich lautstark gegen Mr Obamas Klimapolitik ausgesprochen. Im Senat sagte Mitch McConnell, der republikanische Führer, der den Protest gegen Mr Obamas Klimawandelagenda anführt: ›Bevor seine internationalen Partner die Sektkorken knallen lassen, sollten sie sich vor Augen führen, dass dies ein unerreichbarer Deal auf der Basis eines innenpolitischen Energieplans ist, der höchstwahrscheinlich gesetzwidrig ist, gegen den die Hälfte der Bundesstaaten geklagt hat, um ihn zu stoppen, und den abzulehnen der Kongress bereits beschlossen hat.‹«[5]

Beide amerikanischen Parteien sind in der neoliberalen Phase der letzten Generation nach rechts gerückt. Die heutigen Mainstream-Demokraten sind im Großen und Ganzen das, was man früher »gemäßigte Republikaner« nannte. Unterdessen sind die Republikaner mehr oder weniger aus dem parlamentarischen Spektrum ausgeschieden und zu etwas geworden, was die renommierten konservativen Analysten Thomas Mann und Norman Ornstein »rebellische Außenseiter« nennen, die sich von der normalen, parlamentarischen Politik de facto verabschiedet haben. Seit diesem Rechtsruck ist das Engagement der Republikaner für den Erhalt von Wohlstand und Privilegien so stark geworden, dass ihre aktuelle Politik keine Wähler mehr anlockt. Deshalb müssen sie sich eine neue Basis suchen, die auf anderen Feldern mobilisiert wird: evangelikale Christen, die auf die Wiederkunft des Herrn warten,[6] Nativisten, die Angst haben, dass »sie« uns unser Land wegnehmen, unverbesserliche Rassisten,[7] Menschen mit realen Sorgen, die völlig falsche Ursachen dahinter vermuten,[8] und ihresgleichen, die für Demagogen leichte Beute sind und ohne weiteres zu radikalen Rebellen werden können.

In den letzten Jahren war es dem republikanischen Establishment gelungen, die Stimmen der Basis, die es mobilisiert hatte, zu unterdrücken. Aber das ist vorbei. Ende 2015 zeigte sich die Parteiführung einigermaßen bestürzt und verzweifelt über ihre Machtlosigkeit, als die Basis der Republikaner und deren Entscheidungen außer Kontrolle geraten waren.

Gewählte Vertreter der Republikaner und die Bewerber für die Präsidentschaftswahl brachten ihre Verachtung für die Pariser Überlegungen offen zum Ausdruck und weigerten sich sogar, an den entsprechenden Sitzungen überhaupt teilzunehmen. Die drei Kandidaten, die damals die Umfragen anführten – Donald Trump, Ted Cruz und Ben Carson –, stellten sich auf den Standpunkt der weitgehend evangelikalen Basis: Menschen haben keinen Einfluss auf die Erderwärmung, wenn es sie überhaupt gibt. Die anderen Kandidaten lehnten staatliche Maßnahmen ab. Unmittelbar nach Obamas Rede in Paris, wo er zugesagt hatte, dass die Vereinigten Staaten eine Vorreiterrolle beim Anstreben eines globalen Aktionsplans spielen würden, beschloss der von den Republikanern dominierte Kongress, die jüngsten Vorschriften der Umweltschutzbehörde hinsichtlich der Senkung der Kohlenstoffemissionen scheitern zu lassen. Wie die Presse meldete, war dies »eine provokative Botschaft an über hundert Staatsoberhäupter, dass der amerikanische Präsident nicht die volle Unterstützung seiner Regierung bei der Klimapolitik« habe – und das ist noch leicht untertrieben. Unterdessen setzte Lamar Smith, der republikanische Leiter des Ausschusses für Wissenschaft, Raumfahrt und Technologie des Repräsentantenhauses, seinen Kreuzzug gegen staatliche Wissenschaftler fort, die es wagten, die Fakten zu berichten.[9]

Amerikanische Bürger stehen vor einer großen Verantwortung in ihrem eigenen Land. Eine Begleitstory in der *New York Times* berichtet, zwei Drittel der US-Amerikaner seien dafür, »dass die Vereinigten Staaten einem bindenden Abkommen beitreten, um den Anstieg der Treibhausgasemissionen zu bremsen«. Und in einem Verhältnis von fünf zu drei halten Amerikaner das Klima für wichtiger als die Wirtschaft. Doch das spielt keine Rolle. Die öffentliche

Meinung wird missachtet. Diese Tatsache übermittelt, einmal mehr, den Amerikanern eine deutliche Botschaft: Es ist ihre Aufgabe, das gestörte politische System zu kurieren, in dem die öffentliche Meinung nur ein marginaler Faktor ist. Das Missverhältnis zwischen öffentlicher Meinung und Politik hat in diesem Fall sogar gravierende Konsequenzen für das Schicksal der Welt.

Wir dürfen uns natürlich keine Illusionen über ein vergangenes »goldenes Zeitalter« machen. Dennoch kommen die soeben angesprochenen Entwicklungen einem bedeutsamen Wandel gleich. Die Unterminierung einer funktionierenden Demokratie zählt zu den Beiträgen des neoliberalen Angriffs auf die Weltbevölkerung in der letzten Generation. Und das geschieht nicht nur in den Vereinigten Staaten; in Europa könnte der Einfluss sogar noch schlimmer sein.[10]

Wenden wir uns der zweiten (und traditionellen) Sorge der Atomforscher zu, die die Doomsday Clock stellen: Atomwaffen. Die derzeitige Gefahr eines Atomkrieges rechtfertigt voll und ganz das Vorrücken der Zeiger um zwei Minuten in Richtung zwölf Uhr. Was seither passiert ist, enthüllt die wachsende Bedrohung noch deutlicher, eine Angelegenheit, der in meinen Augen nicht genügend Beachtung geschenkt wird.

Auf drei Minuten vor zwölf stand die Atomkriegsuhr zuletzt im Jahr 1983, während der NATO-Manöver »Able Archer« der Reagan-Administration; diese Manöver simulierten Angriffe auf die Sowjetunion, um deren Verteidigungssystem auf die Probe zu stellen. Vor kurzem veröffentlichte russische Archivquellen enthüllen, dass die Sowjets wegen der Operationen sehr besorgt waren und sich darauf vorbereiteten zu reagieren, was schlicht und ergreifend das Ende bedeutet hätte.

Wir haben von diesen übereilten und leichtsinnigen Manövern und davon, wie nahe die Welt damals vor der Katastrophe stand, von dem amerikanischen Militär- und Geheimdienstexperten Melvin Goodman erfahren, der seinerzeit Abteilungsleiter der CIA und Analyst des Büros für sowjetische Angelegenheiten war. »Zusätzlich zu der ›Able Archer‹-Mobilmachungsübung, die den Kreml alarmierte«, schreibt Goodman, »autorisierte die Reagan-

Administration ungewöhnlich aggressive Militärmanöver in der Nähe der sowjetischen Grenze, die in manchen Fällen die territoriale Souveränität der Sowjetunion verletzten. Zu den riskanten Maßnahmen des Pentagons zählten etwa die Entsendung strategischer US-Bomber über den Nordpol, um das sowjetische Radar zu testen, und Seemanöver in Zufahrten zur UdSSR für Kriegszeiten, die bislang noch kein US-Kriegsschiff angesteuert hatte. Weitere Geheimoperationen simulierten Überraschungsangriffe auf See gegen sowjetische Ziele.«[11]

Mittlerweile ist bekannt, dass die Welt in jenen schrecklichen Tagen vor der wahrscheinlichen atomaren Vernichtung durch die Entscheidung eines sowjetischen Offiziers bewahrt wurde. Stanislaw Petrow beschloss, die Meldung des automatischen Warnsystems, dass die UdSSR von einer Rakete angegriffen werde, nicht an die höheren Dienststellen weiterzuleiten. Folglich gebührt Petrow ein Platz an der Seite des sowjetischen U-Boot-Kommandanten Wassili Archipow, der sich im kritischen Moment der Raketenkrise von 1962 weigerte, das Abfeuern von nuklear bestückten Torpedos zu autorisieren. Damals wurden die U-Boote gerade von amerikanischen Zerstörern angegriffen, die gewaltsam eine Blockade durchsetzten.

Weitere unlängst enthüllte Beispiele bereichern die ohnehin schon erschreckende Bilanz. Der Experte für atomare Sicherheit Bruce Blair berichtet, dass »die Vereinigten Staaten einer versehentlichen Entscheidung durch den Präsidenten, strategische Raketen zu starten, im Jahr 1979 am nächsten kamen, als ein Schulungsband der Behörde NORAD, das einen umfassenden sowjetischen strategischen Angriff zeigte, versehentlich durch das richtige Frühwarnsystem lief. Der Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski wurde in der Nacht zweimal angerufen und erfuhr, dass die USA angegriffen würden. Er war gerade im Begriff, zum Hörer zu greifen, um Präsident Carter zu überzeugen, dass sofort ein umfassender Gegenschlag autorisiert werden müsse, als ein dritter Anruf ihm mitteilte, das Ganze sei falscher Alarm gewesen.«[12]

Dieses Beispiel ruft einen anderen kritischen Vorfall von 1995 in Erinnerung, als die Flugbahn einer amerikanisch-norwegischen

Rakete, die mit wissenschaftlichen Geräten bestückt war, der Bahn einer Atomrakete glich. Dies löste russische Bedenken aus, die rasch bis zu Präsident Boris Jelzin gelangten, der entscheiden musste, ob ein Atomschlag gestartet wurde.[13]

Blair fügt aus eigener Erfahrung weitere Beispiele hinzu. In einem Fall, zur Zeit des Sechstagekrieges 1967, wurde »einer Crew eines Flugzeugträgers mit atomar bewaffneten Flugzeugen ein richtiger Angriffsbefehl anstelle eines Übungs-/Manöverbefehls geschickt«. Ein paar Jahre später, Anfang der siebziger Jahre, leitete das Strategic Air Command in Omaha »einen Übungsstartbefehl als einen richtigen, realen Startbefehl weiter«. In beiden Fällen hatte die Code-Überprüfung versagt; menschliche Intervention verhinderte den Start. »Aber Sie verstehen, worauf ich hinauswill«, fügt Blair hinzu. »Es war einfach gar nicht so selten, dass derartige Patzer passierten.«

Blair kommentierte damit einen Bericht von Luftwaffensoldat John Bordne, der erst vor kurzem von der U.S. Air Force freigegeben wurde. Bordne diente im Oktober 1962 auf dem amerikanischen Militärstützpunkt in Okinawa, also zur Zeit der kubanischen Raketenkrise und in einer Phase ernster Spannungen auch in Asien. Das amerikanische Warnsystem war auf die Stufe DEFCON 2 erhöht worden, eine Stufe unter DEFCON 1, in der sofort Atomraketen gestartet werden dürfen. Auf dem Höhepunkt der Krise, am 28. Oktober, erhielt eine Raketenbesatzung die Erlaubnis, ihre Atomraketen zu starten – irrtümlich. Die Soldaten beschlossen, das zu ignorieren, verhinderten damit einen Atomkrieg und zogen wie Petrow und Archipow in den Pantheon jener Männer ein, die sich nicht an die Vorschriften hielten und dadurch die Welt retteten.

Wie Blair konstatierte, sind solche Vorfälle nicht ungewöhnlich. Eine aktuelle Expertenstudie entdeckte Dutzende, genauer: 43 bis 225, falscher Alarme pro Jahr im untersuchten Zeitraum zwischen 1977 und 1983. Der Autor Seth Baum fasst das Ergebnis trefflich zusammen: »Ein Atomkrieg ist der schwarze Schwan, den wir niemals zu Gesicht bekommen, außer in dem kurzen Augenblick, in dem er uns umbringt. Wir verzögern die Ausschaltung des Risikos

auf eigene Gefahr. Jetzt ist es an der Zeit, sich mit der Gefahr zu befassen, weil wir jetzt noch am Leben sind.«[14]

Diese Berichte, wie jene in Eric Schlossers umfassender Studie *Command and Control*, beschränken sich meist auf amerikanische Systeme.[15] Die russischen sind mit Sicherheit noch fehleranfälliger, ganz zu schweigen von der Gefahr, die von den Systemen anderer Staaten ausgeht, allen voran Pakistan.

Manchmal war eine Bedrohung keineswegs versehentlich, sondern ein Vabanquespiel, wie bei »Able Archer«. Der Extremfall war die Raketenkrise von 1962, als die drohende Katastrophe allzu real war. Wie man damals mit der Gefahr umging, ist schockierend; das gilt, wie gezeigt, auch für die Weise, wie sie gemeinhin gedeutet wird.

Mit dieser bitteren Geschichte im Hinterkopf ist es hilfreich, sich die strategischen Diskussionen und Planungen einmal näher anzusehen. Ein abschreckendes Beispiel ist die Studie des Strategischen Kommandos (STRATCOM) von 1995 aus der Clinton-Ära, *Essentials of Post-Cold War Deterrence*. Die Studie fordert, dass sich die USA das Recht zum Erstschlag vorbehalten, selbst gegen Staaten ohne Atomwaffen. Sie führt aus, dass Atomwaffen unablässig zum Einsatz kämen, in dem Sinn, dass sie »einen Schatten auf jede beliebige Krise und jeden Konflikt werfen«. Sie fordert geradezu ein »nationales Ich« voller Irrationalität und Rachsucht, das der Welt Angst einzujagen habe.

Die derzeitige Doktrin wird im Leitartikel der Zeitschrift *International Security* diskutiert, einem der angesehensten Organe auf dem Feld der strategischen Doktrin.[16] Die Autoren erklären, die Vereinigten Staaten seien zur »strategischen Vorherrschaft« verpflichtet, das heißt der Abschottung gegen einen Vergeltungsschlag. Das ist die Logik, die hinter Obamas »neuer Triade« steckt – der Stärkung der U-Boot- und Bomberflotte sowie der landgestützten Raketen –, gepaart mit dem Raketenschutzschild, um einen Vergeltungsschlag abzuwehren. Die Autoren äußern die Besorgnis, dass die Forderung der USA nach einer strategischen Vorherrschaft China dazu verleiten könnte, die »Kein-Erstschlag-Linie« aufzugeben und seine begrenzte

Abschreckung auszudehnen. Nach Ansicht der Autoren wird China nicht so weit gehen, aber eine gewisse Unsicherheit bleibt. Die Doktrin erhöht ganz eindeutig die Gefahren in einer gespannten und konfliktreichen Region.

Das Gleiche gilt für die Ausdehnung der NATO nach Osten, die eine Verletzung der mündlichen Zusagen darstellt, die man einst Michail Gorbatschow gab, als die UdSSR auseinanderfiel und er sich bereit erklärte, die Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO zu akzeptieren – ein bemerkenswertes Zugeständnis mit Blick auf die Ereignisse des vergangenen Jahrhunderts. Die Erweiterung um Ostdeutschland fand sofort statt. In den folgenden Jahren dehnte sich die NATO in Richtung der russischen Grenzen aus; inzwischen besteht sogar die erhebliche Gefahr, dass die Ukraine aufgenommen wird, im geostrategischen Kernland Russlands.[17] Man kann sich ausmalen, wie die Vereinigten Staaten reagieren würden, wenn der Warschauer Pakt noch existieren würde, die meisten Staaten Lateinamerikas bereits darin Mitglied wären und nun auch Mexiko und Kanada die Aufnahme beantragen würden.

Davon einmal abgesehen, begreift Russland so gut wie China (und übrigens auch US-Strategen), dass der amerikanische Raketenschutzschirm in der Nähe der russischen Grenze in Wirklichkeit eine Erstschlagwaffe ist, die dazu dient, die strategische Vorherrschaft zu erlangen – mittels Immunität gegen Vergeltung. Womöglich ist diese Mission völlig undurchführbar, wie manche Experten argumentieren, aber die Angriffsziele können sich dessen nie ganz sicher sein. Und die kämpferischen Reaktionen Russlands werden von der NATO naturgemäß als Gefahr für den Westen interpretiert.

Ein prominenter britischer Ukraine-Experte postuliert ein »verhängnisvolles geographisches Paradox«, wie er es nennt: dass die NATO nämlich »existiert, um die Risiken in den Griff zu bekommen, die durch ihre Existenz geschaffen werden«.[18]

Die Gefahren sind inzwischen sehr real. Zum Glück führte der Abschuss eines russischen Flugzeugs durch eine türkische F-16 im November 2015 nicht zu einem internationalen Zwischenfall, aber

das hätte durchaus passieren können, insbesondere in Anbetracht der Umstände. Das Flugzeug befand sich auf einem Bombardierungsauftrag in Syrien. Es passierte nur siebzehn Sekunden lang einen schmalen Streifen türkischen Staatsgebiets, das nach Syrien hineinragt, und hatte offensichtlich Syrien zum Ziel, wo es auch abstürzte. Der Abschuss war allem Anschein nach ein unnötiger, leichtsinniger und provozierender Akt, zudem ein Akt mit Konsequenzen. Als Reaktion kündigte Russland an, seine Bomber würden künftig von Jagdflugzeugen eskortiert und es werde hochmoderne Flugzeugabwehrraketen in Syrien einsetzen. Russland beorderte darüber hinaus den Raketenkreuzer *Moskwa* mit seinem Langstrecken-Luftabwehrsystem näher an die Küste, damit er in der Lage sei, so Verteidigungsminister Sergej Schoigu, »jedes Luftziel zu zerstören, das eine potentielle Gefahr für unsere Flugzeuge darstellt«. All dies schafft ideale Voraussetzungen für Konfrontationen, die unter Umständen tödlich enden können.[19]

Die Spannungen an der Grenze zwischen NATO und Russland halten unverändert an, einschließlich militärischer Manöver auf beiden Seiten. Kurz nach dem unheilvollen Vorrücken der Atomkriegsuhr meldete die nationale Presse, dass »amerikanische Kampffahrzeuge am Mittwoch eine Parade durch eine estnische Stadt machten, deren Gebiet nach Russland hineinragt – ein symbolischer Akt, der erhellte, wie viel für beide Seiten mitten in den schlimmsten Spannungen zwischen dem Westen und Russland seit dem Kalten Krieg auf dem Spiel steht«.[20] Kurz davor wäre um ein Haar ein dänisches Linienflugzeug mit einem russischen Kampfjet zusammengestoßen. Beide Seiten praktizieren derzeit eine rasche Mobilmachung und Verlegung von Truppen an die Russland-NATO-Grenze, und »beide glauben, dass ein Krieg nicht mehr undenkbar ist«.[21]

Wenn das zutrifft, sind beide Seiten von allen guten Geistern verlassen, denn ein Krieg könnte durchaus alles zerstören. Seit Jahrzehnten gilt als anerkannt, dass ein Erstschlag durch eine größere Macht den Angreifer vernichten könnte, sogar ohne Vergeltungsschlag, ganz einfach wegen der Auswirkungen eines nuklearen Winters.

Damit leben wir nunmehr seit siebzig Jahren. Wie gezeigt, ist Sicherheit für die Bevölkerung nicht die Hauptsorge der Politikmacher. Das gilt seit den ersten Tagen des Atomzeitalters, als in den Zentren der politischen Entscheidung keinerlei Anstrengungen unternommen wurden, die einzige ernste potentielle Gefahr für die Vereinigten Staaten auszuschalten, wie es möglich gewesen wäre, und offenbar nicht einmal laut darüber nachgedacht wurde. Deshalb setzt sich das Ganze bis heute fort, in der hier geschilderten Weise.

Das ist die Welt, in der wir gelebt haben und noch heute leben. Atomwaffen bergen die konstante Gefahr einer sofortigen Zerstörung, aber zumindest wissen wir im Prinzip, wie man die Gefahr mindert, ja sogar ganz beseitigt, eine Verpflichtung, die von den Atommächten übernommen (und missachtet) wurde, die den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben haben.

Die Gefahr der Erderwärmung ist nicht unmittelbar, auch wenn sie langfristig furchtbar ist und schlagartig eskalieren könnte. Ob wir überhaupt imstande sind, sie in den Griff zu bekommen, ist noch nicht klar, aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Katastrophe umso größer sein wird, je länger wir zögern.

Die Aussichten für ein würdiges langfristiges Überleben der Menschheit sind nicht sonderlich gut, wenn nicht ein gravierender Kurswechsel erfolgt. Zum großen Teil liegt die Verantwortung dafür in unserer Hand – und die Chancen ebenfalls.

Anmerkungen zum Kapitel

1. »2015: It Is Three Minutes to Midnight«, *Bulletin of the Atomic Scientists*, thebulletin.org/clock/2015 (aufgerufen am 10. August 2016)
2. »In Greenland, Another Major Glacier Comes Undone«, Jet Propulsion Lab, California Institute of Technology, 12. November 2015, www.jpl.nasa.gov/news/news.php?feature=4771 (aufgerufen am 10. August 2016)
3. Hannah Osborne: »COP21 Paris Climate Deal: Laurent Fabius Announces Draft Agreement to Limit Global Warming to 2C«, *International Business Times*, 12. Dezember 2015, www.ibtimes.co.uk/cop21-paris-climate-deal–Laurent-fabius-

announces-draft-agreement-limit-global-warming-2c-1533045 (nicht verfügbar, 10. August 2016)
4. Coral Davenport: »Paris Deal Would Herald an Important First Step on Climate Change«, *The New York Times*, 29. November 2015
5. Coral Davenport: »Nations Approve Landmark Climate Accord in Paris«, *The New York Times*, 12. Dezember 2015
6. Die Evangelikalen dominierten die erste Vorwahl der Republikaner in Iowa sehr stark. Laut Umfragen sagen unter wahrscheinlichen Wählern der Republikaner »fast sechs von zehn, der Klimawandel sei ein Schwindel. Über die Hälfte wünscht sich Massendeportationen illegaler Einwanderer. Sechs von zehn würden die Bundessteuerbehörde abschaffen« (und damit den Superreichen und dem Unternehmenssektor ein gigantisches Geschenk machen). Trip Gabriel: »Ted Cruz Surges Past Donald Trump to Lead in Iowa Poll«, *The New York Times*, 12. Dezember 2015.
7. Die Soziologen Rory McVeigh und David Cunningham fanden heraus, dass die vorherige Existenz einer starken Ortsgruppe des Ku-Klux-Klans in den sechziger Jahren ein bedeutender Indikator für aktuelle Stimmmuster der Republikaner im Süden ist. Bill Schaller: »Ku Klux Klan's Lasting Legacy on the U.S. Political System«, *Brandeis Now*, 4. Dezember 2014, www.brandeis.edu/now/2014/december/Cunningham-kkk-impact.html (aufgerufen am 10. August 2016)
8. Shawn Donnan, Sam Fleming: »America's Middle-Class Meltdown: Fifth of US Adults Live in or near to Poverty«, *Financial Times*, London, 11. Dezember 2015
9. Sewell Chan, Melissa Eddy: »Republicans Make Presence Felt at Climate Talks by Ignoring Them«, *The New York Times*, 10. Dezember 2015; David M. Herszenhorn: »Votes in Congress Move to Undercut Climate Pledge«, *The New York Times*, 1. Dezember 2015; Samantha Page: »America's Scientists to House Science Committee: Go Away«, *ClimateProgress*, 25. November 2015
10. Giovanni Russonello: »Two-Thirds of Americans Want U.S. to Join Climate Change Pact«, *The New York Times*, 30. November 2015
11. Melvin Goodman: »The ›War Scare‹ in the Kremlin, Revisited: Is History Repeating Itself?«, *Counterpunch*, 27. Oktober 2015
12. Aaron Tovish: »The Okinawa Missiles of October«, Meinungsseite, *Bulletin of the Atomic Scientists*, 25. Oktober 2015
13. David Hoffman: »Shattered Shield: Cold-War Doctrines Refuse to Die«, *The Washington Post*, 15. März 1998
14. Seth Baum: »Nuclear War, the Black Swan We Can Never See«, *Bulletin of the Atomic Scientists*, 21. November 2014
15. Eric Schlosser: *Command and Control: Nuclear Weapons, the Damascus Accident, and the Illusion of Safety*, New York 2013; deutsch: *Command and Control. Die Atomwaffenarsenale der USA und die Illusion der Sicherheit. Eine wahre Geschichte*, München 2013
16. Fiona S. Cunningham, M. Taylor Fravel: »Assuring Assured Retaliation: China's Nuclear Posture and U.S.-China Strategic Stability«, *International Security*, Herbst 2015

17. Nach dem Aufstand, der die prowestliche, ukrainische Regierung an die Macht brachte, stimmte das Parlament mit »303 zu 8 Stimmen dafür, die Politik der ›Blockfreiheit‹ aufzugeben und stattdessen engere militärische und strategische Beziehungen zum Westen anzustreben (…) Schritte in Richtung NATO-Beitritt zu unternehmen«. David M. Herszenhorn: »Ukraine Vote Takes Nation a Step Closer to NATO«, *The New York Times*, 23. Dezember 2014
18. Jonathan Steele: Rezension von *Frontline Ukraine: Crisis in the Borderlands*, von Richard Sakwa, *The Guardian*, London, 19. Februar 2015
19. Lauren McCauley: »In Wake of Turkey Provocation, Putin Orders Anti-aircraft Missiles to Syria«, Common Dreams, 25. November 2015
20. Michael Birnbaum: »U.S. Military Vehicles Paraded 300 Yards from the Russian Border«, WorldViews, 24. Februar 2015, www.washingtonpost.com/blogs/worldviews/wp/2015/02/24/u-s-military-vehicles-paraded-300–yards-from-the-russian-border/ (aufgerufen am 10. August 2016)
21. Ian Kearns: »Avoiding War in Europe: The Risks From NATO-Russian Close Military Encounters«, *Arms Control Today*, November 2015

23

Die Herren der Welt

Wenn wir fragen »Wer beherrscht die Welt?«, übernehmen wir für gewöhnlich die Standardkonvention, dass die Akteure in der Weltpolitik Staaten sind, an erster Stelle die Großmächte, und wir betrachten deren Entscheidungen und die Beziehungen unter ihnen. Das ist nicht falsch. Aber wir tun gut daran, im Hinterkopf zu behalten, dass dieser Grad der Abstraktion auch völlig in die Irre führen kann.

Staaten besitzen natürlich komplexe innere Strukturen, und die Entscheidungen ihrer politischen Führung werden massiv von inneren Machtkonzentrationen beeinflusst, während die Allgemeinheit häufig an den Rand gedrängt wird. Das gilt selbst für die demokratischeren Gesellschaften, von den anderen gar nicht zu reden. Wir gewinnen keine realistische Einschätzung darüber, wer die Welt regiert, wenn wir die »Herren der Menschheit«, wie Adam Smith sie nannte, ignorieren: Seinerzeit waren es die englischen Kaufleute und Fabrikanten; heute sind es multinationale Konglomerate, riesige Finanzinstitutionen, weltweite Handelsketten und dergleichen. Wenn wir uns weiter an Smith halten, ist es außerdem ratsam, uns der »elenden Devise« zu widmen, nach der die »Herrschenden« agieren: »Alles für uns selbst und nichts für die anderen« – eine Doktrin, die man sonst als bitteren, unablässigen Klassenkampf kannte – häufig einseitig und sehr zum Schaden der Bevölkerung des eigenen Landes und der ganzen Welt.

In der heutigen Weltordnung verfügen die Institutionen der Herrschenden über enorme Macht – und zwar nicht nur auf der internationalen Bühne, sondern auch innerhalb ihrer Heimatstaaten. Diese setzen sie auch ein, um ihren Einfluss zu schützen und mit Hilfe einer Vielzahl von Mitteln wirtschaftliche Unterstützung

anzubieten. Wenn wir die Rolle der Herren der Welt betrachten, befassen wir uns etwa mit solchen staatspolitischen Prioritäten wie der derzeit aktuellen Transpazifischen Partnerschaft, einer Übereinkunft bezüglich Investorenrechten, die in der Propaganda und in Kommentaren irreführend als »Freihandelsabkommen« ausgegeben wird. Die Bestimmungen werden hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, abgesehen von den Hunderten von Konzernanwälten und Lobbyisten, die die maßgeblichen Punkte diktieren. Dahinter steckt die Absicht, das Abkommen in bewährter stalinistischer Manier im »Schnellverfahren« zu verabschieden, um jede Diskussion abzublocken und lediglich die Entscheidung zwischen Ja oder Nein (also Ja) zu ermöglichen. Die Schöpfer machen ihren Job, wie zu erwarten, in der Regel recht gut. Menschen sind beeinflussbar, mit absehbaren Konsequenzen.

Die zweite Supermacht

Die neoliberalen Programme der letzten Generation haben Reichtum und Macht in deutlich weniger Händen konzentriert als zuvor, während sie gleichzeitig die funktionierende Demokratie untergruben. Doch sie haben auch eine Opposition aufkommen lassen, allen voran in Lateinamerika, aber ebenso in den Zentren der globalen Macht.[1] Die Europäische Union – eine der positiveren Entwicklungen der Nachkriegsära – ist in Zeiten der Rezession wegen der harten Auswirkungen einer Austeritätspolitik, die sogar von den Wirtschaftsexperten des Internationalen Währungsfonds (wenn nicht gar den politischen Akteuren des IWF) verurteilt wird, ins Taumeln geraten. Die Demokratie ist untergraben worden, als Entscheidungsprozesse an die Bürokratie in Brüssel verlagert wurden, während die Banken im Norden ihren Schatten auf die Verfahren warfen. Die großen Parteien verloren Mitglieder an rechte und linke Gruppierungen. Der Geschäftsführer der Forschungsgruppe EuropaNova mit Sitz in Paris führt die

allgemeine Ernüchterung auf eine »Stimmung wütender Ohnmacht« zurück, »weil sich die reale Macht, die Ereignisse zu beeinflussen, weitgehend von den nationalen Politikern [die zumindest im Prinzip demokratischen Grundsätzen unterworfen sind] zu den Märkten, den Institutionen der Europäischen Union und den Unternehmen verschoben hat« – also ganz im Sinne der neoliberalen Doktrin.[2] Ähnliche Prozesse sind in den USA im Gange, aus ungefähr den gleichen Gründen – eine Entwicklung, die wegen der Macht Amerikas nicht nur für Amerika, sondern für die ganze Welt wichtig und besorgniserregend ist.

Der wachsende Widerstand gegen die neoliberale Wende wirft ein Schlaglicht auf einen weiteren entscheidenden Aspekt der Standardkonvention: Sie lässt die Öffentlichkeit außer Acht, die sich häufig nicht mit der billigenden Rolle der »Zuschauer« (anstelle der »Teilnehmer«) abfinden möchte, die ihr in der liberalen demokratischen Theorie zugewiesen wird.[3] Dieser Ungehorsam ist für die herrschenden Klassen schon immer ein Problem gewesen. Nehmen wir nur die amerikanische Geschichte: George Washington betrachtete das einfache Volk, das Bürgerwehren bildete, die er befehligen sollte, als »ein außerordentlich schmutziges und gemeines Volk, [welches] in der niederen Schicht dieser Menschen eine unerklärliche Form der Beschränktheit bewies«.[4] In seinem Buch *Aufstand*, einer meisterhaften Studie der Aufstände von der »amerikanischen Auflehnung« bis zu heutigen Rebellionen in Afghanistan und im Irak, gelangt William Polk zu dem Schluss, dass General Washington »so sehr darauf bedacht [war], sie [die von ihm verachteten Kämpfer] an den Rand zu drängen, dass er den Revolutionskrieg fast verloren hätte«. Genaugenommen wäre »das vielleicht tatsächlich geschehen«, wenn Frankreich nicht massiv interveniert und die Revolution »gerettet« hätte, die bis zu diesem Zeitpunkt von Guerillatrupps erkämpft worden war (die wir heute »Terroristen« nennen würden), während Washingtons Armee »immer wieder geschlagen wurde und beinahe den Krieg verlor«.[5]

Ein häufiges Merkmal erfolgreicher Aufstände bestehe darin, so Polk, dass die Führung, sobald sich nach dem Sieg die allgemeine Unterstützung auflöse, das »schmutzige und gemeine Volk«

unterdrücke, das eigentlich den Krieg mit Guerillataktiken und Terror gewonnen habe. Die führende Klasse habe Angst, dass ihre Privilegien in Frage gestellt werden könnten. Die Verachtung der Eliten für die »unteren Schichten« hat im Laufe der Jahre unterschiedliche Formen angenommen.[6] In jüngster Zeit kann man den Aufruf zu Passivität und Gehorsam (»Mäßigung in der Demokratie«) durch liberale Internationalisten – in einer Reaktion auf die gefährlichen demokratisierenden Wirkungen der Volksbewegungen der sechziger Jahre – als Ausdruck dieser Verachtung werten.

Hier und da haben sich Staaten dafür entschieden, der öffentlichen Meinung zu folgen, und damit in den Machtzentren großen Zorn ausgelöst. Ein dramatischer Fall ereignete sich im Jahr 2003, als die Bush-Administration die Türkei aufforderte, sich der Invasion im Irak anzuschließen. Fünfundneunzig Prozent der Türken lehnten diese Vorgehensweise ab, und zum Erstaunen und zur Bestürzung Washingtons richtete sich die türkische Regierung nach deren Meinung. Die Türkei wurde für dieses Abweichen vom verlässlichen Verhalten eines Bündnispartners scharf verurteilt. Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz, den die Presse als »Chefidealisten« der Regierung bezeichnete, zog über das türkische Militär her, weil es diese Kompetenzüberschreitung der Regierung zuließ, und verlangte eine Entschuldigung. Unbeeindruckt von diesen und unzähligen anderen Beispielen für unsere legendäre »Sehnsucht nach Demokratie«, lobten angesehene Kommentatoren Präsident George W. Bush für seinen hingebungsvollen Einsatz für »die Verbreitung der Demokratie« oder kritisierten ihn in manchen Fällen wegen seines naiven Glaubens, eine Macht könne ihre demokratischen Sehnsüchte anderen von außen aufzwingen.

Die türkische Öffentlichkeit war nicht allein. Der weltweite Widerstand gegen die amerikanisch-britische Aggression war überwältigend. Die Unterstützung für Washingtons Kriegspläne lag laut internationalen Umfragen nahezu überall bei nicht einmal zehn Prozent. Der Widerstand löste weltweit riesige Proteste aus, auch in den USA. Dies war vermutlich der erste Fall in der Geschichte, dass

gegen eine imperiale Aggression massiv protestiert wurde, noch bevor sie offiziell begonnen hatte. Auf der Titelseite der *New York Times* schrieb der Journalist Patrick Tyler, dass es »möglicherweise immer noch zwei Supermächte auf dem Globus gebe: die Vereinigten Staaten und die weltweite öffentliche Meinung«.[7]

Der beispiellose Protest in den USA war eine Manifestation des Widerstands gegen die Aggression, die schon Jahrzehnte zuvor mit der Verurteilung der amerikanischen Kriege in Indochina begonnen und dabei ein Ausmaß erreicht hatte, das etwas bewirkte, wenn auch viel zu spät. Im Jahr 1967, als die Antikriegsbewegung zu einer wichtigen Kraft wurde, warnte der Militärhistoriker und Vietnamexperte Bernard Fall: »Vietnam wird als kulturelle und historische Einheit (…) von der Vernichtung bedroht (…) [weil] das Hinterland buchstäblich stirbt unter den Schlägen des größten Militärapparats, der jemals gegen eine Region von dieser Größe entfesselt wurde.«[8] Doch die Antikriegsbewegung war zu einer Kraft geworden, die nicht ignoriert werden konnte. Ebenso wenig konnte man sie ignorieren, als Ronald Reagan sein Amt antrat und entschlossen war, einen Angriff in Mittelamerika zu starten. Seine Administration ahmte fast genau die Schritte nach, die John F. Kennedy zwanzig Jahre zuvor zu Beginn des Krieges gegen Südvietnam unternommen hatte, musste aber wegen der massiven öffentlichen Proteste, von denen Anfang der sechziger Jahre noch nichts zu sehen gewesen war, einen Rückzieher machen.

Der Überfall war schlimm genug. Noch heute leiden die Opfer darunter. Aber was in Südvietnam und später in ganz Indochina geschah, wo »die zweite Supermacht« ihren Einfluss in dem Konflikt erst viel später geltend machte, war unvergleichlich schlimmer.

Häufig wird argumentiert, der starke öffentliche Widerstand gegen die Invasion im Irak habe keine Wirkung gehabt. Meiner Ansicht nach trifft das nicht zu. Wiederum war die Invasion an sich schrecklich genug, und ihr Nachspiel ist ganz und gar grotesk. Dennoch hätte es viel schlimmer kommen können. Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und der Rest von George W. Bushs oberster Regierungsclique kamen nie auch nur auf den Gedanken, zu Maßnahmen zu greifen, die die

Präsidenten Kennedy und Johnson vierzig Jahre zuvor noch weitgehend ohne Proteste eingesetzt hatten.

Westliche Macht unter Druck

Es gäbe natürlich noch viel mehr zu sagen über die Faktoren bei der Festlegung der Politik, die ausgeklammert werden, wenn wir die Standardkonvention übernehmen, dass Staaten die Akteure in der Weltpolitik sind. Aber trotz all dieser keineswegs trivialen Vorbehalte lassen Sie uns dennoch die Konvention akzeptieren – zumindest als erste Annäherung an die Realität. Dann nämlich führt die Frage, wer die Welt regiert, sofort zu solchen Sorgen wie Chinas Aufstieg, der die Vereinigten Staaten und die »Weltordnung« herausfordert, oder dem neuen Kalten Krieg, der in Osteuropa schwelt, dem globalen Krieg gegen den Terror, der amerikanischen Hegemonie und dem Niedergang Amerikas sowie einer Reihe ähnlicher Aspekte.

Die Herausforderungen, vor denen die westliche Macht Anfang 2016 steht, werden hilfreich (innerhalb des konventionellen Gerüsts) von Gideon Rachman zusammengefasst, dem außenpolitischen Kolumnisten der Londoner *Financial Times*.[9] Er beginnt mit einer Überprüfung des westlichen Bildes von der Weltordnung: »Seit Ende des Kalten Krieges ist die erdrückende Macht des amerikanischen Militärs die zentrale Tatsache der internationalen Politik gewesen.« Das gelte insbesondere für drei Regionen: Ostasien, wo »die U.S. Navy sich angewöhnt hat, den Pazifik als einen amerikanischen See zu behandeln«, Europa, wo die NATO – sprich die USA, die »für beeindruckende drei Viertel der NATO-Militärausgaben verantwortlich zeichnen« – »die territoriale Integrität ihrer Mitgliedsstaaten garantiert«, und den Nahen Osten, wo riesige amerikanische Marine- und Luftstützpunkte »existieren, um Freunde zu beruhigen und Gegner einzuschüchtern«. Das Problem der heutigen Weltordnung sei, so Rachman weiter, dass »diese Sicherheitsordnungen inzwischen in allen drei Regionen in Frage gestellt werden« – wegen der russischen Intervention in der

Ukraine und in Syrien und weil China die Meere um sich herum von einem amerikanischen See zu »eindeutig umstrittenen Gewässern« mache. Die grundlegende Frage der internationalen Beziehungen lautet somit, ob die USA »akzeptieren sollten, dass andere Mächte eine Art Einflusszone in ihrer Nachbarschaft haben«. Rachman meint: Ja – aus Gründen der »Verteilung der wirtschaftlichen Macht über die ganze Welt, gepaart mit gesundem Menschenverstand«.

Freilich kann man die Welt auch von anderen Standpunkten aus betrachten. Aber beschränken wir uns auf diese drei Regionen, die zweifellos von maßgeblicher Bedeutung sind.

Die heutigen Herausforderungen: Ostasien

Fangen wir an mit dem »amerikanischen See«. Manche dürften die Stirn gerunzelt haben bei der Meldung von Mitte Dezember 2015, dass »ein amerikanischer B-52-Bomber bei einem Routineeinsatz über dem Südchinesischen Meer unbeabsichtigt bis auf zwei Seemeilen an eine künstliche, von China gebaute Insel heranflog, wie hohe Vertreter des Verteidigungsministeriums erklärten, und damit ein heftig umstrittenes Thema zwischen Washington und Peking verschärfte«.[10] Wer die düstere Bilanz der siebzigjährigen Atomwaffenära kennt, dürfte sich dessen nur zu bewusst sein, dass genau dies die Art von Vorfall ist, die häufig um ein Haar einen vernichtenden Atomkrieg ausgelöst hätte. Man muss Chinas provokative und aggressive Aktionen im Südchinesischen Meer nicht gutheißen, um darauf hinzuweisen, dass der Vorfall keinen chinesischen atomwaffenfähigen Bomber in der Karibik oder vor der Küste Kaliforniens betraf, wo China keineswegs die Absicht hat, einen »chinesischen See« zu schaffen. Zum Glück für die Welt.

Chinesische Führungskräfte begreifen sehr wohl, dass ihre Seehandelsrouten von feindlichen Mächten umgeben sind – von Japan über die Straße von Malakka und darüber hinaus –, die von der erdrückenden amerikanischen Militärmacht unterstützt werden. Entsprechend dehnt China seinen Einfluss mit großzügigen

Investitionen und behutsamen Schritten in Richtung Integration nach Westen aus. Zum Teil erfolgen diese Entwicklungen im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization (SCO), der die zentralasiatischen Staaten und Russland angehören und in Kürze auch Indien und Pakistan, mit dem Iran als Beobachter – ein Status, der den USA verweigert wurde, die außerdem aufgefordert wurden, sämtliche Militärstützpunkte in der Region zu schließen. China baut eine moderne Version der Seidenstraße auf, mit der Absicht, nicht nur die Region unter chinesischem Einfluss zu integrieren, sondern auch Europa und die erdölproduzierenden Regionen im Nahen und Mittleren Osten zu erreichen. Peking pumpt gewaltige Summen in den Aufbau eines integrierten asiatischen Energie- und Handelsnetzes, über ausgedehnte Schnellbahntrassen und Pipelines.

Ein Projekt des Programms ist eine Schnellstraße, der Karakorum Highway. Er führt durch eine der höchsten Bergregionen der Welt zu dem neuen, von China ausgebauten Hafen von Gwadar in Pakistan und schützt die Erdöllieferungen vor einer potentiellen Einmischung durch die USA. Das Programm könnte ferner, so hoffen China und Pakistan, die industrielle Entwicklung in Pakistan ankurbeln – was die Vereinigten Staaten trotz massiver Militärhilfe nicht für nötig befanden – und darüber hinaus einen Anreiz für Pakistan schaffen, massiv gegen einheimische Terrorgruppen vorzugehen, die für China in der westlichen Provinz Xinjiang eine ernste Gefahr sind. Gwadar wird ein Teil von Chinas »Perlenkette« sein: Stützpunkte im Indischen Ozean, die für kommerzielle Zwecke gebaut wurden, aber potentiell auch militärisch genutzt werden können, in der Erwartung, dass China irgendwann imstande sein wird, zum ersten Mal in der Nachkriegsära seinen Einfluss bis zum Persischen Golf auszudehnen.[11]

Alle diese Schritte erfolgen unbeeindruckt von Washingtons erdrückender Militärmacht – am Rande der Vernichtung durch einen Atomkrieg, der allerdings auch die Vereinigten Staaten selbst zerstören würde.

Im Jahr 2015 gründete China außerdem die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) mit sich selbst als Hauptaktionär. An der

Eröffnung in Peking im Juni nahmen sechsundfünfzig Nationen teil, darunter auch die amerikanischen Bündnispartner Australien, Großbritannien und andere, die entgegen der Wünsche Washingtons hinzukamen. Die Vereinigten Staaten und Japan blieben der Veranstaltung fern. Manche Analysten gehen davon aus, dass die neue Bank den Institutionen von Bretton Woods – dem IWF und der Weltbank –, in denen die Vereinigten Staaten ein Vetorecht haben, Konkurrenz machen könnte. Manche vermuten auch, dass sich die SCO möglicherweise zu einer Gegenspielerin der NATO entwickeln könnte.[12]

Die heutigen Herausforderungen: Osteuropa

Wenden wir uns der zweiten Region zu: Osteuropa. Da braut sich gerade eine Krise an der Grenze zwischen Russland und der NATO zusammen. Das ist keine Kleinigkeit. In seiner erhellenden und umsichtigen Studie der Region schreibt Richard Sakwa – durchaus plausibel –, dass der »russisch-georgische Krieg vom August 2008 im Grunde der erste der ›Kriege war, um die NATO-Erweiterung zu stoppen‹; die Ukraine-Krise von 2014 ist der zweite. Es ist nicht ganz klar, ob die Menschheit einen dritten überleben würde.«[13]

Der Westen wertet die NATO-Erweiterung als positiv. Wenig überraschend ist Russland, zusammen mit einem großen Teil der südlichen Hemisphäre, da anderer Meinung, genau wie einige prominente westliche Stimmen. George Kennan warnte schon früh, die NATO-Erweiterung sei ein »tragischer Fehler«, und ihm schlossen sich hohe amerikanische Politiker in einem offenen Brief an das Weiße Haus an, in dem sie den Schritt als einen »Politikirrtum historischen Ausmaßes« bezeichneten.[14]

Die gegenwärtige Krise hat ihren Ursprung im Jahr 1991, mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion. Damals gab es zwei entgegengesetzte Visionen eines neuen Systems der Sicherheit und der politischen Ökonomie in Eurasien. Laut Sakwa sah eine Vision ein »erweitertes Europa« vor, »mit der EU im

Herzen, aber zunehmend begriffsgleich mit der euro-atlantischen Sicherheit und politischen Gemeinschaft; und auf der anderen Seite stand die Idee des ›Großeuropas‹, die Vision eines Kontinentaleuropas, von Lissabon bis nach Wladiwostok, das mehrere Zentren hat, unter anderen Brüssel, Moskau und Ankara, aber ein gemeinsames Ziel: die Spaltung zu überwinden, die traditionell den Kontinent heimgesucht hat«.

Der sowjetische Führer Michail Gorbatschow war der Hauptfürsprecher Großeuropas – eines Konzepts, das im Gaullismus und anderen Initiativen auch europäische Wurzeln hatte. Als Russland unter den verheerenden Marktreformen der neunziger Jahre jedoch zusammenbrach, verblasste die Vision und wurde erst wieder erneuert, als Russland sich allmählich erholte und unter Wladimir Putin einen Platz auf der Weltbühne suchte. Putin forderte, zusammen mit seinem Gefolgsmann Dmitri Medwedew, mehrfach »die geopolitische Vereinigung ganz ›Großeuropas‹ von Lissabon bis nach Wladiwostok, um eine echte ›strategische Partnerschaft‹ zu bilden«.[15]

Diese Initiativen wurden »mit höflicher Geringschätzung aufgenommen«, schreibt Sakwa, und als »nichts anderes [angesehen] als ein Deckmantel für die heimliche Schaffung eines ›Großrusslands‹« sowie als Versuch, »einen Keil [zwischen Nordamerika und Westeuropa] zu treiben«. Derartige Sorgen reichen bis in die früheren Befürchtungen des Kalten Krieges zurück, dass Europa zu einer »dritten Kraft«, unabhängig von der großen und der kleinen Supermacht werden und sich in Richtung engerer Beziehungen zu Letzterer bewegen könnte (wie man an Willy Brandts Ostpolitik und anderen Initiativen ablesen kann).

Auf Russlands Zusammenbruch reagierte der Westen mit Triumphgeschrei. Er wurde gefeiert als Vorzeichen des »Endes der Geschichte«, als endgültiger Sieg der westlichen, kapitalistischen Demokratie, geradezu als sei Russland angewiesen worden, in seinen Status vor dem Ersten Weltkrieg als De-facto-Kolonie des Westens zurückzufallen. Die NATO-Erweiterung begann sofort, unter Bruch der mündlichen Zusagen gegenüber Gorbatschow, dass NATO-Truppen »keinen Zentimeter nach Osten« rücken

würden, nachdem er eingewilligt hatte, dass das wiedervereinigte Deutschland NATO-Mitglied wurde – ein bemerkenswertes Zugeständnis mit Blick auf die Geschichte. Diese Diskussion beschränkte sich auf Ostdeutschland. Die Möglichkeit, dass sich die NATO über Deutschland hinaus ausdehnen könnte, wurde mit Gorbatschow nicht erörtert, wenn auch insgeheim in Betracht gezogen.[16]

Schon bald fing die NATO jedoch an, sich über dieses Territorium hinaus auszudehnen, bis an die Grenze Russlands. Der allgemeine Auftrag der NATO wurde offiziell geändert in ein Mandat, die »wichtige Infrastruktur« der globalen Energieversorgung, der Seewege und Pipelines zu schützen, was ihr zugleich ein weltweites Operationsfeld verschaffte. Darüber hinaus kann die NATO – nach einer entscheidenden Revision der inzwischen weithin propagierten Doktrin der »Verantwortung, zu schützen«, die sich erheblich von der offiziellen UN-Version unterscheidet – mittlerweile auch als eine Interventionstruppe unter amerikanischem Kommando dienen.[17]

Besonders beunruhigend für Russland sind Pläne, das NATO-Territorium auf die Ukraine zu erweitern. Diese Pläne wurden auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 ausdrücklich geäußert, als Georgien und der Ukraine eine spätere Mitgliedschaft in der NATO zugesagt wurde. Der Wortlaut war unmissverständlich: »Die NATO begrüßt die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine und Georgiens, die dem Bündnis beitreten wollen. Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden.« Unmittelbar nach dem Sieg der prowestlichen Kandidaten in der Ukraine im Zuge der »Orangenen Revolution« des Jahres 2004 begab sich der Vertreter des State Department Daniel Fried dorthin und »betonte die amerikanische Unterstützung für die NATO- und euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine«, wie ein WikiLeaks-Report aufdeckte.[18]

Die Bedenken Russlands sind leicht nachvollziehbar. Sie werden von dem Experten für internationale Beziehungen John Mearsheimer in der führenden Zeitschrift des US-Establishments *Foreign Affairs* skizziert. Er schreibt: »Die Pfahlwurzel der aktuellen Krise [um die Ukraine] ist die NATO-Erweiterung und Washingtons

Engagement, die Ukraine aus Moskaus Einflusssphäre herauszubrechen und in den Westen einzugliedern«, was Putin als »direkte Gefahr für Russlands Kerninteressen« betrachtete.

»Wer könnte ihm das vorwerfen?«, fragt Mearsheimer und weist darauf hin, dass »Washington möglicherweise die Haltung Moskaus nicht gefällt, es aber die Logik dahinter verstehen sollte«. Das dürfte eigentlich nicht allzu schwer sein. Immerhin dulden es die Vereinigten Staaten bekanntlich ihrerseits nicht, dass »ferne Großmächte militärische Streitkräfte irgendwo in der westlichen Hemisphäre aufstellen, geschweige denn an der eigenen Grenze«. In Wirklichkeit ist die Haltung der USA weit aggressiver. Sie dulden auf keinen Fall, was offiziell eine »erfolgreiche Missachtung« der Monroe-Doktrin von 1823 genannt wird, welche die US-amerikanische Kontrolle der ganzen Hemisphäre erklärte (allerdings bislang nicht durchsetzen konnte). Und ein kleines Land, das sich so eine erfolgreiche Missachtung herausnimmt, kann dem »Schrecken auf Erden« und einem vernichtenden Embargo unterworfen werden – so wie in Kuba geschehen. Wir brauchen nicht zu fragen, wie die USA reagiert hätten, wenn sich die Länder Lateinamerikas dem Warschauer Pakt angeschlossen hätten, mit Plänen einer Erweiterung um Mexiko und Kanada. Schon die leisesten Anzeichen erster zaghafter Schritte in diese Richtung wären »mit extremer Befangenheit unterbunden« worden, um den CIA-Jargon zu übernehmen.[19]

Wie im Falle Chinas muss man Putins Schritte und Motive nicht unbedingt gutheißen, um die Logik, die sich dahinter verbirgt, zu verstehen, geschweige denn, um zu begreifen, wie wichtig es ist, diese Logik zu verstehen, statt unablässig Verwünschungen gegen sie auszusprechen. Wie im Fall Chinas steht auch hier viel auf dem Spiel, bis hin zum – buchstäblichen – Überleben der Menschheit.

Die heutigen Herausforderungen: Die islamische Welt

Wenden wir uns nun der dritten Region großer Besorgnis zu, der (überwiegend) islamischen Welt, die zugleich der Schauplatz des Globalen Krieges gegen den Terror (oder kurz: GWOT für Global War on Terror) ist, den George W. Bush 2001 nach den Terroranschlägen vom 11. September ausrief. Genauer gesagt, wieder ausrief. Der globale Krieg gegen den Terror wurde nämlich schon von der Reagan-Administration erklärt, als Ronald Reagan sein Amt antrat, mit geifernden Worten über eine »Geißel, die von den verruchten Gegnern der Zivilisation selbst verbreitet« werde (wie er sich ausdrückte) und über die »Rückkehr zur Barbarei in der Moderne«, so sein Außenminister George Shultz. Der ursprüngliche GWOT ist in aller Stille aus der Geschichte gestrichen worden. Er entwickelte sich sehr schnell zu einem mörderischen und zerstörerischen Terrorkrieg, von dem Mittelamerika, Südafrika und der Nahe und Mittlere Osten betroffen waren, mit bitteren Nachwirkungen bis heute, die sogar zu einer Verurteilung der Vereinigten Staaten durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag führten (die Washington nicht anerkannte). Auf jeden Fall eignet sich diese Episode nicht für die Geschichtsschreibung, also wurde sie gelöscht.

Der Erfolg der Bush-Obama-Version des Krieges gegen den Terror lässt sich ohne weiteres bei näherer Betrachtung beurteilen. Als der Krieg erklärt wurde, beschränkten sich die terroristischen Angriffsziele auf einen kleinen Winkel der Stammesgebiete Afghanistans. Sie wurden von Afghanen, denen die betreffenden Akteure mehrheitlich nicht gefielen oder die sie gar verachteten, nach dem Stammesgesetz der Gastfreundschaft geschützt – was die Amerikaner verblüffte, als arme Bauern sich weigerten, »Osama bin Laden für die astronomische Summe von 25 Millionen Dollar auszuliefern«.[20]

Es gibt gute Gründe zu der Annahme, dass eine sorgfältig geplante Polizeiaktion oder sogar ernsthafte diplomatische Verhandlungen mit den Taliban eine Auslieferung der mutmaßlichen Verantwortlichen für die Verbrechen vom 11. September an die Amerikaner ermöglicht hätten, so dass man sie hätte vor Gericht stellen und zur Rechenschaft ziehen können. Aber derartige

Optionen waren vom Tisch. Stattdessen lautete die reflexartige Antwort: umfassende Gewalt, nicht mit dem Ziel, die Taliban zu stürzen – das kam erst später –, sondern um die amerikanische Verachtung für zaghafte Angebote der Taliban einer möglichen Auslieferung bin Ladens zu verdeutlichen. Wie ernsthaft diese Angebote wirklich waren, wissen wir nicht, denn die Möglichkeit, sie auszuloten, wurde nie in Betracht gezogen. Oder vielleicht hatten die USA einfach nur die Absicht, »ihre Macht zu demonstrieren, einen Sieg zu verbuchen und alle Menschen auf der Welt einzuschüchtern. Sie scherten sich nicht um das Leiden der Afghanen oder darum, wie viele Männer wir verlieren werden.«

Das war die Einschätzung des hochangesehenen Führers der Talibangegner, Abdul Haq, einer der vielen Oppositionellen, die den amerikanischen Bombenkrieg, der im Oktober 2001 begann, als »einen schweren Rückschlag« für ihre Bemühungen verurteilten, die Taliban von innen zu stürzen – ein Ziel, das sie für durchaus erreichbar gehalten hatten. Seine Einschätzung wird von Richard A. Clarke bestätigt, der im Weißen Haus unter Präsident George W. Bush der Koordinator für den Kampf gegen den Terror war, als die Pläne für den Angriff auf Afghanistan ausgearbeitet wurden. Nach Clarkes Schilderung der Sitzung brüllte Präsident Bush, als man ihm mitteilte, dass der Angriff gegen internationales Recht verstoßen dürfte, »in den engen Besprechungsraum hinein: ›Mir ist egal, was die Völkerrechtsexperten sagen – wir werden irgendjemand in den Hintern treten.‹« Auch die großen Hilfsorganisationen, die in Afghanistan tätig waren, sprachen sich vehement gegen den Angriff aus. Sie warnten, dass Millionen Menschen am Rand des Hungertods ständen und ein Krieg womöglich furchtbare Folgen hätte.[21]

Die Konsequenzen für das arme Afghanistan noch Jahre danach brauchen hier kaum erörtert zu werden.

Das nächste Ziel der Holzhammermethode war der Irak. Die amerikanisch-britische Invasion, ohne den geringsten glaubwürdigen Vorwand, ist das größte Verbrechen des 21. Jahrhunderts. Die Invasion führte zum Tod Hunderttausender Menschen in einem Land, dessen Zivilgesellschaft ohnehin bereits

massiv unter den amerikanischen und britischen Sanktionen litt, die selbst die beiden renommierten internationalen Diplomaten, die sie verwalteten, als »völkermörderisch« eingestuft hatten. Aus diesem Grund waren sie auch aus Protest zurückgetreten.[22] Die Invasion brachte zudem Millionen von Flüchtlingen hervor, zerstörte das Land weitgehend und entfachte einen sektiererischen Konflikt, der heute den Irak und die ganze Region zerreißt. Es ist eine erstaunliche Tatsache unserer intellektuellen und moralischen Kultur, dass man dies in informierten und aufgeklärten Kreisen unverblümt »die Befreiung des Irak« nennen kann.[23]

Umfragen des Pentagons und des britischen Verteidigungsministeriums haben ergeben, dass lediglich drei Prozent der Iraker die amerikanische Sicherheitsrolle in ihrer Nachbarschaft für legitim hielten; nicht einmal ein Prozent glaubte, die (US-amerikanisch-britischen) »Koalitionstruppen« seien gut für ihre Sicherheit; achtzig Prozent lehnten die Anwesenheit der Koalitionstruppen in ihrem Land ab; und eine Mehrheit unterstützte Anschläge auf die Koalitionstruppen. Afghanistan ist so stark zerstört, dass eine einigermaßen verlässliche Umfrage unmöglich ist, aber es gibt Anzeichen, dass das Ergebnis dort ähnlich aussehen würde. Vor allem im Irak erlitten die USA eine schwere Niederlage, als sie ihre offiziellen Kriegsziele aufgaben und das Land dem Einfluss des einzigen Siegers überließen: Iran.[24]

Der Holzhammer wurde auch anderswo geschwungen, insbesondere in Libyen, wo die drei traditionellen imperialen Mächte – Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten – die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats durchsetzten und dann sofort dagegen verstießen, indem sie zur Luftwaffe der Rebellen mutierten. Die Folge war, dass die Möglichkeit einer friedlichen Verhandlungslösung unterminiert wurde, die Opferzahlen in die Höhe schnellten – mindestens um das Zehnfache, laut dem Politologen Alan Kuperman –, dass Libyen in Trümmern liegt, sich in den Händen kriegführender Milizen befindet und unlängst der IS eine Basis bekam, von der aus er Terror verbreiten kann. Durchaus vernünftige Vorschläge der Afrikanischen Union, die Libyens Muammar al-Gaddafi im Grundsatz akzeptiert hatte, wurden von

dem imperialen Triumvirat ignoriert, wie der Afrika-Experte Alex de Waal kritisiert. Ein gewaltiger Strom an Waffen und Dschihadisten hat Terror und Gewalt von Westafrika – derzeit an der Spitze der Terrormorde – bis in den östlichen Mittelmeerraum verbreitet, während der NATO-Angriff außerdem einen Flüchtlingsstrom aus Afrika nach Europa schickte.[25] Ein weiterer Triumph einer »humanitären Intervention« – noch dazu kein außergewöhnlicher, wie die lange und oft grausige Geschichte enthüllt, die bis zu ihren Ursprüngen in der frühen Neuzeit vor vier Jahrhunderten zurückreicht.

Die Kosten der Gewalt

Kurzum, die Holzhammerstrategie des Krieges gegen den Terror hat den dschihadistischen Terror aus einem winzigen Winkel Afghanistans auf einen Großteil der Welt ausgebreitet, von Afrika über den östlichen Mittelmeerraum und Südasien bis nach Südostasien. Er hat auch Anschläge in Europa und in den USA motiviert. Die Invasion im Irak trug erheblich zu diesem Prozess bei, genau wie die Geheimdienste vorhergesagt hatten. Die Terrorismusexperten Peter Bergen und Paul Cruickshank schätzen, dass der Irakkrieg »eine verblüffende Steigerung um das Siebenfache der jährlichen Zahl tödlicher dschihadistischer Anschläge verursachte, was auf buchstäblich Hunderte zusätzlicher Terroranschläge und den Verlust Tausender ziviler Menschenleben hinauslief; selbst wenn man Terrorakte im Irak und in Afghanistan ausklammert, stieg die Zahl der tödlichen Anschläge im Rest der Welt um über ein Drittel«. Andere Nachforschungen kamen zu ähnlichen Ergebnissen.[26]

Eine Gruppe großer Menschenrechtsorganisationen – Physicians for Social Responsibility (USA), Physicians for Global Survival (Kanada) und Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (Deutschland) – führte eine Studie durch, die zum Ziel hatte, »eine möglichst realistische Schätzung der Gesamtzahl der

Opfer in den drei Hauptkriegszonen [Irak, Afghanistan und Pakistan] in den zwölf Jahren des ›Krieges gegen den Terror‹ zu liefern«, einschließlich eines umfassenden Überblicks über »große Studien und Daten, die über die Opferzahlen in diesen Ländern veröffentlicht wurden«, sowie zusätzlicher Informationen über militärische Aktionen. Ihre »zurückhaltende Schätzung« geht davon aus, dass diese Kriege rund 1,3 Millionen Menschen das Leben kosteten, eine Zahl, die »durchaus auch über zwei Millionen liegen könnte«.[27] Eine Suche in Datenbanken durch den unabhängigen Rechercheur David Peterson in den Tagen nach der Veröffentlichung des Berichts entdeckte so gut wie keine Erwähnung des Ergebnisses. Wen kümmert das schon?

Allgemeiner belegen Studien, die das Osloer Friedensforschungsinstitut durchführte, dass zwei Drittel der Opfer von Konflikten in der Region aus ursprünglich inneren Streitigkeiten resultierten, in denen externe Mächte ihre Lösungen oktroyierten. In solchen Fällen entstanden achtundneunzig Prozent der Opfer erst, nachdem sich Außenstehende mit militärischer Macht in den inneren Streit eingemischt hatten. In Syrien verdreifachte sich die Zahl der direkten Konfliktopfer, nachdem der Westen Luftschläge gegen den selbsterklärten Islamischen Staat aufgenommen und die CIA ihre indirekte militärische Einmischung in den Krieg begonnen hatte[28] – eine Einmischung, die allem Anschein nach die Russen auf den Plan rief, als moderne amerikanische Panzerabwehrraketen die Truppen ihres Verbündeten Baschar al-Assad dezimierten. Nach ersten Anzeichen haben die russischen Bombardements die üblichen Konsequenzen.

Die von dem Politologen Timo Kivimäki untersuchten Hinweise lassen darauf schließen, dass die »Schutzkriege [die von der ›Koalition der Willigen‹ geführt werden] zur Hauptursache für Gewalt auf der Welt geworden sind, mit einem Anteil von gelegentlich über fünfzig Prozent der Konfliktopfer«. Darüber hinaus gab es in vielen Fällen, auch in Syrien, nach seiner Einschätzung Chancen für eine diplomatische Regelung, die ignoriert wurden. Wie anderswo erörtert, gilt das auch für weitere verheerende Lagen, etwa auf dem Balkan in den frühen neunziger Jahren, für den ersten

Golfkrieg und natürlich die Kriege in Indochina, die schlimmsten Verbrechen seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Falle des Irak stellt sich die Frage gar nicht erst. In der Beziehung können wir mit Sicherheit noch viel lernen.

Die generellen Folgen des Holzhammereinsatzes gegen verwundbare Gesellschaften sind eigentlich keine Überraschung. William Polks bereits zitierte gewissenhafte Studie der Aufstände sollte Pflichtlektüre für alle sein, die die heutigen Konflikte verstehen wollen, und ganz bestimmt für Strategen – wenn man davon ausgeht, dass ihnen auch die menschlichen Konsequenzen am Herzen liegen, nicht nur Macht und Vorherrschaft. Polk deckt ein Muster auf, das sich immer wieder gezeigt hat: Die Invasoren – möglicherweise unter Verkündung vollkommen gutgemeinter Motive – werden naturgemäß nicht geliebt von der Bevölkerung, die sich ihnen widersetzt, anfangs nur im Kleinen, und dadurch eine starke Antwort auslöst, die wiederum den Widerstand und dessen Rückhalt stärkt. Der Zyklus der Gewalt eskaliert, bis die Eindringlinge wieder abziehen – oder ihre Ziele durch Maßnahmen erreichen, die unter Umständen einem Völkermord nahekommen.

Obamas weltweiter Drohnenfeldzug, eine bemerkenswerte Innovation im globalen Terrorismus, weist das gleiche Muster auf. Nach den meisten Schilderungen schafft er schneller neue Terroristen, als er jene umbringt, die verdächtigt werden, den USA irgendwann Schaden zufügen zu wollen – ein eindrucksvoller Beitrag eines Verfassungsrechtlers zum 800. Jahrestag der Magna Charta, welche die Basis legte für das Prinzip der Unschuldsvermutung, die Grundlage der zivilisierten Rechtsprechung.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal derartiger Interventionen ist die Überzeugung, einen Aufstand niederschlagen zu können, indem man die Anführer ausschaltet. Aber wenn dieser Versuch einmal Erfolg hat, wird der geschmähte Führer regelmäßig durch einen anderen, jüngeren, entschlosseneren, brutaleren und effektiveren ersetzt. Polk führt viele Beispiele dafür an. Der Militärhistoriker Andrew Cockburn hat amerikanische Kampagnen, um Drogenbarone und danach Anführer von Terrorbanden zu töten,

in seiner wichtigen Studie *Kill Chain* über einen langen Zeitraum hinweg untersucht und ist zu den gleichen Ergebnissen gelangt. Und man kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, dass dieses Muster sich fortsetzt. Zweifellos tüfteln in genau diesem Moment amerikanische Strategen an einem Plan, um den »Kalifen des Islamischen Staates« Abu Bakr al-Baghdadi zu ermorden, der ein erbitterter Rivale des Al-Qaida-Führers Ayman al-Zawahiri ist. Das wahrscheinliche Ergebnis dieser Heldentat wird von dem prominenten Terrorexperten Bruce Hoffman vorhergesagt, dem Senior Fellow am Terrorbekämpfungszentrum an der U.S. Military Academy. Er prognostiziert, dass »al-Baghdadis Tod vermutlich den Weg frei machen würde für eine Annäherung [an al-Qaida], so dass eine vereinte Terrorstreitkraft von beispielloser Reichweite, Größe, Ambition und Ressourcen entstehen würde«.[29]

Polk verweist auf eine Abhandlung zur Kriegführung von Henry Jomini, die von Napoleons Niederlage gegen spanische Guerillakämpfer inspiriert und zu einem Lehrbuch für Generationen von Kadetten an der Militärakademie von Westpoint wurde. Jomini beobachtete, dass solche Interventionen großer Mächte in der Regel in »Meinungskriege« und fast immer in »Nationalkriege« münden – wenn nicht sofort, dass im Laufe des Kampfes durch die von Polk beschriebene Dynamik. Jomini kommt zu dem Schluss, dass »Befehlshaber regulärer Armeen also schlecht beraten [sind], wenn sie sich auf solche Kriege einlassen, weil sie sie verlieren werden«, und selbst augenscheinliche Erfolge seien »nur von kurzer Dauer«.[30]

Gründliche Untersuchungen von Al-Qaida und IS haben gezeigt, dass sich die USA und ihre Verbündeten ziemlich präzise an deren Schlachtplan halten. Ihr Ziel ist es, »den Westen so tief und aktiv wie möglich in den Sumpf zu ziehen« und »die Vereinigten Staaten und den Westen ständig mit einer Reihe längerer Überseeeinsätze zu beschäftigen und zu strapazieren«, durch die sie ihre eigenen Gesellschaften untergraben, ihre Ressourcen verschwenden und das Ausmaß der Gewalt steigern werden, so dass eben die Dynamik in Gang gesetzt wird, von der Polk schreibt.[31]

Scott Atran, einer der fachkundigsten Rechercheure zu Dschihad-Bewegungen, hat berechnet, dass »die Durchführung der Anschläge vom 11. September zwischen 400 000 und 500 000 Dollar kostete, während die Ausgaben für die militärische und sicherheitspolitische Antwort der USA und ihrer Verbündeten das Millionenfache dieser Zahl betragen. Aus Sicht einer strikten Kosten-Nutzen-Rechnung erzielte diese gewaltsame Bewegung außerordentlichen Erfolg, sogar mehr, als bin Laden ursprünglich gedacht hatte, und die Kluft wird noch größer. Das ist der eigentliche Gradmesser für die harakirimäßige asymmetrische Kriegführung. Denn wer würde schon behaupten, dass wir besser dran sind als zuvor oder dass die Gesamtgefahr zurückgehe?« Wenn die USA weiterhin den Holzhammer schwingen und sich stillschweigend an das Drehbuch der Dschihadisten halten, dann ist der wahrscheinliche Effekt ein noch brutalerer Dschihadismus mit einer noch größeren Anziehungskraft. Die Bilanz, so Atran, »sollte einen radikalen Wechsel unserer Abwehrstrategien anregen«.

Al-Qaida/IS werden von Amerikanern gefördert, die sich an deren Anweisungen halten Menschen wie Ted »Bombenteppich drauf« Cruz, ein Republikaner, der kürzlich für die US-Präsidentschaft kandidierte, oder am anderen Ende des Mainstream-Spektrums der führende *New-York-Times*-Kolumnist zum Nahen Osten und zur internationalen Politik Thomas Friedman, der im Jahr 2003 im Rahmen der »Charlie Rose«-Show Washington einen Rat für die Vorgehensweise im Irak gab: »Es gab etwas, das ich die Terrorblase nennen würde (…). Und was wir tun mussten, war, in diesen Teil der Welt gehen und die Blase platzen lassen. Wir mussten uns im Grunde dorthin begeben, und, nun, einen sehr großen Stab nehmen, direkt ins Herz dieser Welt, und die Blase zum Platzen bringen. Und es gab nur eine Möglichkeit, das zu tun (…). Was sie sehen mussten, waren amerikanische junge Männer und Frauen, die von Basra bis Bagdad von Haus zu Haus gingen und im Grunde sagten: Welchen Teil von diesem Satz verstehen Sie nicht? Sie glauben nicht, dass wir uns um unsere offene Gesellschaft kümmern werden, Sie glauben, dass wir Euch diesen Wunschtraum von einer Blase einfach weiterträumen lassen? Tja,

dann fresst das. Okay. Genau darum, Charlie, geht es bei diesem Krieg.«[32]

Ja, so zeigt man diesen Muselmännern bestimmt, wo der Bartel den Most holt.

Ein Blick in die Zukunft

Atran und andere aufmerksame Beobachter sind sich im Großen und Ganzen bei ihren Empfehlungen einig: Wir sollten anfangen anzuerkennen, was sorgfältige Nachforschungen überzeugend nachgewiesen haben: Leute, die sich zum Dschihad hingezogen fühlen, »sehnen sich nach etwas in ihrer Geschichte, in ihren Traditionen mit ihren Helden und ihren moralischen Wertvorstellungen; und der Islamische Staat, so grausam und abstoßend er uns und auch den meisten in der arabisch-muslimischen Welt erscheinen mag, zielt genau darauf ab. (…) Die tödlichsten Attentäter heute lassen sich kaum durch den Koran inspirieren, sondern durch den Thrill einer solchen Tat und den Aufruf zu einem Handeln, das Ruhm und Wertschätzung in den Augen von Freunden verspricht.« Tatsächlich haben, wenn überhaupt, die wenigsten Dschihadisten ein größeres Hintergrundwissen über islamische Texte oder Theologie.[33]

Die beste Strategie wäre laut Polk »ein multinationales, am Gemeinwohl orientiertes und psychologisch zufriedenstellendes Programm, (…) das den Hass, auf den der IS sich stützt, nicht so ansteckend machen würde. Die Elemente sind bereits genannt worden: kommunale Bedürfnisse, Entschädigung für frühere Übergriffe und Aufrufe zu einem Neuanfang.«[34] Er fügt hinzu: »Eine sorgsam formulierte Entschuldigung für frühere Übertretungen würde wenig kosten und viel bewirken.« Ein derartiges Projekt könnte in Flüchtlingslagern wie in den »Bruchbuden und erbärmlichen Sozialsiedlungen der Pariser Banlieues« durchgeführt werden, wo Atrans Forschungsteam »eine sehr breite Toleranz oder Unterstützung für die Werte des IS feststellte«. Und noch mehr

könnte erreicht werden durch ein echtes Engagement in der Diplomatie und bei Verhandlungen anstelle des reflexartigen Rückgriffs auf Gewalt.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung käme ferner einer ehrenvollen Antwort auf die »Flüchtlingskrise« zu, die sich schon seit langem anbahnte, aber im Jahr 2015 in Europa schlagartig akut wurde. Das würde zumindest eine deutliche Erhöhung der Hilfslieferungen an die Lager im Libanon, in Jordanien und der Türkei bedeuten, wo die armen Flüchtlinge aus Syrien kaum genug zum Leben haben. Doch die Fragen gehen weit darüber hinaus und bieten ein Bild der selbsterklärten »aufgeklärten Staaten«, das alles andere als reizvoll ist und den Ansporn zum Handeln geben sollte.

Es gibt Länder, die durch massive Gewalt Flüchtlinge schaffen, etwa die USA, in zweiter Reihe Großbritannien und Frankreich. Dann gibt es Länder, die Flüchtlinge in großer Zahl aufnehmen, einschließlich jener, die vor westlicher Gewalt flüchten; neben anderen in der Region sind das der Libanon – pro Kopf gerechnet mit Abstand an der Spitze –, Jordanien und Syrien, bevor es selbst implodierte. Und es gibt Länder, die, zum Teil sich überschneidend, sowohl Flüchtlinge schaffen als auch sich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen, nicht nur aus dem Nahen Osten, sondern auch aus dem »Hinterhof« der USA südlich der Grenze. Ein seltsames Bild, schon der Gedanke daran tut weh.

Eine ehrliche Darstellung würde die Generation der Geflüchteten viel weiter in der Geschichte zurückverfolgen. Der langjährige Nahostkorrespondent Robert Fisk berichtet, dass eins der ersten Videos, die der IS produzierte, »eine Planierraupe zeigte, die einen Sandhügel platt machte, der einmal die Grenze zwischen dem Irak und Syrien markiert hatte. Während die Maschine den Wall zerstörte, schwenkte die Kamera nach unten zu einem handschriftlichen Plakat, das im Sand lag: ›Das Ende von Sykes-Picot‹ stand darauf.«

Für die Menschen der Region ist das Sykes-Picot-Abkommen der Inbegriff des Zynismus und der Brutalität des westlichen Imperialismus. In einer heimlichen Absprache während des Ersten Weltkrieges teilten der Brite Mark Sykes und der Franzose François

Georges-Picot die Region in künstlich geschaffene Staaten, die ihren eigenen imperialistischen Zielen dienten, und bewiesen dabei eine völlige Missachtung für die Interessen der Menschen, die hier lebten. Sie brachen damit sogar Versprechen, die man während des Krieges den Arabern gegeben hatte, um sie für die Sache der Alliierten zu gewinnen. Das Abkommen spiegelte die Praktiken der europäischen Staaten wider, die auf ähnliche Weise auch Afrika verstümmelt hatten. Es machte aus »bislang relativ ruhigen Provinzen des Osmanischen Reiches einige der instabilsten und international explosivsten Staaten der Welt«.[35]

Wiederholte westliche Interventionen im Nahen Osten und in Afrika haben seither die Spannungen, Konflikte und Störungen verschärft, die die Gesellschaften erschütterten. Das Endresultat ist eine »Flüchtlingskrise«, die der unschuldige Westen kaum ertragen kann. Deutschland hat sich anfangs (inzwischen nicht mehr) als das Gewissen Europas gezeigt, als es fast eine Million Geflüchtete ins Land ließ – wohlgemerkt in eines der reichsten Länder der Welt mit einer Bevölkerung von 80 Millionen. Im Gegensatz dazu hat der arme Libanon geschätzte 1,5 Millionen syrische Geflüchtete aufgenommen – ein Viertel seiner Bevölkerung, zusätzlich zu einer halben Million Palästinenser, die bei der Flüchtlingsbehörde der Vereinten Nationen UNRWA registriert sind, meist Opfer der israelischen Politik.

Europa stöhnt auch unter der Last der Geflüchteten aus den Ländern, die es in Afrika verwüstet hat – nicht ohne tatkräftige US-amerikanische Unterstützung, wie etwa Kongolesen und Angolaner bezeugen können. Derzeit versucht Europa, die Türkei – wo sich über zwei Millionen syrische Geflüchtete aufhalten – zu bestechen, damit sie jene, die vor den Schrecken Syriens flüchten, von den Grenzen Europas fernhält, genau wie Obama Mexiko drängt, die US-Grenze frei zu machen von elenden Menschen, die dem Nachspiel von Reagans Krieg gegen den Terror entfliehen wollen, sowie von jenen, die vor den jüngsten Katastrophen flüchten, darunter ein Militärputsch in Honduras, den Obama nahezu im Alleingang legitimierte. Eine der schlimmsten Schreckensherrschaften der Region war die Folge.[36]

Worte können die amerikanische Antwort auf die syrische Flüchtlingskrise kaum fassen. Zumindest wollen mir keine passenden in den Sinn kommen.

Kehren wir zur Anfangsfrage zurück: »Wer behrrscht die Welt?«, so könnten wir auch eine andere Frage stellen: »Welche Grundsätze und Werte regieren die Welt?« Diese Frage sollte in den Köpfen der Bürger reicher und mächtiger Staaten an erster Stelle stehen – jener Bürger, die ein außergewöhnliches Vermächtnis der Freiheit, der Privilegien und Chancen genießen, dank der Anstrengungen der Menschen, die vor ihnen kamen. Nunmehr stehen diese Bürger vor schicksalhaften Entscheidungen, wie sie auf die Herausforderungen von großer Bedeutung für die Menschen reagieren sollen.

Anmerkungen zum Kapitel

1. Siehe unter anderem Marc Weisbrot: *Failed*, New York 2015; David Kotz: *The Rise and Fall of Neoliberal Capitalism,* Cambridge, MA, 2015; Mark Blyth: *Wie Europa sich kaputt spart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik*, Bonn 2014.
2. Alison Smale, Andrew Higgins: »Election Results in Spain Cap a Bitter Year for Leaders in Europe«, *The New York Times*, 23. Dezember 2015, die sinngemäß François Lafond, den Chef von EuropaNova, zitieren. Zu den Wahlen in Spanien und ihrem Hintergrund während der Katastrophe der neoliberalen Austeritätspolitik siehe Marc Weisbrot, Al Jazeera America, 23. Dezember 2015, america.aljazeera.com/opinions/2015/12/spain-votes-no-to-failed-economic-policies.html (aufgerufen am 10. August 2016)
3. Das ist ein bekanntes Motiv der progressiven Essays von Walter Lippmann über Demokratie.
4. John Shy: *A People Numerous and Armed,* New York 1976, S. 146
5. William Polk: *Aufstand. Widerstand gegen Fremdherrschaft – vom Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zum Irak*, Hamburg 2009, S. 47. Der hervorragende Experte für den Nahen Osten und allgemeine Geschichte Polk stützt sich auch auf eigene Erfahrung vor Ort und auf der höchsten Ebene der amerikanischen, politischen Planung.
6. Ebd., S. 45
7. Patrick Tyler: »A New Power in the Streets«, *The New York Times*, 17. Februar 2003
8. Bernard B. Fall: *Last Reflections on a War,* New York 1967

9. Gideon Rachman: »Preserving American Power After Obama«, *National Interest*, Januar/Februar 2016
10. Jeremy Page, Gordon Lubold: »U.S. Bomber Flies over Waters Claimed by China«, *The Wall Street Journal*, 18. Dezember 2015
11. Tim Craig, Simon Denver: »From the Mountains to the Sea: A Chinese Vision, a Pakistani Corridor«, *The Washington Post*, 23. Oktober 2015; »China Adds Pakistan's Gwadar to ›String of Pearls‹«, store.businessmonitor.com/article/475258 (nicht verfügbar, 10. August 2016). Allgemeiner zu dem Thema Alfred McCoy: »Washington's Great Game and Why It's Failing«, *Tomdispatch*, 7. Juni 2015, www.tomdispatch.com/blog/176007/tomgram%3A_alfred_mccoy%2Cwashington%27s_great_game_and_whyit%27s_failing (aufgerufen am 10. August 2016)
12. Jane Perlez: »Xi Hosts 56 Nations at Founding of Asian Infrastructure Bank«, *The New York Times*, 19. Juni 2015
13. Richard Sakwa: *Frontline Ukraine: Crisis in the Borderlands*, New York 2015, S. 55
14. Ebd., S. 46
15. Ebd., S. 26
16. Zu diesen Fragen ist die derzeit maßgebliche Studie Mary Elise Sarotte: *1989: The Struggle to Create Post-Cold War Europe*, Princeton 2011; siehe auch den Gastbeitrag von Mary Elise Sarotte in der *Zeit* unter: www.zeit.de/2014/41/nato-russland-usa-deutsche-wiedervereinigung (aufgerufen am 10. August 2016).
17. Siehe Noam Chomsky: *Hopes and Prospects*, Chicago 2010, S. 185 f.
18. Sakwa, *Frontline Ukraine*, S. 4, 52; Erklärung des NATO-Gipfels in Bukarest 2008 zitiert nach www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Gipfelerklaerungen/GipfelerklBukarest__Seite.html (aufgerufen am 10. August 2016)
19. John J. Mearsheimer: »Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault: The Liberal Delusions That Provoked Putin«, *Foreign Affairs* 93, Nr. 5, September/Oktober 2014; Sakwa, *Frontline Ukraine*, S. 234 f.
20. Polk, *Aufstand. Widerstand gegen Fremdherrschaft – vom Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zum Irak*, S. 261
21. Richard A. Clarke: *Against All Enemies: Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror*, Hamburg 2004. Zu der Diskussion siehe den Völkerrechtsexperten Francis A. Boyle: »From 2001 Until Today: The Afghanistan War Was and Is Illegal«, 9. Januar 2016, www.larsschall.com/2016/01/09/from-2001-until-today-the-afghanistan-war-was-and-is-illegal/ (aufgerufen am 10. August 2016). Zu tieferen Einblicken und weiteren Quellen siehe Noam Chomsky: *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Hamburg/Wien 2003.
22. Siehe Hans C. Graf Sponeck: *Ein anderer Krieg. Das Sanktionsregime der UNO im Irak*, Hamburg 2005. Eine außerordentlich wichtige Studie, die in den USA und Großbritannien kaum Erwähnung fand. Nominell wurden die Sanktionen von den Vereinten Nationen verwaltet, aber sie werden korrekt als amerikanisch-britische Sanktionen bezeichnet, in erster Linie Clintons Verbrechen.

23. Brian Katulis, Siwar al-Assad, William Morris: »One Year Later: Assessing the Coalition Campaign against ISIS«, *Middle East Policy* 22, Nr. 4, Winter 2015
24. Timo Kivimäki: »First Do No Harm: Do Air Raids Protect Civilians?«, *Middle East Journal* 22, Nr. 4, Winter 2015. Siehe auch Chomsky, *Hopes and Prospects*, S. 241
25. Alan Kuperman: »Obama's Libya Debacle«, *Foreign Affairs* 94, Nr. 2, März/April 2015; Alex de Waal, »African Roles in the Libyan Conflict of 2011«, *International Affairs* 89, Nr. 2, 2013, S. 365 – 379
26. Peter Bergen, Paul Cruickshank: »The Iraq Effect: War Has Increased Terrorism Sevenfold Worldwide«, *Mother Jones*, 1. März 2007
27. Physicians for Social Responsibility: »Body Count: Casualty Figures After 10 Years of the ›War on Terror‹, Iraq, Afghanistan, Pakistan«, März 2015, www.psr.org/assets/pdfs/body-count.pdf (aufgerufen am 10. August 2016)
28. Kivimäki, »First Do No Harm«
29. Andrew Cockburn: *Kill Chain: The Rise of the High-Tech Assassins*, New York 2015; Bruce Hoffman: »ISIS Is Here: Return of the Jihadi«, *National Interest*, Januar/Februar 2016
30. Polk, *Aufstand. Widerstand gegen Fremdherrschaft – vom Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zum Irak*, S. 64 f.
31. Scott Atran: »ISIS Is a Revolution«, *Aeon*, 15. Dezember 2015, aeon.co/essays/why-isis-has-the-potential-to-be-a-world-altering-revolution; Hoffman, »ISIS Is Here« (aufgerufen am 10. August 2016)
32. Thomas Friedman in der Show *Charlie Rose*, PBS, 29. Mai 2003, www.youtube.com/watch?v=ZwFaSpca 3Q (aufgerufen am 10. August 2016); Dan Murphy: »Thomas Friedman, Iraq War Booster«, *Christian Science Monitor*, 18. März 2013
33. Atran, »ISIS Is a Revolution«
34. William R. Polk: »Falling into the ISIS Trap«, *Consortiumnews*, 17. November 2015, consortiumnews.com/2015/11/17/falling-into-the-isis-trap/ (aufgerufen am 10. August 2016)
35. Ayse Tekdal Fildis: »The Troubles in Syria: Spawned by French Divide and Rule«, *Middle East Policy* 18, Nr. 4, Winter 2011, zitiert von Anne Joyce: Leitartikel, *Middle East Policy* 22, Nr. 4, Winter 2015
36. Zur schäbigen Geschichte der amerikanischen Einwanderungspolitik siehe Aviva Chomsky: *Undocumented: How Immigration Became Illegal*, Boston 2014



Wie hat Ihnen dieses Buch gefallen? Wir freuen uns sehr auf Ihr Feedback! Bitte klicken Sie hier, um mit uns ins Gespräch zu kommen.



Hier klicken, den aktuellen Ullstein Newsletter bestellen und über Neuigkeiten, Veranstaltungen und Aktionen rund um ihre Lieblingsautoren auf dem Laufenden bleiben.



Slavoj Žižek

Der neue Klassenkampf

Die wahren Gründe für Flucht und Terror

Aus dem Englischen von Regina Schneider.
Broschur.
Auch als E-Book erhältlich.
www.ullstein-buchverlage.de

Die Schonzeit für den Westen ist vorüber

Nicht die Flüchtlinge gefährden unsere Gesellschaft – vielmehr bedroht das globale Kapital die gesamte Weltordnung.

Für Slavoj Žižek, einen der wichtigsten Denker der Gegenwart, sind Flucht und Terror die Folgen eines neuen Klassenkampfes. Welche Chance haben wir noch, uns und unsere Werte zu retten?

»Kurz, knapp, pointiert.«
Basler Zeitung

ullstein

Finde dein nächstes Lieblingsbuch



Vorablesen.de

vorablesen
Neue Bücher vorab lesen & rezensieren

Freu Dich auf viele Leseratten in der Community, bewerte und kommentiere die vorgestellten Bücher und gewinne wöchentlich eins von 100 exklusiven Vorab-Exemplaren.